

Sitzungsbericht

5. Sitzung der Tagung 1998 der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 4. Juni 1998

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 130).
2. Mitteilungen und Einlauf (Seite 130).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 131).
4. Ltg. 28/A-2: Antrag des Europa-Ausschusses über den Antrag der Abg. Koczur, Schittenhelm u.a. betreffend „EU-Osterweiterung und Niederösterreich“.
Berichterstatter: Abg. Roth (Seite 132).
Redner: Abg. Schittenhelm (Seite 133), Abg. Mag. Fasan (Seite 135), Abg. Marchat (Seite 136), Abg. Weninger (Seite 138), Abg. Breiningner (Seite 141), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 143), Abg. Waldhäusl (Seite 145), Abg. Ing. Hofbauer mit Resolutionsantrag (Seite 150), Abg. Koczur mit Resolutionsantrag (Seite 151), Abg. Präs. Ing. Penz (Seite 155), Abg. Marchat (Seite 159).
Abstimmung (Seite 159).
5. Ltg. 5/B-35: Antrag des Kultur-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz - Sportbericht 1997.
Berichterstatter: Abg. Breiningner (Seite 159).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 160), Abg. Kratochwil (Seite 161), Abg. Kautz (Seite 164), Abg. Mag. Fasan (Seite 168), Abg. Hiller (Seite 168), LHStv. Prokop (Seite 171).
Abstimmung (Seite 175).
6. Ltg. 9/V-17: Antrag des Verfassungs-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Vergabegesetzes.
Berichterstatter: Abg. Mag. Heuras (Seite 175).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 176), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 177), Abg. Kautz (Seite 178), Abg. Ing. Gansch (Seite 179).
Abstimmung (Seite 181).
7. Ltg. 33/A-1/7: Antrag des Verfassungs-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwürfen der Abg. Dr. Michalitsch, Weninger u.a. betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes, des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 und der NÖ Jagdausschuß-Wahlordnung.
Berichterstatter: Abg. Mag. Motz (Seite 181).
Redner: Abg. Marchat (Seite 181), Abg. Mag. Fasan (Seite 182).
Abstimmung (Seite 182).
8. Ltg. 14/V-11: Antrag des Umwelt-Ausschusses über die Vereinbarung gem. Art.15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über Schutzmaßnahmen betreffend Kleinf Feuerungen.
Berichterstatter: Abg. Haberler (Seite 183).
Abstimmung (Seite 183).
9. Ltg. 8/B-1: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen I/1998.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 183).
Redner: Abg. Erber (Seite 183), Abg. Mag. Fasan (Seite 186), Abg. Sacher (Seite 188), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 192), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 193), Abg. Cerwenka (Seite 195), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 198).
Abstimmung (Seite 200).

10. Ltg. 13/B-2: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Erfüllung der Maastricht-Konvergenzkriterien, über Teilgebiete der Gebahrung, die psychiatrische Versorgung, die Krankenhausinformationstechnik im Land Niederösterreich sowie das Krankenhaus Krems.

Berichterstatter: Abg. Kurzreiter (Seite 200).

Redner: Abg. Pietsch (Seite 201), Abg. Moser (Seite 204), Abg. Mag. Weininger (Seite 208), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 209), Abg. Sacher (Seite 211), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 213), LR Dr. Bauer (Seite 215), Abg. Präs. Mag. Freibauer (Seite 216), Abg. Mag. Weininger (Seite 217), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 218).

Abstimmung (Seite 218).

* * *

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER (um 13.00 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger und Herr Abgeordneter Friewald. Herr Abgeordneter Gratzler ist derzeit verhindert, an der Sitzung teilzunehmen.

Ich möchte dem Hohen Landtag folgende Mitteilungen machen: Seitens der Landeswahlbehörde beim Amt der NÖ Landesregierung wurde mir mit Schreiben vom 2. Juni 1998 mitgeteilt, daß der Abgeordnete zum NÖ Landtag, Herr Bernhard Gratzler, mit Telefax vom 1. Juni 1998, 11.07 Uhr, seinen Mandatsverzicht vom 13. Mai 1998 widerruft. Das diesbezügliche Originalschreiben des Herrn Abgeordneten Gratzler ist am 3. Juni 1998 bei der Landeswahlbehörde eingelangt und lautet:

„An die Niederösterreichische Landeswahlbehörde, Landhausplatz Nr.1, 3100 St. Pölten, per Fax im voraus.

Betrifft: Widerruf des Mandatsverzichtes.

Am 13. Mai 1998 habe ich den Verzicht auf Ausübung meines Landtagsmandates mit Wirkung vom 5. Juni 1998 erklärt. Hiemit widerrufe ich diese Verzichtserklärung und teile mit, daß ich mein Mandat im NÖ Landtag weiter ausüben werde. Zum Zeitpunkt der Verzichtserklärung befand ich mich in einem körperlich und seelisch sehr kritischen Zustand, sodaß ich mich sogar in ärztliche Behandlung in das Krankenhaus Krems begeben mußte. Genau in diesem Moment wurde ich seitens der Partei genötigt, bei Androhung des Parteiausschlusses, unverzüglich die Verzichtserklärung zu unterfertigen. Ich ersuche, über diesen Widerruf des Mandatsverzichtes den Herrn Landtagspräsidenten zu unterrichten.“

Das ist geschehen und ich gebe diese Mitteilung an den Landtag weiter.

Es ist darüber hinaus ein Schreiben des Klubobmannes LAbg. Franz Marchat heute eingelangt. In diesem heißt es: „Sehr geehrter Herr Präsident! Auf Grund der Tatsache, daß Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Gratzler nicht mehr Mitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs ist, ersucht der NÖ Landtagsklub der Freiheitlichen, dem oben genannten Mandatar einen neuen Sitzplatz bereits für die Landtagssitzung am 4. Juni 1998 abseits der Freiheitlichen Fraktion im NÖ Landtagssitzungssaal zuzuweisen.“

Ich habe vorhin gesagt, derzeit ist der Herr Abgeordnete Gratzler verhindert teilzunehmen. Sollte er kommen, werde ich ihm für diese Sitzung einen Sitzplatz zuweisen. Ansonsten wird die Sitzplatzeinteilung Gegenstand der nächsten Präsidialsitzung sein.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 39/A-6/3 - Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Erteilung der Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten Dr. Ernst Strasser - habe ich bereits am 2. Juni 1998 dem Verfassungs-Ausschuß zugewiesen.

Ltg. 48/A-1/8 - Antrag der Abgeordneten Dipl.Ing. Toms u.a. betreffend verpflichtende Mitbenützung von Sendemasten für Mobilfunkanlagen - weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zu.

- Ltg. 40/A-4/3 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler an LH Dr. Pröll betreffend Reinigung der Fensterflächen des Landhauses - habe ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zugewiesen.
- Ltg. 41/A-4/4 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Frau LHStv. Prokop betreffend Wohnbaugenossenschaft „Freies Wohnen“ und
- Ltg. 42/A-4/5 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Frau LHStv. Prokop betreffend Öko-Eigenheimförderung sowie
- Ltg. 43/A-4/6 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan an Frau LHStv. Prokop betreffend Zukunft des Festspielhauses St. Pölten und Turbulenzen rund um die NÖ Kulturszene Betriebsgesellschaft mbH St. Pölten - habe ich Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop zugewiesen.
- Ltg. 44/A-5/10 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an LR Dr. Bauer betreffend Finanzierung der Bergrettung und
- Ltg. 45/A-5/11 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler an LR Dr. Bauer betreffend Schweinefabrik Herrtleis - habe ich Herrn Landesrat Dr. Bauer zugewiesen.
- Ltg. 46/A-5/12 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler an Herrn LR Mag. Sobotka betreffend Atomwaffen- und Atomtransit-Freie Zone Niederösterreich und
- Ltg. 47/A-5/13 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler an Herrn LR Mag. Sobotka betreffend Anti-Atom-Initiativen - habe ich Herrn Landesrat Mag. Sobotka zugewiesen.

Weiters eingelangt ist die Anfragebeantwortung zu Ltg. 25/A-5/7, Anfrage der Abgeordneten

Mag. Weinzingler und Mag. Fasan an Landesrat Dr. Bauer betreffend Pelztierfarm Kleinpertholz, Heidenreichstein. Die Anfragebeantwortung hat folgenden Inhalt:

„ad 1) Frage: ‘Wie viele Nerze (Mutter- und Jungtiere) werden derzeit noch im Betrieb des Herrn Pfeiffer gehalten? Wo befindet sich die Differenz zu den ursprünglich dort gehaltenen rund 5.000 Nerzen? Welche Schritte werden zur Schließung der Pelztierfarm unternommen?’

Herr Pfeiffer hält nach ho. Information zur Zeit ca. 700 Nerze. Der Betrieb selbst würde eine Haltung bis zu 5000 Tieren zulassen. Der Tierbestand hat im Laufe der Jahre, je nach Jahreszeit, immer wieder gewechselt.

Unmittelbare behördliche Maßnahmen zur Schließung der Pelztierfarm in Kleinpertholz können erst nach Rechtskraft der noch offenen Verfahren eingeleitet werden.

ad 2) Frage: ‘Stimmt es, daß Herr Pfeiffer um eine Genehmigung für private Wildtierhaltung angesucht hat? Falls ja, in welchem Stadium befindet sich das Genehmigungsverfahren? Ist das Genehmigungsverfahren auf der Bezirkshauptmannschaft Gmünd bereits abgeschlossen, dann mit welchem Ergebnis?’

Die Bezirkshauptmannschaft Gmünd hat den Antrag auf Bewilligung zur Haltung von Nerzen abgewiesen. Herr Pfeiffer hat dagegen Berufung erhoben.

ad 3) Frage: ‘Ist es vorstellbar, daß entgegen des Beschlusses der Landesregierung Herr Pfeiffer Nerze weiterhin halten kann? Unter welchen Bedingungen/Auflagen wäre private Wildtierhaltung im Falle des Herrn Pfeiffer möglich? Wieviele Tiere sind genehmigungsfähig?’

Infolge des Beschlusses der NÖ Landesregierung vom Februar 1998 ist die erwerbsmäßige Haltung von Tieren zur Gewinnung von Pelzen verboten. Über alle anderen Wildtierhaltungen ist in den entsprechenden Verfahren aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen zu entscheiden.

ad 4) Frage: ‘Halten Sie nach dem einstimmigen Beschluß der Landesregierung vom Februar Nerzzucht im Rahmen privater Wildtierhaltung überhaupt für genehmigungsfähig?’

Die Zucht von Nerzen zur Pelzgewinnung ist nicht genehmigungsfähig.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich ersuche die Frau Abgeordnete Roth, die Verhandlungen zu Ltg. 28/A-2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. ROTH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Koczur, Schittenhelm und Kollegen und Kolleginnen mit der Landtagszahl 28 betreffend „EU-Osterweiterung und Niederösterreich“.

Die Europäische Union hat in Umsetzung der Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rates in Luxemburg von Dezember 1997 am 31. März 1998 mit fünf mittel- und osteuropäischen Staaten und Zypern konkrete Beitrittsverhandlungen begonnen. Die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Beitrittswerber ist ein wesentlicher Grundstein auf den Weg zu einem gemeinsamen und starken Europa, die jedoch wesentliche sicherheits-, sozial- und demokratiepolitische Auswirkungen nach sich zieht. Sie dient vor allem einer Angleichung und Hebung des Wohlstandsniveaus in Europa und einem Abbau von Produktionsverzerrungen und -verlagerungen. Auf Grund der derzeit noch großen und sich nur langsam verringern den Unterschiede bei den beitragswilligen Ländern ist eine Erweiterung der Union nur in Etappen möglich. Bei ihrem Weg in die EU müssen die beitragswilligen Länder Schritt für Schritt in den Wirtschafts- und Sozialraum der EU eingebunden werden. Übergangsfristen, ähnlich wie bei der Süderweiterung der EU um Spanien und Portugal, die den freien Personen- und Dienstleistungs-, Grund- und Warenverkehr beinhalten, sollen eine Erweiterung ohne Zeitdruck und unter gründlicher Vorbereitung ermöglichen.

Für Niederösterreich wird sich das Umfeld um die geplante Ostöffnung der Europäischen Union schon auf Grund seiner geographischen Lage entscheidend verändern. Immerhin hat Niederösterreich mit seinen Nachbarn Tschechien und Slowakei eine lange gemeinsame Grenze. Zur Wahrung stabiler Verhältnisse in den niederösterreichischen Grenzgebieten ist daher für die Bereiche Arbeitsmarkt, Wirtschaft - unter Berücksichtigung der Nahversorgung -, Verkehr, Landwirtschaft und innere Sicherheit ein eigenes, integriertes Maßnahmenpaket zur Bewältigung der EU-Osterweiterung erforderlich. An der Umsetzung dieses integrierten Maßnahmenpaketes zur Begleitung der EU-Osterweiterung sollen neben

dem Land Niederösterreich auch der Bund und die Europäische Union in nennenswertem Umfang mitwirken.

Die Beteiligung der EU an dem Maßnahmenpaket betrifft mehrere wichtige Politikfelder bzw. Finanzierungsbereiche der Gemeinschaft, darunter die Strukturpolitik - EU-Strukturfonds, insbesondere die neuen Ziele 2 und 3 sowie INTERREG 3 -, die Wettbewerbspolitik, die gemeinsame Agrarpolitik, die transeuropäischen Netze und die Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern. Der Antrag an den Landtag lautet daher (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Koczur, Schittenhelm und andere, mit dem die NÖ Landesregierung aufgefordert wird, im Sinne der Antragsbegründung auf Grundlage von bereits erstellten Studien und noch zu beauftragenden weitergehenden Untersuchungen über die Auswirkungen der EU-Osterweiterung ein umfassendes landespolitisches Maßnahmenpaket zu entwickeln; dabei und bei der Unterstützung dieses Maßnahmenpaketes wäre der Bund einzubeziehen und zu ersuchen, seine bereits in Brüssel deponierten Forderungen nach entsprechenden Anpassungshilfen für die derzeitigen EU-Außengrenzgebiete weiterhin nachhaltig zu vertreten, wird genehmigt.“

Ich bitte Sie, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung anschließend durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Schittenhelm.

Abg. SCHITTENHELM (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wir Niederösterreicher haben, wie nur wenige Staaten bzw. Länder den Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems in Europa und das Ende des Ost-West-Konfliktes mit dem Fallen des Eisernen Vorhanges direkt miterlebt. Und auf Grund dieser historischen Gegebenheiten und den damit verbundenen veränderten Rahmenbedingungen für Europa erleben wir heute eine ungeheure Dynamik in allen Regionen und in allen Bereichen. Ja ich glaube, man kann davon reden, daß sich Europa in den letzten acht Jahren mehr bewegt und verändert hat, als dies in den letzten vier Jahrzehnten der Fall war. Daher geht es bei der Erweiterung der Europäischen Union nicht um eine strategische Neuorientierung der

EU, sondern um die Verwirklichung des durch den kalten Krieg verzögerten Projektes, nämlich des Projektes der europäischen Einigung. Es wird dies sicherlich der größte und schwierigste Integrationsprozeß der Europäischen Union sein. Und es gilt daher auch für uns, genau zu differenzieren, aber nicht zu diskriminieren.

Für uns Österreicher sollte die Europäische Union, die EU-Osterweiterung eigentlich als EU-Nachbarschaftserweiterung gesehen werden. Denn drei der sechs Beitrittswerber sind Österreichs Nachbarn und zwei davon teilen mit Niederösterreich eine gemeinsame Grenze. Und vor allem aus der Sicht Niederösterreichs und der besonderen Kenntnis der Geschichte und Entwicklung der Beitrittsländer und der damit verbundenen Ängste und Sorgen unserer Bevölkerung - ich sage das ganz bewußt - muß der Erweiterungsprozeß zwar zielstrebig, aber umso sorgfältiger und behutsamer vorgenommen und erarbeitet werden. Denn jede andere Politik als die des Augenmaßes und größter Sachkundigkeit bis ins Detail würde diesen Erweiterungsprozeß, dessen Komplexität man nicht unterschätzen darf, zum Scheitern verurteilen. Wir, die ÖVP Niederösterreich bekennen uns zur EU-Osterweiterung. Denn wir haben ein großes, strategisches Interesse am Beitritt unserer Nachbarstaaten, um nicht auf lange Sicht gesehen Randstaat der Europäischen Union zu bleiben.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir alle wissen, daß der österreichischen Wirtschaft seit der Ostöffnung 1989 ein enormer Profit zuteil geworden ist. Die Exporte Österreichs in die mittel- und osteuropäischen Länder haben sich in dieser Zeit um 211 Prozent gesteigert. Das ist eine Verdreifachung. Und dies ist natürlich auch verbunden mit zusätzlichen 60.000 Arbeitsplätzen. Viele österreichische Klein- und Mittelbetriebe vor allem haben in den MOEL-Staaten Tochterfirmen gegründet und durch den enormen Umsatz dort auch ihre heimischen Mutterfirmen und damit unsere heimische Wirtschaft gestärkt. All diese Zahlen und positiven Bilanzen dokumentieren die Chancen Österreichs seit der Ostöffnung, signalisieren aber auch die enormen Chancen bei einer Osterweiterung. Chancen, die aber weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehen.

Wir müssen uns aber auch der Problematik der Ängste und der Risiken, die mit einer EU-Osterweiterung verbunden sind, bewußt sein, dementsprechend handeln und entsprechende Maßnahmen setzen. Und wir können nicht darüber hinweg sehen, daß bei Wirtschaftskraft und

Einkommen nicht nur heute, das ist ja selbstverständlich, sondern auch in den nächsten Jahren ein großes Gefälle zwischen den Beitrittsländern und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegeben ist und gegeben sein wird. Und es würde sich daher, so meine ich, ein allzu rascher Beitritt sicherlich nicht vorteilhaft, ja ich meine negativ auf die verschiedensten Bereiche, ob Verkehr, Standortkonkurrenz, Arbeitsmarkt oder auch Kaufkraft auswirken. Und deshalb hat ja auch der Ausschuß der Regionen, dem auch Niederösterreich angehört, an das Grundprinzip der Europäischen Union appelliert. Und zwar an das Prinzip der Solidarität und des Ausgleichs unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen. Und ein Beispiel - es ist Ihnen bekannt - war damals aus Anlaß der Süderweiterung 1986 das sogenannte integrierte Mittelmeerprogramm, das damals beschlossen wurde. Und es stellt sich für mich die Frage, warum sollte dieses Grundprinzip nicht auch für die Grenzregionen Niederösterreichs entlang der Außengrenze zu den Beitrittsländern zur Anwendung kommen, um so den Prozeß der grenzüberschreitenden Annäherung zu unterstützen?

Warum sollte nicht auch jetzt ein integriertes Grenzlandprogramm erarbeitet und erstellt werden? Es müßten natürlich auch die Mittel des INTERREG-3 Programmes vor allem für die Grenzregionen eingesetzt werden. Denn nur so wird eine Überbrückung der Wohlstandskante zwischen Gebieten in Niederösterreich und in den Regionen der Beitrittswerber möglich sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bevölkerung Niederösterreichs erwartet von uns, den politisch Verantwortlichen - und das zu Recht -, eine weitgehende Sicherung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse, die sie, ob nun berechtigt oder unberechtigt, durch die EU-Osterweiterung gefährdet sieht.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Obwohl zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Grundfreiheiten in den Bereichen des Waren- und Kapitalverkehrs zwischen den EU-Ländern und den MOEL ja weitgehend vorweggenommen sind, bedarf es vor allem auf dem Personen-Dienstleistungssektor noch gründlicher Vorbereitungen. Gründlicher Vorbereitungen ohne Zeitdruck. Und daher kann und darf ein Inkrafttreten der Freizügigkeit von Personen und Dienstleistungen erst für den Zeitpunkt des Vollbeitrittes vorgesehen werden. Dies verbunden mit effizienten Übergangsregelungen, die dazu beitragen sollen, negative Auswirkungen auf den niederösterreichischen Arbeitsmarkt hintanzuhalten. Daher muß eine we-

sentliche Forderung sein, die arbeits- und sozialrechtlichen Normen sowie die Umweltstandards der Beitrittsländer an jene der Europäischen Union nicht nur heranzuführen, sondern auch anzugleichen. Und natürlich wird auch die Problematik der Wettbewerbsverzerrung zutage treten. Es gilt hier, dieser Wettbewerbsverzerrung entgegenzutreten. Daher wird es notwendig sein, nur um ein Beispiel zu nennen, die Förderobergrenze für betriebliche Investitionshilfen möglichst hoch anzusetzen, um der Standortkonkurrenz der Beitrittswerber, aber auch des angrenzenden Ziel 1-Gebietes Burgenland paroli bieten zu können.

Hand in Hand eng verbunden damit sind aber auch die Maßnahmen, die zum Ausbau und einer Vernetzung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen, zur Sicherung einer adäquaten Verkehrsanbindung der Grenzregionen zu setzen sind. Denn durch die angestrebte Osterweiterung werden sich für Niederösterreich die bisher nachhaltigsten Auswirkungen auf unser Verkehrssystem ergeben. Die EU verfolgt zur verkehrsmäßigen Integration aller EU-Mitgliedsstaaten den Auf- und Ausbau der transeuropäischen Netze, kurz TEN, genannt. Und seit der paneuropäischen Verkehrskonferenz in Kreta 1994 erfolgte die Erweiterung des TEN auch auf die Beitrittswerber. Und ich meine, daß es daher sinnvoll wäre, auch unsere Grenzregionen in das transeuropäische Netz einzugliedern.

Ein besonders schwieriger und großer Bereich und für uns Niederösterreicher von wesentlicher Substanz ist natürlich der Agrarbereich. Hier werden sich natürlich Anpassungsprobleme ergeben. Gerade in den grenznahen Regionen unseres Bundeslandes stellt ja die Landwirtschaft einen wesentlichen Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor dar und hat einen besonderen kultur- und landschaftserhaltenden Charakter. Wir wollen, daß das auch nach einer EU-Osterweiterung so bleibt. Erlauben Sie mir, daß ich auch hier nur einige Punkte anreißer. Daher sind Maßnahmen zur Sicherung der regionalen Absatzmärkte für Qualitätsprodukte und Spezialitäten sowie eine Verbesserung der agrarischen Einkommensbildung in den Grenzregionen notwendig. Es soll aber auch, und das ist mir ganz wichtig und wesentlich, zur verpflichtenden Fixierung entsprechender ökologischer Standards und Gesundheitsstandards bei der Agrarproduktion in den MOEL kommen. Das muß eine Forderung von uns sein.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die größte Problematik, mit der wir uns auseinandersetzen haben, die uns beschäftigt und von

der wir glauben, daß wir manchmal ohnmächtig sind - ich meine, daß wir es nicht sind - auch allerdings ohne EU-Osterweiterung, das sind die schwerwiegenden Defizite in der Umweltpolitik der beitriftswilligen Staaten. Und hier vor allem in der Atompolitik. Es geht hier nicht nur um Mochovce, sondern auch um Kraftwerke wie Dukovany, Temelin, Pacs, Bohunice und andere, die nicht den westlichen Sicherheitsstandards entsprechen. Ich meine, es muß doch möglich sein, in einer europaweiten Anstrengung durch eine Nachrüstung an internationale, westliche Sicherheitsnormen anzuschließen, wobei ich persönlich vertrete, daß langfristig auf eine Stilllegung dieser Atomkraftwerke hingearbeitet werden muß. Im Interesse der Sicherheit aller Bürger, sowohl bei uns als auch bei den Beitrittsländern. Daher auch hier unsere Forderung: Ein hohes Niveau an nuklearer Sicherheit muß als zusätzliches, politisches Beitrittskriterium verlangt werden.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Es wird und muß unsere Aufgabe sein, einerseits darauf zu drängen, daß die vom Europäischen Rat in Kopenhagen 1993 festgelegten Beitrittskriterien auf Punkt und Beistrich eingehalten werden. Und andererseits im Rahmen der Beitrittsverhandlungen vor allem in der Zeit, in der Österreich den Vorsitz hat, nämlich von Juli bis Dezember dieses Jahres, Einfluß auf die Form und die Bedingungen einer EU-Osterweiterung zu nehmen. Das ist unsere Aufgabe und Verpflichtung.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir wollen mit dieser Osterweiterung vom Rand in das Herz Europas. Wir wollen aber auch, daß dieses Herz kräftig und gleichmäßig schlägt, in einem starken Niederösterreich für ein gemeinsames und sicheres Europa! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Jahrmann.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte mich auf den Kernsatz oder auf das beziehen, was meiner Ansicht nach der Kernsatz dieses Antrages ist, dem man ja grundsätzlich die Zustimmung erteilen kann. Der wirtschaftliche, soziale und politische Integrationsprozeß Europas darf nicht an den gegenwärtigen EU-Außengrenzen Halt machen. (Mir fehlt irgendwo noch die ökologische Integration, aber die Frau Kollegin Schittenhelm hat ja ohnedies diesen Problembereich durchaus ausführlich angesprochen.) Das, meine Damen und Herren, ist der Kernsatz

des Problems EU-Osterweiterung. Das Problem dabei ist, daß nicht die Europäische Union, so wie sie derzeit besteht, sich erweitern soll, sondern daß Europa insgesamt einen Integrationsprozeß durchlaufen soll, der ein besseres, ein vernünftigeres, insbesondere ein ökologischeres, ein sozialeres Europa mit sich bringt. Das muß unser Ziel sein. Und wenn die Landesregierung aufgefordert wird, ein Maßnahmenpaket umzusetzen oder zumindest einmal in Angriff zu nehmen - was sie eigentlich schon längst hätte tun können - dann muß das die Zielvorgabe sein.

Es darf also zu keiner zukünftigen Deregulierungswelle in Osteuropa kommen, so wie es jetzt schon in Ansätzen tatsächlich im Westen da ist, was wir durchaus mit Sorge beobachten können. Es darf zu keinem Umwelt- und Sozialdumping kommen, wie es ebenfalls in Ansätzen schon da ist.

Wenn ich wieder das Stichwort Transitverkehr herausnehmen kann, dann ist zum Beispiel der Versuch, jetzt das Wochenendfahrverbot aufzuheben, ein ganz konkreter Ansatz, ein ganz konkreter Handlungsansatz, den die Europäische Union versucht, um wirtschaftliche Interessen vor ökologische Interessen zu stellen. Und das kann nicht unser Ziel sein.

Das heißt, all das, was wir jetzt befürchten, geschieht derzeit bereits in der Europäischen Union. Und wir haben die Aufgabe, dem Inhalt zu gebieten. Wir müssen nicht nur Europa insgesamt verändern, sondern wir müßten vor allem die Europäische Union verändern. Und die EU-Osterweiterung muß dafür ein Anlaß sein, ein Motiv sein. Wir brauchen eine andere Europäische Union, eine demokratischere. Es gibt immer noch einen großen Bereich an Gesetzen, die nicht in einem europäischen Parlament beschlossen werden, sondern die unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Rat beschlossen werden. Das ist ein unhaltbarer Zustand für sozusagen den „Mutterkontinent der Demokratie“, wenn ich das so sagen darf. Wir brauchen eine ökologischere, eine sozialere Europäische Union. Und in Niederösterreich können dafür durchaus auch Ansätze gewonnen werden.

Die Ausgangslage, auch die wirtschaftliche Ausgangslage für Niederösterreich ist seit der Ostöffnung durchaus günstig. Das wurde schon erwähnt. Es gibt durchaus sehr, sehr positive Zahlen. Es gibt aber auf der anderen Seite auch ganz, ganz konkrete Bedrohungsszenarien, die ganz gefährlich für Niederösterreich sein können. Wir brauchen daher nötige Maßnahmen in der

Verkehrspolitik. Wenn, und das wurde letztens schon diskutiert, wenn jetzt die drei Landeshauptleute der östlichen Bundesländer draufkommen, daß sie sich auf die Südostspange einigen müssen, jetzt, im Jahr 1998, sich auf etwas einigen, was wir schon seit acht Jahren haben könnten. Die Südostspange könnte schon im Bau sein. Statt dessen streitet man seit Jahren um diesen läppischen, in Wirklichkeit ja ohnedies nicht mehr zur Debatte stehenden Semmering-Basistunnel.

Und erlauben Sie mir da eine Anmerkung zu einem Thema, das unlängst in den Medien durchaus auch diskutiert wurde, nämlich die interessante Konstellation der Meinung des Herrn Landeshauptmannes zu der Meinung des Herrn Verkehrsministers. Der eine blockiert den Basistunnel, der andere blockiert den Vollausbau der Semmering-Schnellstraße. Beides sind unsinnige, unökologische und der Wirtschaft in Wahrheit, insbesondere der regionalen Wirtschaft, nicht dienliche Projekte, meine Damen und Herren. Es wäre doch sinnvoll, wenn die beiden sich nicht gegenseitig blockieren würden, sondern beide zu der Einsicht kämen, daß keines dieser beiden Großprojekte sinnvoll ist, Sinn macht, und man dieses Geld viel, viel vernünftiger in die regionale Wirtschaft stecken könnte. Es wären Milliarden, die man hier auch im Sinne dieses Antrages investieren könnte.

Wir müssen uns fit machen für die Europäische Union. Wir müssen auch den Osten fit machen. Wir müssen Osteuropa fit machen. Wir wissen, daß die zukünftigen EU-Budgets Milliarden, viele, viele Milliarden Euro, ECU in diese Vorbereitung des Ostens stecken. Wir dürfen die alten Fehler des Westens nicht wiederholen. Wir müssen grundsätzlich andere Strukturen aufzubauen versuchen, um die alten Fehler nicht zu wiederholen. Wir brauchen etwa eine Demokratisierung der gesamten Europäischen Union. Wir brauchen dringend eine ökologische Steuerreform, gemeinsam mit einer Harmonisierung des gesamten Steuersystems in ganz Europa. Auch dadurch, das wäre eine wesentliche Möglichkeit, um das überhaupt möglich zu machen, um es auch zu finanzieren. Denn wenn wir uns die Budgets der EU-Osterweiterung ansehen, und wenn wir gleichzeitig den Finanzbedarf der Ostländer sehen, dann kommen wir drauf, daß da durchaus noch ganz schöne Finanzlücken klaffen. Und die gilt es zu schließen. Und das kann nur mit einer gemeinsamen, sozusagen „transeuropäischen Steuerreform“, insbesondere einer ökologischen Steuerreform gehen. Wir brauchen einen ehrlichen Abbau der Arbeitslosigkeit. Der Amsterdamer Vertrag ist dazu nicht geeignet. Da wurde im wesent-

lichen gar nichts beschlossen, außer einige schöne Worte gesprochen. Wir brauchen insbesondere einen, wie schon gesagt, Abbau des Transitverkehrs, insbesondere des Lkw-Transits. Wir brauchen aber auch einen Abbau der Steuerflucht und einen Abbau der Devisenspekulation. Hier kann unter Umständen die Währungsreform Vorteile bringen, aber das alleine wird nicht genügen. Wir brauchen auch gesetzliche Maßnahmen, um dem Vorschub zu leisten.

Was kann Niederösterreich tun, was kann die Landesregierung tun? Insbesondere Bewußtseinsbildung machen. Das tut sie durchaus auch. Man soll aber gleichzeitig nicht Angst machen. Man soll versuchen, Übergangsfristen anzustreben. Das ist durchaus vernünftig. Aber man soll den Menschen, insbesondere in den Grenzregionen, nicht nur die Angst vor Augen führen, sondern man soll sie fördern, man soll sie motivieren, man soll ihnen Möglichkeiten anbieten. Wir brauchen wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Grenzregionen; mehr als bisher. Einiges wurde davon auch schon angesprochen. Wir brauchen auch den sanften Tourismus als eine der Möglichkeiten, wo sich Niederösterreich durchaus gut verdient machen kann. Und wir brauchen insbesondere auch die Möglichkeit, daß Niederösterreich nicht den alten EU-Weg der Transithölle etwa über den Brenner nachgeht, daß der Semmering zum Brenner wird, sondern daß wir andere Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Verkehrsprobleme zu lösen.

In diesem Sinne können wir sagen, man kann diesem Antrag durchaus seine Zustimmung erteilen. Wir werden das auch tun. Aber wir meinen doch, daß sehr, sehr viele Maßnahmen die Landesregierung bisher schon treffen hätte können, und daß man in Zukunft durchaus motivierter, rascher und zielorientierter handeln kann. Damit Niederösterreich nicht das bleibt, was es durch den Eisernen Vorhang sehr, sehr lange war, nämlich ein Grenzland. Damit Niederösterreich also tatsächlich ins Zentrum Europas rücken kann. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich darf für unsere Fraktion feststellen, daß wir diesen Antrag sehr begrüßen. Ich habe das auch schon bei der letzten Aktuellen Stunde gesagt, die damals von uns initiiert wurde zu dieser

bevorstehenden, oder hoffentlich nicht so bald bevorstehenden EU-Osterweiterung. Ich glaube, es ist ein wichtiger Schritt, der heute hier passiert. Ich habe das aber auch das letzte Mal schon gesagt, weil ich den Antrag bereits in Händen hatte, daß er uns zu wenig weit geht. Das heißt, wir werden sicher diesem Antrag zustimmen, weil er in die richtige Richtung geht. Ich kann auch den Ausführungen der Kollegin Schittenhelm sehr viel abgewinnen. Sie haben das auch, glaube ich, wirklich beleuchtet, die Chancen, die man sieht, aber auch die vielen Risiken. Ich glaube, daß zum momentanen Zeitpunkt die Risiken eindeutig überwiegen. Und es sind einige Punkte, die ich hier wieder deponieren will, die man bedenken muß und die, glaube ich, gerade Niederösterreich mit seiner langen Ostgrenze oder Außengrenze wirklich am härtesten von so ziemlich allen Regionen in ganz Europa treffen würde.

Eine Auswirkung wäre sicher, daß diese Osterweiterung unheimlich viel kosten wird. Das Finanzministerium sagt schon, daß man fast mit einer Verdoppelung des Mitgliedsbeitrages rechnen müßte. In Zeiten eines Sparpaketes ist das, glaube ich, momentan nicht finanzierbar. Die jährliche pro-Kopf-Belastung würde von 1.625,- auf über 3.000,- Schilling steigen. Und eine vierköpfige niederösterreichische Familie würde mit zirka 12.000,- bis 13.000,- Schilling im Jahr belastet werden. Ich glaube, daß das momentan nicht geht. Eine weitere Gefahr ist der Zuwandererstrom und der damit verbundene Anstieg der Arbeitslosigkeit. Da kann man wirklich auch nur sagen, es ist gut so, daß sowohl der ÖGB als auch die Arbeiterkammer es endlich auch registriert haben. Daß unsere Zahlen sich eigentlich mit jenen des Herrn Verzetnitsch bereits fast decken. Wir haben in den Anfängen gesagt, es werden zirka 200.000 Menschen sein, die sofort bei einer Eröffnung aufbrechen werden und auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Verzetnitsch spricht jetzt schon auch von 150.000. Das heißt, zwischen 150.000 und 200.000 Menschen, die natürlich hauptsächlich auf den niederösterreichischen Arbeitsmarkt drängen würden. Das ist auch ganz klar, wenn man sich die Kosten eines Facharbeiters ansieht oder den Verdienst eines Facharbeiters. In Tschechien verdient ein Facharbeiter zirka 4.500,- Schilling, in Österreich 21.000,- Schilling. Das sind selbstverständlich alles Bruttobeträge. Das heißt, es ist ein unheimlicher Lohnkostenunterschied, der in manchen Branchen bis zu über 80 Prozent geht. Und man kann die Menschen jenseits der Grenze nur verstehen, wenn sie diese Möglichkeit nutzen würden, und hier zu Billigtarifen arbeiten, weil sie ja

trotzdem das Mehrfache verdienen würden wie in ihrer Heimat.

Ein weiterer Aspekt ist, glaube ich, die Sicherheit für unser Land. Die Ostkriminalität und die Ostmafia haben ja nicht umsonst den Sitz bereits in Wien. Und man spricht auch im Drogenhandel davon, daß in Preßburg mittlerweile mehr Drogen umgeschlagen werden als in Amsterdam. Das bedeutet hier eine massive Gefahr natürlich auch wieder für den unmittelbar nächsten Nachbarn. Und durch die Verdoppelung des Beitrages würde sicher ein neues Sparpaket notwendig sein. Das heißt, wir müßten Steuererhöhungen beschließen. Und das hält, glaube ich, unsere Wirtschaft, aber auch unsere Bevölkerung nicht mehr aus. Und deshalb sagen wir Nein zu dem Zeitpunkt jetzt. Und wir werden auch noch einen Antrag einbringen bis zur nächsten Landtagssitzung, der wirklich mit konkreten Zahlen und Forderungen aufwartet. Ich sage das deshalb, weil ich glaube, eine Anpassung des Lohnniveaus, das ist mir alles zu wenig. Man müßte wirklich konkret sagen: So lange in diesen Staaten nicht das Lohnsystem auf mindestens 80 Prozent von unserem steht, kann es keine Erweiterung geben in diese Richtung. So lange die Sozialsysteme nicht ungefähr angepaßt sind, kann es nicht gehen. Zur Landwirtschaft wird dann unser Gottfried Waldhäusl noch sprechen. Aber ich glaube, hier ist auch eine sehr große Gefahr, weil natürlich - und das steht in einem Papier des Bundeskanzleramtes - der größte Verlierer die Landwirtschaft sein würde. Das steht in einem Papier des Bundeskanzleramtes.

Und eines - ich habe das beim letzten Mal auch schon gesagt: Wir wollen nicht mit einem Staat in der Union sein, der im strikten Widerspruch zu jeglichem Völkerrecht steht. Der ein Gesetz noch geltend hat, das sind die Beneš-Dekrete. Wir werden das auch in unserem Antrag einbringen. So lange die Beneš-Dekrete in Kraft sind, werden wir sicher dieser EU-Osterweiterung nicht zustimmen.

Und eines noch, weil es, glaube ich, sehr aktuell ist. Es betrifft noch einen Beitrittswerber, das ist die Slowakei. Ich weiß schon, daß die Slowakei nicht in der ersten Phase der Erweiterung dabei wäre. Wie das passiert ist, daß die nicht in die erste Runde gekommen sind, war es mir wirklich unverständlich, daß sowohl der Vizekanzler, als auch der Kanzler gesagt haben, sie werden sich einsetzen, daß auch die Slowakei an den Verhandlungen teilnehmen kann. Wenn man sich anschaut, wie dort die Menschenrechte behandelt werden, wenn man sich anschaut, was jetzt mit Mochovce passiert. Der peinliche Auftritt Klimas, wo man sieht, wie der Premier Meciar

einen österreichischen Bundeskanzler behandelt, muß ich sagen, das ist ja nichts gegen den Klima, aber das war wirklich nicht in Ordnung, glaube ich, wie der Meciar den Bundeskanzler behandelt hat. Und damit die Republik Österreich behandelt. Und da muß ich mich fragen, von mir aus, will ich mit so einem Land in einer Union sein? (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Und ich glaube, daß das Thema Mochovce heute hier auch diskutiert gehört hätte. Und ich habe den Medien entnommen, daß die Frau Kollegin Weinzingler einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde eingebracht hätte dazu - ich hätte das sehr begrüßt -, daß aber die Fraktionen „Rot“ und „Schwarz“ nicht unterschrieben haben. Ich möchte von hier aus auch sagen, man muß ideologisch nicht auf einer Linie sein, Frau Kollegin Weinzingler, ich hätte Ihnen gerne die Unterschrift gegeben. Weil ich glaube, daß dieses Thema auch sehr wichtig gewesen wäre. Und speziell im Zusammenhang mit diesem Antrag vorher in einer Aktuellen Stunde gut zu diskutieren gewesen wäre. (*Abg. Kurzreiter: Das haben wir bitte ja erst diskutiert!*)

Nein, das wäre schon wichtig gewesen. Weil ich glaube, das ist die größte Gefahr für die niederösterreichische Bevölkerung. Und dem kann man sich als niederösterreichischer Landtag nicht entziehen. Und darüber muß man auch diskutieren. Also wir hätten das sicher mit unterschrieben. Und damit bin ich bei einem Punkt, von dem ich sage, der wäre auch noch wichtig. Es sind die ökologischen Standards in diesen Reformstaaten. Das kostet viel Geld. Nur, es kann so nicht sein, daß Österreich das Öko-Musterland ist, wir das alles von uns aus bezahlen - ich bekenne mich auch dazu -, aber daß da drüben, wenn man sich anschaut diese Braunkohlekraftwerke usw., wirklich die Umwelt massivst geschädigt wird. Und man läßt das alles gelten und sagt, okay, das sind unsere Verhandlungspartner. Es wäre, glaube ich, auch wichtig, daß diese Reformstaaten auch hier etwas unternehmen. Weil ich glaube, so kann das dann nicht sein, daß wir als einer der größten Nettozahler auch das noch alles zu bereinigen haben. Wir haben in unserem schönen Land viel geleistet, haben die ökologischen Standards wirklich in die Höhe geschraubt, sind damit, glaube ich, in Europa ziemlich führend. Und es kann daher wirklich nicht sein, daß wir das auch noch bezahlen, damit da drüben endlich die Ökologie in Ordnung kommt.

Das heißt, so lange diese Punkte, die ich versucht habe darzustellen, nicht erfüllt sind, wird es von uns kein Ja zu dieser Osterweiterung geben,

sondern wir werden das wirklich ganz genau beobachten. Wie gesagt, ich kündige hier einen Antrag an mit konkreten Zahlen und Forderungen. Und wir werden diesem Antrag, der jetzt vorliegt, natürlich gern die Zustimmung geben. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. WENINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich freue mich, daß wir im NÖ Landtag wieder einmal die Möglichkeit nutzen, die Fragen des europäischen Erweiterungsprozesses grundsätzlich und eingehend und sachlich zu diskutieren. Besonders deshalb, weil wenige Tage, bevor Österreich erstmals für ein halbes Jahr die Präsidentschaft der Europäischen Union übernimmt, wir jene Rahmenbedingungen formulieren sollten, die wir aus niederösterreichischer Sicht sowohl gegenüber der österreichischen Bundesregierung als auch gegenüber den Institutionen der Europäischen Union als Grundvoraussetzung für einen schrittweisen und vor allem kontrollierten europäischen Integrationsprozeß unserer östlichen Nachbarländer erachten.

Die Europäische Union mit 20 Mitgliedsstaaten ist heute keine Utopie mehr, sondern eine sehr konkrete Perspektive. Es waren ja, und ich möchte daran erinnern, die Römer Verträge nie reduziert auf die damalige EWG oder die EG oder später EU. Sondern diese waren von Beginn an im europäischen Integrationsprozeß auf ein einheitliches Europa in seiner Gesamtheit orientiert. Das heißt, wie auch die Frau Kollegin bereits angesprochen hat, daß die derzeit stattfindende Erweiterungsrunde eine logische Fortführung eines Projektes ist, das durch die Zeit des kalten Krieges für Jahrzehnte unterbrochen war.

Eine gut vorbereitete Erweiterung kann uns den Zielen, wie wir sie in der Präambel des EG-Vertrages formuliert haben, ein immer engerer Zusammenschluß der europäischen Völker unter Wahrung und Festigung von Frieden und Freiheit, einen wesentlichen Schritt näher bringen. Das Projekt Europa, will man es konsequent umsetzen, darf wohl kaum an den derzeitigen EU-Außengrenzen Halt machen. Es sei denn, man wünscht sich eine Europäische Union nicht als Friedensobjekt oder als Beschäftigungsunion oder als globaler, wirtschaftlicher und politischer Akteur, sondern als ein Europa der Zweiklassengesellschaft, als ein Europa wie vor 1989.

Daß der Erweiterungsprozeß jedoch nicht mit blinder Euphorie, sondern mit der damit verbundenen politischen Nüchternheit vorbereitet wird, zeigt allein schon die Tatsache, daß von den in das Dialog- und Kooperationsforum Europäische Konferenz aufgenommenen zehn mittel- und osteuropäischen Staaten plus Zypern, plus Türkei im März 1998 vorerst nur sechs Beitrittskandidaten, nämlich Polen, Ungarn, Slowenien, die Tschechische Republik, Estland und Zypern konkret Partner bei Beitrittsverhandlungen sind. Grundsätzlich kann das Projekt der Erweiterung jedoch nur dann gelingen, wenn die davon betroffenen Regionen ihre Anliegen wirksam in den Entscheidungsprozeß einbringen und wenn diese auch entsprechend berücksichtigt werden.

Die geographische Nähe Niederösterreichs zu den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas macht das besondere Interesse unseres Bundeslandes und seiner Bewohner an einer tragfähigen und nachhaltigen Vorbereitung des Erweiterungsprozesses deutlich und impliziert daher den besonderen Stellenwert unserer heutigen Diskussion. Natürlich bringt eine Erweiterung der EU konkrete Probleme mit sich, das ist unbestritten. Und genau auf diese Probleme sollten wir ganz bewußt hinweisen, wenn man die Erweiterung ernst nimmt und sie wirklich gut vorbereiten will. Es wäre unsinnig und kontraproduktiv, bestehende und entstehende Schwierigkeiten und Probleme zu leugnen. Wir dürfen nicht, und das ist durchwegs auch als kritische Anmerkung an die österreichische Außenpolitik in der Zeit der EU-Präsidentschaft zu verstehen, vor lauter europäischer Verantwortung die Augen davor verschließen, wie unsere Landsleute die zunehmenden sozialen Spannungen empfinden. Es ist nämlich die gegenwärtige Situation, die für die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unbefriedigend ist. Es ist die gegenwärtige Situation von mehr als 20 Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Union und es sind regionale Jugendarbeitslosigkeitsraten von mehr als 50 Prozent unerträglich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa. Es ist die gegenwärtige Situation, in der neoliberale Wirtschaftsmodelle der Globalisierung, der Deregulierung, der Flexibilisierung, dem Lohn- und Sozialdumping, dem Sozialabbau das Wort reden und damit zu einer immer zügelloseren Bevorteilung des Finanzkapitals auf Kosten der Arbeit führen. Daß sich, aufbauend auf die Situation, die wir derzeit in Europa vorfinden, auch in unserem Land die Sorgen und Ängste der Menschen, gepaart mit den Erwartungen aus einer zukünftigen Erweiterung Richtung Osten summieren, ist nur allzu verständlich. Deshalb geht es in diesem Sinne darum,

neue gesamteuropäische Konzepte zu entwickeln, wie das soziale Niveau in Europa für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ein höheres Niveau transferiert werden kann. Aus diesen Gründen ist die Diskussion über die Erweiterung nicht vordergründig aus dem Blickwinkel des diplomatischen Parketts oder aus dem Blickwinkel jener, die ausschließlich auf die Gewinnkurven ihrer Konzerne schielen, zu betrachten, sondern ausschließlich aus der Perspektive der vorrangig Betroffenen. Nur so kann das Projekt Europa auch ein Projekt der Bürger werden.

Österreich hat mehr als ein Drittel aller Außengrenzen der EU zu den Beitrittsstaaten und ist das einzige Land der Union, das an vier mögliche Kandidaten grenzt. Kein anderes Land wird von den Chancen der Erweiterung so profitieren, gleichzeitig jedoch wird kein anderes Land von den Risiken und Problemen der Übergangsphase so betroffen sein. Ich bin jedoch bei allen Problemen, die auf uns zukommen, überzeugt davon, daß es im grundsätzlichen strategischen Interesse unseres Landes liegt, nicht für alle Zeit ein Randstaat der Europäischen Union bleiben zu wollen. Abgesehen von den wirtschaftlichen Argumenten, auf die ich noch näher eingehen möchte, kann die Erweiterung vor allen auch einen Gewinn an Sicherheit und Stabilität mit sich bringen. Längerfristig gilt nämlich: Entweder gelingt es der Europäischen Union, Sicherheit in den Osten zu exportieren, oder sie wird zunehmend mit der Unsicherheit aus dem Osten konfrontiert sein. Österreich ist gegenüber den Bedrohungen der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels, der unkontrollierten Migration, aber auch gegenüber den Auswirkungen sozialer Explosionen mehr exponiert als die meisten anderen Staaten der Union. Deshalb steht gerade für unser Land besonders viel auf dem Spiel.

Wirtschaftspolitisch nicht zu übersehen ist auch die Tatsache, daß Österreichs Wirtschaft - das ist bereits angekommen - seit der Ostöffnung 1989 erheblich profitiert hat. Bei aller Kenntnis regionalen Ungleichgewichtes, der kurzfristigen Verlockungen von Auslagerungen und der Auswirkungen der Globalisierung hat unser Land seit 1989 eindeutig Nettogewinne zu verbuchen. Laut einer Analyse des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes ergab sich ein Handelsbilanzplus in diesem Zeitraum von rund 13 Milliarden Schilling und bis zu 60.000 neue Arbeitsplätze. Im Interesse der Stabilität der österreichischen Nachbarländer hat die EU in den letzten Jahren mit dem Europaabkommen eine ausbaufähige Basis für eine künftige engere Zusammenarbeit und den Aufbau einer funktionierenden, partnerschaftlichen

Wirtschaftsstruktur geboten. Die Erweiterung des Binnenmarktes um 100 Millionen zusätzliche Verbraucher wird der europäischen Wirtschaft zudem neue Impulse verleihen, wovon alle EU-Mitgliedsstaaten und auch Österreich langfristig profitieren können. Laut WIFO würden für Österreich besonders im Fall eines Beitritts der vier Nachbarstaaten Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien die ökonomischen Vorteile die Nachteile der Beitrittskosten langfristig überwiegen.

Von der Osterweiterung selbst wird zwar allgemein ein Aufschwung in den Ostländern erwartet, es gibt jedoch keine Gewähr dafür. Weitere Exportsteigerungen sind unter anderem von einer Beseitigung der Leistungsbilanzdefizite im Osten abhängig. Österreich wird daher langfristig weniger von einer Verbesserung der Handelsbilanz als vielmehr aus dem Vorteil der Wirtschaftsdynamik profitieren können. Zukünftige Handelserfolge Österreichs werden aber auch in hohem Maße davon abhängen, ob es den Beitrittswerbem gelingt, ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Und noch wesentlicher wird sein, ob der mit dem Wirtschaftswachstum einhergehende Einkommenszuwachs auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Beitrittsstaaten zugute kommt. Damit diese auch tatsächlich die Möglichkeit haben, als Konsumenten und Nachfrager für österreichische Erzeugnisse und Dienstleistungen auf den internationalen Markt zu treten.

Im Unterschied zu den meisten übrigen EU-Staaten ist Österreich auf Grund seiner langen gemeinsamen Grenze auch von den Risiken der EU-Osterweiterung besonders betroffen. Und dies vor allem - und das wurde auch schon angesprochen - im Bereich der Freizügigkeit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs. Zu dem kommt, daß die wichtigsten städtischen Ballungszentren und damit auch die stärksten Wirtschaftsgebiete Österreichs in Grenznähe liegen. Insgesamt leben rund fünf Millionen unserer Staatsbürger, das ist mehr als 60 Prozent, innerhalb von weniger als 100 km Entfernung von den Staatsgrenzen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten. Und noch höher liegt der Anteil der in dieser Region erzeugten Wirtschaftsleistung.

Während die Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen Österreich und den mittel- und osteuropäischen Ländern gemessen in Wechselkursparitäten derzeit zirka 6:1 ausmachen, liegen die Industrielöhne nur bei zirka 10 bis 15 Prozent des österreichischen Niveaus. Diese Diskrepanzen werden noch verstärkt durch Unterschiede in den sozial- und umweltrechtlichen Standards. Dieses

Spannungsverhältnis, meine Damen und Herren, bringt die Gefahr der Destabilisierung der Arbeits- und Gütermärkte, des Arbeitsplatzverlustes durch Betriebsverlagerung und die Gefährdung der Nahversorgung in ländlichen Grenzregionen mit sich so wie auch die Risiken der Arbeitsmigration.

Insbesondere die Ängste und Sorgen der NÖ Arbeitnehmer vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg müssen unsere ungeteilte Aufmerksamkeit erhalten. Die lokale Nähe Niederösterreichs zu einigen der Beitrittskandidaten läßt erkennen, daß wir bei frühzeitiger Gewährung der Arbeitskräftefreizügigkeit in erheblichem Ausmaß von Migration, aber auch von Pendlerwanderung betroffen sein werden. Die Motive für diese Migration liegen in den vorhandenen Unterschieden des Lebensstandards, der Arbeitsplatzunsicherheit und den Einkommensdifferenzen und somit klar auf dem Tisch. Daher ist es im Zuge des Erweiterungsprozesses unbedingt notwendig, Übergangsregelungen für die Gewährung der Arbeitskräftefreizügigkeit festzulegen. Diese Übergangsregelungen können aber nicht in Form von Zeitspannen festgelegt werden, sondern müssen an Hand klar und deutlich meßbarer wirtschaftspolitischer Entwicklungen in den MOEL-Staaten nachvollziehbar sein. Besondere Kriterien, die die Migrationsbewegung eindämmen, wie ein Anheben des Lohnniveaus oder ein Anheben des Bruttoinlandsproduktes würden schließlich die Betroffenheit der niederösterreichischen Grenzregionen entlasten können. Damit könnte auch das Problem einer weiteren Anspannung der Lohnspirale nach unten durch die Zuwanderung von Arbeitskräften in sozial verträglichen Grenzen gehalten werden. Die Berücksichtigung der Einkommenskriterien ist daher als Ausdruck der Solidarität zwischen europäischen und neuen osteuropäischen Arbeitnehmern in den Mitgliedstaaten zu verstehen. Dadurch würde sichergestellt werden, daß Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern entsprechend ihres Beitrages zu Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung bei der Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstandes partizipieren könnten. Die Formulierung von Kriterien, die vor einer Gewährung der Freizügigkeit der Personen- und Dienstleistungsfreiheit erreicht werden müssen, dient dazu, den Fortschritt der Beitrittsverhandlungen an Hand objektiv meßbarer Erfolgsmaßstäbe auch für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Übergangsregelungen für den Personen- und Dienstleistungsverkehr müssen daher ein integraler Bestandteil der Beitrittsverhandlungen sein. Eine Angleichung des sozialen Standards an jenen der Europäischen Union muß deshalb ebenso im Vordergrund einer ausgesprochenen Erweiterungsstrategie stehen wie die

relative Angleichung der Einkommen zwischen den Beitrittsländern und den EU-Mitgliedern.

Hohes Haus! Im Wissen um die besondere Stellung unseres Landes an den Grenzen zu den beitragswilligen Staaten und dem Wissen um die Sorgen und Ängste unserer Bürger vor allem im Grenzland sind wir Sozialdemokraten entschlossen, alle Fragen im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU mit großem Realismus unter Berücksichtigung des sozialen Gefüges in der EU und unter Erhaltung des sozialen Standards in Angriff zu nehmen. Erlauben Sie mir dazu abschließend die Kriterien zusammenzufassen. Die Erweiterung der EU ist als langfristige Aufgabe mit wesentlichen sicherheitspolitischen, wirtschaftspolitischen, sozialen aber auch ökologischen Auswirkungen zu sehen. Es geht darum, das Wohlstandsniveau innerhalb Europas auszugleichen um damit die derzeit vorhandenen Spannungen größtmöglich abzubauen zu helfen. Es geht auch darum, die derzeit sowohl in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht existierenden Spannungen ein- für allemal für Europa zu überwinden. Und diese Herausforderung steht uns bevor. Die EU-Erweiterung ist kein Nullsummenspiel, in dem der eine bloß gewinnt auf Kosten des anderen. Es geht nicht um Kosten und Gewinne! Es geht darum, einen gemeinsamen Aufschwung als Ziel für die Regionen Europas zu sehen.

Die Entwicklung der Wirtschaften Mittel- und Osteuropas bedingt auch Anpassungen für die österreichische Wirtschaft. Diese sind vor allem im Interesse der Arbeitnehmer so zu lösen, daß Sozial- und Arbeitsbedingungen europaweit auf ein möglichst hohes gemeinsames Niveau heranzuführen sind. Auch ist darauf zu achten, daß die Beitrittsstaaten jene institutionellen Möglichkeiten schaffen, die über die Kopenhager Kriterien hinausgehen. Ich meine hier zum Beispiel konkret eine Festlegung von Formen des Mitspracherechtes für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zuge freier Gewerkschaften und anderer sozialpartnerschaftlicher Institutionen.

Nicht zu unterschätzen ist auch die ökologische Dimension des Erweiterungsprozesses. So haben die Beitrittsstaaten den gesamten Rechtsbestand der EU-Umweltpolitik zu übernehmen. Die Aufgabe Österreichs wird es sein, im Sinne einer offensiven europäischen Umweltpolitik und im Sinne vom Abbau bestehender Standardvorteile durch Umweltdumping die möglichen Übergangsfristen im Umweltbereich so kurz als nur möglich zu halten. In diesem Sinne, Hohes Haus, glaube ich, daß der EU-Erweiterungsprozeß nicht damit diskutiert werden kann, daß wir um

wenig aussagekräftige Formulierungen wie „ja, aber“ oder „nein, wenn nicht“ ringen. Sondern es geht darum, ein gemeinsames politisches Ziel für Österreich, für die Europäische Union und für unsere osteuropäischen Nachbarn zu erreichen.

Der NÖ Landtag kann mit der heutigen Diskussion einen inhaltlichen Schritt in Richtung der Vorbereitung auf diesen europäischen Integrationsprozeß setzen. Als Repräsentanten dieses Landes haben wir die Pflicht, zum Wohle der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher rechtzeitig jene Kriterien zu formulieren, bei deren Erfüllung wir erwarten können, daß die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU zu keiner Beeinträchtigung, sondern vielmehr zu einer Mehrung des Wohlstandes in unserem Land und bei unseren Nachbarn führt. Als Mitglied der EU hat Österreich nicht nur die Möglichkeit, sondern auch das faktische Recht, darüber zu entscheiden, wann, wie und unter welchen Bedingungen es zu einer Erweiterung der Union kommt. Insgesamt bin ich davon überzeugt, daß Österreich gut vorbereitet, mit solidarisch-europäischer Gesinnung, aber auch mit dem notwendigen Realismus unter absoluter Bedachtnahme auf die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher den weiteren europäischen Integrationsprozeß aktiv mitbestimmen wird. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zur Debatte steht, wie schon beim letzten Mal anlässlich der Aktuellen Stunde auch heute wieder die Frage der EU-Osterweiterung für Niederösterreich. Und schon bei dieser Aktuellen Stunde haben wir Gelegenheit gehabt, seitens unserer Fraktionen die Standpunkte darzulegen. Die Standpunkte, wenn Sie sich erinnern, reichten schon damals von - ich will nicht übertreiben - von „nein, nie“ bis „nein, möglichst lange nicht“. Manche grenzen sich da sogar auf 25 Jahre ein. Ich würde überhaupt vorsichtig sein mit Datumsangaben und Termin- bzw. Fristensetzungen. Über „so lange es geht verhindern“ bis „bedingungsloses, sofortiges Ja“ reicht die Palette bis zu meinem Standpunkt, den ich gleich vorwegnehme seitens der Wirtschaft: „Ja, aber gut vorbereitet“, wie auch viele meiner Vorredner es skizzierten.

Der Inhalt unseres Beschlusses soll ja eigentlich nur sein, die Landesregierung aufzufordern, die Bundesregierung zu unterstützen, Grundlagen zu erarbeiten, damit wir gut vorbereitet in diese

Erweiterung gehen. Nehmen wir uns einmal doch eine Angst: Wir haben doch auch bei den letzten Erweiterungsrounden gesehen, daß es letztlich gut und richtig war und letztlich zu einem sozial und umweltmäßig höherem Level führt. Und auch zu wirtschaftlicher Erweiterung führt. Allerdings, betone ich immer wieder, vorsichtig, gut vorbereitet hineingehen und sicherlich nicht Hals über Kopf etwas über das Knie brechen.

Wir wollen mit dem Beschluß heute sagen, daß wir das Maßnahmenpaket des Bundes in Brüssel unterstützen wollen, in welchem ja ohnehin alles formuliert ist, in dem Forderungen enthalten sind nach Anpassungshilfen. Vor allem für unsere Grenzgebiete, deren Schutz und Vorbereitung wir nachhaltig vertreten wollen.

Noch einmal zur Erinnerung einige Stichworte aus dem Aspekten der Wirtschaft, für die ich heute sprechen darf. Es handelt sich, erinnern wir uns, um die fünfte Vergrößerung der Gemeinschaft seit ihrem Bestehen. Daher braucht man wie bei den vier anderen auch vor der fünften nicht Angst zu haben. Man hat ja Erfahrungen eingebracht. Wir wissen, daß wir Beitrittsvoraussetzungen brauchen: Politische Kriterien wie demokratische Prüfung und Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte, Schutz der Minderheiten. Wir wissen, daß wirtschaftliche Kriterien erfüllt sein müssen, eine funktionsfähige Marktwirtschaft drüben aufgebaut sein muß. Und wir kennen die Chancen und Risiken einer EU-Osterweiterung aus Erfahrung, aber mehr noch auch aus dem Ausblick in die Zukunft.

Wir glauben, und wenn ich „wir“ sage meine ich vor allem meine Fraktion, daß es eine geringere Mobilität geben wird als manche befürchten. Weil auch bisher der Mobilitätsschub nicht so groß war wie anfangs befürchtet. Da scheiden sich die Geister. Da gibt es verschiedene Studien. Wir glauben aber ein rascheres Wirtschaftswachstum, wie das auch bei den bisherigen Erweiterungen der Fall war, für den Arbeitsmarkt letztlich, für die Landwirtschaft, für den Handel, für die Produktion. Und wir glauben, daß insgesamt das Niveau der Umweltpolitik steigen wird. Nämlich durch Übernahme der EU-Umweltgesetze durch die neuen Staaten. Auch das hat die Erfahrung gezeigt.

Bleibt jetzt noch die offene Frage der Kosten, mit der man natürlich sehr heftig argumentieren kann und mit der man rechnen kann, Angst machen kann. Zahlen lügen bekanntlich nicht, mit Zahlen jedoch kann man schwindeln, wenn man will. Wir wissen es nicht. Die Schätzungen der Kosten kann man in Prozenten ausdrücken, in

Schilling ausdrücken. Man schätzt die gesamte Osterweiterung auf 173 Milliarden Schilling - aber für alle Staaten Europas. Österreich ist bemüht, als Nettozahler, der wir sind, eben unbedingt in der Grenze zu bleiben, die der Außenminister formuliert hat. Nämlich auch als Nettozahler die Beitragsobergrenze von 1,27 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht zu überschreiten. Diese Grenze ist aber noch nicht ausgeschöpft. Und ich glaube, wenn auch die anderen Nettozahler das tun, müssen wir uns auch letztlich diese Frage stellen und dem anschließen. Außerdem sollen ja auch die Nettoempfänger ausdrücklich herangezogen werden zur Bezahlung und nicht nur die Nettozahler. Den Fahrplan in der EU kennen wir, die Beitrittsverhandlungen haben ja Ende März begonnen. Und es wird, obwohl man Termine nicht unbedingt konkret nennen soll, von allen Verhandlungsbeitritten als frühester Eintrittstermin das Jahr 2005 genannt. Es besteht also überhaupt keine Sorge, kein Anlaß zur Panik. Es kann alles wohl und gut vorbereitet werden.

Die österreichische Parteienlandschaft, das haben wir inzwischen bemerkt, spiegelt sich in der Bundespolitik genauso wie in der Landespolitik hier wider. ÖVP, SPÖ, LIF und Grüne sehen die Perspektiven grundsätzlich positiv, mit verschiedenen differenzierten Vorsichtsmaßnahmen. Wobei die ÖVP hier eben eine gute Vorbereitung, bevor wir hineingehen, sehr dringend anmeldet. Die FPÖ ist äußerst skeptisch, was sie auch formuliert hat, und spricht sich für die nächsten Jahre eindeutig gegen eine Osterweiterung aus. Letztlich formuliere ich noch einmal die Stellungnahme der Wirtschaft, die Landwirtschaft wird es für sich formulieren, daß man sehr wohl in der Wirtschaft und auch der Landeswirtschaft eine Chance sieht, die wirtschaftliche Bedeutung zu erhöhen und damit auch Wirtschaftskraft in unsere Länder zu bringen - aber auch in die neuen Länder. Wir müssen aber aufpassen, und das sage ich zum Abschluß noch einmal, ohne Panik erzeugen zu wollen. Wir müssen schauen, daß vor einer EU-Osterweiterung die Umstellung auf den Euro vollbracht ist und verdaut ist. Wir müssen schauen, daß Wettbewerbsverzerrungen nicht eintreten, indem wir den Umweltbereich harmonisieren. Wir müssen auf die Niederlassungsfreiheit aufpassen und wir müssen die Dienstleistungsfreiheit in Betracht ziehen. Sonst tritt Konkurrenzverzerrung speziell in der Grenzregion ein. Dasselbe gilt für das Vergabewesen. Die Strukturpolitik muß ebenfalls reformiert werden, um sicherzustellen, daß die potentiellen Beitrittsländer nicht womöglich eine Gruppe von höherer Förderintensität werden als

wir es innerhalb der EU als Grenzregion bereits sind.

Hohes Haus! Daher kann man auch heute bei dieser Debatte zusammenfassend sagen - es wird ja auch, glaube ich, noch ein Resolutionsantrag kommen, aus konkretem Anlaß, was Verkehrsverbindungen betrifft -, daß wir uns auf die Formel einigen sollen, Ja, aber gut vorbereitet in diese EU-Osterweiterung. Damit wir nicht Schaden erleiden; sozial, arbeitsmarktpolitisch, umweltpolitisch und letztlich auch finanziell. Im Großen und Ganzen aber glaube ich, daß eine solche neuerliche Erweiterung kommen wird. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Integration der EU, die Erweiterung der EU muß Hand in Hand gehen mit inneren Reformen und einem Reformprozeß, den vor allem Österreich - und hier sehe ich eine zentrale Rolle für Niederösterreich - mit vorantreibt in Richtung einer sozialen Gemeinschaft. Einer Sozialunion, die Wert legt auf Beschäftigungsfragen und auf eine nachhaltige Politik mit dem Ziel der möglichst guten Umwelterhaltung.

Aus vorliegenden Studien, ich zitiere etwa hier das Wirtschaftsforschungsinstitut, ist bekannt, daß Österreich bisher von der Ostöffnung deutlich profitiert hat. Daß viele der Ängste, die hier geschürt werden, ohne jeglichen wirtschaftlichen Grund zumindest geschürt worden sind. Wiewohl gleichzeitig festzuhalten ist, daß gerade in den Grenzregionen natürlich auch negative Wirkungen festzustellen waren, gerade in Niederösterreich. Und zwar auf Grund eines herrschenden Gefälles, das allseits bekannt ist, das man nicht noch deutlich ausmalen muß. Und ich denke, alle jene, die ein Interesse daran haben, eine Reform der EU und eine Stärkung unserer Grenzregionen vorzunehmen, müßten auch ein Interesse daran haben, daß es zu einer möglichst raschen wirtschaftlichen Konsolidierung in dieser Region kommt. Zu einer Erweiterung, parallel mit einem Marshallplan für unsere Nachbarstaaten, für die beitragswilligen Staaten. Damit hier im wirtschaftlichen Bereich aufgeholt wird und vor allem das Lohngefälle wegfällt. Und damit die jetzt bestehenden und leider auch von vielen ausgenutzten Möglichkeiten des Ökodumpings bzw. des Sozialdumpings Richtung Osten abgestellt werden.

Ein Marshallplan wird natürlich etwas kosten, das ist ganz klar. Ich halte diese Kosten aber für wesentlich sinnvoller eingesetzt als etwa in eine NATO zu investieren, einen NATO-Beitritt zu erwägen oder gar die NATO als Modell für die Oststaaten zu propagieren, wie das auf internationaler Ebene durchaus vorgenommen wird.

Langfristig werden sich aus einer EU-Osterweiterung - auch das ist belegbar aus Studien, ich zitiere in diesem Fall das IHS, „Institut für Höhere Studien“ (*Abg. Mag. Weinzierl zeigt Konvolut*) - langfristig also werden sich positive Beschäftigungswirkungen ergeben aus einer Osterweiterung der EU. Und ich denke, worum es geht ist jetzt in der Übergangszeit die notwendigen und richtigen Maßnahmen zu treffen. Und vor allem durch eine intelligente Politik die Vorbereitung des Beitrittszeitpunktes gerade für Niederösterreich richtig zu gestalten.

Ich nenne hier einige wenige Beispiele: Als erstes die Landwirtschaft, als einen der schon jetzt vom EU-Beitritt hauptbetroffenen Sektor. Und als einen Sektor, der auch weiter unter Druck geraten wird. Und ich stimme Meinungsäußerungen der letzten Tage durchaus zu, daß es in der Landwirtschaft darum gehen muß, zu schauen, daß man jetzt die für Österreich sinnvollen Nischen des Marktes besetzen und ausbauen kann. Es wird schon jetzt im Rahmen der EU für die österreichische Landwirtschaft und gerade für die niederösterreichische Landwirtschaft nicht die Zukunft in der billigen Massenproduktion liegen, wo wir beim besten Willen niemals wettbewerbsfähig sind mit den Großplantagen in Deutschland oder in den Niederlanden. Und daher ist es ja auch durchaus sinnvoll und schon angegangen worden, eine biologische Produktion, eine Ökologisierung der Landwirtschaft und eine artgerechte Tierhaltung zum Prinzip zu erheben. Ich denke, das gilt es wesentlich konsequenter weiter zu verfolgen als das bisher geschehen ist. Das bedeutet auch ganz klar eine Absage an die Verwendung von Gen-Technik in der Landwirtschaft. Als Standortvorteil, wozu sich das Bundesland Salzburg ja bereits über weite Strecken durchgerungen hat. Gerade dann, wenn man für die Landwirtschaft einen Markt mit Qualitätsprodukten sichern will, kann man nur ein lautes und deutliches Nein zur Gen-Technik sagen. Und ich möchte hier einmal mehr meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es eine breite Allianz geben kann für eine gentechnikfreie Zone in Niederösterreich im Bereich der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion.

Der zweite, gerade aus ökologischer Sicht höchst relevante Bereich ist die Energiepolitik. Ich glaube, daß hier die Beitrittsverhandlungen eine wichtige Chance sind, die man auch strategisch nutzen können muß, um eine nachhaltige Energiestrategie für unsere Nachbarstaaten zu propagieren und zu einem Ausstieg aus den Atomkraftwerken zu gelangen. Ich halte in diesem Sinne auch Äußerungen wie etwa die des Herrn Landesrates Dr. Bauer vor wenigen Tagen für wenig zielführend. Wiewohl ich das grundsätzliche und langfristige Anliegen teile, die Slowakei an die EU heranzuführen, doch in der jetzigen Situation, wenige Tage vor Inbetriebnahme des Kraftwerkes Mochovce mit der einzigen Trumpfkarte, dem einzigen Druckmittel EU-Beitritt zu sagen, ein rascher Beitritt der Slowakei sei ohne Wenn und Aber anzustreben, halte ich für wenig zielführend. Ich glaube, es wird darum gehen, sehr wohl die Beitrittsverhandlungen intelligent zu nutzen und klarzustellen, wir erwarten im Sinne einer ökologischen Sicherheit einen Ausstieg aus der Atomkraft in Tschechien, in der Slowakei, in Slowenien. Und wir bieten dafür aber auch Unterstützung an. Es ist nicht nur ein reines Druckmittel, vielleicht ein Vorwand, um möglichst den Beitritt hinauszuschleppen. Sondern es geht uns darum, Energieversorgung wirklich sinnvoll und sicher zu gestalten, und in diesem Sinne auch Energiepartnerschaften mit unseren Nachbarstaaten anzustreben. Wir wissen, daß es in Tschechien eine eindeutige Bereitschaft zu Gesprächen darüber gibt. Wir wissen, daß es mit der Slowakei im Moment schwieriger ist und zumindest bis zu den Wahlen in der Slowakei schwierig bleiben wird. Danach wird man weiter sehen müssen. Ich glaube, daß es jetzt vorrangige Aufgabe auch Niederösterreichs wäre, und gerade Niederösterreichs, den Dialog mit Tschechien zu suchen. Um zu sehen, wie man hier gemeinsam zu einer Energiepartnerschaft finden kann und wie man auch eine finanzielle Unterstützung beim Ausstieg aus der Atomkraft anbieten kann.

In diesem Zusammenhang wäre mir auch ein weiterer Faktor wichtig, den ich für notwendig halte in Vorbereitung auf einen Erweiterungsprozeß: Daß man die Kontakte auch auf der Ebene der Gruppen, der Bürgerinnen und Bürger, der verschiedenen Initiativen über die Grenzen hinweg stärkt, wie das eventuell auch bei einer Energiepartnerschaft möglich wäre. Und damit die Ängste, die teilweise vorhanden sind, teilweise in illegitimer Weise geschürt werden, abtragen kann.

Ein weiterer Punkt, der bereits vom Kollegen Mag. Fasan angesprochen wurde, den ich noch einmal kurz streifen möchte, ist die Verkehrspoli-

tik. Ich bedaure, hier auch von den Vorrednern, von der Vorrednerin der ÖVP vor allem gehört zu haben, daß es darum geht, die Ostregion in das TEN-Netz, in das Transeuropäische Netz einzugliedern. Soweit sich das auf den öffentlichen Verkehr bezieht, gibt es hier sicher jegliche Unterstützung von uns. Es gibt keinerlei Verständnis, wenn man aus der Ostregion Österreichs, aus Niederösterreich, dem Wiener Umland, eine Transitregion machen will, wie wir sie heute am Brenner erleben. Das sehen wir als Gefahr derzeit gegeben mit den Straßenprojekten, die vorangerieben werden wie der B 301 oder der, wie wir vermuten, klammheimlich geplanten Nordautobahn, die sich im Moment in Gestalt von überdimensionierten Ortsumfahrungen Luft macht.

Letztenendes denke ich, wird es an unserer eigenen Glaubwürdigkeit liegen, sowohl in der Verkehrspolitik wie auch in der Energiepolitik. Und hier sehe ich unsere Aufgabe. Es liegt an uns, wirklich glaubwürdig zu demonstrieren, wie bewerkstelligen wir im eigenen Land, was wir predigen. Und vielleicht eine kurze Anmerkung in Richtung der Freiheitlichen: Es hat einen guten Grund, warum wir uns mit der Bitte um Unterstützung für die Aktuelle Stunde an die beiden Großen gewandt haben. Erstens war nicht anzunehmen, daß Sie in diesen turbulenten Zeiten die Zeit finden, sich seriös auf das Thema vorzubereiten. Und für einen populistischen Ansatz ist mir das Thema zu wichtig. (*Abg. Dkfm. Rambossek: Ach, für so etwas haben wir immer Zeit, Frau Kollegin!*) Darüber hinaus bedaure ich natürlich zutiefst, daß es zu dieser Aktuellen Stunde nicht gekommen ist und werte es als wenig ernsthaftes Interesse an diesem Thema, wenn man nicht einmal eine Debatte darüber führen kann und führen will. (*Abg. Kurzreiter: Die haben wir doch erst vor wenigen Wochen geführt!*)

Das, was bei der Osterweiterung sicher der wesentliche Faktor sein wird, ist weniger, in welchem Jahr exakt man einen Beitritt zulassen will, also das genaue Datum. Ausschlaggebend wird sein, was bis dahin geschieht. Welche Maßnahmen wir tatsächlich setzen, um in Niederösterreich die Grenzregionen abzusichern, um einen Ausgleich des Gefälles zu erreichen, um die ökologischen und sozialen Standards anzugleichen. Und auch die Ängste, die vorhanden sind, abzustellen. Aus diesem Grunde sehen wir mit großem Interesse dem Maßnahmenpaket entgegen, welches zu schnüren die Landesregierung mit dem heutigen Antrag beauftragt wird. Was Niederösterreich als seinen Beitrag dazu leisten wird. Wir hoffen, es wird ein umfassendes Maßnahmenpaket. In jedem Fall gibt es unsere Unterstützung dafür,

diese Maßnahmen zu schnüren und damit auch für den heutigen Antrag. (*Beifall bei den Grünen.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. WALDHÄUSL (*FPÖ*): Werter Herr Präsident! Hohes Haus!

Es ist für mich heute eine Ehre, hier meine erste Rede im NÖ Landtag gerade zu einem Problem, zu einem Thema hier zu unterbreiten, welches für mich aus zwei Gesichtspunkten wichtig ist. In erster Linie, weil ich aus einer dieser betroffenen Regionen komme, aus dem Waldviertel, wo wir wirklich örtlich regional direkt betroffen sind. Und der zweite Aspekt, meine Damen und Herren, ist es, weil ich als praktizierender Landwirt im Waldviertel hier heute die Probleme, die die Bauern von Niederösterreich sehr stark treffen werden, wo Probleme etwas düster umrissen werden, aufzeigen kann. Wobei Ansätze zu Lösungen eigentlich nicht vorhanden sind. Ich werde, meine Damen und Herren, heute hier aus der Sicht von uns Freiheitlichen mit einem strikten „Nein, aber“ zur Osterweiterung Ihnen das sehr konkret aufzeigen. Nicht so dünn, wie hier dieser Antrag vorliegt. Und ich sage bewußt „dünn“. Hier in diesem Antrag, meine Damen und Herren, ist wirklich sehr wenig drinnen. Es zeigt, wie spät, wie lange verschlafen eigentlich nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die ÖVP und die SPÖ im Land Niederösterreich zu diesem Thema hier gearbeitet haben.

Ich werde Ihnen das hier alles dezidiert heute noch aufzeigen. Ich möchte aber vorher in ein paar Ausflügen auf meine Vorredner eingehen. Wenn hier die Kollegin Schittenhelm sehr wohl davon gesprochen hat, daß die ÖVP Niederösterreich zur Osterweiterung steht und wenn es ja dadurch wirtschaftliche Impulse für das Land geben wird, dann, meine Damen und Herren, frage ich mich, ob diese Kollegin schon einmal im Grenzraum, im Bezirk Waidhofen a.d. Thaya, in Gmünd, in Zwettl, in Horn mit den Wirtschaftstreibenden gesprochen hat. Ob sie weiß, wie dort ein Friseur, jemand, der im Tabakgeschäft lebt, ob sie weiß, wie es hier zugeht. Nein, meine Damen und Herren! Die Kollegin Schittenhelm hat das sicherlich nicht gemacht. Denn sonst hätte sie von keinen wirtschaftlichen Impulsen und Vorteilen für die Wirtschaft gesprochen. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir heute hier stehen und sagen, aber langfristig wird es für die Wirtschaft in dieser betroffenen Region Vorteile bringen, meine Damen und Herren, dann dürfen wir hier nicht nur die Halbwahrheit sagen. Denn die ganze Wahrheit

ist die, daß diese Betriebe langfristig nicht überleben! Sie haben dann nichts von diesen Impulsen, von diesen wirtschaftlichen Vorteilen. Weil es gibt sie dann in dieser Region nicht mehr. Wir haben das alles schon miterlebt beim Fall des Eisernen Vorhanges, meine Damen und Herren. Und hier diese Blauäugigkeit, und ich gehe sogar so weit daß ich sage, hier diese Verlogenheit, diese muß ein Ende haben. Bleiben wir bei der Wahrheit! Gehen wir nicht hier her und sagen, es gibt hier Menschen, die schüren Angst. Es gibt Menschen in diesem Lande, meine Damen und Herren, die klären die Bevölkerung auf! Sie klären sie wirklich auf. Und das, meine Damen und Herren, ist die Pflicht eines Volksvertreters. Und darum werden wir das auch nachhaltig unternehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Kollegin Schittenhelm spricht von einem Grenzlandprogramm. Ja, liebe Frau Kollegin, wo ist dieses Programm? Wir sprechen seit zwei Jahren von der EU-Osterweiterung. Ich erlebe es nicht, daß wir endlich ein Papier haben. Heute fordern wir auf, daß die Regierung ein Maßnahmenpaket macht, Anpassungshilfen für die derzeitigen Außengrenzen, um weiterhin nachhaltig zu verbessern. Das sind Worthülsen sondergleichen, meine Damen und Herren. Die Bevölkerung, die betroffenen Regionen erwarten hier Taten, keine Sonntagsreden. Blochberger, Euer Landesrat sagt immer „Montagstaten“. Schreitet zu diesen Taten! Arbeitet endlich für die Region und für die Bevölkerung in diesem Lande!

Auf dem Agrarbereich, meine Damen und Herren, werde ich später noch eingehen. Aber wenn hier die Kollegin Schittenhelm davon gesprochen hat, daß Absatzmärkte in den Grenzregionen geschaffen werden, dann zeigt es nur ganz eindeutig, wie wenig Ahnung sie von der Landwirtschaft hat. Und da möchte ich wirklich nicht mehr dazu sagen.

Zur Atompolitik, meine Damen und Herren, weil das auch angesprochen worden ist und speziell von den Kollegen der Grünen, hier ein eindeutiger Satz von uns Freiheitlichen: Wir werden einem EU-Beitritt dieser Oststaaten nur dann, und überhaupt irgendwann nur dann zustimmen, wenn diese Bedrohung durch diese Atomkraftwerke, diese Bedrohung der Bürger in dieser Grenzregion weggenommen wird. Wenn der Schutz dieser Bevölkerung wirklich vorhanden ist, dann können wir darüber reden. Bevor diese Bedrohung nicht wirklich aus dem Raum ist werden wir Freiheitlichen hier nie und nimmer ein Ja zu diesem Schritt sagen.

Kollege Weninger und Breininger - ich fasse zusammen, so interessant und so viel war da wirklich nicht drinnen in den Reden, das geht eigentlich ziemlich schnell. Wenn hier von 20 Millionen Arbeitslosen in der EU gesprochen wird, was wir ja eigentlich immer schon aufgezeigt haben, dann zeigt das eigentlich sehr, sehr wenig, meine Damen und Herren, wie mit diesem Problem umgegangen wird. Daß hier sehr wohl sehr viele kommen werden. Und sie werden mehr werden und sie werden unseren Menschen die Arbeit nehmen. Und ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir, wenn der Kollege Weninger wieder von den wirtschaftlichen Gewinnen gesprochen hat, hier nur mit Realismus dem begegnen können. „Soziale Standards“ - das sind wirklich Worthülsen, über die, meine Damen und Herren, ich glaube man etwas weitergehen sollte.

Unser Klubobmann Marchat hat angekündigt, daß wir hier speziell einen Antrag ausarbeiten werden, der wirklich die Dinge beim Namen nennt, so wie Sie es von uns Freiheitlichen gewohnt sind. Wir sagen das, was wir meinen. Wir stehen dazu und wir machen keinen Schwindel, egal, wo immer es ist. Ob jetzt, ich werde Euch das alles noch zeigen, was der Pröll im Wahlkampf gesagt hat, was der Pröll später gesagt hat, was jeder von Euch gesagt hat. Nur, ich will die Zeit natürlich zu sehr Wichtigem verwenden, und darum werde ich nicht sehr viele Eurer Politiker heute hier zitieren.

Wie schaut das mit dem Waldviertel, mit einer betroffenen Grenzregion, meine Damen und Herren, aus? Die Arbeitslosigkeit war bereits bei 15 Prozent. Und sie würde weiter steigen. Jetzt sitzen hier Kollegen herinnen aus dem Waldviertel, die wissen, wie schwierig es in einer Region ist, wo man bereits über 15 Prozent, oder in manchen Bezirken „nur“, unter Führungszeichen, über 13 Prozent Arbeitslosigkeit hat. Die Klein- und Mittelbetriebe haben bei dieser Art der Osterweiterung überhaupt keine Überlebenschance. Nennen wir die Dinge beim Namen! Die Landwirtschaft nach der Agenda 2000 - und die Agenda 2000, meine Damen und Herren, ist ja nichts anderes als die Finanzierung dieser Osterweiterung - würde das glatte Aus der Landwirtschaft in dieser Art und Weise heißen. Es würde überhaupt keine Überlebenschance für eine Landwirtschaft in dieser Struktur, in dieser bestehenden Art und Weise geben.

Das Sicherheitsrisiko ist heute schon angesprochen worden. Es wird nicht nur zu einem enormen Anstieg der Kriminalität durch den Zuzug von Ausländern kommen - wir haben das im

Waldviertel schon beim Fall des Eisernen Vorhanges gespürt - sondern nehmen wir nur die Probleme im Drogenbereich. Wir wissen, sie kommen über die grüne Grenze! Wir sind betroffen. Die Jugendlichen in unserer Region, meine Damen und Herren, sind mir zu wichtig, als hier wirklich ganz einfach nur von wirtschaftlichen Impulsen zu sprechen, die sowieso nie kommen, und ja zu sagen zu einer Osterweiterung. Mir, meine Damen und Herren, sind auch unsere Kinder in der Region viel zu wichtig als hier mit Euch hier mit einem Ja mitzugehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und dann wurde, meine Damen und Herren, davon gesprochen, wie kann man diese Grenzregionen, diese eigentlich gefährdeten Gebiete schützen? Und es wurde dann das Zauberwort der Förderung für dieses Gebiet erfunden. Ja, wie schaut es denn damit aus? Noch bevor es gesagt worden ist und noch bevor überhaupt darüber gesprochen wurde, wie viel Geld, wenn überhaupt möglich, in diese Region fließen kann, hat sich bereits gemeldet die Kommissarin Wulf-Mathies. Ist alles nachzulesen. Und die hat bereits gesagt, die von Wien verlangten Sonderförderungen für Grenzregionen wird es nicht geben. Das wurde bei einem Besuch der Kommissarin für Regionalpolitik Monika Wulf-Mathies am Montag in Wien erneut deutlich. Das, meine Damen und Herren, war natürlich dann sehr, sehr erschreckend.

Ich zitiere in diesem Bereich weiter den Generalsekretär der Industriellenvereinigung. Und er geht hier ein auf eine Anfrage eines ÖVP-Abgeordneten, nämlich von Herrn Reinhard Rack. Und er schreibt, die EU-Kommission wird in der Agenda 2000 keine spezielle Grenzlandförderung vorschlagen. So lautet die Brüsseler Antwort auf eine Anfrage dieses ÖVP-Abgeordneten. Und trotzdem hat dann unser Landeshauptmann im Zuge der Landtagswahl die Forderung aufgestellt, ich zitiere ihn wortwörtlich: „Bevor es überhaupt zur EU-Osterweiterung kommen kann, muß es bereits ein Förderungsprogramm in Milliardenhöhe für die Grenzregionen geben.“ Mit dem ist er dann in die Wahl gegangen und die Leute haben das auch teilweise so geglaubt. *(Abg. Kurzreiter: Ja, die Leute haben auch geglaubt, „unser Geld für unser Land“!)*

Kollege Kurzreiter! Zu Dir komme ich auch noch, aber ich habe momentan wirklich etwas Wichtiges. Es geht um die Grenzregionen. Und das muß ich jetzt wirklich dezidiert aufzeigen.

Und ich sage Euch jetzt, meine Damen und Herren, wie ehrlich es die ÖVP wirklich mit dieser Aussage von Pröll gemeint hat. Und ich zitiere. Ich

habe noch im Parlament als Bundesrat tätig einen Entschließungsantrag eingebracht, meine Damen und Herren, betreffend besondere Grenzlandförderung. Und nachdem ich mir gedacht habe, jetzt werde ich einmal schauen, wie die ÖVP sich da so verhält wenn ihr Landeshauptmann etwas sagt, habe ich eingebracht! Und ich zitiere ihn wortwörtlich: „Der Bundesrat wolle beschließen: Die Bundesregierung wird ersucht, sicherzustellen, daß ein ausreichend dotiertes und hinsichtlich der Förderungsregeln, der spezifischen Problemlage angepaßtes Sonderprogramm für die im Nahbereich der Grenzen zu den MOEL liegenden heimischen Regionen dauerhaft geschaffen wird.“ Wie es der niederösterreichische Landeshauptmann Pröll gefordert hat. Und zwar bevor es zur EU-Osterweiterung kommt. *(Abg. Waldhäusl zeigt ein Papier.)* Ich habe also, meine Damen und Herren, das ist leicht zu überblicken, genau die Aussage von Erwin Pröll in einem Entschließungsantrag im Bundesrat eingebracht. Und stellt Euch vor, der wurde komplett von der SPÖ und außer einem oder eineinhalb - das gibt es nicht, Entschuldigung - zwei ÖVP-Abgeordneten abgelehnt. Alle anderen haben das abgelehnt. Da hat es ÖVP-Abgeordnete im Parlament gegeben, die haben die Forderung des Landeshauptmannes abgelehnt! Ja, was soll ich bitte jetzt wirklich noch von dieser ÖVP halten? Ist die noch glaubwürdig? Das ist ja bitte, meine Damen und Herren, das größte Kasperltheater, das es jemals im Parlament gegeben hat! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun, meine Damen und Herren, kommen wir zu dem Agrarbereich, zu dem ich eigentlich hier heute ein bißchen näher ins Detail gehen möchte, weil er, glaube ich, schon deswegen sehr, sehr wichtig ist, weil jeder Landwirt - und das wissen wir -, der auf Grund eintretender Probleme seinen Bauernhof verlassen muß, auf den Arbeitsmarkt drängt. Und da sind wir uns alle hier in diesem Hause einig, das müssen wir verhindern. Weil wir wollen alle nicht, daß wirklich ein Landwirt in den Konkurrenzkampf mit einem Arbeitssuchenden kommt. Da sind wir uns einig, das wollen wir nicht. Und darum muß man auch versuchen, diese Probleme zu verhindern und diese Bauern in dieser schwierigen Lage auch zu unterstützen. Und von dieser schwierigen Lage gesprochen - Stichwort Agenda 2000 - in Zusammenhang mit dieser EU-Osterweiterung, meine Damen und Herren, wie schaut es da aus? Was wird da auf unsere niederösterreichischen Bauern zukommen? Kurz gesagt geht es um folgendes: Senkung des Milchpreises um 10 bis 15 Prozent. Senkung der Getreidepreise um mindestens 20 Prozent. Senkung der Rinderpreise um bis zu 30 Prozent und noch mehr. Abschaffung der Silomaisprämie. Bindung

des Kulturpflanzenausgleiches an ökologische Kriterien. Hier gibt es das Problem der Doppelförderung im ÖPUL-Bereich. Wegfall der Prämien im ÖPUL-Bereich. Kürzung der Elementarförderung. Kürzung bzw. Wegfall des extensiven Getreidebaues. Kürzung von weiteren Prämien in Grünlandbereichen bzw. für Berg- und benachteiligte Gebiete. Und die zeitliche Degression der Prämien, das Auslaufen der Zahlungen. Das, meine Damen und Herren, waren jetzt in Kurzform die Probleme, um die es geht. Und ich möchte Euch hier nicht zitieren. Ich kann es ganz genau, Ihr wißt es alle, die sich mit dem Agrarbereich beschäftigen. (*Abg. Waldhäusl hält Konvolut hoch.*) Hier könnte ich zitieren aus dem Ökosozialen Forum, wo der Generalsekretär, der Dipl.Ing. August Astl eigentlich in einem Vortrag das ganz genau so wiedergegeben hat wie wir das immer sagen, wie problematisch das sein wird. Und daß all diese Aussagen, die ich jetzt getätigt habe, ja wirklich auf Punkt und Beistrich stimmen. Bestätigt wird all das auch von Dipl.Ing. Lindner, der hier in einem Papier nach Vorliegen der Agenda 2000 ganz genau noch einmal auf das eingegangen ist. Er hat dann auch noch das hervorgehoben, worüber wir uns am meisten ärgern: Daß die erneuerbare Energie, Rohstoffproduktion bzw. Ölsaaten, Eiweißproduktion, in dieser Agenda 2000 so wie sie momentan vorliegt, eigentlich sehr stark benachteiligt ist und es in manchen Fällen hier sogar zum Desaster kommen wird.

Wir sprechen immer von erneuerbarer Energie. Wir stehen dazu. Wir stellen hier in diesem Hohen Hause auch Anträge dazu. Wir wollen das umsetzen. Aber gleichzeitig gibt es in dieser Agenda 2000 eindeutig einen Schranken. Hier wird der Riegel vorgeschoben. Und daher, meine Damen und Herren, kann es nur so sein, daß wir bei dieser Agenda 2000 konsequent fordern, es muß für die erneuerbare Energie, es muß für nachwachsende Rohstoffe und vor allem für die Öl- und Eiweißproduktion geordnete Schritte geben. Ansonsten kann es hier nie und nimmer eine Zustimmung dazu geben. Und das hat ja bereits, ein bißchen später aber dann doch, der Schwarzböck im „Kurier“, Schwarzböck, der Präsident der Präsidentenkonferenz hat es ja dann auch gesagt, was er von diesem Papier eigentlich letztendlich hält. Und zwar hat er das wortwörtlich so gebracht, daß eben durch die drastischen Preissenkungen auf Weltmarktniveau, durch Ausgleichszahlungen die Bauern in weitere, direkte Abhängigkeit gebracht werden. Das ist schon einmal eine starke Aussage. Wir Freiheitlichen sagen schon seit Jahrzehnten, daß die Bauern jetzt eigentlich schon sehr stark in der Abhängigkeit sind. Der Präsident Schwarzböck gibt es jetzt zu, daß sie da

noch stärker in diese Abhängigkeit schlittern werden. Er teilt jetzt auf einmal unsere Meinung. Und er sagt dann noch weiter: Das größte Kulturgut, die Landwirtschaft verkommt. So würde das Bauernsterben weiter beschleunigt. Ganze Regionen veröden. Das, meine Damen und Herren, diese Sätze haben wir immer wieder gebracht. Und wir wurden als Angstmacher und Panikmacher hingestellt. Jetzt sind diese Sätze dezidiert übernommen von Rudolf Schwarzböck, vom Chef der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer. Also da kann man nicht sagen, daß wir eigentlich hier jemandem Angst bereitet haben. Sondern wir haben hier Aufklärungsarbeit geleistet. Und das glaube ich, meine Damen und Herren, ist sehr, sehr wichtig. Ebenso, um einen kleinen Ausflug nach Deutschland zu machen, hat der deutsche Bauernverband erklärt, Sonnleitner hat an und für sich das gleiche, nur noch weit härter formuliert. Und er hat das dann auch nicht lassen können, hier den Kommissär Fischler eigentlich stark zu kritisieren. Das geht bei Rudolf Schwarzböck natürlich noch nicht. Es ist ja ein Parteikollege von ihm und da tut man sich ein bißchen schwer.

Und damit für die andere Hälfte in diesem Saale, die SPÖ, auch ein bißchen etwas abfällt, möchte ich Euch zitieren den Herrn Häupl. Der hat sich natürlich, nachdem die Wulf-Mathies gesagt hat, das wird es überhaupt nicht geben, Geld für diese Grenzregionen etc., hat natürlich der Wiener Bürgermeister nichts anderes zu tun gehabt, als daß er gleich folgendes gesagt hat: Das INTERREG-Programm für Regionen an der östlichen EU-Grenze sollte aufgewertet werden. Und zwar zu Lasten der Agrarförderungen, meine Damen und Herren. Da weiß man, was man von den Sozialdemokraten zu halten hat. Sie wollen natürlich nichts anderes als den Bauern, die sowieso schon am Ruin sind, die nicht mehr können, das Letzte auch noch wegnehmen. Und so Bauernvernichtung a la - sage ich nicht, wer das noch gemacht hat - vorantreiben. Das, meine Damen und Herren, ist eine Politik, die wir auf das Schärfste verurteilen. Und mit dieser Art und Weise, liebe Sozialdemokraten, da werden wir miteinander keinen Krieg gewinnen. Weil wir werden bewußt verhindern können, daß Ihr einen Bauern irgendwo zum Untergang bringt. (*Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der SPÖ.*)

Landesrat Blochberger - da komme ich schön langsam zum Abschluß meiner Zitate aus dem Reigen dieser einschlägigen Politiker - Blochberger hat sich jetzt auch auf das Thema gesetzt, Öl, Eiweiß, erneuerbare Energie. Und er hat da beim Europatag im NÖ Landhaus dezidiert eigentlich genau das auch gesagt, was ich zuerst hier

zitiert habe. Daß für die erneuerbaren Energien in der Agenda 2000 keine Berücksichtigung hier aufgezeigt würde und daß aber eigentlich die künftige Agrarpolitik an der Frage der nachwachsenden Energieträger nicht vorbeigehen könnte. Das, meine Damen und Herren, zeigt, daß wir hier bereits in einer gewissen Allianz sind. (Abg. Waldhäusl zeigt Zeitungsausschnitt.) Und wenn man sich das „Bayerische Wochenblatt“ durchgelesen hat vorige Woche, dann hat man hier gesehen, daß auch der Präsident Schwarzböck hier noch einmal gesagt hat, kein Hof könnte die Agenda verkraften. Das geht so weit - nur auf den Milchbereich eingegangen - daß hier ein Milchbauer sagt, das Milchgeld sinkt, die Produktionskosten aber bleiben gleich oder steigen sogar. Und die angekündigte Milchkuhprämie ist ja nicht wirklich abgesichert. Was heißt das am Rande, meine Damen und Herren? Die Produktionskosten aber bleiben gleich oder steigen sogar. Das muß man sich einmal vor Augen führen. Wir sind in die EU gekommen und dann hat uns die ÖVP als Vertreter der Bauern ja gesagt, es wird alles billiger. Alles wird billiger. Ja, was ist billiger geworden? Die Produktpreise der Bauern sind billiger geworden! (Abg. Hiller: *Der Handelsdünger beispielsweise!*)

Die Produkte sind billiger geworden, aber die Produktionskosten, meine Damen und Herren, wir wissen es genau, sind gestiegen. Sie sind letztendlich gestiegen. Und das, meine Damen und Herren, ist natürlich wieder einmal - jetzt könnten wir es so machen wie die ÖVP. Die redet immer von Wahllügnern. Wenn ich die EU-Lügen der ÖVP zusammenzähle, meine Damen und Herren, und ich lese sie Euch vor, stehen wir um halb fünf noch da. Das erspare ich Euch heute. Ihr kennt Eure eigenen Lügen ja selbst. (Beifall bei der FPÖ.)

Und wie ernst, meine Damen und Herren, es die ÖVP-Agrarvertretung wirklich meint, jetzt zum Abschluß meiner Ausführungen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Zeit ist dann, wenn ich hier weggehe, Herr Kollege. Der Herr Präsident hat die Möglichkeit, hier eventuell etwas zu sagen. Sie können da heraußen reden, wenn Sie da hergehen. Wenn Sie da drinnen sitzen, können Sie maximal einen Zwischenruf machen. Und das nur, weil Sie die Gepflogenheiten des Hauses nicht kennen. Ich habe eingangs schon gesagt, damit es auch die, die ein bißchen länger brauchen wissen, das ist meine Jungferrede. Aber wenn Ihr nicht wißt, was eine Gepflogenheit ist, daß man bei einem, der seine erste Rede hält, nicht dazwischenruft, dann verzeihe ich es Ihnen. Weil Sie Ihren Charakter hier dadurch sehr wohl jetzt gezeigt haben,

meine Damen und Herren. (Abg. Kautz: *Da hält man sich aber auch an die Gepflogenheiten des Hauses! - Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*) Hier im Landtag ist es meine Jungferrede, Herr Kollege, das ist einmal so. Über die Gepflogenheiten und über die Charaktere der Abgeordneten, glaube ich, werden wir uns ein anderes Mal unterhalten. (*Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*)

Herr Kollege! Eines garantiere ich Ihnen, ich werde länger da sitzen wie Sie. Und das nicht nur, weil ich wahrscheinlich halb so alt bin.

Zur Agrarpolitik. Sind wir so weit? Dann möchte ich fortfahren, wenn die Zwiegespräche wieder beendet sind. Der Beweis, wie es die ÖVP, die Agrarvertretung wirklich mit den Bauern meint und wie ernst sie es meint, jetzt dokumentiert und bitte, aufgepaßt! Das ist nämlich sehr, sehr interessant. Wir haben bereits im Dezember 1997 in der Interessensvertretung, der Landes-Landwirtschaftskammer, dort, wo eigentlich die Bauernpolitik aus dem Keim heraus weitergegeben wird, dort hat die Fraktion der Freiheitlichen Bauern einen Antrag eingebracht. Wenn ich Euch den vorlese, werdet Ihr sagen, den kennen wir bereits, weil der einstimmig hier in diesem Hause beschlossen worden ist. Darin ist es gegangen um die Reduktion der Interventionspreise. Der Antrag ist von Franz Marchat gekommen. Der ist einstimmig in diesem Hause verabschiedet worden. Und wie ernst hat es eigentlich die wirkliche Interessensvertretung der Bauern mit den Bauern gemeint? Dieser Antrag, meine Damen und Herren, wurde in der Landes-Landwirtschaftskammer unter Vorsitz von Präsident Schwarzböck, unter Hülmbauer und Pleil und allen anwesenden ÖVP- und SPÖ-Kammerräten abgelehnt, meine Damen und Herren. So schaut es aus! Das ist das wahre Gesicht! Das, meine Damen und Herren, war der größte Bauernverrat in der Geschichte der Zweiten Republik! Und damit das Ganze noch ein bißchen weiter geht, habe ich in der Sitzung vom 1. April in dieser Landes-Landwirtschaftskammer noch einen Antrag gestellt. Und dieser Antrag hat gelaute, daß eben es im Zuge dieser EU-Osterweiterung zu keinen Nachteilen für die Grenzregionen und die Bauern kommen kann. Gleichlautend mit dem, was Landeshauptmann Pröll vor den Wahlen gesagt hat. Und wißt Ihr, wie da die Bauernvertreter gestimmt haben, wie es geheißen hat, keine Nachteile für die Bauern? Auch hier haben geschlossen ÖVP und SPÖ dagegen gestimmt. Und das, meine Damen und Herren, ist diese Verlogenheit, mit der ich nicht länger leben möchte und auch nicht kann! (*Heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Und ich kann abschließend eines feststellen, meine Damen und Herren. Ich werde diese Art der Politik immer wieder verurteilen. Und das größte Ziel kann es nur sein, die Bauern vor ÖVP und SPÖ zu schützen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Ich wollte Sie nicht stören bei Ihrer ersten Rede. Aber beim nächsten Mal könnte man ein paar Vokabel anders wählen. (*Beifall bei Abgeordneten von ÖVP und SPÖ.*)

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema Osterweiterung beschäftigt uns in Niederösterreich sehr intensiv. Und ich möchte Sie nach diesem doch etwas „anders gestalteten“ Beitrag im Hohen Landtag wieder zurückführen auf den Boden der Realität und stelle mir die Frage, wie können wir unsere Grenzregionen auf die Osterweiterung vorbereiten und unsere Grenzregionen vor negativen Auswirkungen der Osterweiterung schützen? Zwei Probleme sind es, die den engen Grenzbereich sehr negativ beeinflussen. Das ist auf der einen Seite der Kaufkraftabfluß, den wir derzeit bereits in unseren Nachbarländern haben. Und auf der zweiten Seite die Abwanderung, die die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen widerspiegelt.

Zum Kaufkraftabfluß hatte ich gestern eine Möglichkeit, eine Veranstaltung der NÖ Wirtschaftskammer zu besuchen. Und es war für mich überraschend zu hören, wie gering eigentlich der Prozentsatz des Kaufkraftabflusses unmittelbar an der Grenze in Richtung Tschechien ist. Im Bezirk Gmünd sind es 4,3 Prozent der gesamten Kaufkraft, die Richtung Tschechien abfließen. Als Vergleich dazu verliert der Bezirk Gmünd Richtung Wien 10 Prozent. Andere Bezirke, die näher zu Wien und zu den Ballungsräumen liegen, sind hier noch günstiger gestellt. Das heißt, der Kaufkraftabfluß Richtung Tschechien liegt bei zwei und drei Prozent. Obwohl ich kein Hehl daraus machen will, daß diese zwei oder drei Prozent branchenspezifisch natürlich entsprechende Auswirkungen bringen können. Bei Zigaretten etwa war zu dem Zeitpunkt, als die Einfuhr noch wesentlich einfacher war, der Verbrauch an Zigaretten in Österreich auf Grund einer Aussage der Austria Tabakwerke zu 15 Prozent durch Einkäufe aus dem Ausland abgedeckt. Zwischenzeitlich hat sich durch die Verschärfung der Einfuhrbestimmungen auch das deutlich verbessert.

Der zweite Bereich ist der Bevölkerungsabzug, der insbesondere damit begründet ist, daß wir in den Grenzbereichen zu wenig Wirtschaftsbetriebe haben, die bereit sind, dort ihre Betriebe zu entwickeln, ihre Betriebe auszubauen und damit auch der Bevölkerung und den Regionen einen entsprechenden Impuls zu geben.

Eine Voraussetzung für die Betriebsansiedlung und für den Betriebsausbau ist für die Unternehmen, daß sie verkehrsinfrastrukturmäßig entsprechend angebunden sind an das europäische Verkehrsnetz. Und die Forderung, daß die Linien der Bahn und der Straße an das europäische Netz in Ostösterreich angebunden werden, ist für mich als Vertreter der Österreichischen Volkspartei eine unabdingbare Forderung.

Das sind auf der einen Seite der Ausbau der Straßen und auf der zweiten Seite der Ausbau des Schienennetzes. Und hier darf ich auch eine Kritik Richtung Österreichische Bundesbahnen anbringen. Wir bemühen uns, einen wesentlichen Teil des Lastverkehrs auf die Schiene zu verlagern und damit den Straßenverkehr zu entlasten. Wenn aber gleichzeitig die Österreichischen Bundesbahnen überlegen, weitere Bahnlinien in Niederösterreich im Lastenverkehr einzustellen, dann ist diese Überlegung und diese Diskussionen sicherlich kontraproduktiv zu den Überlegungen, die wir anstellen, den Lastenverkehr vermehrt auf die Bahn zu verlagern. Ein Punkt, der mich als Bewohner des Waldviertels besonders berührt, ist der Ausbau der Franz Josefs-Bahn. Zwei Milliarden Schilling wurden in den letzten Jahren in den Ausbau dieser Bahnstrecke investiert, ohne daß die internationale Bedeutung dieser Bahn erhalten, geschweige denn ausgebaut werden konnte. Es fehlt nach wie vor die Verbesserung des Bahnstückes von Gmünd Richtung Veseli bzw. Richtung Budweis. Für die Wirtschaft des Waldviertels, insbesondere des nördlichen Waldviertels ist diese Bahnverbindung aber eine ganz wichtige Voraussetzung, um wirtschaftlich expandieren zu können. Ich möchte daher dem Hohen Landtag einen Resolutionsantrag vorstellen und bitten, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Ing. Hofbauer und Koczur zum Antrag der Abgeordneten Koczur, Schittenhelm u.a. betreffend 'EU-Osterweiterung und Niederösterreich', Ltg. 28/A-2, betreffend Modernisierungsmaßnahmen auf den Bahnstrecken Gmünd-Budweis und Gmünd-Veseli-Prag.

In den letzten Jahren wurde mit einem Aufwand von nahezu 2 Mrd. S die Franz Josefs-Bahn

auf österreichischem Gebiet elektrifiziert und ausgebaut. Damit wurde eine leistungsfähige Verbindung zwischen Wien und Gmünd geschaffen und eine Anbindung der Region Waldviertel an internationale Hauptverkehrswege ermöglicht. Um diese Investitionen speziell im internationalen Verkehr optimal nutzen zu können, ist es dringend notwendig, endlich auch auf tschechischem Gebiet die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen auf den Strecken Gmünd-Budweis und Gmünd-Veseli-Prag durchzuführen. Dies erscheint auch im Lichte der vorgesehenen EU Osterweiterung dringend geboten, um auch eine bessere Anbindung des tschechischen Wirtschaftsraumes an die Region Waldviertel zu ermöglichen.

Dieser Ausbau entspricht auch den Intentionen des NÖ Landesverkehrskonzeptes, in dem der Ausbau des Güterkorridors Budweis mit Priorität 1a zur Verbesserung der Standortgunst für die Waldviertelwirtschaft wie z.B. zur Verbesserung der Erreichbarkeit des internationalen Wirtschaftsparkes Gmünd im Schienenverkehr vorgesehen ist.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen, dieses Ansinnen an die verantwortlichen tschechischen Stellen heranzutragen und gleichzeitig bei den zuständigen Stellen in der EU vorstellig zu werden, damit für diesen Ausbau im Sinne des Antrages eine bestmögliche Unterstützung durch EU-Fördermittel möglich wird.“

Ich ersuche den Hohen Landtag, diesem Antrag zuzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Jahrmann.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt nun Herr Klubobmann Koczur.

Abg. KOCZUR (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir erleben heute eine Arbeitssitzung des NÖ Landtages nach einer längeren Pause, in der es zwei Sondersitzungen gab, die nicht dazu beigetragen haben - schon von der Thematik her - das Ansehen der Politik zu heben. Und daher möchte ich auf ein Vorkommnis eingehen, das auch nicht gerade zu den Glanzlichtern des Parlamentarismus und der Rahmenbedingungen in Niederösterreich gehört.

Wir haben in den beiden Sondersitzungen erlebt, daß gerade die Betroffenen sich kaum jemals vorher so köstlich amüsiert haben als während dieser Sondersitzungen. Und sie haben auch versucht, mit Zwischenrufen auf die Thematik so Einfluß zu nehmen, daß wir vielleicht eine ähnliche Situation zustande gebracht hätten wie das seinerzeit im Hohen Haus der Fall war. Nun, die anderen Parteien dieses Hauses haben das nicht getan. Sie sind nicht darauf eingestiegen. Sie haben mit Verantwortungsbewußtsein und Achtung vor dem Ansehen des Landesparlamentes reagiert. Was dann der F-Fraktion hier im Hohen Hause nicht zuteil geworden ist, nämlich Achtung und Anerkennung zu bekommen, das war dann im Nachhinein vor dem Tor draußen wesentlich leichter. Und so hat der Herr Klubobmann Marchat nicht verabsäumt, gegenüber den Medien, wahrscheinlich aus einer Notsituation heraus, in eine der untersten Laden hineinzugreifen. Und die Beurteilung des Debattenbeitrages der Frau Kollegin Abgeordnete Helene Auer, nachzulesen in der Beilage der „NÖN“, Woche 23, ist gelinde gesagt eine unerhörte persönliche Beleidigung. Das ist es aber nicht allein. Sondern es ist eine Herabwürdigung der Funktion eines gewählten Mandatars. Und daher, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren der F-Fraktion, auf das Schärfste zu verurteilen. *(Beifall bei der SPÖ, der ÖVP und den Grünen.)*

Die Zurückhaltung, die wir uns in dieser Sache im Interesse des Landes auferlegt haben, hielt mich auch davon ab, mit gleicher Münze und eventuell unter Anführung jener Testgeräte zu antworten, die man Menschen, die solche Aussagen tätigen, eigentlich empfehlen müßte, wenn sie zum Rednerpult gehen. Das möchte ich nicht tun. Sondern ich möchte mit gebotemem Nachdruck mehr Achtung vor der Arbeit des Hohen Hauses und seiner Repräsentanten einfordern!

Sehr geehrte Damen und Herren! Heute steht ein Punkt auf der Tagesordnung, der von uns Sozialdemokraten initiiert worden ist. Es ist dann letztlich ein gemeinsamer Antrag der großen politischen Kräfte des Hauses geworden, die sich der Verantwortung gegenüber den Landesbürgern, aber auch der gesamtstaatlichen Bedeutung bewußt sind. Und wir zeigen mit dem Inhalt des Antrages auf, wie wir uns diesem Problem nähern wollen.

Basierend auf verschiedenen Studien, welche zum Teil bereits vorhanden sind, und demnächst um eine weitere Betrachtung von seiten der Sozialpartner ergänzt werden, ist ein Maßnahmenpaket, wie wir es nennen, zu entwickeln, wie wir

einerseits die sich zweifellos ergebenden Chancen der EU-Osterweiterung nutzen und andererseits den berechtigten Ängsten der Bürger im Lande und besonders im Grenzraum mit sachlichen Argumenten begegnen können. Und wenn ich hier von sachlichen Argumenten, meine sehr geehrten Damen und Herren, spreche, dann habe ich mir in der Zwischenzeit die Arbeitslosenzahlen der Bezirke des Waldviertels besorgt. Und daraus ist die Ernsthaftigkeit solcher Aussagen hier vorne und auch zu Hause, wenn man über die Medien an die Menschen herantritt, zu sehen. Arbeitsmarktdaten Niederösterreich: Bezirk Gmünd 8 Prozent, Horn 3,7 Prozent, Waidhofen a.d. Thaya 9,2 Prozent, Zwettl 3,4 Prozent und nicht 15 Prozent. (*Unruhe bei Abg. Waldhäusl.*)

Wenn wir, sehr geehrte Damen und Herren, diese Empfehlungen, die hier vorne schon des öfteren ausgesprochen wurden, in Sachen, ob wir der großen Europäischen Union beitreten wollen oder nicht, nachgegeben hätten, wenn wir die Empfehlungen ernst genommen hätten, soweit sie den Beitritt zu einer gemeinsamen Währungsunion in Europa betreffen, oder, wenn man so will, wie weit sie auch die EU-Osterweiterung betreffen, dann sage ich, ohne in Details einzugehen, nur eines: Bei Beachtung dieser Empfehlungen wäre unserem Land größter politischer und wirtschaftlicher Schaden zugefügt worden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn die besondere Situation, die wir in den alten Industriegebieten, aber auch im Grenzland vorfinden, immer wieder Anlaß ist, um den Menschen Angst zu machen, Sorgen zum Ausdruck zu bringen, die zweifellos vorhanden sind, und man es verabsäumt, auch auf die Ursachen einzugehen, dann ist das keine verantwortungsbewußte Politik. Und man muß im Grenzland und auch in den alten Industriegebieten den Strukturwandel sehen, der sich in den vergangenen Jahrzehnten vollzogen hat. Man muß auch sehen, daß wir in einem freien und demokratischen Staat leben, in dem es nicht ganz einfach irgend eine Stelle gibt, die der Wirtschaft verordnet, daß sie in ein bestimmtes Industriegebiet zu gehen hat, oder daß sie im Grenzland eine Betriebsgründung vorzunehmen hat. Das kann nur auf freiwilliger Basis geschehen. Und die Standortnachteile, die wir in diesen Gebieten ganz einfach haben und die von der Wirtschaft auch gesehen werden, sind nicht allein mit finanziellen Mitteln, mit Förderungen und einschlägigen Anregungen zu bewältigen, sondern hier bedarf es vieler Aufklärungsarbeit. Ich habe selbst an vielen Gesprächen mit ansiedlungswilligen Betrieben teilgenommen. Und in diesen Gesprächen, meine sehr geehrten Damen

und Herren, hat es am Anfang sehr gut ausgesehen. Und als man dann aber gehört hat, daß man 100 bis 130 Kilometer von der Autobahn, von der Westautobahn, von der Südautobahn, vom Flughafen, von den Forschungsstätten, von den Ministerien, von der Hochkultur entfernt ist, haben dann viele dieser Betriebe abgewunken und haben es so zum Ausdruck gebracht: Ihr könnt uns Hunderttausende Schilling pro Arbeitsplatz geben, wir sind nicht bereit, dorthin zu gehen. Und daher, nachdem das nicht so einfach geht, muß man sich der sehr mühseligen Kleinarbeit unterziehen, und muß trachten, die regionalen Ressourcen entsprechend zu verstärken. Wenn im gleichen Atemzug durch den Strukturwandel, der sich im Textilbereich, im Elektrobereich, aber auch in der Landwirtschaft ergibt, hunderte, ja tausende Arbeitsplätze verlorengehen und in den Bereichen, wo wir eigene Ressourcen haben, wo wir zu Recht fordern können, daß wir Hilfe des Landes und des Bundes bekommen können, diese Arbeitsplätze nicht in der notwendigen Anzahl zu schaffen sind, dann gebe ich schon zu, daß das für den Betroffenen schwer einsichtig ist. Aber man muß, glaube ich, auch die Realitäten erkennen. Und daher wird es nicht so einfach gehen, den Menschen nur Angst zu machen. Sondern es wird eine sehr mühselige Arbeit sein. Und ich habe in den vergangenen Jahrzehnten des öfteren an solchen mühseligen Arbeiten teilgenommen, als wir im Lande Niederösterreich uns mit den Fragen der Raumplanung beschäftigt haben, Raumplanungsbeiräte eingesetzt haben. Ich war dabei, als der erste Waldviertelplan in Kraft gesetzt worden ist, wodurch sich im vergangenen Jahrzehnt auch ein neues Selbstbewußtsein gerade in der Grenzregion des Waldviertels entwickelt hat und worüber wir sehr froh sind, daß diese Entwicklung so vonstatten gegangen ist. Nur, es war ein sehr mühseliger Weg.

Wenn wir jetzt wiederum einen neuen Anlauf nehmen, in dem wir eine Studie im Laufe der nächsten Monate vorlegen werden, die über die Grenzlandförderungsgesellschaft erstellt wurde und aus der derzeitigen Basis, aus derzeitiger Sicht heraus Lösungsvorschläge erarbeitet. Und wenn wir auch heute wiederum, das wird in einem eigenen Resolutionsantrag geschehen, wiederum darauf hinweisen, daß wir eine neue Kraftanstrengung gemeinsam unternehmen müssen, dann ist das ein Weg, wie wir mit den Problemen, die es in verschiedenen Landesteilen Niederösterreichs gibt, fertig werden können und müssen. Wir dürfen es uns nur nicht verdrießen lassen, wenn es einem auch nicht immer leicht gemacht wird.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Damen und Herren! In dem von mir angeführten Maßnahmenpaket, mit dem wir auf die Probleme der EU-Osterweiterung eingehen wollen aus der Sicht des Landes, muß es zu einer Bündelung der Kräfte von Bund und Land unter Einbeziehung der Europäischen Union kommen. Niederösterreich hat als Vorleistung bereits ernsthafte Schritte zum Abbau der regionalen Ungleichgewichte durch Infrastrukturmaßnahmen und wirtschaftsbelebende Impulse zu setzen versucht. Wir müssen gleichzeitig beim Bund entsprechende Mithilfe einfordern. In den Verhandlungsgesprächen mit den Beitrittskandidaten hat die Politik der überlegten Schritte und dosierten, sich an den jeweiligen Zwischenbilanzen orientierenden Fristen zu stehen. Die NÖ Landesregierung wird daher, wenn wir den vorliegenden Antrag beschließen, auf der Basis dieses Auftrages durch den Landtag zum einen Vorschläge für die Umsetzung dieser Grundsätze im Land zu erarbeiten haben und darüber hinaus in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen des Bundes - und hier wäre die Form eines Art.15a-Vertrages denkbar - auf die besondere Situation der regionalen Disparitäten in Niederösterreich zu verweisen und die Finanzierung der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen zu vereinbaren haben.

Soweit es die eigene Kraft des Landes betrifft, gilt es, bewährte und neue Wege zu beschreiten. Die Synergieeffekte der ECO-PLUS, der Grenzlandförderungsgesellschaft und der neu gegründeten RIZ-Holding sowie der bewährten, vielfältigen landeseigenen Förderungsinstrumentarien sind zu nutzen und verstärkt einzusetzen. Ich darf daher in diesem Zusammenhang folgenden Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Koczur, Schittenhelm u.a. betreffend 'EU-Osterweiterung und Niederösterreich', Ltg. 28/A-2, betreffend eine Vereinbarung zum Abbau unterschiedlicher regionaler Entwicklungschancen in Niederösterreich.

Trotz intensiver Bemühungen aller Gebietskörperschaften gibt es in Niederösterreich nach wie vor große Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung zwischen den einzelnen Regionen. Zweifellos liegen die Ursachen dafür auch in den historischen Gegebenheiten, aber auch in der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung der verschiedenen Industriezweige. Das Land Niederösterreich hat durch verschiedene Sonderförderungsprogramme, wie der Regionalisierungsförderung,

im Rahmen der ECO-PLUS oder der NÖ Grenzlandförderungsgesellschaft bereits große Anstrengungen unternommen, um die regionalen Entwicklungsdefizite abzubauen.

Im Zuge der geplanten Osterweiterung der Europäischen Union herrscht insbesondere in den NÖ Grenzgebieten die Befürchtung vor, daß die ohnedies bereits bestehende schlechte Wirtschaftsentwicklung weiter verstärkt werden könnte. Gleichzeitig wird aber die geplante Osterweiterung bundesweit mit der Erwartung verbunden, daß die seit der Ostöffnung enorm gestiegenen Exportraten in die Länder des ehemaligen Ostens nochmals verstärkt werden können, sodaß in Summe die positiven Wirtschaftseffekte aus einer Osterweiterung überwiegen dürften. Es scheint daher notwendig, mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, um im Rahmen einer Vereinbarung nach Möglichkeit gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich ein Maßnahmenpaket zu erstellen, mit dem es möglich ist, die vorherrschenden regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den Grenzregionen und den Gebieten mit ehemaligen Industrieansiedlungen einerseits und den übrigen Landesgebieten andererseits abzubauen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung mit dem Ersuchen vorstellig zu werden, im Sinne der Antragsbegründung Verhandlungen zum Abschluß einer Vereinbarung nach Möglichkeit gemäß Art. 15a B-VG über den Abbau regionaler Entwicklungsunterschiede der verschiedenen Regionen Niederösterreichs im Hinblick auf die geplante EU-Osterweiterung aufzunehmen.“

Ich glaube, daß Niederösterreich, so wie das auch von anderen Bundesländern in der Vergangenheit mit Erfolg gehandhabt wurde, in existentiellen Fragen die Unterstützung des Bundes zu Recht einfordern kann. Der Bundesgesetzgeber hat ja gegenüber den Regionen, die aus verschiedenen Gründen Probleme haben, die Verpflichtung, sich in die Beseitigung der Ungleichheiten einzubringen. Dem Bund können Strukturprobleme in den traditionellen alten Industriegebieten ebensowenig gleichgültig sein wie die große Gefahr der Entvölkerung des Grenzraumes, die tatsächlich gegeben ist, weil allein im Waldviertler Bereich die Besiedlungsdichte nur mehr die Hälfte des niederösterreichischen Landesdurchschnittes ausmacht. Neben Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung der regionalen Eigenständigkeit und der Hilfe zur Selbsthilfe muß auch der Infrastruktur besonderes Augenmerk

zugewendet werden. So sind Projekte, die im Rahmen des Landesverkehrskonzeptes zur regionalen Erschließung notwendig sind, um hier nur ein Beispiel zu nennen, vorrangig und im Rahmen einer Sonderfinanzierungsform zu realisieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gleichzeitig mit diesen Forderungen, die wir an die Landesregierung erheben, nämlich in Verhandlungen, konkrete Verhandlungen mit dem Bund einzutreten, ist bei dieser Gelegenheit auch mit Festigkeit einzufordern, daß jene, die in die Beitrittsgespräche der EU-Osterweiterung eingebunden sind, dies auf der Grundlage von Grundsätzen tun, die unseren Vorstellungen von einem künftigen Europa entsprechen, wie sie heute sehr sachlich von Herrn Abgeordneten Weninger und anderen Rednern dargelegt worden sind, sodaß ich mir die Hauptpunkte, die schon genannt worden sind, ersparen möchte. Grundsätzlich glaube ich, daß die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und Südosten eine historische Chance für Europa darstellt. Und zwar nicht nur für die Beitrittskandidaten, sondern auch für die derzeitigen Mitgliedsstaaten. Die Grundsatzentscheidung über eine Erweiterung wurde in der Europäischen Union ja bereits getroffen, sodaß man sich von einer Diskussion um das „ob“ lösen sollte und zu einer Diskussion über das „wie“ übergehen sollte.

Durch die von verschiedenen Gruppen skizzierten Horrorszenarien wurde in der Öffentlichkeit ein Bild für die Zeit nach einer Osterweiterung geschaffen, das bei den Menschen Angst auslöst. Vor allem die Bevölkerung an der jetzigen Ostgrenze der EU fürchtet, durch eine Erweiterung ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Es gibt Befürchtungen, durch die Überschwemmung mit Billigarbeitskräften aus den osteuropäischen Ländern um den Arbeitsplatz gebracht zu werden. Daneben gibt es aber auch die Hoffnung der Menschen in jenen Ländern, die der EU in den nächsten Jahren beitreten wollen. Sie verbinden mit dem EU-Beitritt die Hoffnung auf Wohlstand und soziale Sicherheit.

Diese historische Chance der Erweiterung darf daher nicht nur aus dem Blickwinkel der Diplomatie und der Hoffnung der Konzerne nach höheren Gewinnkurven gesehen werden, sondern muß gemeinsam mit den betroffenen Menschen und der Diskussion über ihre Ängste und Hoffnungen erarbeitet werden. Die Spielregeln müssen auf den Tisch gelegt werden und es wird notwendig sein, eine klare und für beide Seiten akzeptable Vorgangsweise zu erstellen, in der es zu einer stufenweisen Zusammenführung der unter-

schiedlichen Standards kommt. Den Beitrittskandidaten muß die entsprechende Zeit für die Entwicklung ihrer Wirtschaft gegeben werden, wobei bei der Erfüllung der Kriterien und Grundvoraussetzungen die Europäische Union den Beitrittskandidaten schon aus Eigeninteresse Unterstützung gewähren wird müssen. Aber auch innerstaatlich ist es notwendig, gewisse Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen und auch der Bevölkerung ehrlich gegenüberzutreten mit der Botschaft, daß eine EU-Osterweiterung zum Nulltarif nicht möglich sein wird.

Die Bestreitung der Kosten für die EU-Osterweiterung bietet jedoch auch der nationalen Wirtschaft die Chance, ihre bereits seit der Ostöffnung errungenen Marktchancen in den ehemaligen Oststaaten weiter auszubauen, da sich für diese Unternehmen ein Markt von weiteren 105 Millionen Unionsbürgern eröffnet. Und das sollte man nicht außer acht lassen. Das Problem liegt eben ganz einfach darin, daß wir bereits jetzt einen gewaltigen Überschuß in den Handelsbeziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern haben, daß wir aber innerstaatlich diese großen Disparitäten haben. Und daher ist es mir heute ein besonderes Anliegen, darauf hinzuweisen, daß das eine Chance ist, auch mit den innerregionalen Problemen besser fertig zu werden als das bisher der Fall gewesen ist.

Was die in der Agenda 2000 enthaltenen Zeitpläne für die Osterweiterung betrifft, kann das aus meiner Sicht wohl nur als eine Absichtserklärung gewertet werden, die eine Maximalvariante für den Fall darstellt, daß alle notwendigen Anpassungs- und Umsetzungsleistungen der Beitrittskandidaten in der kürzestmöglichen Zeit erfüllt werden. Es ist daher auch nicht zielführend, ausschließlich über das Tempo und Terminvorgaben zu diskutieren, sondern vielmehr die Termine nach dem Erreichen zu gestalten.

Und ein Wort auch noch, was die Ernsthaftigkeit dieser Probleme betrifft, zur Frage der Finanzierung. Es gibt heute die Aussagen aller namhaften Beitrittskandidaten bzw. jener Länder, die bereits der Europäischen Union angehören und vor allem der Nettozahler, daß die Begrenzung der von den Mitgliedstaaten zu leistenden Eigenmittel mit 1,27 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschritten werden wird. Keiner der Staaten ist bereit, über diese Position hinauszugehen. Wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, schließen uns dem natürlich an. Wir sind heute geringfügig unter dieser Marke von 1,27 Prozent, aber diese kleine Differenz macht nicht so viel aus, wie heute schon gesagt worden ist, daß es

zu einer Verdoppelung der Beitrittskosten kommen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zusammenfassend glaube ich daher, daß die EU-Osterweiterung unter der Voraussetzung, daß sie auf der Basis der heute schon ausgeführten Grundsätze basiert, eine historische Chance für ein einmaliges Friedens-, Demokratie-, Stabilitäts- und Wohlstandsprojekt für das sich formierende Europa zwischen dem Dollar und dem Yen darstellt. Es ist eine Chance, daß sich darüber hinaus für unser Bundesland die Möglichkeit ergibt, die regional unterschiedlichen Entwicklungsformen der vergangenen Jahrzehnte abzubauen, den Problemen der alten Industriegebiete wirkungsvoll zu begegnen, der drohenden Entvölkerung in den Grenzgebieten entgegenzuwirken und unser Bundesland als blühende, prosperierende Europaregion zu positionieren. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es sicherlich wert, daß wir uns dieser sehr harten, aber erfolgversprechenden Aufgabe unterziehen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident des Landtages Ing. Penz. Bitte schön.

Abg. Präs. Ing. PENZ (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Stellen wir uns ein Europa vor, das seine Chancen nutzt, um glaubhafte und perspektivische Lösungen für seine hausgemachten Probleme zu entwickeln. Wenn es den Menschen in den Prosperitätsinseln der Erde nicht gelingt, ihren Wohlstand für Chancen der befriedigenden Existenz zu nutzen, wer sonst hat die Chance dazu? Bewußt möchte ich dieses Diktum von Hilmar Hoffmann an den Beginn meiner Ausführungen stellen, weil der Präsident des Goethe-Institutes damit zum Ausdruck bringen wollte, welche enorme Herausforderung, wie groß die historische Verpflichtung und daß es nur eine einmalige Chance für uns eigentlich ist an dieser Jahrtausendwende, der wir uns gegenübersehen. Und ich glaube, diese Aussage von Hilmar Hoffmann charakterisiert auch eindeutig unseren Standpunkt.

Heute dürfen wir, und zwar mit berechtigtem Selbstbewußtsein, darauf verweisen, daß unsere österreichische Entscheidung der Europäischen Union beizutreten, richtig und auch weitblickend war. Und ich möchte in diesem Zusammenhang

auch darauf verweisen, daß es die Landeshauptleutekonferenz vom 13. November 1987 war, die in einem einstimmigen Beschluß als erstes Kollegialorgan diesen Beitritt zur Europäischen Union gefordert hat.

Wir sind in einer Phase zu einer Europäischen Union gestoßen, die von einer ungeheuren Dynamik ist, aber auch unseren umsichtigen Gestaltungswillen erfordert. In dieser entscheidenden Phase für die Zukunft Europas, meine sehr geehrten Damen und Herren, sitzt Österreich nicht auf der Zuschauergalerie und muß die Entwicklungen bang mitverfolgen, sondern Österreich ist ein Mitakteur des Geschehens auf der Bühne. Und hat, um bei diesem Bild auch zu bleiben, einen entsprechenden Anteil am Drehbuch, an der Regie und auch an der Umsetzung.

Ich darf aber auch sehr kritisch auf einen heute gemachten Einwurf eingehen, warum das Land Niederösterreich nicht schon mehr gemacht hat im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Die Mitwirkungsrechte der Landtage, die im Artikel 23d der Bundesverfassung geregelt sind, sind leider sehr dürftig. Und ich darf zitieren: „Der Bund hat die Länder unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder berühren oder sonst für sie von Interesse sein könnten, zu unterrichten und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Solche Stellungnahmen sind an das Bundeskanzleramt zu richten.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß im Zusammenhang mit der Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union natürlich auch die Position der Landtage diskutiert werden soll und wir neuerlich auch einfordern sollen, daß im Zusammenhang mit einer Bundesstaatsreform, die ja auch im Zusammenhang mit einem Beitritt zur Europäischen Union diskutiert und versprochen wurde, die Landtage die Möglichkeit einer stärkeren Mitwirkung an den Entwicklungen der Europäischen Union haben. Diese Forderung sollten wir neuerlich erheben.

Hoher Landtag! Als sich Ende der achtziger Jahre der Eiserne Vorhang hob, der über Jahrzehnte hinweg Ost- und Westeuropa getrennt hatte, kannte die Freude keine Grenzen. Unüberhörbar war der Jubel dies- und jenseits der gefallenen Mauer, daß nun Realität werden würde, was wir alle ersehnt hatten: Das Ende des Kalten Krieges und ein friedliches, ein vereintes Europa. Heute, mehr als acht Jahre später stehen wir an jenen entscheidenden Verhandlungen, die den einstigen Traum zur Wirklichkeit machen sollen.

Mit der Außenministerkonferenz wurden Ende März die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union mit Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien, Polen, Estland und Zypern sowie die vorbereitenden Gespräche mit der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Litauen und Lettland eröffnet. Damit ist die Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten Mittel- und Osteuropas in ihre entscheidende Phase getreten. Damit ist erstmals auch ganz konkret greifbar geworden, was ein vereintes Europa tatsächlich bedeuten könnte: Frieden und Sicherheit, Stabilität, neue Impulse für Handel und Wirtschaft durch mehr als hundert Millionen neue Unionsbürger und durch das Zusammenwachsen der Märkte, mehr kulturelle Vielfalt und damit mehr Kreativität. Aber auch noch mehr Gewicht und Einfluß für die Union auf internationaler Ebene.

Man könnte meinen, daß angesichts dieser Zukunftsaussichten der Jubel über die EU-Osterweiterung auch heute noch allerorts zu hören ist. Doch die Realität, und das haben wir auch in diesem Haus erlebt, sieht leider anders aus. Der Jubel von einst ist zu einem großen Teil der Ernüchterung gewichen. Mitunter besteht Skepsis, da und dort wird Angst gemacht. Und es gibt in Westeuropa, man soll sich darüber nicht hinwegturnen, vor allem auch in Grenzregionen die Meinung - und einige Leute wünschen sich das auch - daß dieser Eiserne Vorhang doch wieder niedergehen möge. Wir sollten dabei aber eines zur Kenntnis nehmen: Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen, auch wenn das manche versuchen und den Eindruck erwecken. Es ist kurzsichtig und es ist auch töricht, einfach gegen die Osterweiterung zu sein. Sie wird kommen. Und das ist im Interesse des Friedens, das ist im Interesse der Sicherheit Europas sowie im Interesse des globalen, wirtschaftlichen Wettbewerbs, dem sich Europa hinkünftig zu stellen hat.

Ebenso klar ist allerdings, daß diese Osterweiterung nur dann ein Erfolg werden kann, ein Erfolg, von dem das weitere politische und auch wirtschaftliche Schicksal Europas abhängt, wenn sie sorgfältig vorbereitet wird. Denn unleugbar ist sie mit einer ganzen Reihe von Problemen behaftet, die es zu lösen gilt. Und unsere Aufgabe besteht darin, an dieser Problemlösung mitzuarbeiten. Es ist, wie Klubobmann Koczur auch gesagt hat, eine mühselige, aber eine dankenswerte Aufgabe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die Skepsis der Bevölkerung, die auch in Umfragen da und dort dokumentiert wird, betrachtet, so sagen etwa 33 Prozent der Österrei-

cher, daß sie generell gegen eine Aufnahme der sechs Kandidaten der ersten Erweiterungsrunde in die Europäische Union sind. Weitere 35 Prozent wollen nur bestimmte Länder - vorrangig Ungarn - der Europäischen Union beitreten lassen. Man kann vermutlich auch davon ausgehen, daß sich diese Skepsis und die Ablehnung auch auf Grund der jüngsten Ereignisse in unseren Nachbarländern noch verstärkt hat. So kann etwa die Haltung der slowakischen Regierung im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Mochovce wohl nicht gerade als vertrauensbildende Maßnahme gewertet und bezeichnet werden. Und daß sich die Sieger der jüngsten ungarischen Parlamentswahlen, vertreten durch Viktor Orban in einem Interview daran gestoßen haben, daß die EU den Ungarn keine Garantie auf sofortige Arbeitserlaubnis in der gesamten Europäischen Union geben will, wird wohl auch nicht zu einer entspannteren Einstellung der Österreicher zur Erweiterung beitragen. Denn gerade die Angst um den Arbeitsplatz - und das ist heute mehrmals auch zum Ausdruck gekommen - ist die Ursache für die Animosität vieler unserer Landsleute gegenüber der EU-Osterweiterung. So erwarten auch entsprechend der von mir bereits zitierten Studie 27 Prozent der Befragten einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit nach einem Beitritt der Ostländer.

Diese Befürchtung eines verstärkten Druckes auf den Arbeitsmarkt wird auch durch Studien der Arbeiterkammer und des Wirtschaftsforschungsinstitutes noch untermauert. Diese besagen, daß möglicherweise in den ersten fünf Jahren nach dem EU-Beitritt der Ostkandidaten 150.000 bis zu 200.000 Ostbürger nach Österreich zuwandern oder einpendeln würden um hier zu arbeiten. Und das muß man auch verstehen. Denn diese Ostländer haben heute eine Wirtschaftskraft, die nur ein Neuntel von dem beträgt, was wir in Österreich zu realen Preisen erwirtschaften. Die Industrielöhne in diesen Ländern betragen nur etwa 10 bis 15 Prozent dessen, was heute Industriebeschäftigte bei uns verdienen. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir auch die erste Anlaufstelle für diese Ostländer, auf Grund unserer geographischen Lage. Österreich hat mit den Reformstaaten eine 1.300 Kilometer lange Grenze, das entspricht etwa 46 Prozent der EU-Außengrenze zu den Beitrittswerbern. Niederösterreich grenzt an zwei dieser Beitrittswerber, wobei die gemeinsame Grenze mit Tschechien und der Slowakei 414 Kilometer beträgt. Das ist rund ein Drittel der österreichischen Grenze zu den Ostländern. Darüber hinaus liegen auch die wichtigsten österreichischen Ballungszentren in einer Tagespendlerdistanz zu städtischen Zentren in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Die

Entfernung Hagenbrunn - Brunn beträgt etwa 120 Kilometer, Wien - Győr in etwa dieselbe Entfernung, Schwechat - Preßburg etwa 50 Kilometer.

In den betroffenen Ostregionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, leben rund 60 Prozent der österreichischen Bevölkerung und werden etwa zwei Drittel der österreichischen Wirtschaftsleistung erbracht. Durch diese geographische Nähe Österreichs zu den Beitrittskandidaten könnten sich jedoch nicht nur gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben, sondern auch eine Reihe anderer nachteiliger Entwicklungen für unser Land. Dazu gehören unter anderem eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie eine Verschärfung der Abwanderungstendenzen in den heimischen ländlich peripheren Regionen durch den unmittelbaren Wettbewerb zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere mit unseren komparativen Kostennachteilen. Eine Verzerrung des Wettbewerbes im grenznahen Bereich, in der nahbedarfsorientierten Wirtschaft. Wir haben ja heute schon gehört von Herrn Abgeordneten Ing. Hofbauer, daß sich das sektoral unterschiedlich auswirkt, auf Baugewerbe und Dienstleistungen wahrscheinlich wesentlich anders.

Wir werden eine starke Zunahme des Transitverkehrs haben. Wir sollten daher in unserer Aufforderung an die Landesregierung deutlich machen, daß auch der Ausbau der transeuropäischen Netze innerhalb von Österreich noch keine gelaufene Sache ist. Denn andere Bundesländer haben völlig andere Vorstellungen, wie zum Beispiel das Bundesland Niederösterreich. Auch das sollten wir offen aussprechen.

Natürlich erleben wir einen verschärften Konkurrenzdruck innerhalb der Landwirtschaft. Und wir sollten nicht verschweigen, daß in diesen mittel- und osteuropäischen Ländern rund 22 Prozent der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind. Und das sind insgesamt 9,5 Millionen. In der Europäischen Union sind etwa 8,2 Millionen Menschen beschäftigt. Das sind durchschnittlich nur fünf Prozent. Aber diese Länder erwirtschaften in der Landwirtschaft noch immer einen Anteil von rund 10 Prozent der nationalen Wertschöpfungen.

Wir werden mit der EU-Osterweiterung etwa 60 Millionen Hektar zusätzlicher landwirtschaftlicher Nutzfläche bekommen. Damit wird die landwirtschaftliche Nutzfläche in der Europäischen Union um ein Drittel größer werden. Wir sollten bitte auch sehen, daß mit der Osterweiterung und den dadurch verbundenen Ausgleichszahlungen, würde die Agrarpolitik so weiter geführt werden,

zusätzlich 170 Milliarden ECU notwendig sind. Das bedeutet natürlich auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das eine oder andere ist heute schon angesprochen worden, daß es im Zusammenhang mit der Novelle der gemeinsamen Agrarpolitik, mit der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, auch in Österreich, wenn das so kommen sollte, wie das jetzt einmal vorgestellt wurde, zu einem Rückgang der Markterlöse in der Größenordnung von fünf Milliarden Schilling kommen würde, dem Ausgleichszahlungen im Ausmaß von nur etwa drei Milliarden Schilling gegenüber stehen.

Daher brauchen wir nicht nur, meine sehr geehrten Damen und Herren für den Dienstleistungsverkehr, für den Kapitalverkehr, sondern wir brauchen auch für den Warenverkehr und insbesondere auch für die Landwirtschaft eine ausreichend lange Vorbereitungsphase mit entsprechenden Übergangsfristen. Begleitet natürlich auch von im spezifischen auf die Land- und Forstwirtschaft zugeschnittenen Programmen, um den Herausforderungen, die sich durch die Osterweiterung ergeben, entsprechend gewappnet zu begegnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube aber auch, daß wir nicht nur im Lande nachdenken sollten, was wir alles brauchen, sondern daß wir auch diesen mittel- und osteuropäischen Ländern zur Seite stehen sollten. Nicht nur mit den Beitrittspartnerschaften, die von der Europäischen Union gemacht werden und die sie beraten sollen, wie sie an die Europäische Union herangeführt werden könnten. Sondern wir würden auch in vielen Bereichen wesentliche Reformen brauchen. Ich denke hier nur beispielsweise im Bereich der Landwirtschaft an eine Klärung der Eigentumsverhältnisse. Wir bräuchten Grundbücher, wir bräuchten die freie Verfügbarkeit von Boden und Finanzkapital. Wir brauchen ein funktionsfähiges Bankensystem. Wir brauchen einen offenen Bodenmarkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Doch nicht nur in unserem Land würde die Erweiterung, wenn sie zu früh käme, zu Problemen führen, sondern auch die Ostländer wissen ganz genau, daß sie nicht von heute auf morgen der Europäischen Union beitreten können. Daß das ohne entsprechende Vorbereitung nicht gehen würde. Denn auch die Ostländer fürchten in besonderer Weise diesen *brain-train*, den Abfluß ihrer gebildeten Leute, die ja in den westeuropäischen Ländern weitaus bessere Einkommenssituationen vorfinden würden.

Es ist auch bekannt, daß keines der Kandidatenländer derzeit die Kriterien für einen Beitritt erfüllt. Es ist auch weiters bekannt, daß nach Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft der wirtschaftliche Umbau in den mittel- und osteuropäischen Ländern noch lange nicht abgeschlossen ist und auch noch lange nicht abgeschlossen sein kann. Ich möchte hier gar nicht auf die Details der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Situation in den beitragswilligen Ländern näher eingehen. Doch uns muß allen klar sein, daß der gemeinsame europäische Weg noch ein sehr weiter und noch ein sehr, sehr steiniger sein wird. Stimmen, die meinen, ein Beitritt einzelner Länder könne schon ab dem Jahre 2000 möglich sein, sind Illusion und diesen Stimmen muß auch eine klare Absage erteilt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute erst in der Zeitung lesen können, daß das sogenannte *screening* im ersten Kapitel, im Bereich der Aus- und Weiterbildung, der Wissenschaft, der Telekommunikation abgeschlossen wurde. Insgesamt, das wissen wir bitte auch, gibt es 31 Kapitel, die geprüft werden müssen, um den *acquis communautaire* auch in den Ländern übernehmen zu können.

Das heißt, es ist gar nicht daran zu denken, daß vor dem Jahre 2003 dieses Prüfungsverfahren abgeschlossen werden kann. Und dann, glaube ich, sollten wir auch offen sagen, daß die Reformen in den Institutionen der Europäischen Union auch noch in Angriff genommen werden müssen. Das heißt, die Kommission muß ja auch nachdenken, wie viele Personen ihr angehören sollen. Wir müssen darüber nachdenken, wie die Gewichtung der Stimmen im Rat ausschauen soll. Denn nur einige wenige Länder könnten damit schon eine qualifizierte Mehrheit bilden. Wir wissen auch, daß dieses Europäische Parlament sich eine Obergrenze von 700 Mitgliedern gesetzt hat. Wenn die mittel- und osteuropäischen Länder alle dazukommen würden, würde das diesen Rahmen sprengen.

Wir wissen, daß der Europäische Gerichtshof und der Europäische Rechnungshof mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder nicht mehr administrierbar wären und nicht mehr effizient arbeiten könnten. Und wir müßten, glaube ich, auch offen darüber sprechen, daß neben den bisherigen 11 Amtssprachen 10 weitere Amtssprachen dazu kommen. Das bedeutet für die europäischen Institutionen eine gigantische Aufblähung. Und daher hat die Europäische Union noch eine Reihe von Aufgaben zu erledigen, bevor es zu einem Beitritt dieser Länder kommen kann.

Ich darf aber, meine sehr geehrten Damen und Herren abschließend Richard Coudenhove-Kalergi zitieren, der gesagt hat in den frühen Jahren dieses Jahrhunderts, „Österreich ist ein abgetrenntes Organ einer großen Gemeinschaft“. Jetzt, am Ende dieses Jahrhunderts und eigentlich dieses Jahrtausends, tut sich nach einer Epoche der Gewalt und des Leidens ein neuer Horizont und auch eine historische Chance auf, in einer großen Gemeinschaft organisch, nachbarschaftlich in Frieden und Freiheit eingebettet zu sein. Daher geht der Appell eines Richard Coudenhove-Kalergi an uns, wenn er meint und wenn er uns vielleicht damals zugerufen hat: „Nützt diese Chance für ein friedliches Europa, in einem nachbarschaftlichen Verhältnis in Freiheit eingebettet zu sein!“ Seien wir uns daher, meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages, auch unserer Verantwortung bewußt, die wir haben nicht nur für dieses Land, sondern auch für die Kinder. Und daher ist dieser Antrag, der heute eingebracht wurde, ein richtiger, ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg nach einem Europa in Frieden und Freiheit. *(Beifall bei ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Marchat. Bitte schön, Herr Klubobmann.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Ich möchte nur kurz zu den beiden Resolutionsanträgen Stellung nehmen. Resolutionsantrag 1 der Abgeordneten Ing. Hofbauer und Koczur betreffend Modernisierungsmaßnahmen auf den Bahnstrecken Gmünd-Budweis und Gmünd-Veseli-Prag. Ich würde diesem Antrag gerne beitreten und wir werden ihm selbstverständlich die Zustimmung geben.

Wir werden auch dem Resolutionsantrag 2 die Zustimmung geben. Ich möchte diesem Antrag aber nicht beitreten, weil mir in der Antragsbegründung ein Satz nicht gefällt. Ich werde den auch zitieren: „Gleichzeitig wird aber die geplante Osterweiterung bundesweit mit der Erwartung verbunden, daß die seit der Ostöffnung enorm gestiegenen Exportraten in die Länder des ehemaligen Ostens nochmals verstärkt werden können, sodaß in Summe die positiven Wirtschaftseffekte aus einer Osterweiterung überwiegen dürften.“ Das glaube ich persönlich nicht. Aber der Antrag an und für sich, eine Vereinbarung zwischen Bund und Land schließen zu wollen, ist eine gute Sache und wir werden dem auch die Zustimmung erteilen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Die Rednerliste ist erschöpft. Wünscht die Frau Berichterstatterin das Schlußwort?

Berichterstatter Abg. ROTH (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Dann kommen wir zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Europa-Ausschusses):* Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag Ing. Hofbauer und Koczur betreffend Modernisierungsmaßnahmen auf den Bahnstrecken Gmünd-Budweis, Gmünd-Veseli-Prag. *(Abg. Marchat: Und Marchat! Ich bin beigetreten! - Unruhe im Hohen Hause.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Abgeordneter Koczur ist nicht damit einverstanden. *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer und Koczur):* Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen!

Wir kommen zur Abstimmung des zweiten Resolutionsantrages und zwar jenem der Abgeordneten Koczur und Schittenhelm betreffend Vereinbarung zum Abbau unterschiedlicher regionaler Entwicklungschancen in Niederösterreich. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen!

Wir kommen somit zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlungen zu Ltg. 5/B-35 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte über das NÖ Sportgesetz - Sportbericht 1997.

Das NÖ Sportgesetz normiert in § 2 Abs.2, daß das Land jährlich einen Sportbericht zu erstellen hat. Im Sinne dieses Gesetzauftrages wurde für das Jahr 1997 ein Sportbericht, der neben dem Sporthandbuch auch die erteilten Förderungen enthält, erstellt. Der Förderbericht enthält jene Projekte, die mit einem Beitrag des Landes ab 50.000,- Schilling gefördert wurden. Ich stelle daher den Antrag namens des Kultur-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung

betreffend NÖ Sportgesetz - Sportbericht 1997 *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Sportbericht 1997 wird zur Kenntnis genommen.“

Frau Präsidentin, ich bitte, die Debatte einzuleiten und abstimmen zu lassen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan. Herr Abgeordneter, bitte schön.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir nehmen gerne diesen Sportbericht zur Kenntnis. Erlauben Sie mir dennoch einige Anmerkungen, einige kritische Gedanken dazu.

Was uns ein bißchen fehlt ist die Nachvollziehbarkeit von Ansprüchen auf Sportförderung. Es ist doch so, daß man auch im Finanzkontrollausschuß festgestellt hat, wenn ich das so richtig in Erinnerung habe, eine genauere Berücksichtigung der Förderungsrichtlinien wäre wünschenswert. Nun sind diese Förderungsrichtlinien durchaus umfassend und auch sehr dienlich. Dennoch kann man sich fragen, wem steht eigentlich welche Förderung zu? Auf Grund welcher Kriterien bekommt wer welchen Betrag zugesprochen? Und wenn man sich dann ein klein wenig vertieft, dann kommt man drauf, daß für den Großteil der zu vergebenden Mittel der Landessportrat zuständig ist. Was an und für sich eine gute Sache ist, denn der berät die Landesregierung und hat daher sicherlich das meiste an Fachkompetenz mitzubringen. Dennoch kommt man dann drauf, daß sich dieser Landessportrat eigentlich paritätisch zusammensetzt nach der Stärke der Parteien, der Landtagsklubs. Natürlich nur der Klubs, weil andere Fraktionen ja offensichtlich nicht erwünscht sind. Und da fragen wir uns schon, was hat die Stärke der im Landtag vertretenen Parteien oder der Landtagsklubs zu tun mit einem beratenden Gremium, dessen Entscheidungen zu korrigieren sich die Landesregierung vorbehält? Was soll das für einen Sinn haben? Entweder beschließen wir oder wir beraten in diesem Landessportrat.

Das heißt, man muß die Frage stellen, was könnte das für einen Zweck haben, daß man das so geregelt hat? Und dann kann man sich noch die Frage stellen, ob hier nicht irgendwo der Pro-

porz, der hier in Niederösterreich leider Gottes weit verbreitet ist, auch hier fröhliche Urständ' feiert. Und wenn man das dann sieht, wie die Vereine die Zuteilung bekommen, dann kommt man drauf, daß dem tatsächlich so ist. Der Parteienproporz regiert auch in den Sport und in die Sportvereine hinein. Und das ist eigentlich schade. Denn die Politik hat eigentlich im Sport - und die Parteipolitik schon gar nicht - im Sport eigentlich nichts verloren. Es geht nicht darum, daß es einzelne Vereine sind, die „Union“, der „ASKÖ“ und ähnliche mehr, die diese Beträge bekommen. Das ist in Ordnung. Sie leisten ja gute Arbeit. Sondern es geht darum, daß die sportliche Betätigung der Menschen, so wie viele andere Bereiche des öffentlichen Lebens leider auch vom Einfluß der Parteien durchsetzt sind. Man sieht das bei den Subventionen an die Dachverbände. Man braucht das nur herauszulesen aus dem Sportbericht. Und man sieht es genauso bei der Trainer- und Lehrwarteausbildung, wo die beiden Vereine, die doch den Großparteien entsprechend nahestehen - Union und ASKÖ - die Löwenanteile beziehen. Die Forderung von uns Grünen kann daher nur lauten: Parteien 'raus aus den Sportvereinen und aus vielen anderen Bereichen! *(Abg. Kautz: Ja, und „Grüne hinein!“)*

Nicht „Grüne hinein“, Herr Abgeordneter Kautz. Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Wir gehen diesen Weg des Proporz nicht mit. Wir gehen diesen Weg nicht mit. Ein Beispiel haben die Freiheitlichen sehr gut geliefert, als sie versucht haben, sich am Wohnbauproporz zu beteiligen, der ja bekanntlich zwischen „Rot“ und „Schwarz“ aufgeteilt ist. Was ist geschehen? Ein furchtbares Desaster, das im Zuge der Affäre Rosenstingl ein unangenehmes Beiwerk ist, ein äußerst unangenehmes Beiwerk ist. Es geht nicht darum, daß neue Parteien hineinkommen, sondern es geht darum, daß alle Parteien sich da zurückziehen. *(Abg. Keusch: Das ist eine sehr suspekte Feststellung, weil die Träger unserer Demokratie eben die Parteien sind!)*

Wir können gerne darüber diskutieren, Herr Abgeordneter Keusch. Ich gebe Ihnen schon Recht. Die Parteien sollen die Demokratie tragen, aber nicht den Sport, Herr Abgeordneter Keusch. Das hat keinen Sinn. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist vielleicht Ihr Denken, Herr Kollege Keusch, daß die Parteien alles durchsetzen müssen im Land. Es ist aber nicht sinnvoll. Die Parteien waren, wenn wir Ihren Zwischenruf aufgreifen, Herr Abgeordneter Keusch, die Parteien waren ein ganz ein wesentlicher Stabilisator der Demokratie. Der Herr Präsident Ing. Penz hat zitiert

so aus dem Untergang der Monarchie, als tatsächlich ein Machtvakuum da war. Jetzt ist es umgekehrt. Jetzt haben wir kein Machtvakuum, in das die Parteien hineingehen. Sondern jetzt haben wir eine Machtfülle der Parteien und es gibt einfach gewisse Bereiche, aus denen sie sich zurückziehen sollten.

Erlauben Sie mir eine zweite Anmerkung zu diesem Sportbericht. Was mir ein klein wenig zu kurz zu kommen scheint ist der Bereich Behinderten- und Versehrten-sport. Sport, bei allem Guten, was hier drinnen steht, was hier geleistet wurde, Sport kann auch dienen zur Therapie. Sport kann dienen als Rehabilitationsmöglichkeit, insbesondere auch im psychischen Bereich, bei vielen Patienten, bei vielen Klienten in psychischen, psychosozialen, sozialen Beratungsstellen. Ich denke nur an Drogenrehabilitation, ich denke an Bewährungshilfe und vieles mehr. Sport kann einen Beitrag, wenn Sie so wollen, zur Genesung der seelischen Struktur eines Menschen liefern. Und ich würde das auch sehr begrüßen, wenn man hier vielleicht ein klein wenig mehr dafür zur Verfügung stellen würde.

Abschließend darf ich sagen, es gibt insgesamt einen Betrag von 80 Millionen, der für die Sportförderung zur Verfügung gestellt wurde. Und mir scheint doch ein großes Mißverhältnis zu bestehen zwischen den Beträgen, 80 Millionen hier für die Sportförderung, aber 200 Millionen, die die Landesregierung für das neue EM-Stadion zur Verfügung stellt. Ich halte das wirklich für ein krasses Mißverhältnis, weil es unnötig ist. Es ist unnötig, ein Stadion in dieser Dimension zu bauen. Insbesondere deshalb, weil es in Niederösterreich genug andere Stadien gibt bzw. in der Republik Österreich genügend Stadien gibt, um die EM durchführen zu können. Es ist unnötig, ein neues Stadion zu machen. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Hiller: Wo, wo, wo?)*

Es gibt ein Stadion in Graz, es gibt ein Stadion in Wien, es gibt das Ernst Happel-Stadion. Es wird diese Europameisterschaft, wenn wir sie zugeteilt bekommen, was wir ja vielleicht alle sehr wünschen, Frau Landeshauptmannstellvertreter, dann wird es im Raum des östlichen Österreich oder überhaupt in Österreich genügend Stadien geben, die das abführen können *(LHStv. Prokop: Nein, gibt es nicht! Aber ich werde es Ihnen gerne erklären!)*

Also, dann werden wir es mit einem zweiten wahrscheinlich auch nicht machen.

Es ist unklar, vielleicht können wir Klarheit in die Diskussion bringen. Vielleicht können wir das

dann auch ausdiskutieren. Es ist unklar. Es ist der Bedarf nicht absehbar, es ist die Nachnutzung nicht absehbar. Es ist ein neuerlicher Verkehrserreger, der hier entsteht. Es sind die Kosten für die Infrastruktur nicht geklärt. Es ist, wie gesagt, offen, ob wir die EM überhaupt zugeteilt bekommen. Und es ist insbesondere nicht klar, was hinterher geschehen muß. Also ich würde da schon meinen, man sollte sich genau überlegen, ob das wirklich einen Sinn hat, jetzt dieses Mißverhältnis entstehen zu lassen zwischen 80 Millionen für die Sportförderung, aber 200 Millionen für das Stadion.

Abschließend darf ich sagen, grundsätzlich ist Sport und Sportförderung eine gute Sache. Man sollte das ausbauen. Aber es gibt noch einiges zu verbessern, wie angeschnitten. Und ich denke mir, vielleicht kann man da in intensiven Diskussionen, gemeinsamen Gesprächen noch zu einigen Lösungen kommen. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Kratochwil. Bitte schön.

Abg. KRATOHWIL (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter hoher Landtag! Ich habe mich hier vorzustellen, weil es kennen mich sicher einige noch nicht. Ich komme aus dem Bezirk Baden. Und ich bin dort im Bezirk Baden Stadträtin und wurde in den Landtag hier hereingewählt. Zur Information kurz.

Ich habe mir den Sportbericht sehr gut angeschaut. Und ich muß ehrlich dazu sagen - und da gebe ich dem Kollegen Fasan Recht; einmal, einmal nur - daß Sie bei der Parteilförderung, man kann das eigentlich schon fast sagen, Parteilförderung, für den Sport sehr richtig gelegen sind. Und wenn Sie sich einmal die zwei Vereine anschauen, die ganz oben stehen; an der Spitze der Förderungen, das sind zwei ÖVP-nahe Vereine. Das ist die Admira mit 3 Millionen und die Hypo mit 1 Million Schilling. Da möchte ich jetzt gar nicht dazu nehmen die ganzen kleinen Untersektionen, die auch noch hier dazukommen.

Das ist zirka eine Förderung von 30 Prozent der Sportförderung des Landes. Ich möchte ungefähr dazu sagen, Sie haben jetzt oben die Spitze. Wenn Sie weiter hinunter gehen ist ein riesengroßes Loch. Und dann schauen Sie sich einmal die anderen kleinen Vereine an, die eigentlich fast keine Förderungen bekommen.

Die jungen Sportler draußen an der Basis, vor allem bei den kleinen Vereinen, die über 100 Kinder oft fördern, bekommen überhaupt nichts. Und gerade diese Leute, das sind die Trainer, das sind die freiwilligen Helfer. Und die, ganz abgesehen von all den Familienmitgliedern, die in diesen Vereinen arbeiten und oft eine riesige Verantwortung für diese Kinder und für die Jugendbetreuung übernehmen, bekommen nicht einmal ein Dankeschön, geschweige denn einen Spesenersatz.

Es gibt zum Beispiel auch Leute, die gehen müssen, wenn ein Verein mit 160 Kindern und verschiedenen Mannschaften, Jugendmannschaften einen Bus braucht. Weil der andere Bus schon so schlecht ist und schon leicht am Zusammenbrechen ist und man vom Land keine Förderung bekommt, wenn man auch ansucht. Es ist so, daß es heute für die Leute so ist, daß sie gehen müssen und bei kleinen Bevölkerungsschichten bei der Wirtschaft das alles zusammensammeln müssen. Und ich finde, diese Mittel sollten etwas großzügiger sein für diese Vereine, die ja eigentlich unten die Jugend fördern. Und ich muß Ihnen sagen, liebe Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop, man sollte schon den Slogan, wie wir immer sagen „Sport statt Drogen“ hier in den Vordergrund stellen. Weil ich stehe auf dem Standpunkt, Sie müssen eines überlegen: Die Leute bringen die Kinder an die Fußballplätze, an die Beachvolleyballplätze, das jetzt sehr aktuell ist, die bringen die Kinder auch an andere Sportarten. Und wenn sie heute den Jugendlichen das nicht schaffen, dann werden wir es auch nicht schaffen, diesen Slogan durchzuziehen.

Gerade in einer Region, wie bei uns zum Beispiel in Baden, kann man von den Drogenabhängigen bzw. von den Drogensüchtigen einen sehr großen Prozentsatz eruieren. Sie müssen versuchen, die Unterstützung dieser Vereine durchzubringen. Und man kann es nicht immer, meine Herrschaften, den Gemeinden überlassen, daß die hergehen müssen und die Sportplätze für diese Jugendlichen zu schaffen, die nicht in Vereinen tätig sind. Die aber auch Sport betreiben wollen. Und die auch ganz gerne Fußball spielen wollen oder andere Sportarten spielen wollen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, man sollte versuchen, diesen Leuten zu helfen. Den Gemeinden beim Schaffen der Sportplätze außerhalb der Vereine auch zu helfen. Und nicht, wenn man heute ansucht um einen Beachvolleyballplatz, der 250.000,- Schilling kostet und vom Land dann bitte 25.000,- Schilling bekommt, mit einer Lappalie. Mehr ist nicht da. So, meine Herrschaf-

ten, glaube ich, geht das nicht. Weil so können wir unsere Jugend nicht zum Sport bringen.

Der nächste Punkt, den ich gerne überdenken möchte und den ich Ihnen auch gerne zum Denken geben würde: Es geht auch um die Randgruppen der Sportler, die nicht so publikumswirksam sind. Diese Sportler haben eigentlich das Pech, wenn sie heute gut agieren, sie müssen menschenunwürdig betteln gehen, damit sie vielleicht Unterstützung bekommen. Es ist oft eine sehr entwürdigende Art, wenn die Leute heute sagen müssen, bitte, können wir, wenn wir uns heute ... Zum Beispiel bei Sportschützen. Es gibt ein Beispiel, der ist Weltmeister, muß heute gehen und bitten und betteln, damit er vielleicht eine Unterstützung bekommt. Daß er sich vielleicht einmal ein Sportgewehr, und Sie wissen wahrscheinlich, die Herren da herinnen und auch Damen werden wissen, was solche Sportgewehre kosten. Damit sie sich diese Sachen „zusammenschnorren“ müssen. Das ist brutal gesagt, aber es ist so.

Ich muß ehrlich dazu sagen, was mich auch sehr freut, daß die Arbeit der Jugendzentren eigentlich sehr gut agiert. Nur, die Jugendzentren werden wieder von den kleinen Vereinen unten gespeist. Und die kleinen Vereine unten können dann wieder nur die Kinder hinaufbringen in die Jugendzentren, wenn sie unten wieder die nötige Förderung haben. Darum würde ich plädieren - und das ist ein Punkt, den ich ganz gerne zum Vorschlag und zur Überlegung bringen möchte - man sollte die Sportförderung von der Nachwuchsarbeit abhängig machen. Vereine, die sehr viel Nachwuchsarbeit leisten, sollten die Trainer auch bezahlt bekommen. Auch freiwillige Trainer. Weil es ist ja so, daß ein Mann, der heute sich seine Freizeit stiehlt und mit den Jugendlichen arbeitet, ja in der heutigen Zeit - Sparpaket, wir wissen es alle miteinander - auch etwas davon haben sollte. Und zumindest dazu aktiviert werden soll.

Dann, wie gesagt, die Randsportarten sollen hier in der Sportförderung bitte auch berücksichtigt werden. Gerade die Randsportarten, die nicht so publikumswirksam sind und die nicht so schön sind, weil sie im Fernsehen super rauskommen wie Fußball, Schifahren und sonstige Sachen, die sollten von allen am meisten gefördert werden.

Dann der vierte Punkt, den ich ganz gerne Ihnen hier auch bringen möchte und der wäre ganz

wichtig, weil wir unten, ich meine, ich sitze selbst auch an der Basis unten und ich habe auch ein Herz für die Jugend, die Sport betreibt. Man sollte sich endlich einmal auch überlegen, daß man den Schulsport nicht einschränkt, sondern eher den Schulsport fördert bitte meine Herrschaften. Die Jugend sitzt heute stundenlang in den Klassen, macht fast keine Bewegung. Was ist dann? Sie gehen nach Hause, sitzen am Computer und bekommen vorne alle leicht viereckige Gesichter. Man sollte in der Schule versuchen, den Sport wieder zu aktivieren. Wir haben es früher schon gehabt, man sollte es jetzt wieder machen. Das wäre ein ganz ein wichtiges Programm und da müßte das Land auch irgendwie einschreiten, daß diese Leute hier gefordert werden und daß man wieder Förderungen bringt.

Etwas, was mich freut, vor allem wenn ich jetzt schaue auf den Bericht, auf die Statistik. Wir haben 80 Millionen Schilling Sportförderung, das ist viel. Und wir haben auch das Sparpaket etwas hier angeschnitten, weil voriges Jahr waren es ja 84 Millionen Schilling. Und ich muß sagen, ich finde es ganz gut, daß man hier heute hergeht und die Jugend wirklich aktiviert. Die Jugend aber nicht nur in den Spitzenklubs und bitte auch nicht nur über die Dachverbände. Weil die Dachverbände sind eigentlich diejenigen, Sie haben es vollkommen richtig, Sie haben sich zuerst deswegen aufgeregt, weil wir sind wieder bei der Politik, weil die Dachverbände sind ja nichts anderes. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das ist ja nicht wahr. Man kann ja auch hergehen und kann ja nicht nur die zwei großen oben betreuen und alles andere unten unten lassen. (*Abg. Kautz: Weil Ihr keinen habt, doch dafür kann keiner was! Na, ich sage nachher etwas dazu, ich spreche nach Ihnen! - Abg. Haberler: Jungfernrede, Kollege Kautz! Ihr seid auch immer so pingelig!*) Das stört mich eigentlich nicht, muß ich sagen. (*Abg. Kautz: Entschuldigung!*)

Ich würde trotz allem, auch wenn es Ihnen nicht gerecht ist und nicht genehm ist, sagen, es sind die Dachverbände, die Jugendliche, die nicht bei diesen Vereinen sind, blockieren. Das sind sie. Das sind sie, das können Sie nicht abstreiten. Sie blockieren eigentlich die Jugendlichen, die gerne mitkämpfen wollen oder mitspielen wollen oder andere Sachen mittun wollen. Diese Dachvereine sind es, die blockieren. Und ich möchte ganz gerne wissen, und das wäre ganz interessant einmal, diese Subventionen einmal so richtig aufzugliedern. Einmal so richtig zu sehen, was mit diesen Geldern geschieht. Was machen diese Sportvereine, wenn man so sagt, mit diesen Gel-

dem? Und das ist etwas, was wir Freiheitlichen offen gelegt haben wollen. Wir wollen haben, daß die Sportplätze für die Jugend offen werden. Daß das Land versucht, die Hallenmieten in den Gemeinden zu unterstützen, zu fördern. Was das Notwendigste eigentlich ist. Denn wenn heute eine kleine Gruppe in eine Halle geht, zahlt sie ein Schweinegeld für diese Sachen und kann eigentlich nicht sehr lange spielen und kann es sich nicht leisten.

Ich möchte nur ein Beispiel Ihnen hier sagen: Wenn ein Verein, ein Fußballverein heute durch Hochwasser geschädigt ist, der Fußballplatz kaputt ist und ein Schaden von über 400.000,- Schilling entsteht und die Gemeinde bzw. der Verein bis heute noch keine Ermäßigung bzw. eine Rückvergütung der Hochwasserschäden bekommen hat, dann muß ich Sie fragen. Dann haben Sie eigentlich wenig Interesse an den Gemeinden bzw. an den Fußballplätzen und an der Fußballjugend. *(Zu LHStv. Prokop gewendet:)* Ja, Sie beuteln den Kopf, liebe Frau Landeshauptmannstellvertreter. Ich glaube es Ihnen. Aber es ist die Wahrheit. Und ich kann es Ihnen, wenn Sie wollen, auch beweisen. Und ich kann Ihnen auch etwas sagen, weil ich zuerst die Randgruppen angesprochen habe: Ich habe Ihnen gesagt, es gibt junge Leute, die heute kämpfen, die heute gut sind, die aber kein Geld bekommen. Und das ist etwas, was wir Freiheitlichen eigentlich nicht richtig finden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte Ihnen trotz allem hier - ich will Sie nicht lange mehr aufhalten, ich weiß, Sie sitzen alle schon sehr lange hier. Ich möchte Ihnen trotz allem sagen, die Jugend heute können Sie nur so von ihrer Aggressivität zurückbringen, wenn Sie ihnen den Sport und die Sportplätze öffnen. Daß sie sich dort bewegen können. Wir wissen alle, daß die Jugend zum größten Teil sehr viel Aggressivität in sich hat. Und genau das können Sie nur so machen, indem Sie heute hergehen und diese Leute unterstützen, daß sie auch etwas tun können. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort ist Herr Abgeordneter Kautz gemeldet.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es ist schon so viel von Anstand heute gesprochen worden. Ich stehe nicht darauf an, mich bei der Frau Kollegin zu entschuldigen, daß ich bei

ihrer Jungferrede dazwischen gesprochen habe. Es wäre auch anständig von der Frau Kollegin gewesen, nicht auszuteilen und dann vielleicht beleidigt zu sein, wenn ein Zwischenruf kommt. Das gleiche gilt für mich für den Kollegen Waldhäusl. Der ist kein Neuling mehr. Der ist jetzt im Landtag und war vorher im Bundesrat. Wenn man austeielt, müßte man auch einstecken können. Das nur dazu. Und dann darf ich mich gleich mit der Frau Kollegin Kratochwil beschäftigen. *(Abg. Waldhäusl: Ich hab' mich nicht angegriffen gefühlt von Dir! - Abg. Keusch: Es ist eine Frage, ob man es bemerkt. Manche merken's nicht!)* Das habe ich gemeint damit.

Es geht um die Dachverbände. Auch der Herr Kollege Fasan, er kommt Gottseidank wieder zur Tür herein, hat über die Dachverbände gesprochen, und auch über die Parteien. Ich darf einmal grundsätzlich feststellen, alle jene, die später dahergekommen sind, sollen einmal nachlesen, um zu wissen, daß die Parteien die Basis einer Demokratie sind. Ohne Parteien würden wir alle nicht hier herinnen sitzen, denn die Parteien sind die Basis dafür, daß es eine Demokratie gibt. Und jeder, der gegen die Parteien wettet, wettet damit gegen die Demokratie. Und wenn die Grünen einmal geglaubt haben, sie sind eine Bewegung, und dann sehr brav die Parteienförderung nehmen, so muß ich feststellen, daß sie auch eine Partei sind und nicht gegen die Parteien zu wettern haben. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Nun zu den Dachverbänden. Ich kennen keinen Sportler, der nur irgendwo behindert wäre in seiner Sportausübung, weil er bei keinem Dachverband ist. Es gibt drei Dachverbände, das ist die Union, das ist der ASKÖ, das ist der ASFÖ. Das sind einmal drei Dachverbände. Und was die mit dem Geld anfangen, das wird sehr wohl genau geprüft und wahrscheinlich noch mehr. Zumindest wird das Geld so angelegt, daß es dem Sport zugute kommt und nicht irgendjemand, der dann baden fährt. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Das ist so: Die Dach- und Fachverbände legen das Geld sehr gut an. Und ich darf Sie einladen, bei diesen Dach- und Fachverbänden mitzuarbeiten. Weil das heißt Arbeit und nicht nur kritisieren. Das ist das nächste dazu: Es wird niemand aufgehoben, bei den Dach- und Fachverbänden und bei den Sportvereinen mitzuarbeiten.

Und wenn ich schon dabei bin - ich bin nicht der Anwalt der Frau Landeshauptmannstellvertreter, aber ich bin schon eine kleine Ewigkeit im Sport verankert, selbst als Sportler tätig gewesen, als Vereinsobmann und in einigen anderen Funktionen. Daher kann ich es nicht verstehen, daß

man hier heraus geht, redet, ohne sich vorher zu informieren. Denn, Frau Kollegin Kratochwil, hätten Sie den Bericht gelesen, hätten Sie gesehen, es ist sehr wohl eine Seite enthalten, auf der steht, daß und wie die Hallenmieten rückvergütet werden. Wir können darüber diskutieren, daß es vielleicht zu wenig ist oder daß es mehr sein könnte. Darüber kann man reden. Aber daß nicht rückvergütet wird, darüber kann man nicht reden, weil dann haben Sie den Bericht nicht gelesen.

Ich glaube, Sie sind nicht sehr stark im Sport verankert. Denn sonst müßten Sie wissen, daß es Schülerligen gibt im Fußball, im Handball. Gestern habe ich im TV gesehen - ich glaube, gestern war es - wie die Sporthauptschule Bad Vöslau NÖ Landesmeister geworden ist. Im Volleyball, im Basketball, überall gibt es Ligen. Auf Landesebene und auf Bundesebene wird gespielt. Man kann vielleicht noch mehr tun. Aber sich herzustellen und zu sagen, es passiert nichts, das ist nicht richtig. *(Abg. Kratochwil: Das hab' ich gar nicht gesagt! Das ist nicht wahr!)*

Wenn Förderungen angesprochen werden, darauf komme ich noch zurück, kann man sicher immer mehr verlangen. Man kann immer mehr haben wollen. Aber auch bei Förderungen gibt es gewisse Richtlinien. Zum Beispiel könnte man ein Sportgewehr fördern, wenn richtig angesucht würde. Oder vielleicht hat er nicht angesucht. Natürlich nicht das gesamte Gewehr, das ist auch keine Frage. Aber hier gibt es gewisse Spielregeln und die sollten eingehalten werden.

Spesenersatz für Vereinsfunktionäre ist, glaube ich, schon eine Angelegenheit des Vereines und nicht des Landes wie bei Herrn Landesrat Schimanek. Das habe ich auch heute in der Zeitung gelesen, daß es einen Spesenersatz gibt, weil sonst das Gehalt zu wenig wäre. Habe ich nur in der Zeitung gelesen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, um noch einmal zurückzukommen auf den Herrn Kollegen Mag. Fasan: Die Dachverbände. Hier gibt es Stärken, und auf Grund der Stärken, auf Grund der Mitglieder werden dort die Gelder vergeben. Das hat mit „Rot“, „Schwarz“, „Blau“ und „Grün“ nichts zu tun, alle sind eingeladen mitzuarbeiten. Aber da gibt es Stärken, der Vereine, der Mitglieder. Und auf Grund dieser Stärken wird dort das Geld vergeben. Sie haben eine sehr wichtige Aussage getroffen von diesem Rednerpult. Sie wollen diskutieren. Es wäre nur besser gewesen, Sie hätten vorher diskutiert und nachher hier gesprochen als umgekehrt.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich wirklich zum Sportbericht kommen. Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was da drinnen steht. Ich werde auch die eine oder andere Kritik anbringen. Es ist der Vollzug des neuen Sportgesetzes, das wir hier beschlossen haben. Ich weiß nicht, ob es notwendig war, daß wir ein neues beschlossen haben. Es ändert sich nicht so viel und es ist nicht so viel vom alten geändert worden. Wir haben ein neues. Wir haben uns bemüht, substantiell allerdings nicht viel verändert.

Sie beginnen in Ihrem Bericht, daß 17 Sportverbände, Fachverbände bereits in St. Pölten sind, mit dem Fußballbund. Naja, ich glaube, es müßten noch mehr nach St. Pölten kommen, alle niederösterreichischen Vereine, alle Verbände müßten hier in St. Pölten zusammengezogen sein. Und damit bin ich wieder bei einer Kritik angelangt: Wir haben damals billig gebaut, rationell gebaut. Und wenn ein weiterer Verband kommt, müssen wir dazubauen. Wer billig baut, baut des öfteren auch teuer. Wir haben es jetzt gesehen. Es war nur schade, daß der Fußballverband sich nicht gleich entschlossen hat, mit zu übersiedeln und erst im nachhinein gekommen ist.

Als einen der nächsten Punkte hier im Bericht darf ich zitieren die örtlichen, nationalen und internationalen Veranstaltungen. Bei diesen Förderungen, glaube ich, muß man nachdenken, wie man korrekter fördern kann. Ich will keine Unkorrektheit vorwerfen. Ich weiß nur, daß große Veranstaltungen, die sich sehr bemühen, die viel Eigenkapital auf die Beine stellen, gering gefördert werden, weil ja nur bis zur Endsumme gefördert wird. Und dann gibt es - und jetzt unterstelle ich etwas - Vereine, die selbst nicht so viel laufen und daher die Differenz zwischen dem Ausgabenrahmen und den selbst aufgebrachten Mitteln größer ist und die daher eine größere Förderung bekommen. Weil man ja sagt, man kann sie nicht im Regen stehen lassen, man muß das irgendwo ausgleichen. Das heißt, ich glaube, da müßte man im Landessportrat darüber reden, diskutieren, um hier vielleicht eine Norm zu schaffen, bis zu dieser Größe, diesem Prozentsatz zu fördern. Denn ich habe das Gefühl, daß sich die Funktionäre bei manchen Sportveranstaltungen nicht so anstrengen und die gleiche Förderung bekommen als der, der sich mehr anstrengt und dann mehr Eigenkapital auf die Beine bringt.

Sicher zu begrüßen ist das ATP-Turnier der Herren hier in St. Pölten, das Springreiten in Grafenegg und der Schiweltcup am Semmering. Und gerade vom Schiweltcup kann ich aus eige-

ner Erfahrung berichten. Das ist ein Erlebnis, das ist die Sportveranstaltung im Süden Niederösterreichs. Und ich glaube, hier muß man die Förderung entsprechend weiter ausdehnen oder wie ich glaube, zumindest in dieser Größenordnung weiter beibehalten. Wenn alle zwei Jahre diese Veranstaltung am Semmering durchgeführt wird, muß man das natürlich mit einplanen und auch die dementsprechenden Förderungen vergeben.

Es ist nur teilweise, wie soll ich es formulieren, nicht ganz einsichtig, daß von anderer Seite auch eine Förderung kommt, die aber dann in diesem Sportbericht nicht enthalten ist. Nachdem der Herr Landesrat Gabmann gekommen ist, kann ich ihn ansprechen. Es ist richtig, es wird auch aus Fremdenverkehrsmitteln eine Förderung gegeben. Es ist richtig, ich habe nichts dagegen, im Gegenteil. Aber das ersieht man nicht aus dem Sportbericht. Die Summe der Förderungen sieht man nicht. Mir wäre es lieber, wenn man über Sportveranstaltungen spricht, daß man die Gesamtsumme der Förderungen sieht und nicht sagen muß, aha, dort ist ein bißchen was und da ist ein bißchen was. Wie kann man das bewerkstelligen? Der, der nicht die Möglichkeit hat und der gleiche gute Sportfunktionär vielleicht ist, kann es sich nicht besorgen. Und da kommen dann die komischen Wirtshausgespräche auf, aha, du hast das bekommen und ich habe jenes bekommen. Dies sollte so nicht sein, glaube ich.

Nun, es wurde auch heute schon gesagt, daß den Funktionären keine Anerkennung gezollt wird. Die Frau Kollegin ist schon weggegangen. Wenn sie den Sportbericht gelesen hätte, dann hätte sie gesehen, es gibt Auszeichnungen für Sportfunktionäre und für aktive Sportler. Das ist die Anerkennung des Landes. Es ist halt nur eine Medaille, die man den Funktionären oder dem Sportler überreicht, es ist nichts Materielles. Aber ich glaube, im Sport sollte man nicht vom Materiellen leben, sondern man könnte auch damit zufrieden sein, daß man so die Anerkennung gefunden hat.

Wenn ich vorher schon von der Fremdenverkehrswirksamkeit gesprochen habe, so ist im Süden Niederösterreichs sicher die Fremdenverkehrswirksamkeit gegeben mit dem Weltcuprennen am Semmering. Daher verstehe ich die Kritik des Herrn Mag. Fasan nicht, wenn er sagt, naja, wir brauchen kein Stadion. Richtig! Der VSE St. Pölten wird in seiner jetzigen Leistungsgruppe das Stadion für 30.000 Besucher nicht füllen können. Das ist richtig. Man kann aber auch - und soweit müßten auch Sie sich technisch bilden können, sagen, ich baue jetzt ein Stadion und dann baue ich einen Teil der Tribünen ab, die ich nachher

nicht brauche, um auf die Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. Und ich habe im Osten Österreichs ein Stadion. Wenn Sie sich ein bißchen interessieren für Sport, und das sollten Sie ja tun, wenn Sie dazu reden, so müßten Sie wissen, daß es ausgeglichen sein soll. In Graz, beim Liebenauer Stadion war man ja so gescheit. Die haben gebaut, die Grazer, und das Stadion ist nicht europameisterschaftsfähig. Das sind genau die Typen wie Sie: Nur sparen und sparen. Und dann kommt man drauf, ein Jahr später, daß man eine Europameisterschaft nicht ausrichten kann, weil man zu viel gespart hat. Und wenn ich den Präsident Kartnig jetzt immer zetern höre, naja, wir haben so und so viele Leute noch vor den Türen stehen, die können nicht zu Spielen von Sturm Graz kommen, so tut mir das leid. Sie hätten vorher weitsichtiger sein müssen und um 5.000 Plätze mehr einbauen. Dies hätte im Verhältnis weit weniger gekostet als jetzt ein Zubau. Und er hätte mehr Einnahmen gehabt. Und Liebenau wäre zum Beispiel auch für die Europameisterschaft tauglich gewesen. Das heißt, wir finden im Osten von Österreich das Wiener Stadion, nicht einmal das Gerhard Hannapstadion ist dazu geeignet, weil es zu klein ist. Wir haben die Südstadt, die auch zu klein ist. Also außer dem Ernst Happel-Stadion haben wir im Osten Österreichs keine Stadien, die für die Europameisterschaft geeignet sind. In Salzburg baut man eines und vielleicht auch in Innsbruck. Das heißt, wenn wir eine Europameisterschaft haben wollen, müssen wir zuerst unsere Stadien ausbauen, dann können wir uns entsprechend bewerben bzw. parallel. Und wenn ich jetzt nachdenke und nur höre, wie in Frankreich die Preise angezogen haben, weil es eine Weltmeisterschaft gibt, da kann ich mir sehr wohl vorstellen, daß man sich in der Fremdenverkehrswirtschaft sehnt nach einer Europameisterschaft. Weil für zwei, drei, vier, fünf Wochen die Hotels ausgebucht sind und alles boomt. Und da kann man natürlich bei so einer Gegebenheit, wie jetzt zum Beispiel in Frankreich, bei 100 Prozent Preiserhöhung u.s.w. schon einiges an Kosten wieder hereinbringen. Ich rede nicht den 100 Prozent Preiserhöhung das Wort. Aber der wirtschaftliche Effekt ist sicher gegeben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit darf ich zu einem Negativum kommen, das mich persönlich ein bißchen betrübt. Ich habe miterlebt, wie ein junger Sportler am Sportplatz tot zusammengebrochen ist. Ich verstehe es daher nicht, daß die Sportler die Möglichkeiten der sportärztlichen Untersuchung nicht in dem Maße annehmen, wie es notwendig sein sollte. Ich weiß schon, jeder sagt, ich betreibe Sport, ich spüre

nichts, mir geht es gut, ich bin super beisammen. Nur, wenn dann das Problem auftaucht, ist es meistens zu spät. Daher glaube ich, muß man hier in der Werbung - ich weiß auch kein Patentrezept - versuchen, speziell die jungen Sportler mehr zu den sportärztlichen Untersuchungen zu bringen. Das, was im Bericht angeführt ist, ist für mich persönlich zu wenig. Ich weiß schon, man kann das nicht verordnen. Aber es müßte mehr sein.

Ich bin auch zufrieden, daß man sich beim Doping mit eingeschaltet hat. Denn es ist unverantwortlich, im Sport zu dopen. Momentan ist das Leistungshoch da und etwas später hat man dann die Probleme. Ob man von 80 Kilo auf 150 Kilo anschwillt und all die Probleme, vom Kreislauf begonnen. Mit Doping kann man nicht vorsichtig genug sein. Daher begrüße ich es, daß wir im Land Niederösterreich mit eingestiegen sind und daß wir die Dopingkontrollen usw. fördern.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe noch ein anderes Problem aufzugreifen. Es klingt sehr schön, wenn man bei der Top-Sport Aktion sagt, 82 Sportler haben 1,225.000,- Schilling bekommen. Wenn man nachrechnet, wenn man den Kommentar dazu liest, zur Mithilfe, es steht das Wort „Mithilfe“ dabei, Teilnahme an internationalen Veranstaltungen, Europameisterschaften, Weltmeisterschaften, so komme ich auf einen Betrag von S 14.939,- pro Sportler. Mit dem wird er nicht unbedingt weit hüpfen. Das heißt, ich glaube, man muß hier die Top-Sport Aktion mit einer anderen Aktion gemeinsam kombiniert sehen. Aber wenn das so, wie hier im Sportbericht angeführt, allein da steht, kommt der Eindruck heraus - ich weiß schon, daß im Sport noch andere Förderungen dazukommen, aber es schaut so aus, daß er nur 15.000,- Schilling bekommt. Und das ist die großartige Förderung. Ich weiß schon, er bekommt andere Möglichkeiten der Förderung auch. Nur, wenn es allein so wie im Bericht steht, isoliert steht, so schaut das nicht so gut aus.

Ich darf gleich weiter kritisieren: Vielleicht kann man das nächste Mal wieder bei den Europacupspielen nicht oben eine Summe von 875.000,- Schilling hinschreiben, sondern auch, wie viele Spiele das waren. Vielleicht kann man wirklich - wir hatten es schon einmal im Bericht - festhalten, wer für wie viele Spiele wieviel Geld bekommen hat. Denn bei allem, was man nicht nachvollziehen kann, gibt es dann die Meldungen, die für den Sport und auch für den Referenten nicht gut sind. Weil dann kommt 'raus, wie wir heute schon gehört haben, daß manche bevorzugt werden.

Nun darf ich noch einmal auf ein spezielles Thema von mir kommen und ich hoffe, ich habe die Gelegenheit, in einer der nächsten Sitzungen im Landessportrat darüber zu reden und es auch durchzusetzen. Wir haben von Randsportarten gehört und wir haben gehört von den Mannschaftssportarten. Sie kennen mein Hobby. Was ist ein Mannschaftssport? Sind es die fünf Sportarten, die wir momentan definiert haben? Ich sage nein. Ich stehe auf dem Standpunkt, man muß neu definieren, was ein Mannschaftssport ist. Und man kann auch bei der Förderung eine Abstufung einbauen. Weil wenn eine Mannschaft aus vier Leuten besteht und eine aus 16 kann ich nicht die gleiche Förderung bekommen. Das ist mir schon alles klar. Nur glaube ich, man muß einmal grundsätzlich sagen, was eine Mannschaftssportart ist, das genau definieren und dann die Förderungen dementsprechend geben.

Es fällt natürlich auf und schade, daß der Herr Landeshauptmann nicht da ist, ich muß es sagen, sonst beiß ich mich in die Zunge. Die Admira hat, berechtigterweise, muß ich sagen, 3 Millionen Schilling bekommen. Von den Richtlinien her berechtigt. Dies hat natürlich auch damit zu tun, daß der ehemalige Präsident seine Geschäftsführung wahrgenommen hat - ich meine den Herrn Landeshauptmann - daß der Verein dann in Konkurs gegangen ist. Man mußte das tun und darf auch nicht weniger hergeben. Mich stört nur, daß man auf der anderen Seite einem Verein, der bundesweit tätig ist, bei den Damen und bei den Herren - man kann darüber streiten, ist Kegeln ein Mannschaftssport ja oder nein -, beide Male in der Bundesliga spielt, die Damen im Europacup und im Weltcup engagiert waren, daß dieser Verein ganze 60.000,- Schilling bekommt. Und die Admira erhält 3 Millionen. Nur die Kampfmannschaft, den Nachwuchs lasse ich weg. Ich rede von Fortuna Neunkirchen, Frau Landeshauptmannstellvertreter. Die sind Bundesmeister, die Damen, ich habe es schon gesagt, Europacupsieger, im Weltcup dabei, die Herren in der Bundesliga. Sie fahren einmal nach Innsbruck, einmal nach Salzburg kegeln. Das kostet Geld. Dann gibt man denen eine Unterstützung von 60.000,- Schilling. Und andere bekommen drei Millionen. Das tut irgendwo weh. Ich kritisiere die drei Millionen nicht. Ich weiß, es steht der Admira zu. Aber es würde auch den anderen Sportvereinen mehr zustehen, wenn man die Richtlinien ändern könnte. Oder: Tischtennisteam - haben auch ungefähr die gleiche Anzahl, die bekommen 80.000,- S, aber angefangen von Wolkersdorf bis über Stockerau. Obwohl es sich um eine Mannschaft handelt, Damen oder Herren. Sie bekommen 80.000,- Schilling gegenüber dem Verein mit

einer Damen- und einer Herrenmannschaft, der 60.000,- Schilling erhält. Bitte das zu überdenken.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich schon zum Schluß kommen. Zwei Anmerkungen noch, die man sicher aufklären kann. Ich habe Herrn Hofrat Dr. Binder heute noch nicht gesehen. Wenn er da gewesen wäre, hätte ich es mir erspart, es hier zu sagen. Aber Wildendürnbach bekommt bei der ersten Durchsicht für ein- und dasselbe Vorhaben, Sportplatzerneuerung, auf Seite X, sage ich jetzt, 300.000,- Schilling, auf Seite Y 200.000,- Schilling. Das gleiche bei Langenrohr. Die bekommen in einer Berichtsperiode zweimal 500.000,- Schilling. Das ist für mich etwas Neues. Weil wenn man auf zwei- oder dreimal fördert, was es geben kann und schon gegeben hat, dann war das nicht im selben Jahr, sondern auf mehrere Jahre verteilt. Diesmal habe ich zweimal im selben Jahr diese Förderung gesehen. Darüber hätte ich gerne Aufklärung. Es ist kein Problem, ich werde diese sicher bekommen. Ich hätte, wenn ich Herrn Hofrat Dr. Binder gesehen hätte, auch vorher das schon erfragt. Ich bin überzeugt, ich bekomme diese Aufklärung. Unsere Fraktion wird sicher auch diesem Bericht die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Fasan gemeldet.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich darf nur zwei Dinge richtig stellen: Ich habe nicht von einer Abschaffung - um Gottes Willen - der Demokratien oder der Parteien gesprochen. Ich habe lediglich von einem Zurückdrängen des Parteieneinflusses im Sportbereich und in anderen öffentlichen Bereichen gesprochen. (*Abg. Keusch: Das kommt doch aufs selbe 'raus!*) Das kommt bei weitem nicht aufs selbe 'raus, verwechseln Sie nicht Demokratie und Parteienallmacht.

Und zweitens habe ich nicht davon gesprochen, daß man über den jetzt vorliegenden und zur Kenntnis zu nehmenden Sportbericht zukünftig noch diskutieren soll, sondern daß man über das EM-Stadion zukünftig diskutieren soll. Und nachdem das ja noch nicht steht, wird das ja wohl auch möglich sein. Danke sehr.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Hiller.

Abg. HILLER (*ÖVP*): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Auch ich darf zum Sportbericht abschließend Stellung nehmen. Nach drei Vorrednern, die sich zum Teil sehr kritisch mit der Materie auseinandergesetzt haben, darf ich etwas hoffnungsfroher hier einstimmen.

Hoher Landtag! Es ist genau 30 Jahre her, daß der NÖ Landtag im Jahre 1968 erstmals die Sportförderung auf eine gesetzliche Basis gestellt hat. Und daher ist ein kleines Sportjubiläum auch insgesamt heuer zu feiern. Nämlich jenes Jubiläum, das hier mit großer Sachlichkeit und großem Erfolg die Sportpolitik über drei Jahrzehnte hindurch im Lande Niederösterreich erfolgreich weiter entwickelt wurde. Ich bringe eine positive Kritik zum Sportbericht 1997 an und möchte sagen, daß hier die Bemerkung in der Einleitung von Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop in ihrer Art sehr, möchte ich sagen, zurückhaltend formuliert wurde, wenn hier nur von Information und Sachlichkeit die Rede ist. Ich glaube, dieser Sportbericht ist ein Erfolgsbericht. Und ich teile ihm drei wesentliche Prädikate zu.

Zum ersten sehe ich in diesem Sportbericht so wie in seinen Vorgängern - an der Zahl sind es derzeit sieben - vor allem die Kontinuität und die Beständigkeit, mit der die Sportpolitik in Niederösterreich für den vielschichtigen Bereich, das vielschichtige Medium Sport insgesamt zu bewerten ist und von diesen umfangreichen Sportaktivitäten auch genützt werden kann. Ich glaube, gerade diese Kontinuität, die Jahr für Jahr hier zum Ausdruck kommt über diesen Bericht, gibt Vertrauen und Sicherheit für die vielen tausend Funktionäre, die hohe Verantwortung hier in den Vereinen und Institutionen tragen. Ich glaube, das ist auch eine wesentliche Voraussetzung, daß es in Niederösterreich im großen und ganzen in der Abwicklung der Sportadministration klappt. Die niederösterreichischen Sportfunktionäre können sich somit auf eine Sportpolitik des Landes abstützen, die nicht nur im Bereich der Förderung gegeben ist, sondern die auch in den wesentlichen Fragen der Gesetzgebung und der Gesellschaft Tag für Tag ansteht.

Nehmen wir nur das Problem des Vereinsrechtes, das vor einigen Monaten hier in der Diskussion einen Höhepunkt erfahren hat. Derzeit ist es etwas ruhiger darum. Oder ist die Diskussion um die Dreitagesfeste. Auch eine wesentliche Voraussetzung für die finanzielle Absicherung von vielen Vereinsaktivitäten, vor allem des Breitensportes auf den unteren Leistungsebenen. Ich möchte dazu anmerken, weil das die Frau Kollegin Kratochwil in ihrer Jungfernrede hier angeführt hat,

daß viel mehr Förderungen gegeben werden müßten. Ich möchte dem entgegenhalten, daß man sehr wohl trachten muß, mit den 80 Millionen Schilling, die in etwa das Sportbudget in Niederösterreich ausmachen, entsprechend hauszuhalten. Daß einerseits in der Breite die nötige Unterstützung gegeben wird und natürlich dann auch die Spitze, so wie dies in allen Ländern der Fall ist, daß natürlich auch die Spitze eine Überlebenschance und eine Entwicklungschance in der Form hat, daß sie sich behaupten kann. Und das kann man, wenn man den Sportbericht auch von seinen positiven Seiten her betrachtet, zweifellos hier nachvollziehen. Die breiten Förderungswünsche, die Sie hier angesprochen haben, sind sicherlich zu keiner Zeit durch den NÖ Landtag und sein Budget abzudecken. Und es ist auch gar nicht notwendig, möchte ich sagen, in vielen Bereichen. Denn wir fördern die Errichtung der Anlagen des Sports, den Sportbetrieb selbst in seinen vielen Schichtungen des Breitensportes. Dies auch zu fördern bezüglich seiner ständigen Betriebsaufwendungen, das ist zwar, möchte ich sagen, recht wünschenswert, aber in keiner Phase machbar. Und es ist auch in diesem Zusammenhang, möchte ich sagen, gar nicht notwendig. Die Sportvereine selbst nehmen das Angebot des Landes im Bereich der Förderungen sehr gerne in Anspruch und machen das Beste daraus.

Ich glaube, das Land ist hier ein sehr zuverlässiger und unkomplizierter Partner, was die Finanzierung und die Förderungsfragen betrifft. Ich möchte auch ein Lob der Sportverwaltung des Landes spenden, daß sie hier vor allem in der Abwicklung nicht sehr bürokratisch vorgeht, sondern daß hier im Gegensatz zu wesentlichen anderen Einrichtungen des Landes sehr praktikable Möglichkeiten bestehen für die sehr unterschiedlichen Finanzmöglichkeiten, Finanzströme in den Vereinen, aber auch Entwicklungen durch Investitionen über Jahre hinweg erfolgreich zu betreiben.

Das Land ist nicht nur Helfer, sondern ist auch Berater in verschiedensten Bereichen. Vor allem auch was die Management- und Organisationsfragen betrifft. Es gibt vielerorts Seminare und Tagungen, wo im Erfahrungsaustausch mit den Fachleuten, aber auch intern die verschiedensten Probleme andiskutiert und veröffentlicht werden können und letztendlich auch Lösungen gefunden werden.

Ein zweites Prädikat darf ich der NÖ Sportpolitik in der Richtung aussprechen, daß sie von hoher Transparenz und von demokratischer Ausrichtung getragen ist. Dieser vorliegende Sportbericht 1997 gibt ja jedermann die Möglichkeit zur

Einsicht, inwieweit hier die Aktivitäten des Sportes von der NÖ Landesregierung und deren Verwaltung gestaltet und gefördert werden. Das Sporthandbuch ergänzt und erweitert diese Transparenz ganz wesentlich. Vor allem auch dadurch, daß die Förderungen ab 50.000,- Schilling angeführt werden. Und somit auch für die Funktionäre draußen, die sich nur sehr schwer eine Vorstellung von den Volumina in den einzelnen Bereichen machen können, damit sie auch selbst einschätzen können, inwieweit diese Förderungen für ihre Qualifikation, für ihr Leistungsniveau auch gerechtfertigt ist. Ich glaube, dieses Sporthandbuch mit dem Sportbericht könnte so eine Art „heilige Schrift“ für die Sportfunktionäre sein, aus denen sich die verschiedensten Hilfestellungen ableiten.

Von den Vorrednern wurde auch die Funktion der Dach- und Fachverbände angesprochen. Ich bin nicht verwundert darüber, daß hier von den Freiheitlichen die Kritik an den Dach- und Fachverbänden fortgesetzt wird. Auch die Grünen stimmen in dieses Geleier mit ein und wissen nicht warum, was tatsächlich an demokratischer Gesinnung und kollegialem Austausch und Zusammenarbeit in diesen Konstruktionen seit Jahren und Jahrzehnten sehr vertrauensvoll stattfindet. Mich verwundert aber bei den Freiheitlichen sehr wohl die Kritik der Kollegin Kratochwil. Sie dürfte mit dem Kollegen Marchat nicht gesprochen haben. Denn wie mir noch erinnerlich ist, hat bei der letzten Sitzung des Landessportrates der Herr Kollege Marchat sehr wohl der Dotation der Dach- und Fachverbände zugestimmt. Denn wir haben im Landessportrat in seiner Anwesenheit einen einstimmigen Beschluß gefaßt. Ich habe damals geglaubt, na endlich ist der Gesinnungswandel da. Aber scheinbar muß man einfach in der Agitation weiterfahren, sonst wäre das Bild der Freiheitlichen als Oppositionspartei nicht erfüllt. Denn es geht ja nicht um Konstruktivismus, sondern um Opposition.

Die Dachverbände und Fachverbände einigen sich im Sportfachbeirat vorab aller politischen Teilnahmen - wir als Vertreter der Parteien stellen sowieso nur eine Minderheit im Landessportrat dar - über die Aufteilung dieser Mittel und bringen sie dann wirklich sehr zielführend und erfolgreich in Anwendung.

Was die Kritik anbelangt bezüglich der Förderung von Spitzenmannschaften und Spitzenathleten, diese Kritik taucht immer wieder auf. Wir wissen, daß natürlich unterschiedliche Fördersätze gegeben sind. Natürlich wissen wir auch um

die Erklärungen der Bedeutung der einzelnen Sportarten, da hier die Diskussion schon vor Jahren in diese Richtung geführt wurde, daß eben diese abgestuften Förderungssätze zum Tragen kommen. Inwieweit dann natürlich jede gleichlaufende Förderung tatsächlich auch ihre Wirkung hat und ihre Berechtigung, wird wahrscheinlich einen nie endenden Streit und Diskussionen nach sich ziehen. Die Dach- und Fachverbände sind aber mit dieser Vorgangsweise bis jetzt soweit einverstanden gewesen. Es gibt hier kein „Drüberfahren“, es gibt in weiten Bereichen Kompromisse.

Als drittes Prädikat möchte ich der NÖ Sportpolitik hier Modernität und Visionen attestieren. Ich glaube, daß, wenn man die 30 Jahre Entwicklung hernimmt, Niederösterreich aus den blutigen Anfängen heraus in der Entwicklung der modernen Gesellschaft und in der medialen Aufbereitung dieses Genres Sport wirklich mustergültig als ein Land der Breite gilt, das bis vor kurzem ja kein wesentliches Zentrum gehabt hat. Daß wir wirklich auf große Erfolge verweisen können und auch im Spitzensport entsprechend mithalten können.

Ich glaube, daß der Entschluß, eine Landesportschule in St. Pölten zu bauen, richtig war. Das macht aber nicht nur das Land als Initiator, es hat ja auch der NÖ Fußballverband mit der Sportschule für Fußball in Lindabrunn ein markantes Zeichen gesetzt. Ich glaube, daß es damit einfach gelingt, die Vorbildwirkung der Spitzenleistungen, der Spitzenmannschaften und Athleten, so wie es international gegeben und gebräuchlich ist und erfolgreich läuft, auch auf Niederösterreich entsprechend zu übertragen. Wir können hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, doch sehr wesentlich mithalten und verlieren dennoch nicht den Anschluß an die Entwicklung des Sportes in der Breite, in der Vielfalt der einzelnen Sparten. Sporttreiben, und das müssen wir uns auch immer wieder vor Augen halten, beruht auf Freiwilligkeit. Das heißt, jeder der willens ist, hat die Möglichkeit, hier eine Sportart oder mehrere auszuüben. Wir haben leider in der modernen Zeit der Medienvielfalt, und da gebe ich den kritischen Stimmen von vorhin recht, sicherlich zu viele passive Teilnehmer und noch immer zu wenig aktiv Beteiligte am Sport. Aber gäbe es das eine nicht, wäre das andere wahrscheinlich noch schlechter bedient.

Sport wird, glaube ich, in dieser modernen, bewegungsarmen Gesellschaft immer wichtiger puncto Volksgesundheit, auch zur Bewältigung

des Freizeitangebotes als ein positives Gemeinschaftserlebnis und nicht zuletzt auch als ein Wirtschaftsfaktor. Und da gibt es natürlich verschiedenste Verknüpfungen, die hier auch die Wirtschaft betreffen. Vor allem den Tourismus und die Freizeitwirtschaft, die natürlich an gewissen Veranstaltungen und Ereignissen auch Interesse haben in unterschiedlicher Bedeutung. Hier wird es immer eine Vielfalt von Finanzierungsformen und Möglichkeiten geben, die dies dann letztendlich ermöglichen. Ich glaube, wir sollten nicht mit Neidkomplexen arbeiten, sondern einfach dem wesentlichen, dem Gelingen dieser Veranstaltungen und Vorhaben das Wort reden und das auch entsprechend schätzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube auch, daß gerade das mediale Sportgeschehen für uns in der Politik sehr wichtig ist in der Form, daß wir darauf Antworten finden müssen. Es kommt also nicht nur darauf an, hier einen Bericht von Meisterschaften zu geben, sondern inwieweit können wir heute eine Verknüpfung von vernünftigem Sporttreiben bis hin zu jenem Wirtschaftsfaktor und der medialen Verwertung der Freizeitwirtschaft, des Tourismus auch im NÖ Sportgeschehen in den allgemeinen Sportbereich mit einbauen. Wir haben in Niederösterreich sicherlich in den letzten Jahren gute Erfolge zu verzeichnen. Wir können auf eine große Anzahl von Spitzenathleten und -mannschaften in den verschiedensten Sportarten verweisen, die uns hier als Vorbilder in dieser medialen Gesellschaft dienen können. Und wir brauchen natürlich dazu auch die entscheidenden Veranstaltungen, die uns als Sportland par excellence hier herausstreichen. Das sind auch die Chancen des modernen Dienstleistungssektors. Und wir wissen auch, daß immer mehr Personen in dieser Verwertung des Sportes in berufsmäßiger Form, in Profiform auch hier ein neues Arbeitsplatzangebot darstellen. Daher ist der Spitzensport, der großteils auch ein Profisport ist oder ein Berufssport, nicht abzuwerten, sondern sollte in seiner Vorbildwirkung, soweit das verantwortbar ist und nützlich ist, auch entsprechend gewürdigt werden.

Niederösterreich kann auf eine Fülle von bedeutenden Sportevents verweisen. Der Herr Kollege Kautz hat den Schiweltcup am Semmering schon angeführt. Ich habe mir das vor zwei Jahren selbst angeschaut und miterlebt. Es ist sicherlich eine gelungene Sache. Das ATP-Turnier in St. Pölten, die Abhaltung einer Handball-EM und andere Dinge mehr bis hin zu dem bevorstehenden Internationalen Fest der Pferde auf Schloß Grafenegg, wo das bedeutendste österreichische

Springreitturnier des Jahres 1998 abgehalten wird. Ich glaube, das ist eine ganz ideale Verknüpfung, daß man einerseits die Natur hier vor Ort, die Kultur mit dem Schloß und natürlich das Land Niederösterreich, möchte ich sagen, von einer der schönsten, typischen Seite her auch entsprechend bewerben und vor den Vorhang bringen kann. Es gibt hier ein Teilnehmerfeld von 22 Nationen mit über 160 Pferden. Also das wird ein großartiges Ereignis.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu gehören auch die Sportgrößen, die wir auch in Niederösterreich Gottseidank immer wieder aufzuweisen haben. Daß wir einen Thomas Sykora als Landsmann in unseren Reihen haben, ist eine ganz tolle Sache. Vor allem wenn er noch dazu in einer Spezialdisziplin wie dem Slalom hier den ersten Weltcupgesamtsieg seit 1969 einheimst. Ein Alexander Wurz, ebenfalls ein Jungstar im Bereich der Formel I tut seine Sache recht gut. Und eine Babsi Paulus mit ihren Kolleginnen ist im Bereich des Tennis eine wesentliche Bereicherung, die zweifellos internationale Bedeutung erreicht hat. Ich glaube somit, daß hier wie in vielen anderen Bereichen, im Tischtennis, oder wir haben auch einen Weltmeister im Gewichtheben in der Juniorenklasse zu verzeichnen, das NÖ Sportgeschehen trotz seiner Breite auch in die Tiefe, oder, wenn man so sagen kann, in die Höhe, in die Spitze sich sehr gut entwickelt. Und daß das natürlich Ausdruck für eine gelungene Sportpolitik im Bereich des Landtages und natürlich auch im Bereich der Regierung und der verantwortlichen Referentin ist.

Dieser Sportbericht ist ein Erfolgsbericht in vielen Sparten und Facetten, über das Medium Sport. Und dieser Sport ist sicherlich ein unverzichtbarer Teil unseres gesellschaftlichen Lebens. Dieser Bericht ist einerseits, möchte ich sagen, ein Nachweis über erbrachte Leistungen. Er ist die Bestätigung für eine gute Entwicklung und er ist der Wegbereiter von noch mehr Lebensqualität in unserem schönen Land Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zum Wort gelangt Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop. Bitte schön.

LHStv. PROKOP (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zu allererst ein herzliches Danke für die interessante und angenehme Diskussion im Zusammenhang mit dem Sportförderungsbericht

sagen. Es ist eine Freude, wenn man im Hohen Landtag einmal wieder über ein Thema sprechen kann, das tatsächlich sehr viele bewegt, wortwörtlich bewegt. Das aber darüber hinaus leider Gottes zu wenig in der öffentlichen Diskussion steht, weil es einfach da ist. Ein Positivfaktor, der da ist. Sport ist in unserer Gesellschaft etwas, an dem wir Gottseidank nicht mehr vorbei können. Es ist längst nicht mehr die wichtigste Nebensache der Welt. Es ist ein echter gesellschaftspolitischer Faktor. Und ich glaube, daß wir mit diesem Sportbericht tatsächlich zeigen können, daß in Niederösterreich sehr viel geschehen ist.

Ich möchte nur ganz kurz versuchen, auf ein paar hier angemessene Punkte einzugehen, die vielleicht nicht ausgesprochen wurden, darauf hinzuweisen und vielleicht das eine oder andere noch zusätzlich zu erläutern versuchen. Zum einen vielleicht die Sachthemen oder auch die Anregungen, wenn ich jetzt nur das von den Hochwasserschäden höre. Grundsätzlich sind alle ordnungsgemäß eingebrachten Hochwasserschäden im Bereiche der Privaten, wozu auch die Vereine gehören, erledigt. Wenn hier etwas nicht geschehen ist, dann muß etwas nicht stimmen oder man ist der Sache nicht entsprechend nachgegangen. Also ich brauche die Unterlagen, ich werde gerne die Sache überprüfen. Ich kenne sehr viele Vereine, die sehr wohl diese Schäden hatten und denen großzügig geholfen wurde in einem Ausmaß, wie es wahrscheinlich ein anderes Bundesland nicht getan hat.

Einen weiteren Punkt werden wir auch klären können. Ich kann jetzt nicht sagen, warum Wildendürnbach oder Langenrohr jetzt im heurigen Jahr zweimal aufscheinen. Aber es sind alles Anträge, die auch dem Sportrat vorgelegt wurden, auch durchdiskutiert wurden. Es kann sich sicherlich nur um Überzüge aus verschiedenen Jahren handeln, aber in der Summe entspricht das ganz sicher genauso wie alles andere, weil es ja auch jeweils entsprechend vorgelegt wird. Wir haben ja Richtlinien.

Ein Punkt, der immer wieder kommt und der von den beiden Hauptrednern der beiden großen Parteien hier jetzt schon zu erläutern versucht wurde. Der aber immer wieder neu auftritt, vor allem interessanterweise, wenn neue Abgeordnete ans Rednerpult treten. Der immer wieder kommt. Das ist jener von der sogenannten Parteizugehörigkeit der Förderungen. Man kann nur sagen, daß jene Abgeordnete, die das immer wieder sagen, sich zu wenig im österreichischen Sport auskennen. Der österreichische Sport hat seine Stärke durch seine Eigenverwaltung. Und

die Bundessportorganisation strukturiert sich selbst in einer demokratischen Form. Sonst müßte man ja auch sagen, jedes Parlament ist falsch zusammengesetzt, weil es so gewählt wurde und gewissen Bereichen zugehört. Genauso ist die Bundessportorganisation ein sich selbst organisierender, selbst verwaltender Verein. Und wir vollziehen nur genau das, was auf der Bundessportorganisationsebene genehmigte Organisationen sind. Das wird bei uns gefördert.

Die Dimension, wie sie gefördert werden, das haben die Herren ja schon gesagt, die hier schon länger mitarbeiten, das ist auf Grund der Größenordnung, auf Grund der Leistung, nach einem Punkteprinzip, das lange, lange diskutiert wurde, gegeben. Es gibt die Dachverbände, die in Österreich große Aufgaben haben. Die Dachverbände sind jene Organisationen, die genau das tun, was die Frau Abgeordnete gefordert hat: den Jugendsport zu forcieren, die Kooperation mit dem Schulsport, all das wird weitgehend von den Dachverbänden bedient. Und die Fachverbände, wenn sie die irgendwo zuordnen wollen, ja, ich weiß nicht, wie man das macht. Ich weiß es nicht! Mir ist es auch recht, wo wer hingehört. Die Fachverbände bekommen auf Grund ihrer Größe, auf Grund ihrer Leistung ebenfalls nach diesem Punktesystem die direkte Förderung. Und ich kann wirklich nur jeden auffordern, arbeitet dort mit. Dann wissen Sie, wie das läuft. Und dann wissen Sie auch, wo wirklich die großen Probleme liegen. Und es liegen riesige Probleme, riesige Probleme, in der Aufbringung der Mittel für den Sport. Und sie werden immer größer. Und wenn Sie sagen, es ist entwürdigend wenn ein Sportschütze betteln gehen muß, damit er ein Sportgewehr bekommt, muß ich sagen, das ist eine Tatsache. Heute muß leider Gottes jeder Spitzensportler diesen Weg gehen. Es ist heute so, daß es immer schwieriger wird, egal, ob es ein Einzelsport oder ein Mannschaftssport ist. Es wird immer schwieriger, diese Mittel aufzubringen. Das kann sicher nicht die öffentliche Hand tun. Das ist eine Illusion. Das war nie so. Das würde den Sport total abhängig machen. Die Stärke des Sportes ist es, daß er tatsächlich sehr eng mit der Wirtschaft zusammenarbeitet, daß er eng mit tatsächlichen Mäzenen und Förderern bis zu persönlichen und individuellen Förderern zusammenarbeitet. Und nur so ist es auch möglich.

Wir sind in Niederösterreich als einziges und erstes Bundesland den Weg gegangen, daß wir auch auf Grund der Leistung im Spitzensport Förderungen vergeben. Und da möchte ich auch sagen, sicherlich kann man immer darüber debattieren. Man kann über jede Richtlinie debattieren,

und ich bin immer offen für so etwas. *(Zu Abg. Kautz gewendet:)* Du weißt das ganz genau, Kriterien zu setzen ist immer ein gewisser Punkt. Es ist schwer zu sagen, wie kann ich Kegeln mit Tischtennis vergleichen. Völlig klar. Ich kann es von der Breite, der nationalen, der internationalen Breite, ich kann es von der Leistung, national oder international sagen. Hier ist sicher kein Vergleich mit Kegeln und unseren besten Tischtennispielern. All das sind Kriterien, über die man diskutieren kann. Wir haben versucht, diese Leistungskriterien festzusetzen und in diese Richtung werden auch die Spitzensportförderungen vergeben. Auch darüber, was eine Mannschaft ist, kann man diskutieren. Ich weiß, daß wir hier nicht einer Meinung sind. Weil ich immer glaube, ich kann alles zu einer Mannschaft machen. Wir können auch hier eine Mannschaft bilden, aber es sind lauter Einzelkämpfer. Und es ist halt so, wenn ich jetzt in der Leichtathletik auch eine Mannschaft bilde, ist für mich Leichtathletik noch immer ein Einzelsport. Und diese Mannschaft, die einmal auftritt, das ist für mich kein Mannschaftssport. Ich sehe eine Mannschaft, nur um es zu erläutern, in jenem Bereich von Sportlern, die nur mannschaftlich auftreten können. Und dort ist das Problem, muß ich meine Reise mit 15 antreten oder mit 22 antreten. Ich muß das Flugzeug für so viele kaufen. Hingegen kann ich in der Leichtathletik meine Leistungen erreichen und kann alleine diese Reise antreten. Das ist die Grundlage der Debatte. Aber ich glaube, das ist ein Sachthema, über das wir immer wieder ernsthaft und bestens diskutieren können.

Bezüglich der Vergabe der Mittel, die Sie aus dem Sportbericht herausgelesen haben, daß Admira so und so viel bekommt, muß man die Grundsatzfrage stellen, bin ich für den Leistungssport, ja oder nein. Wenn ich ja sage, dann müssen wir Kriterien setzen. Wenn ich nein sage, dann können wir das alles weglassen. Dann muß es einen Beschluß geben. Ich habe es hier schon einmal gesagt, es ist im Protokoll nachlesbar, wenn der Hohe Landtag sagt, wir wollen den Leistungssport nicht, dann werden diese Mittel nicht für den Leistungssport eingesetzt werden. Dann werden wir einen anderen Weg gehen. Nur muß dieser Beschluß auf den Tisch. Und dann muß der Hohe Landtag auch dazu stehen.

Wenn man dafür aber ist, und ich habe bisher immer gehört, wir sind für den Leistungssport, dann müssen wir auch Kriterien setzen. Und wir haben uns alle gemeinsam durchgerungen, daß der Fußball - und jetzt komme ich zu dem Thema Fußball - eine hohe Wertigkeit in unserem Lande hat. Denn tatsächlich ist sicherlich der Fußball-

verband die weitaus größte Jugendorganisation in unserem Land, alleine - ich habe die Zahl nicht - ich glaube 1.900, fast 2.000 Jugendliche spielen jedes Wochenende regelmäßig bei den Meisterschaften. Es ist die Zahl noch viel höher, ich will die Zahl jetzt nicht sagen, weil das steht ja im Protokoll nachlesbar. Das ist eine gigantische Zahl. Mannschaften sind das, das heißt, das muß ich mit 11 multiplizieren. Das sind jene, die antreten. Das ist eine gewaltige Bewegung. Es gibt fast keine Gemeinde, die nicht einen Fußballverein hat mit mindestens zwei Mannschaften. Genau das ist die Aufgabe. Deswegen fördern wir die Anlagen in diesem Ausmaß. Deswegen fördern wir den Fußballverband in einem hohen Maße. Deswegen bekommt der Fußballverband zum Beispiel eine Million Jugendförderung, um in Lindabrunn nur Kinder einladen zu können, um dort Kurse durchzuführen und Trainerausbildungen zu machen. Das ist alles nachlesbar.

Und deswegen fördern wir auch die Spitzemannschaften. Damit die jungen Menschen ein Ziel haben, ein Vorbild haben. Man kann jetzt darüber diskutieren, was ist das Vorbild, was ist die Leistung. Wir haben uns dazu durchgerungen, daß jede Mannschaft, und das ist im Sportrat diskutiert worden, daß jede Mannschaft in der obersten Spielklasse, in der Bundesliga zwei Millionen Schilling bekommt. Und die beste Mannschaft um eine Million mehr. Jetzt kann ich sagen, das ist zu viel oder zu wenig. Doch daher bekommt die Admira als beste Mannschaft in der obersten Spielklasse drei Millionen. Im nächsten Jahr, wenn sie absteigen, wird es anders ausschauen. Das ist in Stockerau, das ist in Mödling und das ist in St. Pölten schon passiert. Das ist ein großes Problem. Das ist die Tatsache, um es nur noch einmal verständlich zu machen. Und diese Debatte läuft jedes Mal wieder. Wenn man grundsätzlich sagt, wir sollen den Spitzensport, den Fußballsport nicht in diesem Ausmaß fördern, ja, dann können wir das Geld gerne anderweitig verteilen. Nur werden diese Mannschaften ihren Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten können. Auch das muß man wissen. Denn einen Betrieb dieser Größenordnung, wo jetzt jeder sozialrechtlich abgesichert sein muß, wo jeder angemeldet sein muß, aufrecht zu erhalten, das ist unter 25 Millionen nicht machbar.

Die Bundesliga im Eishockey hat die Richtlinie, wenn nicht 15 Millionen Budget am Tisch liegen, wird diese Mannschaft überhaupt nicht genehmigt. Das sind die Tatsachen im Spitzensport. Um das nur einmal klarzustellen, damit die Herrschaften, die heute hier gesprochen haben, auch wissen, was da eigentlich im Sportbericht

steht. Und daher stimmt es absolut nicht, daß 30 Prozent Spitzensportförderung auf zwei Vereine gehen. Da möchte ich die Budgetsumme als Ganzes einmal sehen, wenn sie die 30 Prozent also aus 80 Millionen errechnen, dann weiß ich nicht, wie Sie das gerechnet haben. Aber der Grundsatz ist einfach. Und genauso ist es auch mit den Anlagen. Wir haben uns bei den Anlagen in Niederösterreich geeinigt. Das ist schon viele Jahre her. Wir haben in den frühen siebziger Jahren einen Sportstättenleitplan erarbeitet, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der war so dick. Burgenland hat ein einziges großes Blatt gehabt. Und dieser Sportstättenleitplan hat uns vorgeschrieben oder wir haben uns darin vorgeschrieben, welche Anlagen, das waren nur die speziellen Anlagen, wir in Niederösterreich errichten wollen mit einem Finanzierungsplan. Und wir haben damals, ich glaube, Du warst schon dabei, wir haben damals im Jahr 2005 aufgehört. Weil wir gesagt haben, weiter kann man nicht mehr planen. Dieser Sportstättenleitplan war 1985 erledigt, voll erledigt. Wir haben das weggelegt und können jetzt direkt und ganz neu ganz andere Dinge fördern.

Das ist geschehen. Aber nicht deswegen, weil wir so viel Geld aufgebracht haben. Sondern einfach deswegen, weil in Niederösterreich die Menschen und die Vereine in der Lage sind, so viel Eigenleistung und so viel Idealismus aufzubringen. Und genau dafür muß man Danke sagen. Und wenn ich jetzt die Beachvolleyballplätze nenne, na selbstverständlich brauchen wir die. Na selbstverständlich! Nur gibt es halt da ein Monopol von einem Hersteller. Monopole sind immer teuer. Der verlangt eine Summe von 250.000,- Schilling, das ist eine gewaltige Sache. Ich habe gestern mit einem Spitzenfunktionär des Volleyballverbandes gesprochen und der hat gesagt, die haben genau dieselbe Anlage um 120.000,- Schilling gemacht. Mit allen Dingen. Nur können muß man es, nur tun muß man es. Und wir geben daher die 25.000,- Schilling in jedem Fall für diese Anlage. Wir geben auch 40.000,- Schilling in jedem Fall für einen Tennisplatz und nicht mehr. Und damit können die Verbände und Vereine leben. Tatsache ist, daß es ungefähr 10 bis 15 Prozent gibt, die wir auch für einen Fußballsportplatz geben. Weil wir so viel bei allen Plätzen geben. Und die restliche Leistung wird von den Vereinen, von den Gemeinden, aber vor allem von den Idealisten mit tausenden Stunden Eigenleistung aufgebracht. Und das ist unsere Stärke. Und ich halte es für grundfalsch, würden wir das nicht mehr tun. Weil dann wird etwas hingelegt und die gehen fünfmal drauf und schätzen es nicht. Jener, der die Anlage selbst gemacht hat, der liebt sie. Der nimmt sie gerne wahr und der fühlt sich dort

wohl drauf. Das wird uns auch aus allen Bundesländern bestätigt. Ich würde Sie wirklich einladen, fahren Sie mit 'raus und hören Sie sich an, was die anderen Bundesländer über unsere Anlagen in Niederösterreich sagen. Daß unsere Anlagen Schmuckkastln sind. Daß hier wahnsinnig viel geschehen ist.

Damit möchte ich zum Schluß kommen und noch einmal mit einem Danke vor allem noch erklären, was jetzt dieses EM-Stadion soll. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind hier Großveranstaltungen angesprochen. Ja, ich wünschte mir auf Bundesebene die Transparenz, die unser Sportbericht hat. Dort kann ich vieles nicht nachlesen. Dort wird tatsächlich bei manchen Großveranstaltungen mit Mehrfachförderungen gearbeitet. Im Gegenteil! Ich würde sagen, Großveranstaltungen werden bei uns weitgehend vom Tourismus gefördert. Denn das ATP-Turnier wird vom Sport fast nicht gefördert. Das selbe ist beim Weltcuprennen am Semmering oder das CISM in Grafenegg oder das Golfturnier in Haugschlag. Das sind diese Großveranstaltungen, die mehr Tourismus in sich bergen, wo wir aus dem Sport sagen, das erste Mal geben wir Starthilfe und dann müssen sie sich selbst tragen. Ich halte das für wichtig. Und es gibt solche Veranstaltungen, die tatsächlich enorm viel an Reputation für ein Land bringen und wo wir dann tatsächlich auch manchmal die Möglichkeit haben, Bundesmittel in Anspruch zu nehmen, was leider Gottes sonst sehr selten vorkommt. Dieser Grundsatzbeschuß für die Bewerbung Österreichs um die Europameisterschaft 2004 ist auf Bundesebene gefallen. Ich halte das für sehr klug. Wir haben eine riesige Chance, unser Land damit in den Mittelpunkt zu stellen. Dieses Ereignis wird 14 Tage quer durch die Welt übertragen und darüber hinaus kommen viele Menschen her. Es gibt hier Wirtschaftlichkeitsrechnungen, wenn es Sie interessiert, ich habe sie von der Wirtschaftsuni in Wien bereits für die EM am Tisch, wonach Milliarden ins Land fließen. Das heißt, es ist gescheit, daß man es macht. Das ist einmal das eine. Wir bewerben uns. Und Sie haben völlig recht, daß es noch nicht entschieden ist, ob wir die EM erhalten. Aber wenn entschieden wird, müssen wir Gewähr bei Fuß stehen. Weil dann wird es sehr, sehr schnell kommen, daß wir es bauen müssen. Und nicht nur das. Wir müssen vor der Bewerbung bereits fix und fertige Pläne und Darstellungen der Anlagen bringen, um überhaupt eine Chance bei der Bewerbung zu haben.

Und wenn Sie sagen, es gibt so viele Stadien in Ostösterreich, die dafür geeignet wären, dann sind Sie völlig falsch informiert. Denn tatsächlich

gibt es nur das Wiener Stadion und kein anderes Stadion ist EM-reif. Alle anderen müssen entweder neu errichtet oder umgebaut werden. Wir haben uns als Niederösterreicher beworben, weil wir erstens hoffen, daß wir wieder einmal einen Bundesligaverein haben. Und wir hoffen, daß das in der Landeshauptstadt der Fall ist. Bis 2004 sind es noch sechs Jahre, hier kann noch viel an Entwicklung eintreten. Dies zum einen. Zum zweiten: Bis zum Bau sind drei Jahre, und ich nehme an, daß wir wissen, daß dieser Verein aufsteigt. Darüber hinaus ist hier ein Stadion in jeder Weise notwendig, selbst wenn der Verein in der zweiten und dritten Klasse spielt. Denn der VSE ist derart eingezwickelt. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Waren Sie schon einmal am Sportplatz draußen? Dann schauen Sie ihn sich an. Der ist so eingesperrt, daß da nicht einmal 500 Zuschauer ihre Autos ernsthaft parken können. Also, diese Anlage, das hat auch die Stadt bestätigt, muß neu errichtet werden. Daher wird ein neues Stadion kommen. Und ein Stadion für rund 10.000 Zuschauer ist ungefähr das, was, wenn man ein neues Stadion für eine Landeshauptstadt baut, einfach notwendig ist. Dieses Stadion wird in Zukunft, so sind die Pläne ausgelegt 12.500 Plätze in der Grundausstattung haben. Und da brauchen Sie keine Angst um die Endnutzung oder die Weiternutzung haben. Doch dieses Stadion hat etwas ganz Besonderes. Wir haben hier den österreichischen Meister im Basketball. Wir brauchen eine Ballsport-halle in diesem Lande. Wir werden als eine der Tribüne eine große Ballsport-halle haben, die im Notfall eine wendbare Tribüne hat; etwas ganz, ganz Tolles. Und die kann entweder die Vermehrung der Sitzplätze im Fußballstadion oder in der Halle bringen. Das heißt, wir haben dann mit einem Schlag eine große Ballsport-halle und ein entsprechendes Stadion. Und wir können darüber hinaus auch die notwendigen Unterbringungsmöglichkeiten bieten, was auch notwendig ist. Denn Hotelplätze sind auch eingeplant in dieses Stadion. Zum dritten können wir, was Du auch gefordert hast, mehr Platz für unsere Verbände dort einbauen. Sollte das kommen, haben wir nur Vorteile. Denn der Bund ist bereit, 200 Millionen auf den Tisch zu legen, die Stadt St. Pölten ist bereit, hier mitzutun. Und wir werden diese 200 Millionen sicher nicht in einem Jahr, sondern in einer langfristigen Finanzierung einbringen, wie wir es auch bisher gemacht haben. Und das wird dem Sport in Niederösterreich sehr viel bringen. Wir haben es in der Landessportschule gesehen, daß sie in Bälde zu klein war. Und daß wir schon die dritte Ausbaustufe hinter uns haben. Das wäre bereits die vierte Ausbaustufe.

Seien wir froh, wenn diese Anlagen in diesem Ausmaß genutzt werden. Wir sind immer den Weg gegangen, daß wir nicht irgend etwas Gigantisches hingebaut haben, sondern genau das, was dem Bedarf entspricht. Und wir werden über das Stadion diskutieren und Sie werden sehen, daß das eine sehr vernünftige Konzeption und Anlage ist. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich das jetzt so breit diskutiert habe, weil hier aus der Unwissenheit heraus so oft so falsche Behauptungen aufgestellt werden, die mit der Sache gar nichts zu tun haben. Wir werden warten bis der Zuschlag kommt. Die Europäische Fußballunion wird in diesem Jahr kommen und die Anlagen besichtigen. Und im nächsten Jahr 1999 wird der Zuschlag erteilt oder nicht erteilt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch einmal herzlichen Dank für die Diskussion um den Sportbericht. Ich hoffe, daß der Sport in Niederösterreich weiterhin diesen Stellenwert hat, und darüber hinaus eigentlich außerhalb jeder parteipolitischen Diskussion steht und der Jugend und allen Menschen dient. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP; Abg. der SPÖ und Abg. Kratochwil.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hoher Landtag! Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort?

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Kultur-Ausschusses):* Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen!

Wir kommen somit zum nächsten Tagesordnungspunkt, einem Antrag des Verfassungs-Ausschusses. Zunächst ersuche ich zum nächsten Geschäftsstück Herrn Abgeordneten Mag. Heuras, die Verhandlungen zu Ltg. 9/V-17 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Mag. HEURAS (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte über die Novelle zum NÖ Vergabegesetz, Ltg. 9/V-17.

Die derzeitige Fassung des NÖ Vergabegesetzes setzt folgende Richtlinien zum Vergabewesen um: Die Baukoordinierungsrichtlinie, die Lieferkoordinierungsrichtlinie, die Sektorenrichtlinie und die Rechtsmittelrichtlinie. Durch den Beschluß des gemeinsamen EWR-Ausschusses, aber ins-

besondere durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind nun weitere Richtlinien zum Vergabewesen umzusetzen. Und zwar in Kurzfassung: Eine kodifizierte Fassung der Lieferkoordinierungsrichtlinie, eine kodifizierte Fassung der Baukoordinierungsrichtlinie und eine kodifizierte Fassung der Sektorenrichtlinie. Schwerpunkt der Novelle ist jedoch die Umsetzung einer Sektoren-Rechtsmittelrichtlinie sowie einer Dienstleistungs-Koordinierungsrichtlinie mit dem Ziel, daß der vorliegende Entwurf die Herstellung eines mit dem EG-Vergaberecht übereinstimmenden Rechtszustandes herbeiführt. Außerdem sollen in dieser Novelle einige Kritikpunkte berücksichtigt werden und eingearbeitet werden.

Was die Kostenfrage betrifft, sei angemerkt, daß die Gebietskörperschaften auf Grund der unmittelbaren Anwendbarkeit der Dienstleistungs-Koordinierungsrichtlinie bereits derzeit verpflichtet sind, ihre diesbezüglichen Vergabeverfahren EU-konform abzuwickeln und daher kein Mehraufwand zu erwarten ist. Es ist auch im Bereich der Vergabekontrolle durch den vorliegenden Entwurf nicht mit einem Mehraufwand zu rechnen.

Ich stelle daher namens des Verfassungsausschusses den Antrag *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend NÖ Vergabegesetz wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung herbeizuführen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke, Herr Berichterstatter. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

An und für sich ist das, was wir hier zur Beschlüßfassung vorliegen haben, in gewisser Hinsicht eine Art Formsache. Natürlich müssen wir diese Richtlinien anpassen, das ist gar keine Frage.

Erlauben Sie mir dennoch einen einzigen, grundsätzlichen Gedanken, was Beschaffungs- und Vergabewesen bedeuten kann und wo man hier Einfluß nehmen kann, insbesondere in einem Thema, das uns Grünen sehr am Herzen liegt. Nämlich in der Ökologisierung sehr, sehr vieler Bereiche des öffentlichen Beschaffungs- und Vergabewesens bzw. in der Ökologisierung in bezug auf einen speziellen Stoff. Einen speziellen Kunststoff, den ich hier herausgreifen möchte, weil er doch in praktisch allen Bereichen unseres täglichen Lebens von großer Bedeutung ist. Und das ist dieses vielzitierte PVC, Polyvinylchlorid, wie es mit langem Namen heißt, das ebenso giftig ist in der Herstellung, in der Entsorgung, durch der Beimengung von verschiedenen Zusatzstoffen, seien es Weichmacher, seien es schwermetallbelastete Stabilisatoren. Und insbesondere, wie wir aus diesem traurigen, mittlerweile schon ganz schön lange zurückliegenden Seveso-Unglück mit der Freisetzung enormer Mengen von Dioxin wissen, im Brandfall.

Die Frage, die sich stellt: Wie können wir, ganz konkret auf dieses Beispiel bezogen, unser Vergabe- oder Gestaltungswesen besser machen diesbezüglich? Ich darf drei Beispiele herausgreifen. Fenster: Es gibt eine Untersuchung, es gibt sogar mehrere Untersuchungen, eine davon wurde von der NÖ Landesregierung sogar selbst in Auftrag gegeben, daß Holz der beste Baustoff bezüglich Fenster ist, insbesondere der ökologischste Baustoff. Und daß PVC hier nicht konkurrieren kann, von Aluminium ganz zu schweigen. Es gibt weiters diverse Untersuchungen im Krankenhausbereich, wie man die verschiedensten Produkte im Krankenhausbereich umstellen könnte auf ökologischere Kunststoffe, auf hochwertigere Kunststoffe. Und es gibt auch sehr, sehr viele Berichte, daß auch in Österreich schon großteils hier umgestiegen wird und Krankenhäuser Initiativen setzen. Das Problem ist eben die öffentliche Auftragsvergabe. Wenn man nämlich gemeinsam investiert, dann kann die Wirtschaft auch mit Preisen reagieren. Aber es gibt zumindest einen positiven Trend und die Politik kann diesen Trend durchaus unterstützen. Und ein letztes Beispiel, das sind die Kabelummantelungen und die Kabelröhren. Hier besteht eine besondere Gefahr im Brandfall, denn da kann es wieder zu dieser bekannten Dioxinfreisetzung kommen. Überall in diesen drei von mir jetzt genannten Bereichen gibt es Alternativprodukte, die einsetzbar wären.

Ich möchte Ihnen zwei Beispiele aus dem Ausland bringen, die zeigen, daß es durchaus möglich wäre, hier von der Politik her einzugreifen.

1. Dänemark und das Beispiel Althausanierung. In Dänemark ist eine Althausanierung für Projekte, die PVC als Kunststoff verwenden, nicht mehr möglich. Hier hat man sich entschlossen, PVC schon in den Richtlinien für das öffentliche Beschaffungswesen zu vermeiden. Das wäre durchaus ein Beispiel auch für Niederösterreich. Eine Richtlinie, der man sich sehr gut anschließen könnte. Ich selbst wäre davon sehr, sehr stark betroffen, hätte Möglichkeiten, Wohnhäuser zum Beispiel nicht mehr mit PVC-Fenstern sanieren zu müssen und könnte den ökologisch hochwertigeren Baustoff Holz verwenden. Dann wäre es vermutlich auch vom Preis her ein Unterschied. Denn wenn man dieses Produkt ganz einfach eliminiert, dann hätte man auch die Möglichkeit, am Markt sinnvolle Angebote einholen zu können. Und was das wirtschaftlich bedeutet, das zeigt das zweite Beispiel, das ich Ihnen nennen möchte. Das sind die Olympischen Spiele in Sydney, die im Jahr 2000 stattfinden werden. Und die bekannt geworden sind unter dem Namen „Green Games“. Abgesehen davon, daß es dort Biogasanlagen gibt, die mit der Kläranlage zusammenarbeiten, abgesehen davon, daß es dort Photovoltaik-Anlagen gibt, die für die Energiegewinnung zuständig sind, wenn ich das so sagen kann, gibt es in diesem ganzen Bauvorhaben Olympisches Dorf in Sydney praktisch keinen Kunststoff PVC mehr. Er wurde grundsätzlich von dort eliminiert. Und wissen Sie, wozu das geführt hat? Zu einem boomenden Markt an Alternativprodukten!

Das heißt, man kann hier durch politische Maßnahmen im Vergabe- und Beschaffungswesen auch die Wirtschaft positiv in eine ökologische Richtung beeinflussen. Und ich wünsche mir das auch für Niederösterreich und danke Ihnen, aus diesem Anlaß das sozusagen hier erwähnt haben zu können. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Dkfm. Rambossek das Wort.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Beim vorliegenden Antrag des Verfassungsausschusses betreffend die Änderung des Vergabegesetzes geht es einerseits um die Herstellung eines mit dem EG-Vergaberecht übereinstimmenden Rechtszustandes und andererseits aber auch um eine Harmonisierung des Landesrechtsbestandes mit dem Bundesrechtsbestand, sowie in diesem Zusammenhang um eine systematische Neuordnung der Paragraphenabfolge.

Es wurde schon erwähnt vom Herrn Berichterstatter, daß der Schwerpunkt der gegenständlichen Novelle sicherlich die Umsetzung der Dienstleistungskoordinierrichtlinie sowie der Rechtsmittelrichtlinie für den Sektorenbereich ist. Die NÖ Landesregierung reagiert mit diesem Novellierungsentwurf aber auch auf die von den Vertretern der EU-Kommission in den sogenannten Paketsitzungen geäußerten Kritikpunkte am in Geltung stehenden NÖ Vergabegesetz sowie auf den Hinweis der EU-Vertreter, daß Niederösterreich bei der Umsetzung der Richtlinien zum Vergabewesen säumig vorgeht.

Des weiteren, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf die Klage der EU-Kommission gegen das Bundesland Niederösterreich beim Europäischen Gerichtshof wegen der richtlinienwidrigen Vergabepraxis beim Hauptstadtbau nicht außer acht gelassen werden. Ich darf wohl daran erinnern, daß nach der ersten EU-Rüge im Dezember 1995 wiederholt Aufträge in der Höhe von rund 350 Millionen Schilling von der NÖPLAN nicht EU-konform ausgeschrieben worden waren. Das heißt, daß die EU-Vorschriften über die Gleichbehandlung der Bieter aus anderen Mitgliedstaaten einfach durch die NÖPLAN negiert wurden. Um bei diesem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof die Position Österreichs zu stärken, auch aus diesem Grund geschieht die Umsetzung noch nicht im NÖ Vergabegesetz berücksichtigter Linien, ist die Herstellung eines mit dem EU-Vergaberecht übereinstimmenden Rechtszustandes dringend geboten.

Hohes Haus! Ich schicke es voraus, daher werden auch wir Freiheitlichen dieser Vorlage zustimmen, um einen möglichen Schaden für unser Bundesland so gering wie nur möglich zu halten. Unsere Zustimmung erfolgt jedoch nicht mit Freude, sondern eher aus dieser Notwendigkeit heraus. Denn es ist für uns schon befremdend, wenn man auf Grund der abgegebenen Stellungnahmen im Rahmen des Begutachtungsverfahrens feststellen muß, daß zahlreiche berechnete Stellungnahmen, wie zum Beispiel jene - es sind etliche - von der Abteilung Finanzen und solche des Bundeskanzleramts-Verfassungsdienstes bei der vorliegenden Novelle unberücksichtigt geblieben sind.

So erscheint es mir ganz einfach als ein Manko, daß die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes zum § 11 (persönlicher Geltungsbereich) Abs.5 nicht umgesetzt wurde. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes meinte, ich zitiere das: „Da nur öffentliche Auftraggeber dem NÖ Vergabegesetz unter-

liegen, wäre nach Ansicht des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst wohl eine Umsetzung im Wege der Normierung einer Verpflichtung der öffentlichen Auftraggeber, den Dritten zur Einhaltung des NÖ Vergabegesetzes vertraglich zu verpflichten vorzuziehen, um Mißverständnissen hinsichtlich des persönlichen Geltungsbereiches vorzubeugen.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke in diesem Zusammenhang an die zahlreichen, in unserem Bundesland angewandten Leasingfinanzierungen. Ich meine aber auch, daß die Verbindlichkeit der ÖNORM A 2050 bei Vergabe von Aufträgen unterhalb der Schwellenwerte in der Novelle gesetzlich verankert werden müßte. Ebenso wie die Bindung der Gemeinden an das NÖ Vergabegesetz, da eine einheitliche Vorgangsweise bei allen Vergaben landesweit nun einmal erstrebenswert ist. Darüber hinaus wäre auch ein Rechtsschutzinstrumentarium für die Bieter bei Vergabe unterhalb der Schwellenwerte per Gesetz einer Regelung zuzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend noch ein paar Bemerkungen zum wünschenswerten umfassenden Rechtsschutz für die Unternehmen und wie dieser in der vorliegenden Novelle zum NÖ Vergabegesetz festgeschrieben ist. Wir meinen dazu, daß die Rechtsschutzbestimmungen durch zahlreiche Querverweise ihre praktische Anwendung sehr umständlich machen und daß einzelne Bestimmungen im Widerspruch zu diesbezüglichen Regelungen in anderen Paragraphen stehen. Ich denke dabei an die Bestimmungen im § 24 Abs.2 bzw. Abs.3 in Verbindung mit jenen in § 26 Abs.4 sowie solchen in § 27 Abs.3. Ein derartiges Rechtsschutzinstrumentarium führt sich eigentlich selbst ad absurdum. Darüber hinaus ist in der vorliegenden Novelle zum NÖ Vergabegesetz nicht normiert, daß die Mitglieder der NÖ Schlichtungsstelle für öffentliche Aufträge gegenüber dem Auftraggeber unabhängig sein müssen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Bundesvergabegesetz, welches die Weisungsfreiheit und Unabhängigkeit der Mitglieder der Bundesvergabekontrollkommission und des Bundesvergabeamtes eindeutig festschreibt.

Ich meine daher, daß auch diese Novelle zum NÖ Vergabegesetz für den Rechtsschutzsuchenden keine befriedigende Lösung darstellen kann. In Bezug auf die Drucklegung dieser Novelle möchte ich noch auf § 7 Abs.1 hinweisen, daß die Worte „dieses Bundesgesetzes“ zu ersetzen sind durch die Formulierung „dieses Gesetzes“, weil so steht es nach wie vor im Antrag drinnen. Also man

sieht auch, wie sorgfältig dieser Antrag durchgearbeitet worden ist.

Hohes Haus! Ich sehe es daher auf Grund der genannten Gründe als eine Aufgabe des Landtages an, zu beobachten und zu prüfen, inwieweit sich dieses novellierte NÖ Vergabegesetz bewährt bzw. ob wir als Landtag nicht aufgerufen sind, rasch mit einer weiteren Novelle zu reagieren, damit alle noch bestehenden Schwachstellen in diesem Gesetz beseitigt werden. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich ersuche Herrn Abgeordneten Kautz als nächsten Redner ums Wort.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wenn das Vergabegesetz auf der heutigen Tagesordnung steht, so glaube ich, daß wir etwas voreilig gehandelt haben. Wir sind schon säumig. Als Landtag von Niederösterreich sind wir schon säumig gewesen, weil wir es schon länger beschließen hätten sollen. Ich bin aber ausnahmsweise einmal der Meinung des Kollegen Dkfm. Rambossek, daß wir teilweise überhastet gearbeitet haben und es teilweise so verabschieden, daß wir sicher in nächster Zeit mit einer Novelle zu rechnen haben.

Wenn wir die EU-Anpassung durchführen, dann aus einem guten Grund. Weil wir die Probleme, die eventuell auftauchen könnten beim Landhausbau, aus der Welt zu schaffen versuchen und die Rechtsgrundlage so herzustellen versuchen, als wenn sie damals schon die richtige gewesen wäre. Wir versuchen, Verfassungskonformität herzustellen mit dem Bundesvergabegesetz, doch sind wir teilweise, und Herr Kollege Dkfm. Rambossek hat schon zitiert den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes, trotzdem nicht ganz verfassungskonform. Das heißt, wenn wir schon einmal im Ausschuß davon gesprochen haben, einen Unter-Ausschuß einzusetzen - ich war auch nicht begeistert von dem Unter-Ausschuß, weil wir mehr Arbeit gehabt hätten. Doch die Probleme, die wir wahrscheinlich in nächster Zeit wieder haben werden, werden uns die Arbeit nicht ersparen. Wir beginnen noch einmal von vorne. Und dann wird es immer die Besserwisser geben, die sagen, naja, wir haben es Euch ohnehin gesagt, hättet Ihr es gleich anständig gemacht. Und das, glaube ich, hätten wir uns bei sorgfältiger Betrachtung ersparen können.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, der öffentliche Auftraggeber. Wie weit geht der öffentliche Auftraggeber? Ich bin auch der Meinung, daß eine gewisse Gleichstellung bei öffentlichen Auftraggebern zwischen Gemeinde, Land und Bund gegeben sein muß gegenüber den Leasingfirmen. Denn ich habe schon einmal vor einiger Zeit kritisiert, daß auf Grund des Vergabegesetzes für die öffentliche Hand strengere Maßnahmen zu greifen haben, als zum Beispiel bei der Leasingfinanzierung oder bei Generalunternehmen. Das heißt, daß wir hier von zwei verschiedenen Standpunkten ausgehen und im Endeffekt kann es immer wieder dann passieren, daß zum Beispiel die ÖNORM 2050 nicht eingehalten wird. Immer wieder kann es passieren, daß Nachverhandlungen durchgeführt werden, und wir dann mit den EU-Richtlinien in Schwierigkeiten kommen, wo das Diskriminierungsverbot enthalten ist, weitestgehend umschrieben. Denn wenn es Nachverhandlungen gibt, hat das meistens den Sinn, daß eine einheimische Firma oder etwas ähnliches zum Zug kommt. Und das verstößt dann gegen das Diskriminierungsverbot.

Ich glaube, Herr Kollege Fasan, darauf müssen auch Sie mit Ihrem PVC-Antrag oder Ihrer PVC-Feststellung achten. Denn das Diskriminierungsverbot bezieht sich nicht nur auf Firmen, auf die Ansässigkeit, es bezieht sich auch auf Werkstoffe. Das heißt, ich kann nicht sagen, den einen Werkstoff schreibe ich nicht aus. Das geht nicht. Und wenn Sie sich an die Stadtgemeinde Neunkirchen erinnern, da hat es eine Umweltministerin Feldgrill-Zankl gegeben, die hat uns eine Ausschreibung aufgehoben, weil wir einen Werkstoff nicht haben wollten. Und wir sind in Schwierigkeiten gekommen mit dem gesamten Baulos 03 der Kanalisation. Weil wir einen Werkstoff diskriminiert haben und das nicht EU-konform ist. Und wir waren bei diesem Baulos über der 200 ECU-Grenze umgerechnet. Das heißt, Vorsicht mit der Diskriminierung. Beim Vorschlag, das PVC abzuschaffen oder einzudämmen, da bin ich auf Ihrer Seite. Aber wir können nicht auf der einen Seite, wenn etwas Gutes zu machen ist, auf der zweiten Seite gleich wieder ins Fettnäpfchen treten und gleich wieder mit der Europäischen Union in Schwierigkeiten kommen.

Das gleiche gilt bei der Art der Prüfungsmöglichkeiten. Wir haben wohl als dritte Instanz den Unabhängigen Verwaltungssenat eingeschaltet. Das ist ein unabhängiger Senat. Aber bei der Vergabekommission entscheiden weisungsgebundene Beamte. Also ob wir uns das unbedingt einhandeln müssen, daß uns hier wieder auf die Finger geklopft wird, ich glaube, es ist nicht unbedingt

notwendig. Das hätte man bei ruhiger Diskussion, bei sachlicher Diskussion so verabschieden können, daß es möglich gewesen wäre, nahezu keine Kritik anzubringen.

Nun zu den Schwellenwerten. Es steht zwar drinnen in den EU-Richtlinien, alle zwei Jahre sind die Schwellenwerte anzugleichen. Das ist richtig. Nur können zwei Jahre in einer expandierenden Wirtschaft zum Problem werden. Wenn ich bei 200 ECU bin, liegen die Schwellenwerte einmal drunter und bald darauf drüber. Das heißt, es wäre vernünftig, eine Empfehlung auch in das Gesetz einzuflechten, daß wohl alle zwei Jahre das Muß da ist, die Schwellenwerte anzugleichen. Aber es sollte eine Stelle geben, die das automatisch feststellt. Es könnte oder müßte der Landesrat für Wirtschaft sein bzw. das Wirtschaftsministerium auf Bundesebene, die die Richtlinien vorgeben. Die 200 ECU-Grenze wird nächstes Jahr auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung dann nicht mehr bei 200 ECU, sondern bei 220 ECU liegen, um hier nicht in Schwierigkeiten zu kommen. Es gibt immer wieder solche, die knapp an die Grenze des Schwellenwertes gehen. Das gibt es. Da heißt es dann, naja, wären wir drüber gewesen, wäre ich dabei gewesen, bin ich drunter, bin ich nicht dabei. Also all die Neidprobleme könnten wir damit besser in den Griff bekommen, weil, wie ich schon gesagt habe, die erste Instanz, die Vergabekommission, mit Beamten besetzt ist, die teilweise weisungsgebunden sind. Und wie ich die EU kenne, sind die relativ beamtenfeindlich eingestellt. Und daher sollten das immer unabhängige Menschen sein. Nur ich bin der Überzeugung, unabhängige Menschen gibt es nicht. Es gibt immer Menschen, die mehr oder weniger einen Standpunkt des einen oder anderen vertreten. Aber komplett unabhängig, ich kann mir nicht vorstellen, daß es so etwas gibt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir werden selbstverständlich dieser Vorlage unsere Zustimmung erteilen. Mit der Einschränkung oder mit dem Nachsatz, wir werden wahrscheinlich kein Jahr brauchen, um wieder hier zu stehen und wieder zu diskutieren, um eine Novelle zu beschließen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dieser Novellierung des Vergabegesetzes wird einer dringenden Notwendigkeit Rechnung getragen. Und ich bin auch der Meinung, dies verschweige ich nicht, daß ein weiterer Schritt notwendig sein wird. Man wird ja auch noch

lernen dürfen. Man wird Beobachtungszeiträume verwenden können, um schließlich ein administrierbares Gesetz zu bekommen.

Mit der Beschlußfassung des NÖ Vergabegesetzes in der letzten Legislaturperiode, in der Sitzung vom 16. März 1995 wurde der Notwendigkeit in bezug auf Anpassung dieses EU-Vergaberechtes weitgehend Rechnung getragen. Die damalige Diskussion lief ja unter dem Aspekt der Vergaben bei der Errichtung der Landeshauptstadt. Das wurde heute auch schon erwähnt. Das war irgendwo die Ursache und das drohende Schwert der Klage von seiten der EU hat bedingt hier in diesem Landtag dazu geführt, daß eben dieses Gesetz geschaffen wurde.

Der vorliegende Novellierungsvorschlag dieses Gesetzes orientiert sich weitgehend an den Regelungen des Bundesvergabegesetzes und somit erfüllt Niederösterreich die im Bereich des Vergabewesens erfolgten europaweiten Harmonisierungsbestimmungen. Der Herr Mag. Fasan hat hier Materialkunde betrieben. Das ist durchaus in meinem Sinne. Nur würde ich vorschlagen, daß nicht das Vergabegesetz diese Materialkunde beinhaltet. Das gehört vielmehr in die Bauordnung und ich glaube, dort sollte man diese Dinge unterbringen und dort ist auch der Platz dazu. Der Gedanke der ökologischen Beeinflussung ist durchaus zu begrüßen. Ich glaube, darüber sind wir uns hier in diesem Hause auch einig. Aber es gehört alles dort hin, wo es eben der Ordnung halber hingehört. Dies sollte aber nicht belehrend wirken, Herr Magister. Ich möchte das schon dazu sagen.

Im gleichen Maße wird auch innerstaatlichen Vereinheitlichungsbestrebungen entsprochen und für mehr Transparenz des öffentlichen Vergabewesens gesorgt. Mit dieser Novellierung des Vergabegesetzes erfüllt Niederösterreich den Zweck der Förderung und Schaffung fairer Wettbewerbsvoraussetzungen unter gleichzeitiger Hintanhaltung von Wettbewerbsverzerrungen, wofür das ausdrücklich normierte Verbot von Preisnachlassverhandlungen eigentlich der Beweis ist. Das ist hier fixiert.

Das in Form des NÖ Vergabegesetzes geregelte Vergabesystem stellt einen vom Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit getragenen Eckpfeiler der Wirtschaftstätigkeit in Niederösterreich dar. Im Rahmen von EU-Bestimmungen, dem innerstaatlichen Gesetzgeber eingeräumten Alternativen, bei der Anbotswahl zwischen dem Billigst- oder Bestbieter zu wählen, wurde im NÖ Vergabegesetz durch die Verankerung des Bestbieterprinzipes - das muß nicht immer der billigste sein - traditioneller Vergabepaxis Rechnung getragen,

die Berücksichtigung qualitativer Kriterien bei der Zuschlagserteilung ermöglicht.

Da geistert auch immer das Schweizer Modell herum, dem ich sehr viel abgewinnen kann. Hier werden der Teuerste und der Billigste ausgeschrieben und dann wird ein Schnitt herausgerechnet von denen, die übrig bleiben. Und der, der diesem Schnitt am nächsten kommt, soll den Auftrag bekommen. Das wäre eine vernünftige Lösung und vielleicht ist das auch ein Ansatz, Herr Kollege, in der nächsten Novellierung in diese Richtung vielleicht auch etwas zu tun.

Für mich sind hier einige sehr wesentliche Punkte geschaffen worden, um ein brauchbares, administrierbares Gesetz zu haben. Zur Zeit gibt es ja in Österreich neun Landesvergabegesetze und ein Bundesvergabegesetz. Und es wäre wünschenswert, hier noch eine weitere Angleichung zu schaffen, wobei sowieso mehr als 60 Prozent schon von den EU-Richtlinien bestimmt sind und in Österreich niemand das bestimmende Wort dazu haben kann.

Natürlich ist trotz dieser Dreistufigkeit nicht alles eitel Wonne, das sage ich noch einmal. Auch ich muß es sagen, als Bürgermeister ist es oft sehr schwer bei solchen Bauvorhaben, beispielsweise ein Krankenhaus betreffend. Das Bauvorhaben liegt über dem normierten Grenzwert und der örtliche Baumeister ist halt teurer. Und dann erhält einer aus einem anderen Bundesland den Zuschlag. Ich denke mir halt, oft bleibt sehr viel auf der Straße. Die müssen ja herfahren. Und es gäbe ortsansässige Firmen. Oder verschiedene Dinge im Bereich des Service, der Reparaturen. Der heimische wäre ja sozusagen bei der Hand und muß nicht von weiß Gott wo dann herkommen. Die Folgekosten bei der Wartung oder im technischen Bereich wären da zu berücksichtigen. Aber trotzdem - und das ist halt vielleicht eine gewisse Zweischneidigkeit, aber nicht im negativen Sinne - müssen wir uns zu einer Linie bekennen. Nämlich die Chancengleichheit und die Transparenz bei den öffentlichen Aufträgen mit diesem Gesetz zu gewährleisten. Natürlich wird man im Lichte diverser Unregelmäßigkeiten bei Auftragsvergaben besonderes Augenmerk auf die Vergaberichtlinien legen müssen. Und Unregelmäßigkeiten muß man halt immer wieder beobachten. Und soweit als möglich hat der Gesetzgeber in all den Bereichen zu sorgen, daß das ganz einfach nicht passieren kann. Zumindest hat der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auch unseren Beamten des Landes danken. Diese Überarbeitung dieses Gesetzes stellt ein

umfangreiches Elaborat dar. Und ich glaube, es wurde auch sehr genau vorbereitet. Ich möchte hier diesen Dank wirklich einmal aussprechen.

Ziel des vorliegenden Entwurfes ist die Herstellung eines mit dem EU-Vergaberecht übereinstimmenden Rechtszustandes. Der Schwerpunkt der vorliegenden Novelle liegt somit in der Umsetzung der Dienstleistungs Koordinierungsrichtlinie sowie der Rechtsmittelrichtlinie für den Sektorenbereich. Darüber hinaus soll auch auf die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft im Zuge der Prüfung des nostrifizierten NÖ Vergabegesetzes geäußerte Kritik an einzelnen Bestimmungen des Gesetzes Bedacht genommen werden, um die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens zu verhindern. Ich habe eingangs schon erwähnt, mit auch eine gewisse Ursache ist wohl der Landeshauptstadt Bau.

Das Verfassungsgesetz trägt weiterhin dem Grundsatz einer möglichst weitgehenden Harmonisierung der Vergaberegulation des Bundes und der Länder Rechnung. Zusammenfassend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, daß mit dieser Novellierung des Vergabegesetzes eine sowohl für das Land Niederösterreich als auch für die Gemeinden dieses Landes, ebenso für die Wirtschaft zufriedenstellende und zukunftsorientierte Regelung des Vergabewesens erfolgen wird. Und ich darf Sie bitten, dieser Regelung, dieser Novellierung auch die Zustimmung zu geben. Die Österreichische Volkspartei hier in diesem Landtag wird das tun. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Jahrmann und Kautz.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wird seitens des Herrn Berichterstatters ein Schlußwort gewünscht?

Berichterstatter Abg. Mag. HEURAS (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses):* Das ist einstimmig! Der Antrag ist somit angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Mag. Motz, die Verhandlungen zu Ltg. 33/A-1/7 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Mag. MOTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich

habe über den Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Weninger u.a. betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes, des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 und der NÖ Jagdausschuß-Wahlordnung wie folgt zu berichten:

Das Pflichtschulgesetz, meine Damen und Herren, regelt die Bildung des gewerblichen Berufsschulbeirates, das Raumordnungsgesetz die Bildung des Raumordnungsbeirates und die Jagdausschuß-Wahlordnung die Bildung einer Landeswahlbehörde. Auf Grund der letzten Landtagswahl hat eine Neukonstituierung dieser Gremien zu erfolgen, wobei die Verteilung der Mitglieder auf die Parteien nach dem Stärkeverhältnis im Landtag zu erfolgen hat. Es ergibt sich jedoch nunmehr, daß diese Zuordnung auf die einzelnen Parteien nicht eindeutig erfolgen kann. Durch die gegenständlichen Gesetzesänderungen soll daher eine klare und eindeutige Regelung geschaffen werden. Und zwar dadurch, daß die Zahl der Mitglieder mit der Zahl der Mitglieder in der Landesregierung festgelegt wird. Ich stelle daher namens des Verfassungs-Ausschusses den Antrag (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Weninger u.a. beiliegenden Gesetzentwürfe betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes, des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 und der NÖ Jagdausschuß-Wahlordnung werden in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich ersuche Sie, den Antrag einer Abstimmung zuzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Danke. Ich eröffne die Debatte und erteile als erstem Redner Herrn Klubobmann Marchat das Wort.

Abg. MARCHAT (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte nur beantragen bzw. den Herrn Präsidenten ersuchen, eine getrennte Abstimmung durchzuführen bezüglich NÖ Pflichtschulgesetz, Raumordnungsgesetz und Jagdausschuß-Wahlordnung. Und möchte auch begründen, warum wir der Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes nicht zustimmen. Wir werden in Zukunft wieder versuchen, das Raumordnungsgesetz in

Niederösterreich zu ändern. Das heißt, es wird einen Antrag von uns geben. Die Damen und Herren, die neu sind, werden das noch nicht wissen, aber wir haben damals dem Raumordnungsgesetz in dieser vorliegenden Form nicht die Zustimmung gegeben. Das heißt, deshalb werden wir auch dieser Änderung nicht zustimmen. Und ich ersuche um die getrennte Abstimmung. Danke.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Ich möchte es ganz kurz machen. Bei uns gibt es schon Unterschiede zu den Freiheitlichen. Wir stimmen aus einem ein wenig anderen Grund nicht zu. Um es offen zu sagen, klar, wir konnten nicht gegen das vergangene Raumordnungsgesetz sein, weil wir im Landtag nicht vertreten waren. Uns geht es um etwas ganz anderes. Ich darf mir erlauben, wieder auf den Proporz, auf den Parteienproporz zurückzukommen. Es ist mir schon sehr unangenehm, daß man das ständig diskutieren muß. Aber es ist eben einfach Bestandteil dieses Landes. Und hier ist schon etwas zu bemerken. Es ist ganz günstig, daß hier unterschiedlich abgestimmt wird. Denn es ist ein Unterschied, ob man einen Beirat hat, der keine beschlußfassende Kompetenz hat, oder ob man ein Gremium hat, das tatsächlich etwas beschließt mit einer entsprechenden Konsequenz, ohne daß hinterher ein anderes Gremium wieder einen diesbezüglichen Korrekturbeschuß beispielsweise faßt.

Für einen Beirat, bei dem Fachleute dabei sind, der ein politisches Gremium bei der Beschlußfassung berät, ist es nicht notwendig, Parteien nach ihrer Stärke im Landtag hineinzusetzen. Ein Beirat hat zu beraten. Und ich darf den Herrn Landeshauptmann höchstpersönlich zitieren, wie er das sieht, was ein Beirat für Aufgaben hat. Und zwar betrifft das den Beirat des Landschaftsfonds, dem der Herr Landeshauptmann folgendes mitgeteilt hat: Mit der Einsetzung des Fachbeirates hat das Land Niederösterreich seinen Willen bekundet, bei der Entscheidungsfindung im Landschaftsfonds Expertenmeinungen einzubinden. Der Fachbeirat kann jedoch keinesfalls den vom Landtag mit Mehrheit festgelegten Gesetzeswillen außer Kraft setzen. Dafür bitten wir um Verständnis. Der Herr Landeshauptmann hat das klar festgelegt. Ein Beirat hat eben die Aufgabe zu beraten. Er soll aus Fachkräften zu-

sammengesetzt sein. Und es ist keineswegs erforderlich, daß der unbedingt nach der Stärke der Fraktionen zusammengesetzt sein muß. Denn wenn man verschiedene politische Meinungen einfließen lassen will, was man soll, meine Damen und Herren, was man durchaus soll, dann kann man ohne weiters auch alle Fraktionen einzeln mit einer Stimme hineinsetzen. Das ist nur eine Frage, was man will. Will man möglichst viele Meinungen oder will man möglichst nach Macht zusammensetzen.

Das ist die Frage, um die es hier geht. Einen Raumordnungsbeirat, der mit sehr, sehr viel wichtigen Dingen betraut wird, kann man ohne weiters mit Fachleuten und Politikern besetzen. Und genauso, wenn wir vorher davon gesprochen haben, genauso kann man es im Sport tun. Genauso kann der Landessportrat sich Fachleute holen und Vertreter von politischen Parteien. Die sollen nicht ausgeschlossen sein, das ist ganz klar. Aber es ist in einem beratenden Gremium nicht nötig, daß die Parteien dort nach ihrer Stärke drinnen sitzen. Und das ist der Grund, warum wir diesem Antrag beim Raumordnungsgesetz im Gegensatz zu den anderen nicht die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei den Grünen.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wird seitens des Berichterstatters ein Schlußwort gewünscht?

Berichterstatter Abg. Mag. MOTZ (SPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich komme dem Antrag des Herrn Klubobmannes Marchat nach und lasse über die Anträge getrennt abstimmen. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes betreffend die Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes*): Das ist Stimmenmehrheit! Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.*)

(*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes*): Das ist Stimmenmehrheit! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, Grüne.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung über das NÖ Jagdausschußgesetz und die Wahlordnung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes betreffend Änderung der NÖ Jagdausschuß-Wahlordnung sowie über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses*): Das ist Einstimmigkeit!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Haberler, die Verhandlungen zu Ltg. 14/V-11 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über Schutzmaßnahmen betreffend Kleinf Feuerungen. Das Geschäftsstück befindet sich in den Händen der Abgeordneten. Im wesentlichen beinhaltet diese Vereinbarung die folgenden Punkte: Der Geltungsbereich wurde auf Anlagen mit einer Nennwärmeleistung bis zu 400 kw, bisher waren es 350 kw, ausgedehnt. Prüfbericht der zugelassenen Stellen anderer EWR-Mitgliedstaaten werden jenen gleichgestellt, die von zugelassenen österreichischen Stellen stammen. Bei den technischen Anforderungen werden grundsätzlich gleichwertige technische Regeln, die in anderen EWR-Staaten in Geltung stehen, den jeweiligen Ö-Normen gleichgehalten. Die Anforderungen an das Typenschild werden modifiziert. Ich stelle daher namens des Umwelt-Ausschusses folgenden Antrag (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG über Schutzmaßnahmen betreffend Kleinf Feuerungen wird genehmigt.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, darf ich gleich die Abstimmung vornehmen. (*Nach Abstimmung über den Antrag des Umwelt-Ausschusses*): Das ist Einstimmigkeit. Der Antrag ist somit angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Moser, die Verhandlungen zu Ltg. 8/B-1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 8/B-1.

Die Finanzkontrolle des Landes wird vom Finanzkontrollausschuß gemäß den Artikeln 51 bis 56 der NÖ Landesverfassung 1979, LGBl.0001, ausgeübt. Gemäß dem Artikel 54 der NÖ Landesverfassung 1979 hat der Finanzkontrollausschuß über die bei der Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen jeweils, mindestens aber halbjährlich Bericht zu erstatten.

Der Finanzkontrollausschuß hat hier elf Prüfungsberichte vorgelegt über den Bereich Wohnbauförderung, landwirtschaftliche Fachschule Tulln, Abteilung Sport, Landesnervenklinik, Anstaltsapotheke in Gugging, Landeskrankenhaus Tulln, Landesjugendheim Schauboden, Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Mank, Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Herzogenburg, Weinviertelmanagement, Bildungs- und Heimatwerk, Kulturszene Betriebsgesellschaft. Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses betreffend den Bericht des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen I/1998 (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht I/1998 des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, daß den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Finanzkontrollausschusses entsprochen wird.“

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Abgeordneten Erber das Wort.

Abg. ERBER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Frau Landeshauptmannstellvertreter hat ja heute schon gesagt, es wird viel zu wenig über Sport geredet. Ich habe die große Ehre, über die Förderung der Sportveranstaltungen zu sprechen so wie über Schauboden, NÖ Landesjugendheim, und die NÖ Kulturszene Betriebsgesellschaft mbH.

Grundsätzlich muß man feststellen, wenn wir jetzt über Vergabe von Sportförderungen, Sportveranstaltungsförderungen sprechen, dann bezieht sich das auf ein Gesetz, das jetzt nicht mehr in Kraft ist. Es wurde mit 30. Juni 1997 abgeschafft und durch ein neues ersetzt.

Betrachtenswert bei diesem Bericht ist, daß die Förderungsmittel nicht mehr werden, sondern im Gegenteil immer weniger werden. Und umso beachtlicher ist, wie die Abteilung mit den Fördermitteln umgeht und wie effizient die Abteilung die Fördermittel und wie effizient die Landesregierung diese Fördermittel einsetzt und nutzt und dementsprechend bestens gestaltet. Warum ist es möglich, eine effiziente Nutzung dieser Fördermittel zu gewährleisten? Das ist sicher einerseits auf Grund des Formblattes, das einheitlich gestaltet wurde und auf eine einheitliche und übersichtliche Art und Weise von allen auszufüllen ist. Natürlich hat so ein Formblatt nicht nur Vorteile. Ich denke deswegen, daß es auch Nachteile gibt bei diesem Formblatt, weil es in diesem Bereich Sportveranstaltungsförderungen der unterschiedlichsten Richtungen gibt. Das beginnt von einer Kleinveranstaltung und geht bis zu den Europacupspielen von Hypo-Südstadt, von Hypo-Niederösterreich. Und das zeigt natürlich auf, daß es sehr schwierig ist, mit einem Formblatt alle zu erfassen.

Was dennoch sehr, sehr auffallend ist in dieser Abteilung, bei dieser Förderung ist, daß die Abteilung Sport als echte Dienstleistungseinrichtung auftritt und zwar im Sinne des *new public management*. Ich denke, das wird wahrscheinlich auch die Zukunft bei den Förderungen sein: Im Sinne des Förderungswerbers aufzutreten und hier als Dienstleistungseinrichtung zu fungieren und den Förderungswerbern entgegenzukommen. Das sieht man eindeutig bei den Sportveranstaltungsförderungen, daß das da bereits passiert. Und ich denke, man muß das als positives Beispiel voranstellen. Warum so vielseitige Sportveranstaltungen gefördert werden können und das relativ problemlos, sozusagen überhaupt problemlos gefördert werden können, hat sicher auch jenen Grund, daß die Landesregierung, daß die Förderungsabteilung hier mit der größtmöglichen Flexibilität agiert und sich um jeden Förderungswerber einzeln annimmt und dies durchführt.

Wenn angesprochen wird die Zusammenarbeit mit gewerblichen Unternehmen und das im Bericht auch durchaus kritisch angemerkt wird, so denke ich doch, daß wir bemerken sollten, daß dies eine in Zukunft vermehrt auftretende Form sein wird, daß private Vereine, Verbände gemeinsam mit gewerblichen Veranstaltern Veranstaltungen durchführen. Und ich denke, man müßte das in Hinkunft stärker berücksichtigen und nicht kritisieren, sondern eher im Zuge einer Kooperation unterstützen.

Schon einige Male wurden heute die Großveranstaltungen angesprochen, etwa das ATP-

Turnier in St. Pölten. Ich kann das nur unterstreichen, was bereits erwähnt worden ist: Der Werbenutzen dieser Veranstaltungen, denke ich, ist nicht nur im Sportlichen zu sehen, sondern insbesondere auch im Touristischen, insbesondere auch im Wirtschaftlichen. Und ich kann mir vorstellen, und Sie werden das auch gesehen haben, wie viele Fernsehteilnehmer bei den ATP-Turnieren über die Besucher in St. Pölten hinaus sich das anschauen. Das ist wirklich ein gewaltiger wirtschaftlicher Nutzen und eine entsprechende Werbung für St. Pölten.

Ähnlich zu sehen ist sicher auch die Situation im Damenhandball. Leider Gottes ist es uns im Fußball noch nicht möglich, eine erstklassige Mannschaft zu stellen. Auch wenn wir eine in der Ersten Division haben, die leider Gottes nicht erstklassig ist. Umso bemerkenswerter ist unsere Damenhandballmannschaft von Klub Hypo Niederösterreich, die wirklich Weltklasse ist; nicht nur Europaklasse, sondern Weltklasse. Und ich denke, diese Damenhandballmannschaft ist ein Werbeträger, der für uns in Niederösterreich unverzichtbar und unbezahlbar ist. Und deswegen bin ich sehr dafür, daß man diese Damenhandballmannschaft auch dementsprechend unterstützt. Und dies in einer unkomplizierten Art und Weise. Und das passiert eindeutig bei der Unterstützung dieser Damenhandballmannschaft.

In meinen nächsten Ausführungen möchte ich eingehen auf das Landesjugendheim in Schauboden. Grundsätzlich möchte ich anmerken, dieses Landesjugendheim wurde 1970 erbaut. 70 Kinder sind dort untergebracht gewesen im Begutachtungszeitraum. Ich möchte hier wirklich darauf verweisen, daß dieses Landesjugendheim außerordentlich gut geführt wird. Ich möchte darauf hinweisen, daß hier im Begutachtungszeitraum zwei Dienstposten nicht besetzt waren. Also diese beiden Dienstnehmerinnen waren in Karenz. Und ich denke, das spricht schon sehr für die Verwaltung, wenn nicht besetzt wird, sondern mit innerorganisatorischen Umgliederungen und Urlaubsvertretungen geschaut wird, daß man da wirtschaftliche Einsparungen erzielen kann. Und das hat sich dann auch bei den Personalkosten mit 1,8 Millionen niedergeschlagen. Und ich denke mir, das ist sehr, sehr beachtlich und in diesen heutigen Zeiten sicher nicht selbstverständlich. Und ich muß sagen, da gebührt höchster Respekt.

Ebenso gab es einen hauseigenen Kindergarten in diesem Landesjugendheim, der dann aber aufgelassen wurde. Und zwar deswegen, weil in der Gemeinde eine zusätzliche Kindergar-

tengruppe errichtet wurde. Und auch hier ist bemerkenswert, daß dieser Kindergarten dann nicht leer gestanden ist, sondern daß man Überlegungen anstellt, wie kann ich diesen Kindergarten nutzen. Das ist dann sehr schnell passiert, indem man eine Gruppe Spastiker untergebracht hat. Und ich denke, auch hier sieht man, wie öffentlich Bedienstete durchaus sehr, sehr positiv in die Verwaltung sich einbringen. Ich muß sagen, auch hier allerhöchster Respekt.

Wenn ich jetzt schon einige Male das sinnvolle Wirtschaften angesprochen habe, so möchte ich doch auf eines zu sprechen kommen, und zwar auf das Bilden von Rücklagen. Wenn hier kritisch bemerkt wird, daß Rücklagen gebildet worden sind, so kann ich diese Meinung nicht ganz teilen. Und zwar deswegen, weil ja sehr genau geplant ist, was mit diesen Rücklagen zu passieren hat. Und ich denke mir, es ist sehr vernünftig, auch die Möglichkeit zu schaffen, hier Rücklagen zu bilden. Um dann nicht Sonderförderungen in Anspruch nehmen zu müssen, wenn eventuelle Investitionen zu tätigen sind. Ich denke, auch hier ist die Art und Weise, wie man mit den Finanzen umgeht, indem man Rücklagen bildet, durchaus eine nachvollziehbare und eine sehr gute. Und so ist bei der Betrachtung des gesamten Bereiches des Landesjugendheimes in Schauboden sehr genau abzusehen, daß da eine finanzielle Überlegung dahinter steht, daß da Gedanken dahinter stehen und daß ein Finanzplan dahinter steht. Und es ist eine problemlose Finanzgebarung.

Darüber hinaus möchte ich aber noch eines bemerken, das in das Soziale 'reingeht. Und zwar gibt sich dort die Leitung die allergrößte Mühe, die Kinder wieder zu integrieren in den Familien. Und zwar mit Einstellung von Psychotherapeuten, wo sehr ausgewogen darauf Bedacht genommen wird, welche Arbeit kommt oder steht dem Psychotherapeuten zu. Ich denke, man muß das wirklich hervorheben, daß hier auch ein großes Ziel eben ist, die Kinder wieder in ihre Familien einzugliedern. Natürlich ist es so, bei einem Jugendheim ist es nicht immer möglich, Kinder, Jugendliche in die Familie einzugliedern. Doch gibt es auch hier Überlegungen, was mit diesen Jugendlichen passieren soll. Und zwar wurde dazu geschaffen eine Außenwohngruppe im 17 Kilometer entfernten Gaming, wo man besonders junge Leute einbindet, die eben keine Möglichkeit mehr haben, in ihre Familie zurückzukehren. Die werden dort in die Gesellschaft eingebunden und eingegliedert. Ich denke, das ist ein neuer und sehr interessanter Ansatz und ein sehr unterstützenswerter Ansatz.

Ebenso wurden Einsparungen getroffen bei der ärztlichen Mindestleistung. Es wurde vereinbart, daß die ärztliche Mindestleistung im Landesjugendheim Schauboden 10 Stunden betragen soll. Es wurde dann allerdings darauf verwiesen, daß 10 Stunden zu viel sind. Und so hat man sich mit dem Gemeindefacharzt darauf geeinigt und das auch vertraglich geregelt, auf eine Reduzierung der Kosten für den Gemeindefacharzt, daß der in Hinblick nur mehr 6 Stunden Mindestleistung erbringen muß. Und ich denke, hier sieht man, wie mitgedacht wird, um Einsparungsmaßnahmen, Einsparungspotentiale wahrnehmen zu können.

Als letztes möchte ich noch die Dienstnehmerwohnungen ansprechen. Es sind im Landesjugendheim Schauboden 10 Garconnieren, wovon nur zwei benützt wurden von den Dienstnehmern. Was bedeutet, daß acht zur Nutzung zur Verfügung standen. Und auch hier gab es hervorragende Überlegungen, wie man denn nun diese leerstehenden Garconnieren nutzen könnte. Ich muß sagen, es ist ein Ansatz getroffen worden oder eine Lösung getroffen worden, die ebenfalls sehr, sehr hervorhebenswert ist und sehr lobenswert ist. Diese acht Garconnieren wurden genutzt, um Jugendliche, die ehemals Bewohner des Landesjugendheimes waren, weiter dort zu belassen, damit sie diese Räume als Wohnung neben der Berufsausbildung benutzen können. Und ebenfalls eine sehr, sehr gute Idee ist auch die Nutzung, daß man vorübergehend in Not geratene Mütter aufnimmt. Ich denke, das ist etwas, das doch sehr, sehr wenig noch vorhanden ist. Und ich denke, daß das eine sehr gute Nutzung der freistehenden Garconnieren ist.

Damit möchte ich zu meinem letzten Punkt kommen und zwar zur NÖ Kulturszene Betriebs GesmbH. Ich glaube, man muß hier grundsätzlich sagen, es geht um ein Bekenntnis, will man Kultur oder will man keine Kultur. Ich denke, wenn man in Niederösterreich eine neue Landeshauptstadt gründet, dann ist die Überlegung richtig, auch auf Kultur zu setzen. Und wenn man sieht, daß dieses Landhausviertel mit Leben erfüllt ist, dann unterstreicht das die Entscheidung, wirklich die Kultur zu forcieren. Ich muß sagen, es ist eine mehr als richtige Entscheidung gewesen, die Kulturszene hier in der Landeshauptstadt zu integrieren.

Und ich denke, es gibt wohl kaum eine schönere Kulisse - und in diese Richtung wird viel unternommen - wenn der Papst hier in unserem neuen Landhausviertel auftritt. Denn das ist sicher etwas, womit nicht jeder Ort aufwarten kann und worauf man als Niederösterreicher sehr, sehr stolz sein kann. Daß das auch im Fernsehen zu sehen

ist, was wir hier geschaffen haben. Ich weiß, das war vor meiner Zeit. Ich möchte Ihnen danken, daß Sie das geschaffen haben. Ich möchte aber trotzdem auch sagen, wie stolz ich als junger und als neuer Abgeordneter darauf bin, was hier im kulturellen Bereich passiert.

Ich weiß natürlich, daß es überall Kinderkrankheiten gibt. Und bei so einem großen Unterfangen wie der Etablierung einer wirklich neuen Kulturszene in Niederösterreich, da kann es wahrscheinlich nicht anders sein. Und gerade, wenn man sich mit Menschen aus dem Kulturbereich beschäftigt, dann weiß man, daß kulturell denkende Menschen oft Ansätze haben, die nicht nur im finanziellen Bereich angesiedelt sind. Das ist nun einmal so. Ich denke, dazu gibt es dann die Gesellschaften, die das zu überwachen haben, daß mit den Finanzen sorgfältig umgegangen wird. Und man sieht das auch bei den Bemühungen, daß sehr viel unternommen worden ist, um hier eine tatsächliche Kontrolle zu erreichen. Und ich denke, auf jeden Vorwurf, der dargestellt ist im Finanzkontrollausschußbericht wurde reagiert. Und ich meine auch, es ist nicht immer die schnellste Lösung unbedingt die beste Lösung. Sondern man muß eine Lösung finden, die auch tragfähig ist über mehrere Jahre. Und gerade, wenn man von einer Programmplanung spricht, ist es doch sehr wichtig, hier lange nachzudenken, um das richtige Programm auch in die Tat umsetzen zu können.

Wieviel sich tut in Niederösterreichs Kultur unterstreicht sicher auch folgende Zahl: Seit der Gründung 1993 bis hin zu 1996 stiegen die Erträge von Null auf 38 Millionen. Womit sicher auch dargestellt wird, es bewegt sich etwas in der Kultur. Es ist nicht nur irgend etwas, das man künstlich schafft, sondern es wird auch in Anspruch genommen. Und ich denke mir, wenn man sich die Entwicklungsstufen anschaut, dann ist die NÖ Kulturszene Betriebs GesmbH auf dem richtigen Weg. Ich denke, langfristig haben wir hier auf das richtige Pferd gesetzt.

Vor allen Dingen darf man eines nicht vergessen: Es ist ja nicht nur die Kultur, die damit belebt wird, sondern es hat auch wirtschaftliche Aspekte, die dabei zu berücksichtigen sind. Kultur und Wirtschaft wird in letzter Zeit immer stärker verbunden, ich denke, wird in nächster Zeit noch stärker verbunden werden. Und Kultur und Wirtschaft sind zwei Pole, die sich gegenseitig ergänzen und die voneinander abhängig sind.

Wenn ich nun auf diese Synergieeffekte zu sprechen kam, dann möchte ich auch eines darstellen, und zwar eine Zusammenarbeit, die an-

satzweise schon sehr, sehr gut funktioniert. Die Zusammenarbeit, die ich hier anspreche, ist die Zusammenarbeit mit dem NÖ Donaufestival, das uns ja in Kürze ins Haus steht. Und ich denke mir, man muß auch hier berücksichtigen, welche Bemühungen getroffen werden, um dieses NÖ Donaufestival zu einem Spektakel zu machen, wie es geplant ist und wie es vorgestellt wird. Und ich denke, da liegt es vor allen Dingen auch an uns als Abgeordnete, dementsprechend in unseren Regionen als Werbeträger für unsere NÖ Kulturszene aufzutreten. Die Synergieeffekte, die sich hier ergeben, sollten aber nicht nur Synergieeffekte sein hin zum Donaufestival, sondern es sollten sich auch Synergieeffekte zu anderen kulturellen Ereignissen ergeben, damit es uns wirklich möglich ist, in Niederösterreich eine entsprechende Kulturschiene aufzubauen. Es ist sehr viel passiert, aber ich denke, es könnte noch einiges mehr passieren. Aber da liegt es sicher auch an uns.

Zur Finanzgebarung vielleicht noch abschließend: Ich habe schon angesprochen, es ist nicht einfach, auf Kultur zu setzen. Aber ich denke, es ist der richtige Schritt und ich möchte dafür danken, daß hier so ordentlich vorgegangen wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte mich auf zwei Bereiche, zwei Punkte dieses Berichtes des Finanzkontrollausschusses konzentrieren. Das eine ist die Frage der Wohnbauförderung, der kleinvolumigen Althausanierung. Wir haben es da mit doch einigen ganz kundigen Feststellungen zu tun, die der Finanzkontrollausschuß getroffen bzw. auf die er gekommen ist, wenn ich so sagen darf, die er eben hier in diesem Bericht festgeschrieben hat.

Im Jahr 1993 erfolgte der Umstieg von der damaligen Objektförderung auf die Subjektförderung, grundsätzlich natürlich ein vernünftiger Gedanke. Weil man gesagt hat, man soll tatsächlich diejenigen fördern, der mit diesem Objekt zu tun hat, der dieses Haus sanieren will. Und soll genau dorthin gehen. Man hat dann aufgeteilt in 50:50. 50 Prozent die Basisförderung und 50 Prozent die Superförderung. Und man hat dadurch doch eine bedeutende Veränderung geschaffen.

Was vom Finanzkontrollausschuß durchaus zu Recht kritisiert wird, das ist die Frage, ob diese Sonderaktion tatsächlich so weiter geführt werden

kann und nicht in eine allgemeine Form des Gesetzes umgewandelt werden muß. Es ist durchaus die Frage zu stellen, und es ist auch vom Finanzkontrollausschuß entsprechend deutlich festgestellt worden, daß es sich hier um eine Sonderaktion handelt, die von der Landesregierung beschlossen wurde, die aber in gewisser Hinsicht nicht in den Gesetzcharakter umgewandelt wurde. Und es ist auch die Stellungnahme der Landesregierung nicht ganz nachzuvollziehen. Es ist durchaus nachzuvollziehen, daß der Kontrollausschuß sagt, diese Äußerung der Landesregierung wird nicht zur Kenntnis genommen. Denn es ist nirgends, wie auch hier steht, ein Hinweis auf eine befristete Einführung dieses Modelles ersichtlich. Das ist der eine Bereich, der durchaus kritisch anzumerken ist. Der zweite ist der Rückgang der Anzahl der Einreichungen, der natürlich auch mit der Höhe und dem ganzen Modell zu tun hat. Der aber sicherlich zeigt, daß es für die Förderwerber relativ schwierig ist, an diese Förderungen heranzukommen.

Wir würden uns hier wünschen, daß man doch versucht, etwas sozialer zu gestalten, etwas sozialer zu staffeln, auf der einen Seite. Und auf der anderen Seite hätte ich einen ganz persönlichen Wunsch, der in die Richtung geht, daß man versuchen könnte, den Bereich Althausanierung auch mit dem Bereich Wohnbauförderung vielleicht in irgendeiner Weise zu koppeln, um auf einen Aspekt näher hinzukommen, der auch hier in diesem Bericht erwähnt ist, und das ist die Frage der Raumordnung.

Es ist Althausanierung durchaus ein wesentlicher Bereich in der Frage der Raumordnungspolitik. Wir haben auf der einen Seite ein großes Problem des doch immer spärlicher zur Verfügung stehenden Grund und Bodens, des Baulandes. Ein Problem, das nicht so einfach zu lösen ist. Wir haben das Problem der Zersiedelung. Wir haben das Problem der Baunot, obwohl wir auf der anderen Seite ja genügend Baugrund gewidmet haben. Das ist das Problem, das vor uns liegt. Auf der anderen Seite haben wir aber auch das Problem der ständig steigenden Wohnungsnot. Und eine Möglichkeit wäre hier doch, die Althausanierung mit der Wohnbauförderung zu koppeln. Und zwar insbesondere im Bereich etwa des Ausbaues von Dachgeschoßwohnungen. Und das meine ich jetzt nicht nur in bezug auf den kleinvolumigen Ausbau, sondern auch auf den großvolumigen Wohnbau bezogen.

Hier ist uns bis zu einem gewissen Grad auch die Bauordnung ein bißchen im Weg. Denn es ist nicht so einfach, zum Beispiel ein altes Wohnhaus

zu sanieren und gleichzeitig das Dachgeschoß auszubauen, und dabei alle Richtlinien der Bauordnung einzuhalten. Da haben wir durchaus gewisse Probleme. Und das fällt nicht leicht, das in einem Rahmen zu gestalten, wo es auch für die Mieter, oder für die zukünftigen Mieter, für die Bewerber dann auch finanzierbar ist. Hier könnte man beispielsweise im Rahmen der Feuerschutzbestimmungen durchaus einige nicht mehr ganz aktuelle Richtlinien aus der Bauordnung herausnehmen. Und ich möchte mich - er ist jetzt leider nicht da - beim Kollegen Ing. Gansch sehr bedanken. Er hat natürlich recht, man kann in der Bauordnung sehr viel Ökologisches anführen. Und es gehört vielleicht auch mehr dahin. Aber es war die Gelegenheit des Beschaffungswesens, die ich eben zum Anlaß nahm, diesbezüglich auf Ökologisierung der Baustoffe hinzuweisen. Wir meinen also, es müßte im Bereich des Wohnbaues eine Koppelung stattfinden von Altbausanierung und Wohnbauförderung. Das hätte die Möglichkeit, vielleicht im Sanierungsbereich gleichzeitig Wohnraum zu schaffen.

Drittens zu diesem Punkt: Die Kontrolle der tatsächlichen Benützung sollte schon stattfinden. Es wird nicht ganz angenommen und es wird da verwiesen auf die Probleme mit der Kontrolle und auf den großen administrativen Aufwand. Ich bin nicht dieser Ansicht, daß man nicht durchaus stichprobenartig prüfen kann. Das hätte den Effekt, daß sich die Leute denken, ganz so einfach ist die Sache nun denn doch nicht.

Der zweite Bereich, den wir uns ein klein wenig angesehen haben, sind die Sportförderungen für den Verein Hypo-Südstadt. Es ist nicht etwa so, daß wir sagen wollen, daß dieser Verein unrechtmäßig in den Genuß dieser Förderungen käme oder gekommen wäre. Es ist zweifellos so, daß das eben ein Renommierklub für Niederösterreich ist und daß eben gewisses öffentliches Geld dort hineinfließen muß. Aber wenn wir uns ansehen, im Jahr 1996 wurden für drei Veranstaltungen 68 Prozent der Kosten gefördert und 1995 waren es bei sieben solchen Veranstaltungen immer noch über 50 Prozent, und wenn wir das vergleichen, wie der Finanzkontrollausschuß ausgeführt hat, daß bei anderen Vereinen der Anteil an den Kosten durch die Förderung maximal 25 Prozent beträgt, so meinen wir doch, daß da ein gewisses Mißverhältnis besteht. Jetzt wird natürlich mit Recht argumentiert, das ist ein Spitzenklub, der hat gewisse Aufwendungen. Der muß aktiv sein. Das ist auch ein Renommee für das Land. Das ist zweifelsohne richtig. Aber wir wollen doch hier auch die Anmerkung des Finanzkontrollausschusses unterstützen, daß man versuchen sollte,

die Veranstaltungsförderung und die Spitzensportförderung ein wenig deutlicher zu trennen. Und daß man hier klare Regelungen finden sollte. Und daß man auch die geforderten Verwendungsnachweise tatsächlich einmahnen sollte. Daß man etwa zukünftige Förderungen von der Vorlage dieser Nachweise durchaus abhängig machen könnte. Ich nehme an, das müßte in der Zwischenzeit längst geschehen sein.

Abschließend erlauben Sie mir zu bemerken, insgesamt enthält dieser Bericht durchaus interessante Aspekte. Einige große Bereiche, die vielleicht kontrollierenswert wären, fehlen uns leider. Vielleicht war das damals noch nicht so bedeutend, wiewohl wir glauben, daß es einen Bereich in Niederösterreich, genauso wie eben in Wien gibt, der vermutlich schon einige Jahre im Verborgenen schwelt. Und der durchaus wert wäre, näher kontrolliert zu werden. Und da meine ich doch, es ist eigentlich merkwürdig, daß es eines grünen Abgeordneten Peter Pilz in Wien bedurfte, um diese Baukartell-Affäre aufzudecken. Und um auch aufzudecken, daß da durchaus gewisse Tendenzen auch nach Niederösterreich gehen. Daß Niederösterreich nicht losgelöst von diesem Wiener Bauskandal betrachtet werden kann. Und wir meinen, hier wäre es schon wert, dies vielleicht zukünftig vom Rechnungshof prüfen zu lassen. Vielleicht wäre es auch wert gewesen, schon geprüft zu haben. Denn so neu ist ja diese Angelegenheit nicht. Und hier wäre es möglicherweise durchaus auch wünschenswert, einen Untersuchungsausschuß einzurichten, damit man hier lückenlose Aufdeckung betreiben kann. Denn das wäre sicherlich zum Nutzen aller und auch zum Nutzen des gesamten Landes. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Sacher das Wort.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Dieser vorliegende umfangreiche Bericht des Finanzkontrollausschusses, es sind ja immerhin 11 Einschauberichte hier zusammengefaßt, würde zu einer langen Debatte verleiten. Aber keine Angst, ich konzentriere mich auf einige wesentliche Punkte, so wie meine Vorredner. Bei beiden aber haben wir eine Überschneidung zum Thema Sportveranstaltungen.

Ich möchte allerdings mit einem Bereich der Gesundheit, des Gesundheitswesens beginnen. Und zwar mit dem Bericht über die Kontrolle der Anstaltsapotheke in der Landesnervenklinik Maria

Gugging. Beginnen deswegen, weil ich auch weiß, daß hier bereits Empfehlungen, die in diesem Bericht ausgesprochen werden, vom neuen zuständigen Landesrat Dr. Bauer umgesetzt werden. Er wird dann meines Wissens nach auch selbst dazu Stellung nehmen.

Es ist vor einigen Jahren, 1993 genau, der Auftrag an eine externe Beratungsfirma, nämlich die VAMED ergangen, eine Querschnittsuntersuchung des medizinischen Sachbedarfs und der medizinischen Fremdleistungen in einigen niederösterreichischen Krankenanstalten vorzunehmen. Und im Zuge dieses Auftrages wurde dann ein Zusatzauftrag erteilt, die Anstaltsapothek Maria Gugging einer Isterhebung zu unterziehen. Das Ergebnis dieses Zusatzauftrages waren gravierende Beobachtungen und Beanstandungen seitens dieser externen Firma. Die Apothekenleitung, wird hier ausgedrückt, kommt den ihr zustehenden Aufgaben nicht im erwünschten Umfange nach. Zweitens: Das Führungs- und Kommunikationsverhalten dieser Apothekenleitung erscheint äußerst verbesserungswürdig. Es werden drittens Empfehlungen in dieser externen Untersuchung ausgesprochen, aber von der Anstaltsleitung wurden sie nur in geringem Maße realisiert. Und ich stelle die Frage dazu, insgesamt ist nicht geklärt, wenn man solche Untersuchungen in Auftrag gibt, welcher Nutzen wird daraus gezogen, wenn Empfehlungen nicht umgesetzt werden. Das ist unbekannt.

Es wird auch vom Finanzkontrollausschuß ähnliches festgestellt. Zum Beispiel, daß der kritisierte Anstieg an Kosten für medizinische Ge- und Verbrauchsgüter seit 1993 trotz Kritik unverändert weitergegangen ist. Daß kein echtes Controlling als Führungsinstrument dort existiert. Und daß die aufgezeigten Alternativen zur Organisation der Medikamentenbewirtschaftung insgesamt in NÖ Landeskrankenanstalten nicht beschrritten worden sind. Wir haben daraus Schlüsse zu ziehen. Der Finanzkontrollausschuß stellt fest, daß bei der Anstaltsapothek der Landesnervenklinik unzulässigerweise Statistikdaten einfach vermengt worden sind, verglichen worden sind, die einfach von verschiedenen Vergleichsbasen ausgegangen sind. Und daher sind diese Vergleiche zum Beispiel bei Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen auf Grund der ungleichen Basiswerte nicht korrekt.

Zweitens: Das Ergebnis und die Empfehlungen der externen Untersuchungen sind umzusetzen. Das verlangt auch der Finanzkontrollausschuß. Ich erlaube mir die Frage, wozu sollen denn sonst Analysen gut sein, wenn man nicht

daraus Lehren und Schlüsse zieht? Zum Beispiel nur einige Punkte daraus: Die Verbrauchsüberwachung der Medikamente wurde kritisiert. Hier hat sich wenig geändert. Ein neues EDV-Programm, das seit 1997 existiert, könnte für diese Überwachung eingesetzt werden. Zweitens wurde festgestellt, daß, ohne jemanden etwas zu unterstellen, dem Mißbrauch von Medikamenten Tür und Tor geöffnet wird, weil die Zugangsmöglichkeiten zum Medikamentenlager zu locker sind. Sie müßten erschwert werden. Auch dieser Anregung aus dieser Untersuchung wurde nicht nachgekommen. Sie wurde nicht umgesetzt. Und noch einmal: Die auffällig hohen Medikamentenkosten sind weiter gestiegen. Es wurde verabsäumt, wirksamer zu steuern und zu kontrollieren.

Eine weitere Empfehlung des Finanzkontrollausschusses in diesem Zusammenhang betrifft die Organisationsform dieser Apotheke. Er kommt zum Schluß, daß es besser wäre, die Apothekenfunktion auszugliedern. Es würde einfach ein medizinisches Depot ausreichen. Es ist ja so, daß von der Landesnervenklinik Gugging aus das Landeskrankenhaus Tulln mitbetreut wird in pharmazeutischer Hinsicht. Hier kommt die Anregung, hier kommt der Finanzkontrollausschuß zum Schluß, es wäre umgekehrt wesentlich günstiger. Man könnte Kosten einsparen, wenn man vom Landeskrankenhaus Tulln ausgehend die Apotheke führt und Gugging mitbetreibt. Das ist bislang noch nicht geschehen.

Es gibt auch eine Medikamentenkommission. Sie wurde eingerichtet. Ihre Arbeitsweise wird als noch nicht effizient genug und als nicht effektiv genug angesehen, weil zum Beispiel für diese Medikamentenkommission eine Geschäftsordnung gefehlt hat. Hier stellt die Landesregierung in ihrer Stellungnahme allerdings fest, daß dieser Mangel mittlerweile behoben worden ist.

Ganz besonders weitreichend ist der Ergebnispunkt 5 des Finanzkontrollausschußberichtes, wo eine Verbesserung der Organisation der Medikamentenbewirtschaftung in den NÖ Landeskrankenanstalten insgesamt angesprochen wird: Bessere Kooperation, Ausschöpfung der Optimierungspotentiale. Hier sollte diese vorliegende VAMED-Untersuchung herangezogen werden. Es wurde zur Umsetzung dieses Vorschlages eine Projektgruppe eingerichtet, für die auch seitens der Landeskrankenanstalten Mitglieder namhaft gemacht werden sollen. Man kann nur hoffen, daß diese Projektgruppe einen raschen Fortschritt erzielt und viel Erfolg haben wird, um es nicht nur bei der guten Absichtserklärung zu belassen, um Ergebnisse vorzulegen. Ein weiterer Arbeitskreis

wurde angeregt. Und zwar einer, der sich mit Controlling beschäftigen soll. Wir haben in anderen Häusern mit der Einrichtung des Controllings beste Erfahrungen gemacht. Dieses Thema kommt heute bei einem anderen Tagungsordnungspunkt ein weiteres Mal. Beim Rechnungshofbericht über das Krankenhaus Krems kann ich dann noch einmal darauf eingehen, welche Erfolge durch dieses begleitende Controlling erzielt werden können. Das müßte auch in der Landesnervenklinik Gugging bzw. deren Anstaltsapotheke der Fall sein.

Ein wichtiger Punkt ist auch, und das steht in dem Finanzkontrollausschußbericht sehr deutlich, in der Apotheke Gugging noch nicht erfüllt worden. Neuerlich komme ich darauf zu sprechen: Der Kostenanstieg bei den pharmazeutischen Spezialitäten wurde weder eingeschränkt, wurde weder zurückgedrängt, noch überhaupt gegenüber dem Finanzkontrollausschuß auch nur begründet. Und hier muß wirklich gefordert werden, daß eine rasche Umsetzung dieser Analyse zur Erzielung von größeren Einsparungen möglich wird. Ich bin überzeugt, das sage ich noch einmal, und ich weiß, daß hier vom neuen Gesundheitsreferenten dieser Bereich besonders ins Auge gefaßt worden ist.

Kurz zu dem damit indirekt zusammenhängenden Bericht über das Medikamentendepot am Landeskrankenhaus Tulln. Auch dort werden ähnliche Feststellungen gemacht. Das Serviceangebot ist nicht entsprechend gewesen. Es gab zum Beispiel zu wenig stationsorientierte Medikamentenbetreuung. Die Begründung mag wohl darin liegen, daß die konsiliarische Leitung des Medikamentendepots in Tulln von derselben Person wahrgenommen wird, die auch in Gugging als Leiterin der Anstaltsapotheke zuständig ist. Hier besteht in Tulln ein ähnlich großes Optimierungspotential.

Einige in die Kompetenz des Landeskrankenhauses Tulln fallende Empfehlungen wurden bereits realisiert. Das ist erfreulich. Dort sind die Kosten rückläufig, dort gibt es eine gute Kooperation, wird festgestellt, zwischen Ärzten, Pflegepersonal, Apotheke, bei der die Budgetplanung und auch das Controlling funktioniert. Einige Empfehlungen wurden allerdings auch dort noch nicht umgesetzt, zum Beispiel die erwähnte Neuorganisation, Umorganisation, die landesweit von der VAMED-Studie vorgeschlagen worden ist.

Hoher Landtag! Zu einem nächsten Punkt dieses Kontrollausschußberichtes, ganz kurz nur: Landwirtschaftliche Fachschule Tulln. Hier waren wir vor Ort im Dezember des Jahres 1997. Und

wir haben dort keine besonders gravierenden Feststellungen gemacht. Lediglich eine möchte ich erwähnen oder zwei. Die erste, weil sie sich auf die Menschen, auf die Schüler dort bezieht. Es ist den Mitgliedern und den Beamten des Kontrollamtes der Zustand des Schülerheimes ins Auge gestochen. Allerdings im negativen Sinne. Es wurden dort provisorisch Umbaumaßnahmen durchgeführt. Hier erhebt der Finanzkontrollausschuß die Frage nach dem Brandschutz, nach den behördlichen Bewilligungen. Wobei uns überhaupt auffällt, daß der Standard in den Heimen sehr unterschiedlich ist. Es gibt Heime, die sind sehr gut ausgestattet. Tulln ist leider eines, wo doch der Standard zu wünschen übrig läßt.

Ein zweiter Punkt ist uns dort besonders aufgefallen und wurde diskutiert im Ausschuß. Die Versuchswirtschaft in Tulln ist eklatant unwirtschaftlicher als zum Beispiel jene der Schulen Mistelbach oder Hollabrunn. Wir haben auch mit dem Direktor darüber diskutiert. Er hat verschiedenste Gründe angeführt. Jedenfalls ist das nicht wegzudiskutieren. Und wir sind allesamt der Meinung gewesen im Ausschuß, daß gerade bei diesen Versuchswirtschaften die künftigen Landwirte - die Schüler von heute sind die Landwirte von morgen - besonders lernen sollten, wie man Betriebe wirtschaftlich führt. Die angeführten Argumente erschienen uns allen miteinander zu wenig stichhältig, warum der wirtschaftliche Erfolg der Versuchswirtschaft in Tulln so besonders negativ ist gegenüber den anderen Schulen.

Eine Anregung noch, ich habe mich ja in den letzten Jahren mit den landwirtschaftlichen Schulen seitens meiner Fraktion intensiver beschäftigt und einigen Einblick gewonnen. Durchaus auch viel Positives, sehr geehrte Damen und Herren. Das war am Anfang nicht so. Ich weiß, bei meiner ersten Rede bin ich auch das eine oder andere Mal ins Fettnäpfchen getreten, weil noch nicht Insider. Mittlerweile weiß ich, daß es auch hier doch noch etwas zu kritisieren gibt. Nämlich, daß es in den landwirtschaftlichen Schulen an einer echten Kostenrechnung leider insgesamt noch fehlt. Das wäre eine Anregung, die wir auch aus Tulln mitgebracht haben. Der praktische Einsatz der EDV im Sinne einer echten Kostenrechnung, Kostenstellenrechnung, wäre für die Schüler dieser Schulen natürlich sinnvoll.

Und nun zu jenem Punkt, den meine beiden Vorredner angesprochen haben. Weil ich unseren neuen Kollegen Erber sehe: Ich weiß nicht, ob er blaue Augen hat, er hatte sie im Wahlkampf als „man in black“ immer mit schwarzen Brillen verdeckt. Die Sicht der Förderung der Sportveran-

staltungen, wie er sie hier gebracht hat, der Herr Kollege Erber, war allerdings etwas blauäugig. So blauäugig sehen wir das nicht. Und da muß ich mit dem Kollegen Fasan wirklich mich solidarisch und einer Meinung erklären. Ich freue mich, daß das auch von Euch so gesehen wird. Denn die Förderung der Großveranstaltungen von Spitzensportvereinen wird hier schon sehr deutlich kritisiert. Und man kann das nicht nur so positiv sehen. Ich möchte eindeutig klarstellen, wir begrüßen selbstverständlich, daß es eine Damenmannschaft von Hypo-Südstadt gibt, daß es dieses ATP-Turnier in St. Pölten gibt, selbstverständlich. Aber ich schließe mich hier der Meinung des Finanzkontrollausschusses an. Erstens: Es muß eine straffere, konsequentere Vorgangsweise bei der Förderung der Sportvereine und deren Veranstaltungen geben. Und es müssen hier natürlich auch im Sinne der Gerechtigkeit die geltenden Förderungsrichtlinien des Landes genauestens eingehalten werden. Das ist einmal ein Grundsatz, über den nicht zu diskutieren ist. Da, glaube ich, sind wir uns sicherlich einig.

Konkret wird ja in dem Bericht festgestellt und kritisiert, daß die Einreichunterlagen mangelhaft waren. Der Kollege Erber hat gesagt, wir sind eine Serviceorganisation, wir bearbeiten auch mangelhafte Einreichungen. Okay, aber es darf nicht zur Regel werden, daß etwa die formlosen Ansuchen oft unzureichend begründet sind, keine konkreten Unterlagen geliefert worden sind und erst von der Abteilung aufgefordert werden mußte, konkrete Anträge zu formulieren.

Und noch etwas, und das unterstreichen wir voll. Das hat auch der Kollege Kautz in der Diskussion über den Sportbericht ja schon angesprochen: Es muß künftig hinsichtlich der Förderungshöhe und der Überweisung der Beträge wirklich in Zukunft die Überweisung nach tatsächlichen Einnahmen- und Ausgabenkontrollen erfolgen. Es muß die widmungsgemäße Verwendung verstärkt kontrolliert werden. Es ist ja schon auf einige konkrete Förderungsfälle hier eingegangen worden. Ich möchte noch einen hinzufügen bzw. auf die anderen auch kurz eingehen. Zum Beispiel ist es dem Finanzkontrollausschuß aufgestoßen, daß hier ein Fortbildungskurs des Bundes Österreichischer Fußballlehrer als Sportveranstaltung subventioniert worden ist. Es ist zwar kein haushoher Betrag gewesen, aber es ist nicht korrekt gewesen. Ich muß zur Ehrenrettung der Abteilung natürlich sagen, es wurde auch zugesagt, daß für die Zukunft dieser Fortbildungskurs nicht mehr als Veranstaltung gefördert wird. Weil diese Gelder, auch wenn sie nicht sehr groß sind, den Vereinen für tatsächliche Sportveranstaltungen dann fehlen.

Ähnliches hat sich abgespielt im Zuge des Millenniums „Ostarrichi - tausend Jahre Österreich“ mit einer Veranstaltung des sogenannten Landesverbandes für Reiten und Fahren in Neuhofen im August 1996. Das war eigentlich ein Fest, das war keine Sportveranstaltung. Dort wurden sogar Kostüme aus einem Theaterfundus ausgeborgt, damit man die Reiter und die Fahrer, die Kutscher in historischen Kostümen präsentieren konnte. Alles okay. Im Rahmen des Millenniums brauchen wir auch Spektakel, sehr geehrte Damen und Herren. Aber es kann sicher nicht eine Sportveranstaltungsförderung dafür herangezogen werden. Auch das wird zu Recht kritisiert.

Zum ATP-Turnier wurde hier schon gesprochen. Auch unbestritten. Ich habe es mir angeschaut im Fernsehen. Es ist leider St. Pölten nicht so oft ins Bild gekommen, eher die Werbung rund um den Centercourt. Aber eines ist zu Recht kritisiert worden: Daß hier nicht ganz klar hervorgeht, wer die Subventionsbeträge für diese Veranstaltung tatsächlich kassiert hat. Antragsteller war der NÖ Tennisverband, der Antrag lautete auf 250.000,- Schilling. 150.000,- wurden überwiesen, aber nicht an den Tennisverband, sondern an jene Werbegesellschaft, die im Auftrage des Verbandes die Tribüne errichtet hat. Mag sein, daß man jetzt sagt, okay, das ist ein Versäumnis gewesen. Ich unterstelle auch hier neuerlich niemanden irgendeinen Mißbrauch. Aber wenn wir schon klare Förderungsrichtlinien haben, dann sollten wir auch verlangen, daß der Antragsteller auch der tatsächliche Empfänger der Subventionen ist und die Rechnungen an ihn adressiert werden. Damit hier ja nichts passieren kann, denn im Land Niederösterreich kann man ja nie vorsichtig genug sein, wenn es um Geld geht.

Zur Hypo-Südstadt: Auch hier noch einmal, es wurde hier wirklich weit über das übliche Maß gefördert aus dem Topf Veranstaltungen. Mehrere Spiele. Für eines allein wurden 300.000,- Schilling überwiesen. Der Finanzkontrollausschuß sagt hier, und wir schließen uns dieser Meinung mit Bestimmtheit an, daß das im Widerspruch zu den Förderungsrichtlinien war. Selbstverständlich Ja zur Förderung des Spitzensportes - aber nicht auf Umwegen. Da sollte man bei der Budgetgestaltung den Mut haben und sagen, wir setzen hier diese Beträge bei der richtigen Kostenstelle ein, bei der richtigen Position, und holen sie uns nicht durch die Hintertür sozusagen. Weil das Ganze nicht durchschaubar, nicht transparent ist. Und das ist nicht im Sinne der Sportvereine. Man muß wissen, daß die Hypo 1995 von 4,3 Millionen Schilling an insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln 1,17 Millionen, das sind 27,5 Prozent be-

kommen hat, und 1996 haben sie von 2,8 Millionen 750.000,- bekommen, das sind wieder 27 Prozent aus dem Topf Veranstaltungsförderungen. Korrekt wäre, das aus dem Titel Spitzensport zu fördern, damit das durchschaubar, transparent ist. Das möchte ich abschließend noch einmal hier deponieren. Ebenso wie man es sich gerade bei Hypo-Niederösterreich ein bißchen leicht macht mit dem Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung. Ich möchte hier schon appellieren und auch fordern, sagen wir es bestimmter, daß auch die Hypo als Spitzenverein nachzuweisen hat, und zwar zeitgerecht, was sie mit dem Geld wirklich gemacht hat.

Hoher Landtag! Ich komme zum Schluß dieses sehr umfangreichen Berichtes. Ein weiteres Kapitel wäre noch das Weinviertelmanagement. Da fällt mir noch ein, existent, aber nicht effizient. Wenn ich nur sehe, daß die Personalkosten wesentlich höher sind als die für geförderte Projekte. Hier ist auch einiges nicht ganz so wie es laufen sollte. Zu Schauboden hat der Kollege schon gesprochen. Ich kann dem Kollegen Erber hier nur zustimmen. Selbst dabei war ich beim Pensionistenheim Mank: Ein hervorragendes Heim, moderner Neubau, aber doch menschengerecht. Nicht so modern, daß sich die alten Leute nicht wohl fühlen, ganz im Gegenteil! Allerdings, ein kleines Manko: Bis heute oder zumindest bis zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nicht abgerechnet. Das muß noch nachgeholt werden. Herzogenburg usw., alle diese Berichte beweisen, sehr geehrte Damen und Herren, die fundierte Arbeit der Kontrolle. Und hier möchte ich abschließend sagen, daß wir viel dazu beigetragen haben. Und daß wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und hoffen, daß auch der künftige Landesrechnungshof ebensolche Arbeit liefern wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe mit ziemlichem Interesse diesem ersten Bericht des Finanzkontrollausschusses des Landes entgegengesehen, nachdem ja bekannterweise die Opposition an der Kontrolle immer ein besonderes Interesse hat. Und ich muß gestehen, von der Art des Berichtes und der Prüfung war ich ziemlich enttäuscht. Insbesondere als zum Vergleich ja parallel ein Rechnungshofbericht, der ja heute noch auf der Tagesordnung steht, vorlag und man sehr schön vergleichen konnte, wie denn die Art der Prüfung im üblichen so ausfällt und

sogar an einigen Stellen ja dieselben Institutionen in unterschiedlichen Aspekten geprüft wurden.

Warum war ich denn nun enttäuscht? Ich hatte doch tatsächlich angenommen, daß der Finanzkontrollausschuß sich nicht nur mit der korrekten Abrechnung von Belegen befaßt - eine Tätigkeit, die ein jeder Wirtschaftsprüfer genauso handhaben könnte - sondern sehr wohl die Gesamtheit sich anschaut und die Sinnhaftigkeit und Angemessenheit von Maßnahmen überprüft. Wenn ich hier feststelle, daß etwa überprüft worden sind Pflegeeinrichtungen und Krankenanstalten, wo parallel der Rechnungshofbericht dazu kommt, die ganz hohen Personalkosten zu kritisieren, selbst angesichts zurückgehender Patientenzahlen und trotz fehlendem Fachpersonals. Und ich stelle fest, daß im Finanzkontrollbericht die Personalfrage als solche de facto nicht aufscheint außer stellenweise, wo angemerkt wird, man sollte erwarten, daß auch im Verwaltungsbereich der Dienststellenplan eingehalten wird. Nona, davon gehe ich natürlich auch aus.

Das heißt, hier ist der Blick auf die Gesamtheit offensichtlich viel zu kurz gekommen. Und was als zweiter Kritikpunkt ganz massiv anzubringen ist: Daß zwar immer wieder Vorschläge gemacht werden für eine Verbesserung, daß aber ganz offenbar die Umsetzung dieser Vorschläge sehr stark hinterher hinkt und der Finanzkontrollausschuß das eben zur Kenntnis nimmt, daß nicht umgesetzt wird.

Ich nenne jetzt nur ein paar Beispiele, einzelne Dinge, die mir hier aufgefallen sind. Ich denke, daß angesichts der Vorkommnisse rund um den Umbau von Herzogenburg, wenn ich zwischen den Zeilen lese und die sehr sanften Formulierungen interpretiere, doch wohl etwas mehr Kritik angebracht gewesen wäre. Wenn hier sogar der Finanzkontrollbericht zum Schluß kommt, daß bei diesem Umbau ein wenig chaotisch geplant wurde, am Schluß eine Verschlechterung rauskam, was die Örtlichkeiten der Verwaltung angeht; und das Ganze um den Erfolg zusätzlicher vier Betten willen, dann müßte man vielleicht doch ein bißchen gründlicher hinterfragen, was hier noch sinnvoll ist.

Oder wenn ich mir den Prüfbericht zum Bildungs- und Heimatwerk Niederösterreich anschau. Wo zwar vorne angemerkt wird, eigentlich braucht es eine Standortbestimmung - ich übersetze frei, man weiß eigentlich nicht, wozu das ganze da ist - dann aber die Prüfung sich darauf konzentriert, in fast unübersichtlicher Weise einzelne Verbuchungen und Belege nachzurechnen

und anzuschauen, dann frage ich mich, ob das wirklich der Sinn einer Finanzkontrolle im Ausschuß des Landtages ist. Oder ob das nicht doch weiter gehen müßte.

Als letzten Punkt möchte ich auf die KUSZ zu sprechen kommen, wo ich Herrn Abgeordneten Erber in keiner Weise zustimmen kann. Und ich muß ihm an dieser Stelle auch das etwas zweifelhafte Kompliment machen, daß er als Jugendvertreter hier schon genauso routiniert und etabliert klingt wie die älteren Vertreter seiner Partei. Es stimmt schon in einem Satz, wenn er sagt, es ist sehr viel passiert. Es ist vor allem in den letzten Wochen und Monaten rund um das Festspielhaus sehr viel passiert. Was mich eine Frage aufwerfen läßt, die auch der Prüfbericht in der Anfangsphase des Festspielhauses aufwirft und kritisiert, daß nämlich hier die Ziele, die kulturpolitischen Ziele, die für das Festspielhaus vorzugeben sind, lange Zeit nicht klar waren. Ich frage mich, wie klar oder nicht klar diese kulturpolitischen Ziele heute sind. Insbesondere nach den internen Auseinandersetzungen, die dazu geführt haben, daß ein höchst qualifizierter Kurator gehen mußte. Nach den Vorkommnissen und Turbulenzen, wo jetzt in der dritten Woche, wenn ich mich richtig erinnere, ein fristlos entlassener Mitarbeiter sich im Hungerstreik befindet. Und ich frage mich auch, ob das Krisenmanagement und Konfliktmanagement so schlecht beisammen ist, daß hier nichts anderes hilft als fristlose Entlassungen mit fragwürdigen Begründungen und Hungerstreiks. Also da sage ich, es stimmt, es ist sehr viel passiert. Und die Ankündigung, noch viel mehr wird passieren, kann ich in dem Sinn nur als Drohung verstehen. Ich hoffe, daß hier dem Geiste des Kontrollberichtes Rechnung getragen wird und ein klares kulturpolitisches Konzept für das Festspielhaus in Zukunft vorliegt, das den Namen Kulturpolitik verdient und nicht eher den Namen Veranstaltungshaus für diverse Angelegenheiten verdienen würde.

In Summe, wenn ich hier vergleiche den Bericht des Finanzkontrollausschusses mit jenen des unabhängigen Rechnungshofes, kann ich leider auch dem Herrn Kollegen Abg. Sacher nicht zustimmen, daß eine fundierte Arbeit der Kontrolle zu konstatieren ist. Oder ich muß zumindest festhalten, daß hier ein unterschiedliches Verständnis von Kontrolle im Sinne des Kontrollausschusses des Landtages vorliegt. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder die Zusammensetzung dieses Kontrollausschusses kritisiert, der allein mit Regierungsparteien besetzt war und ist. Ich interpretiere die, ich würde einmal formulieren, „mangelhafte Strenge“ der Kontrolle auch dahingehend, daß hier genau diese Konstruktion vorherrschte.

Und würde mir erwarten, daß sich das in Zukunft doch deutlich verbessert mit einem Rechnungshof und einem Rechnungshof-Ausschuß.

Ich muß an dieser Stelle einen fehlerhaften „Kurier“-Artikel von heute berichtigen. Es liegt mir fern, eine Pauschalurteilung abzugeben, daß sich auch in Zukunft beim Rechnungshof nichts ändern wird, weil er angeblich fest in Händen der ÖVP ist. Richtig ist vielmehr, ich habe einmal mehr kritisiert die Zweidrittelmehrheit bei der Bestellung des Direktors. Ich hoffe aber sehr wohl, daß sich mit dem Rechnungshof und dem Rechnungshofausschuß, der ja erstmals auch die Opposition beinhalten wird, doch eine deutliche Verbesserung für die Kontrollsituation im Lande ergibt. Ich hoffe das nicht zuletzt deswegen, weil die derzeitige Situation nicht zuletzt durch die Turbulenzen der Freiheitlichen absolut untragbar geworden ist. Ich halte einen Abgeordneten, dessen Immunität wir aufgehoben haben, gegen den die Wirtschaftspolizei ermittelt, für untragbar als Vorsitzenden eines Kontrollausschusses dieses Hohen Landtages. Und ich wiederhole auch diesmal meine Forderung an den Abgeordneten Dkfm. Rambossek, sein Mandat und auf alle Fälle jedenfalls den Vorsitz im Kontrollausschuß umgehend zurückzulegen. Ich halte es auch für ein geeignetes Signal an die Bevölkerung unseres Landes, die natürlich durch die Vorkommnisse rund um die Freiheitliche Partei verunsichert und in ihren Befürchtungen gegenüber der Politik in Summe bestätigt ist, daß wir hier ein rasches Signal senden und sagen, uns ist die Kontrolle ein ernstes Anliegen. Wir lassen die Dinge nicht schleifen. Wir nehmen nicht hin, daß hier das Bild entsteht, man hat den Bock zum Gärtner gemacht. Und man beläßt ihn in der Funktion, selbst wenn man draufgekommen ist, daß er vielleicht doch mehr Bock als Gärtner ist. Und daß wir hier sehr rasch den neuen Rechnungshofausschuß nominieren und mit 1. Juli auch sofort konstituieren, zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Und sehr klarstellen für die Bevölkerung, wir sind interessiert daran, diese Mängel zu beheben. In diesem Sinne fordere ich zu diesem Bericht des Kontrollausschusses, dazu auch an der Verbesserung der Sanierung der Mängel in der Kontrolle für die Zukunft zu arbeiten. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächster gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek zu Wort.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich

möchte einmal auf die Wortmeldung der Frau Mag. Weinzinger eingehen. Frau Mag. Weinzinger, Ihre ständigen Rücktrittsaufforderungen werden langsam fad und ich erteile Ihnen ein bißchen Nachhilfeunterricht in der NÖ Landesverfassung. Wenn Sie die NÖ Landesverfassung kennen würden, so könnte mich der Landtag von meiner momentanen Funktion als Obmann des Finanzkontrollausschusses abberufen. Und wenn Sie die Verfassung kennen würden, hätten Sie ja versuchen können, vielleicht ein paar Abgeordnetenunterschriften für einen diesbezüglichen Antrag zu erhalten.

Ich möchte aber auch darauf eingehen, was Sie gesagt haben, daß Sie enttäuscht sind von diesem Kontrollbericht. Ich bin absolut nicht enttäuscht und möchte zum Beispiel gerade die Pensionistenheime hervorheben. Die Pensionistenheime werden laufend vom Kontrollausschuß überprüft. Und hier sind sehr konstruktive Vorschläge gemacht worden. Ganz einfach, weil sich das Verhältnis zwischen Pflegebetten und Wohnbetten laufend verändert und hier sehr wohl von der NÖ Landesregierung sehr gut im Ausbauprogramm reagiert wurde. Und es gibt auch ein Ausbauprogramm bis zum Jahre 2005 in verschiedenen Standorten. Da hätten Sie halt verschiedene Finanzkontrollausschuß-Berichte nachlesen müssen, dann wären Sie nicht zu so unqualifizierten Äußerungen hier am Rednerpult gekommen.

Ich möchte aber auch auf den Herrn Mag. Fasan eingehen, weil ich mich mit demselben Thema jetzt anschließend beschäftigen werde. Auch der Herr Mag. Fasan hat die Kontrolle der Abteilung Wohnbauförderung A, Teilbereich kleinvolumige Althausanierung sehr oberflächlich beleuchtet, indem er wortwörtlich gesagt hat, man hat halt die Förderung 50:50 aufgeteilt in eine Basisförderung und in eine Superförderung. Das stimmt nicht, Herr Mag. Fasan. Man hat die Förderung massiv gekürzt auf 50 Prozent, vorher wurden 100 Prozent gefördert. Man hat eine förderbare Obergrenze von 7.500,- Schilling bitte eingezogen. Und die wird gefördert grundsätzlich mit einer Basisförderung. Und je nach Einkommen kann eine Superförderung dazu kommen. Man hat überhaupt nichts aufgeteilt auf 50:50, sondern man hat ganz einfach die Förderung praktisch reduziert. Also das nur zu Ihrer Erklärung, falls wir wieder einmal über die Wohnbauförderung diskutieren.

Sicherlich zeigt dieser Bericht ganz einfach einerseits das legislatorische Problem auf und andererseits sicher ein solches, was die Wohnbauförderungsmaßnahmen des Landes Nieder-

österreich insbesondere betrifft. Das legislatorische Problem hat Herr Mag. Fasan teilweise beleuchtet, indem es zu einem Beschluß der NÖ Landesregierung am 2. Juli 1993 gekommen ist. Und da wurden Richtlinien ganz einfach beschlossen für die Förderung der kleinvolumigen Althausanierung, die am Wohnbauförderungsbeirat vorbeigeschwindelt wurden. Die wurden ganz einfach vorbeigeschwindelt. Und in diesem Zusammenhang hat der Finanzkontrollausschuß das sehr genau in seinem Ergebnispunkt 1 festgehalten. Und diese Rechtsauffassung des Finanzkontrollausschusses, Hohes Haus, deckt sich ja auch mit jener des Verfassungsdienstes des Amtes der NÖ Landesregierung. Und hier liegt eine Stellungnahme vom 22. Februar 1996 des Verfassungsdienstes vor. Ich verlese noch einmal bitte den Ergebnispunkt 1 bei diesem Prüfungsfall: „Bei dieser ‚Sonderaktion‘, die bereits seit 1993 in Kraft ist, handelt es sich um keinen Ausnahmefall, sondern um ein allgemeingültiges Förderungsmodell. Es entspricht daher keinesfalls den Intentionen des Gesetzgebers, dieses Förderungsmodell den Bestimmungen des § 55 NÖ WFG unterzuordnen. Diese unbefriedigende Rechtssituation ist umgehend zu bereinigen.“ Die Landesregierung hat daraufhin geantwortet: „Die Sonderaktion im Bereich der kleinvolumigen Althausanierung wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 2. Juli 1993 auf Grund des § 55 NÖ WFG eingeführt und war von Anfang an befristet geplant, damit sie bei entsprechender Bewährung in der Praxis in das NÖ Wohnungsförderungsgesetz eingebaut werden kann.“ Daß hier sehr effizient kontrolliert wurde, zeigt auch die Gegenäußerung des Finanzkontrollausschusses, die ich Ihnen auch noch zur Kenntnis bringe: „Die Äußerung der NÖ Landesregierung wird nicht zur Kenntnis genommen. Weder im Beschluß der NÖ Landesregierung vom 2. Juli 1993 noch in der Begründung ist ein Hinweis auf eine befristete Einführung ersichtlich. Da sich die Sonderaktion in der Praxis bewährt hat, wird erwartet, daß möglichst rasch eine rechtliche Sanierung erfolgt.“ Ich unterstreiche diese Gegenäußerung des Finanzkontrollausschusses voll und ganz mit der einen Ausnahme des letzten Satzes. Denn aus heutiger Sicht bemerke ich dazu, daß ich eigentlich in Frage stellen muß, ob sich diese Sonderaktion bewährt hat. Hohes Haus! Ich überlasse es ganz allein Ihnen zu beurteilen, ob diesbezüglich das damals dafür zuständige Mitglied der NÖ Landesregierung rechtmäßig gehandelt hat und der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen oberste Priorität eingeräumt hat. Ich überlasse es Ihnen.

Weiters möchte ich aber feststellen, daß die mit der NÖ Wohnungsförderungsverordnung 1990

erlassenen näheren Bestimmungen für die Förderung bei der Sanierung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen nicht mehr bitte in der nach wie vor im Landesgesetz kundgemachten Form Anwendung finden. Auch das wurde in diesem Bericht ganz eindeutig klar festgehalten. Hohes Haus! Ich überlasse es abermals Ihnen, zu beurteilen, ob Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine solche Vorgangsweise, die alle Landesbürger in Niederösterreich betrifft, goutieren. Ob Sie diese Vorgangsweise goutieren, daß in einem Landesgesetzblatt eine Förderung verankert ist, die bitte nicht mehr zur Anwendung kommt. Das sind die Tatsachen bitte.

Ich glaube, daß die Althausanierung sich in den vergangenen Jahren landesweit neben den Eigenheim- und Wohnungsneubau zu einem wesentlichen Faktor im Hinblick auf die Schaffung von modernen und zeitgemäßen Wohnraum entwickelt hat. Und daher dieser Althausanierung ein bedeutender, auch wirtschaftlicher Stellenwert zukommt.

Mit der Änderung des Förderungsmodells 1993, ich habe bereits vorher zum Teil erklärt, worin die Änderung besteht, ist es ja klarerweise dazu gekommen, daß sich die Ansuchen für die kleinvolumige Althausanierung verringerten. Das geht klar aus dem Bericht hervor. 1992 waren es rund 12.600, bis 1996 sind die Ansuchen auf 5.400 zurückgegangen. Auch die Höhe der bewilligten Zuschüsse, meine Damen und Herren, verringerte sich im gleichen Zeitraum von rund 146 Millionen auf 47 Millionen. Der Bericht des Finanzkontrollausschusses ist auch sehr tief hier hineingegangen, um die Gründe hervorzuheben. Und er zeigt auch ganz klar und deutlich den Grund für die Einführung dieses neuen Förderungsmodelles im Jahre 1993 auf. Der ganz einfach nur darin lag, voraussichtlich eine langfristige Ausgabenreduktion im Landesbudget zu erreichen. Das war der wahre Grund für die Veränderung dieses Förderungsmodells. Nur wage ich zu bezweifeln, daß diese Tendenz erreicht wird. Daß das Ziel einer angestrebten Budgetentlastung langfristig erreicht wird. Denn es müßte eigentlich dem Hohen Haus insgesamt klar sein, daß Bewohner von sanierungsbedürftigen Wohnungen und Häusern bei einer Verringerung der Förderung eher geneigt sind, nach neuem Wohnraum zu streben und daher für eine zusätzliche Nachfrage im Neubaubereich sorgen. Und zusätzliche Nachfrage im Neubaubereich erfordert wieder zusätzliche Mittel für die Neubauförderung. Weshalb ich langfristig sicherlich durch diese Reduktion der Förderung für die Althausanierung keine Budgetentlastung erkennen kann. Ich meine daher, wenn

eine Budgetentlastung das Ziel sein soll, so kann eine derartige nur durch eine generelle Neuorganisation aller Wohnbauförderungsbereiche erreicht werden. Und man muß in diesem Zusammenhang auch Überlegungen hinsichtlich des Landessehstels anstellen, was ja auch ein wesentlicher Bereich bei der Wohnbauförderung ist.

Ich komme zum Schluß und ich möchte mich abschließend beim Herrn Landesrat Dr. Hannes Bauer für sein Schreiben vom 6. Mai 1998 bedanken, mit welchem er dokumentiert hat, daß er den Bericht des Finanzkontrollausschusses, die Kritik und die Empfehlungen bezüglich der Anstaltsapotheke in der NÖ Landesnervenklinik Maria Gugging durch eine Arbeitsgruppe einer Erledigung zuzuführen beabsichtigt. Warum danke ich ihm? Ganz einfach, weil Landesrat Dr. Bauer während meiner Funktionsperiode als Obmann des Finanzkontrollausschusses das erste und einzige Mitglied der NÖ Landesregierung ist, das mir gegenüber dokumentiert hat, daß er die Kritik und die Empfehlungen des Finanzkontrollausschusses auch aufgreift. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Cerwenka das Wort.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Durch neue Intentionen des Landtages ist anzunehmen, daß es sich um die letzten Wahrnehmungen des Finanzkontrollausschusses handeln wird, die uns berichtet werden und mit Aufforderungen an die NÖ Landesregierung zur Kenntnis gelangen. Ich werde mich speziell auseinandersetzen mit Prüfbereichen, die das NÖ Bildungs- und Heimatwerk und die Kulturszene Betriebs GesmbH betreffen. Und ich werde dabei auch der Frau Kollegin Mag. Weinzinger beweisen, daß der Finanzkontrollausschuß sehr wohl substantielle Vorschläge macht und damit auch Bewegung auslöst. Und nicht allein rechnerische Aufgaben wahrnimmt, wie ich es Ihren Worten eigentlich entnommen habe, herausgehört habe im Hintergrund.

Das Bildungs- und Heimatwerk hat in seinen Satzungen als Verein, der nicht auf Gewinn ausgelegt ist, zwei wesentliche Schwerpunkte als Zielsetzung. Der eine Bereich ist die allgemeine Erwachsenenbildung und der zweite Bereich ist die regional orientierte Kulturförderung mit Pflege des volkstumsorientierten Brauchtums. Der Finanzkontrollausschuß merkt hiezu an, sowohl die

ursprünglichen, als auch die 1996 geänderten Satzungen lassen keine klare Struktur des Bildungs- und Heimatwerkes Niederösterreich im Hinblick auf Aufgaben bzw. Finanzzuständigkeit erkennen. Im Zuge der allseits einkehrenden Autonomie und im direkten Vergleich mit anderen Einrichtungen im Bereich der Erwachsenenbildung erscheint es laut Finanzkontrollausschuß notwendig, die örtlichen Bildungswerke mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit zu versehen. Das hat zweifelsohne den Vorteil von regionaler Eigenständigkeit, ergänzt um die Komponente der Eigenverantwortlichkeit. Was wiederum positiv im Sinne der Identifikation mit den Aufgaben zu sehen ist. Kurz gesagt, Rechte und Pflichten auf einer überschaubaren Ebene.

Gerade der Bereich der Erwachsenenbildung ist in der Gegenwart mit einem verstärkten Stellenwert in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu versehen. Darum ist es meiner Auffassung nach ein Gebot der Stunde, zu erkennen, daß auch hier Professionalität einzuziehen hat. Dies hat konform zu gehen auf der einen Seite mit inhaltlichen Fragen und auf der anderen Seite mit einer klaren und durchschaubaren Finanzstruktur. Diese pekuniäre Transparenz ist nicht nur vom Subventionsgeber aus zu erwarten, sondern von den tätigen Einrichtungen im Sinne eines gesellschaftspolitischen Auftrages widmungsgemäß zu erfüllen.

Im gegenständlichen Prüfbericht ergibt sich der Schluß, daß grundsätzlich die widmungsgemäße Verwendung der Subventionen anerkannt werden kann, wengleich auf Grund von vorhandenen Abrechnungsfehlern Gelder rückzufordern sind bzw. waren. Wengleich sich in diesem Bericht ein dunkler Punkt herauskristallisiert, belegt dies, daß bei der schwerpunktmäßigen Überprüfung durch den Finanzkontrollausschuß bezüglich der Verwendung der Landessubvention 1995 im Bezirk Horn am Beispiel der Ortsstelle Siegmundsherg unklare Konturen der finanziellen Seite zu erkennen waren. Das ist natürlich mit handelnden Personen in einem Zusammenhang zu sehen und das versteht sich von selbst. Eigenhonorarnoten auf BHW Niederösterreich-Briefpapier oder Subventionsansuchen auf Marktgemeinde-Briefpapier mit Superbriefkopf des mittlerweile ehemaligen Vizebürgermeisters mit privater Telefon- und Faxnummer sind Beispiele dafür, wie es nicht sein sollte. Der Finanzkontrollausschuß stellt auch zusammenfassend fest, daß in Summe 38.920,- Schilling dem Bildungs- und Heimatwerk rückzuerstatten sind und 2.500,- Schilling der Abteilung Finanzen. Diese punktuellen Mißstände verdeutlichen die Notwendigkeit

einer Neuorientierung der Organisationsstruktur des Bildungs- und Heimatwerkes. Denn es ist für mich nicht einzusehen, warum unzählige engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die ordnungsgemäß und im Sinne des Auftrages für die Gesellschaft tätig sind, Gefahr laufen, durch solche Vorkommnisse in Mißkredit gebracht zu werden. Bevor andere Bereiche unter einer Stigmatisierung zu leiden haben, denn die Gebarungseinschau erfolgte lediglich in einem kleinen Teil einer Niederösterreich umspannenden Organisation, ist Handlungsbedarf der Verantwortlichen angesagt.

Einzelne negative Erscheinungen sind nirgends ausschließbar. Aber durch Einengung der Organisationsstruktur bzw. durch Verantwortlichkeit in einem Autonomiebereich wird das Gefahrenpotential herabgesetzt. Und ich stelle es mit aller Deutlichkeit fest: Subventionsmittel sind Steuergelder, deren Verwendung jederzeit klar nachvollziehbar sein muß. Aber aus dem Blickpunkt der Gegenwart habe ich den Eindruck gewonnen, daß der neue Leiter des Bildungs- und Heimatwerkes Niederösterreich Dr. Kienast bestrebt ist, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen, um den Erwartungen der Menschen und der Behörden in Zukunft gerecht werden zu können. Eine Neuorientierung ist nicht immer leicht, da es gilt, Strukturen aufzubrechen, um Veränderungen herbeiführen zu können. Aber im gegenständlichen Fall erscheint es dennoch laut Wahrnehmungen dringend erforderlich.

Doch nun zum nächsten Teil des Berichtes, der sich mit der Kulturszene auseinandersetzt. Als neuer Verantwortlicher im Kulturbereich meines Landtagsklubs habe ich bereits in der kurzen Zeit der Einarbeitungsphase bemerkt, daß der Kulturbereich ob der verschiedensten starken und ausgeprägten Persönlichkeiten alles andere als konfliktfrei zu betrachten ist. Der Finanzkontrollausschuß hat die Jahre 1993 bis 1995 der Kulturszene BetriebsgesmbH geprüft und das Geschäftsjahr 1996 laut Jahresabschluß an Hand der Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer mitbehandelt. Die Korrelation zwischen Kreativität und Wirtschaftsgebarung ergibt ein Spannungsfeld, in das es gilt, auch hier Profitum für beide Teile zu erzielen. Die Ausführungen des Berichtes leiten auf den Weg, der künftig einzuschlagen sein wird.

Am 27. Mai 1993 erfolgte die Gründung - ich nenne es nur mehr in der Kurzform - der KUSZ. Unser Bundesland war ursprünglich durch die NÖPLAN Hauptgesellschafter mit 51 Prozent, während die Hypo-Leasing die restlichen 49 Prozent hielt. Obwohl bereits die Überprüfung zeigte, daß wichtige Bestimmungen des Gesellschafts-

vertrages spät oder überhaupt nicht realisiert wurden, wie die Bestellung des Aufsichtsrates, des Beirates, oder fehlende Geschäftsordnungen und Kompetenzverteilungen für die Geschäftsordnung. Drei Jahre und drei Tage nach Gründung wurde mit Beschluß der Generalversammlung der Gesellschaftsvertrag neu gefaßt. Zum Beispiel wurde der Gegenstand des Unternehmens deutlicher definiert. Es ist der Betrieb von kulturellen Einrichtungen in Niederösterreich und St. Pölten, insbesondere des Kulturbezirkes und vor allem das Festspielhaus. Das Land Niederösterreich zog sich aus der Gesellschaft zurück.

Bemerkenswert ist laut Wahrnehmungen allerdings, zu sehen, daß die Hypobank durch ein Tochterunternehmen indirekt über 46 Prozent des Stammkapitals verfügt. Interessant sind auch die Wechsel in den Geschäftsbereichen. Mag. Juill und Dr. Ladenbauer wurden bei der Gründung bestellt. Mit 1. Jänner 1994 kam Dr. Rexroth dazu. Mittels Umlaufbeschlusses wurde mit 15. März 1995 Frau Wunderer mit Wirksamkeit von 1. April 1995 zum Gesamtprokuristen bestellt. In den Jahren 1995 und 1996 traten die ursprünglichen Geschäftsführer Mag. Juill und Dr. Ladenbauer zurück. Als neue Geschäftsführer wurden Mag. Bauer und Mag. Mörtl bestellt. Mit dem Recht, die KUSZ gemeinsam mit einem zweiten Geschäftsführer oder Gesamtprokuristen zu vertreten. Gleichzeitig wurde in der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. Mai 1996 eine neue Geschäftsordnung beschlossen, wobei geregelt wurde, wo die Zustimmung des Aufsichtsrates notwendig ist oder die Empfehlung des Beirates. Dem Dienstvertrag mit Dr. Rexroth ist zu entnehmen, daß dieser mit der Leitung des Bereiches Kulturmanagement und Mag. Bauer mit der Leitung des Bereiches kaufmännische Belange betraut wurde.

Obwohl bereits seit Gründung die Verpflichtung einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer normiert wurde, ist man dieser Bestimmung bis zum 30. Mai 1996 nicht nachgekommen. Die ab diesem Zeitpunkt oder mit diesem Zeitpunkt festgelegte neue Geschäftsordnung zwingt zur Protokollierung von Beschlüssen, wobei laut Finanzkontrollausschuß festzuhalten ist, daß diese nur mangelhaft und teilweise handschriftlich und kaum lesbar geführt wurden.

In der Generalversammlung vom 13. Dezember 1996 legte Dr. Rexroth seine Geschäftsführerfunktion zurück. Für den künstlerischen Bereich wurde kein neuer Geschäftsführer installiert, sondern ein Kuratorenmodell mit Mimi Wunderer, Renald Deppe und Mia Zapelka in Kraft gesetzt.

Und wie Sie bereits ausgeführt haben, stehen wir zum heutigen Tag in diesem Bereich wieder vor neuen Voraussetzungen in personeller Hinsicht und Verantwortlichkeit.

Erwähnenswert ist auch weiters, daß bis zum Prüfungszeitpunkt kein Aufsichtsrat bestellt wurde, wodurch die Überwachung der Geschäftsführung nicht gegeben war. Auch der Beirat für künstlerische Fragen wurde erst im neu gefaßten Gesellschaftsvertrag eingerichtet, wobei die Entsendung einiger Vertreter bzw. derer Organisationen in diesem Zusammenhang vielleicht doch zu hinterfragen ist. Durch den späten Abschluß einer Förderungsvereinbarung verfügte die KUSZ in den Jahren 1993 bis 1996 über keine gesicherte Finanzierung. Auf Grund der Bilanzverluste in den beiden ersten Geschäftsjahren und des nur zur Hälfte eingezahlten Stammkapitals entstand ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von rund eineinhalb Millionen im Jahr 1993, 5,8 Millionen im Jahr 1994, 2,3 Millionen 1995 und 2,2 Millionen 1996. Der Wirtschaftsprüfer stellt auch eindeutig eine Überschuldung fest. Die Geschäftsführung allerdings meinte, daß eine Überschuldung laut Insolvenzrecht nicht vorliege, da ein Gesellschafter eine mündliche Absichtserklärung zur Verlustabdeckung abgegeben habe. Das ist allerdings nirgends protokolliert. Und 1994 und 1995 wurde von der Geschäftsführung festgestellt, daß eine Abdeckung des Fehlbetrages seitens des Landes Niederösterreich vorgesehen ist. Eine derartige Verpflichtung hätte eines Beschlusses der NÖ Landesregierung bedurft, der meines Wissens nie gefaßt wurde.

Die Verbindlichkeiten der KUSZ betragen 1993 rund 2,7 Millionen, 1994 9 Millionen, 1995 13 Millionen und 1996 erfolgte erstmals ein Abbau auf rund 11 Millionen. Der Großteil der Verbindlichkeiten resultiert aus einem Darlehen, zu dem die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich gewesen wäre, den es nie gegeben hat. Die Erfolgsentwicklung der KUSZ an Hand der Jahresverluste 1993 in der Höhe von 1,81 Millionen und 1994 mit 4,27 Millionen weist einen Bilanzverlust für diese Zeit von 6,07 Millionen aus. Mit dem Jahresgewinn 1995 vermindert sich der Bilanzverlust auf 2,6 Millionen und stieg 1996 neuerlich auf 2,67 Millionen. All diese eher technischen Details machen deutlich, daß hier eine Vielfalt an Versäumnissen durch den Finanzkontrollausschuß aufgezeigt worden ist.

Ob all der Schönheit und der Wesentlichkeit der Kultur, wozu ich mich bekenne, ist es unverzichtbar, das rechnerische und wirtschaftliche Element aus dem kreativen Bereich auszuklam-

mern und diese Bereiche klar zu trennen. Ein geflügeltes Wort stellt oft in den Raum, Kunst rechnet sich nicht. Das ist ja auch die Grundlage für die Förderungsbereitschaft des Landes. Aber nichts desto trotz ist Professionalität, wie bereits beim Bildungs- und Heimatwerk angesprochen, ein Element, das im Vordergrund zu stehen hat. Der Finanzkontrollausschuß regt nicht zu Unrecht an, und ein Blick in das Landesbudget zeigt, daß ein Nebeneinander im Kulturbereich auch geringere Effizienz finanzieller Natur bedeutet. Durch eine Zusammenführung von Gesellschaften, die auf gleichen Gebieten tätig sind, wie zum Beispiel die Donaufestival GesmbH, können Kosteneinsparungen erzielt werden. Synergieeffekte und Verringerungen im Verwaltungsaufwand können dazu beitragen, der Kultur bei gleichem Förderungsniveau ein besseres finanzielles Potential zu ermöglichen.

Und abschließend: An Hand von beiden angesprochenen Prüfbereichen ist ersichtlich, daß Verbesserungen möglich und notwendig sind. Die Bestrebungen der Einrichtungen und das Einwirken der Landesregierung stimmen zuversichtlich, daß der Wille zu einer Lenkkorrektur vorhanden ist bzw. die nötigen Steuerungsmechanismen in Gang gebracht wurden oder werden. Daher werden wir den Bericht im Sinne des Antrages des Finanzkontrollausschusses zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Hinterholzer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Ing. Hofbauer das Wort.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der vorliegende Bericht des Finanzkontrollausschusses umfaßt 11 Bereiche. Und wenn man den Rednern, die heute hier am Rednerpult gestanden haben, zugehört hat, dann hat sich je nach politischer Zugehörigkeit jeder den Teil herausgesucht aus diesen Berichten, die er in seiner politischen Umsetzung besonders in den Vordergrund stellen will.

Ich glaube aber, daß wir diesen Finanzkontrollausschußbericht in seiner Gesamtheit ansehen sollten und auch die Beurteilung der einzelnen Punkte nicht buchstabengetreu vornehmen sollten. Diese buchstabengetreue Umsetzung ist die Aufgabe der jeweiligen Abteilungen. Ich glaube, daß es unsere Aufgabe hier im Hohen Landtag ist, den Bericht als Gesamtheit zu sehen und damit die Aufgabe des Finanzkontrollaus-

schusses auch entsprechend zu akzeptieren und anzuerkennen.

Ich kann aber nicht umhin, doch auf einige Punkte auch konkret einzugehen. Ich bin ein Bürger, wie heute schon an diesem Platz gesagt, der nicht in St. Pölten wohnt, sondern im sehr weit entfernten Bereich, mit 140 Kilometer Abstand. Und trotzdem freue ich mich, daß es gelungen ist, hier in St. Pölten mit der Errichtung des Festspielhauses und mit der NÖ Kulturszene in St. Pölten dem Land Niederösterreich ein kulturelles Zentrum zu geben. Das war von Anfang an nicht selbstverständlich, daß wir St. Pölten nicht nur zur Landeshauptstadt machen für die politische Aufgabe, sondern wir wollten St. Pölten auch als kulturelle Hauptstadt unseres Landes wissen. Ich weiß auch, daß es nicht einfach ist, in der heutigen Zeit eine Kulturhauptstadt zu definieren und zu errichten. Und daher glaube ich, daß die Anmerkungen des Finanzkontrollausschusses zur NÖ Kulturszene auch aus dieser Sicht zu sehen und daher auch zu relativieren sind. Und ich glaube, daß es möglich ist. Wir haben aus den Ausführungen des Kollegen Cerwenka bereits gehört, daß die gute Auslastung und die Ertragsituation bereits in die richtige Richtung zeigt. Und daher glaube ich, daß die Anmerkungen hier verstanden werden.

Ein Bereich, der sehr umfangreich besprochen wird im Finanzkontrollausschußbericht ist der Bereich der Althausanierung. Und ich verstehe den Herrn Abgeordneten Mag. Fasan in der Richtung nicht ganz, daß er hier glaubt, daß es keine Koppelung zwischen Althausanierung und Wohnhaus-Neubau gibt. Diese Koppelung gibt es wohl, wenn Sie dem Wohnungsbedürfnis der Einreichenden entspricht. Nicht gefördert wird das, was wir in der Vergangenheit gelegentlich gehabt haben, daß man ein altes Haus kauft, eine alte schöne Villa und dann mit Althausanierung weit über den sozialen Bedarf der Abdeckung des dringenden Wohnbedürfnisses Investitionen tätigt, von der umfangreichen Sauna bis zum Schwimmbaden und ähnliches. Und das dann mit Althausanierung gefördert haben will. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, im Bereich der Wohnbauförderung dafür zu sorgen, daß wir unseren Bewohnern im Land Niederösterreich entsprechend gute Wohnmöglichkeiten geben und das auch entsprechend fördern. Luxuseinrichtungen sind nicht dazu da, um vom Land Niederösterreich entsprechend gefördert zu werden.

Ich glaube auch, und da darf ich dem Abgeordneten Dkfm. Rambossek klar widersprechen, die Wohnbauförderung, die Althausanierung

wurde in ihrer Treffsicherheit deutlich erhöht. Und ich glaube, daß der Bericht in Summe attestiert, daß die Wohnbauförderung in Niederösterreich verwaltungseinfach gestaltet ist. daß sie durch Auslagerungen in die Bezirkshauptmannschaften dezentralisiert wurde. Daß die Ansuchen ohne lange Wartezeit rasch erledigt werden und daß in Summe das Modell gelobt wird. Es kommt im Landes-Kontrollausschußbericht auch nicht das Wort „vorbeigeschwindelt“ vor. Vielleicht ist das ein Ausdruck, der derzeit im Bereich der Freiheitlichen öfter verwendet wird. Aber der Finanzkontrollausschuß stellt fest, daß im Bereich des Wohnungsförderungsbeirates die Befassung erst zu einem Zeitpunkt erfolgte, als in der Landesregierung bereits der Beschluß gefaßt worden war. Und es steht auch die Begründung dabei: Man wollte nicht einen Boom an Ansuchen knapp vor der Beschlußfassung noch erwirken, und damit den neuen Antragstellern lange Wartezeiten einräumen.

Ich möchte an dieser Stelle dem Landesrat Mag. Freibauer, der über viele Jahre Verantwortlicher für das Wohnbauressort war, danken dafür, daß er diese Initiativen gesetzt hat. Daß mit diesem umfangreichen Aufgabenbereich in der Wohnbauförderung der Bauindustrie und dem Gewerbe in Niederösterreich ein sehr großes Auftragsvolumen zugeführt werden konnte und daß die Wohnbauförderung in Niederösterreich finanziell abgesichert ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Diese Voraussetzungen ermöglichen der Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop, die nun ressortzuständig ist, die Wohnbauförderung in Niederösterreich im bisherigen Ausmaß weiterzuführen.

Der Finanzkontrollausschuß beschäftigt sich in einem weiteren Punkt sehr eingehend mit dem Bildungs- und Heimatwerk Niederösterreich. Viele von uns Abgeordneten kennen die Veranstaltungen und die Tätigkeiten dieser flächendeckend in Niederösterreich tätigen Fortbildungseinrichtung. Wir haben in sehr vielen Gemeinden aktive Vereine, wo freiwillige Funktionäre in ihrer Freizeit sich die Mühe machen, Veranstaltungsprogramme zu erstellen, im Bereich der Brauchtumspflege tätig zu sein. Und uns allen im Land Niederösterreich damit die Möglichkeit geben, Kultur zu genießen und Kultur auch weiter zu vermitteln. Das Land Niederösterreich kann stolz sein auf diese große Zahl von Freiwilligen, nicht nur im Bereich des Bildungs- und Heimatwerkes, sondern auch in den anderen Organisationen der Volksbildung. Ich denke an die Volkshochschule, an das katholische Bildungswerk und viele andere. Daß es im Bericht auch Anmerkungen zum Bildungs- und Heimat-

werk gibt, zeigt, daß jede Institution auch eine bestimmte Fortentwicklung nehmen muß. Im Vorstand des Bildungs- und Heimatwerkes hat man auf die Anmerkungen des Kontrollamtes bereits Rücksicht genommen. Es ist derzeit ein neues Statut in Erarbeitung. Es wird auf einer sehr breiten Ebene die Diskussion über die Ziele und Aufgaben des Bildungs- und Heimatwerkes geführt. Und ich bin überzeugt, daß mit dem neuen Landesobmann Dr. Kienast auch die Fortsetzung einer umfangreichen Volksbildung gegeben ist. Daß es dort und da bei der Kontrolle von Belegen Abrechnungsfehler gegeben hat, ist leider Gottes der Fall. Ich hoffe, daß das ausgeglichen ist und daß damit auch durch die Rückzahlungen die entsprechenden Klarstellungen erfolgt sind und dem Land Niederösterreich damit kein Schaden erwachsen ist.

Der Landtag hat in seiner ersten Plenarsitzung hier im Hohen Haus das Gesetz zur Errichtung des Landesrechnungshofes beschlossen. Wir wollen die Kontrolle in Niederösterreich neu organisieren. Für mich überraschend ist, daß die Freiheitlichen im Nationalrat einen Entschließungsantrag eingebracht haben, der die Bundesregierung auffordert, das Verfassungsgesetz in Niederösterreich zur Errichtung des Landesrechnungshofes zu beeinspruchen. Wir gehen dabei Gefahr, daß wir mit der Installierung des Landesrechnungshofes einige Monate verlieren und damit die Kontrolle in ein mögliches Interregnum tritt. Ich darf anmerken, daß das Gesetz, das niederösterreichische Gesetz zur Installierung des Landesrechnungshofes denen anderer Bundesländer sehr ähnlich ist und insbesondere auch mit dem Kärntner Gesetz praktisch ident ist. Auch die Frage, die hier im Hohen Landtag entschieden wurde, daß der neue Leiter des Landesrechnungshofes der bewährte jetzige Leiter des Kontrollamtes, Hofrat Dr. Schoiber sein soll, bestätigt mich darin, daß auch im Bereich der Kontrolle Kontinuität erforderlich ist. Und daß dabei auch auf die Erfahrung, die wir in diesem Bereich haben, Rücksicht genommen wird. Und daß die Infrastruktur des jetzigen Kontrollamtes auch für den neuen Landesrechnungshof genützt wird. Ich glaube, daß wir damit bewiesen haben, daß wir auch im Bereich der Kontrolle vorsichtig sind, sparsam sind, aber die Effizienz der Kontrolle nicht außer acht lassen und uns damit auch selbst als Landtag mit dem neuen Landesrechnungshof die eigene Kontrolle sichern und nur mit dieser auch gewährleisten, daß die Beschlüsse, die wir hier im Hohen Landtag fassen, auch entsprechend kontrolliert und überprüft werden.

Ich möchte an dieser Stelle abschließend den von unserer Partei ausgeschiedenen Mitgliedern des Kontrollausschusses für ihre Tätigkeit sehr herzlich danken und erwähnen, daß der Landeskontrollausschuß nicht nur aus dem Obmann besteht, sondern daß es hier eine Vielzahl von Abgeordneten gibt, die diese Aufgabe wahrnehmen. Und ich möchte namentlich die Abgeordneten Klupper, Treitler, Hoffinger und Dr. Mautner Markhof nennen und mich bei ihnen für ihre Tätigkeit bedanken. Dem Leiter des derzeitigen Kontrollamtes und zukünftigen Landesrechnungshofes, Herrn Hofrat Dr. Schoiber wünsche ich in seiner neuen Aufgabe viel Erfolg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Debatte ist geschlossen. Wird seitens des Herrn Berichterstatters ein Schlußwort gewünscht?

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Er verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Ich stelle Einstimmigkeit fest und somit ist dieser Antrag angenommen.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Kurzreiter, die Verhandlungen zu Ltg. 13/B-2 einzuleiten.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. KURZREITER (ÖVP): Hoher Landtag! Ich berichte über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes betreffend die Erfüllung der Maastricht-Konvergenzkriterien, Teilgebiete der Gebarung des Landes Niederösterreich, die psychiatrische Versorgung und die Krankenhausinformationstechnik im Land Niederösterreich sowie über das Krankenhaus Krems.

Zu Punkt 1, Erfüllung der Maastricht-Konvergenzkriterien: Der Bericht behandelt schwerpunktmäßig die gemeinschaftsrechtliche Ermittlung der öffentlichen Verschuldung, Maßnahmen zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin, Koordinierung der Konsolidierungsmaßnahmen und den Erreichungsgrad dieser Konvergenzkriterien.

Zu Punkt 2, Teilgebiete der Gebarung des Landes Niederösterreich: Hier bezieht sich der Bericht schwerpunktmäßig auf den Landeshaus-

halt generell, auf die Bereiche Personal, soziale Wohlfahrt und das Agrarfördersystem.

Zu Punkt 3, Psychiatrische Versorgung im Land Niederösterreich: Hier sind die Schwerpunkte die Richtlinien der Welt-Gesundheitsorganisation, stationäre Versorgung, Versorgung durch Fachärzte für Psychiatrie, Versorgung außerhalb der Krankenanstalten sowie die Psychiatriereform.

Zu Punkt 4, Krankenhausinformationstechnik in Niederösterreich: Dieser beinhaltet die Bereiche EDV-Einsatz in den Gemeinde- und Gemeindeverbandskrankenanstalten, EDV-Einsatz in der Abteilung Gesundheitswesen sowie EDV-Projekt für vier Landeskrankenanstalten.

Der Punkt 5 über das Krankenhaus Krems: Dieser befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Organisation dieses Krankenhauses, der wirtschaftlichen Lage, dem medizinischen Leistungsangebot, der Betriebsführung, dem medizinischen Bereich, dem Personal und der elektronischen Datenverarbeitung.

Namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses darf ich daher folgenden Antrag stellen *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Erfüllung der 'Maastricht'-Konvergenzkriterien; Teilgebiete der Gebarung; psychiatrische Versorgung; Krankenhausinformationstechnik im Land Niederösterreich; Krankenhaus Krems wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte Dich, Herr Präsident, die Debatte abzuführen und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Pietsch.

Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der vorliegende Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes gibt uns Aufklärung über die Prüfung in verschiedenen Teilgebieten. Ich möchte mich hier hauptsächlich mit den Konvergenzkriterien und dem Zusammenspiel mit den Teilgebieten der Gebarung beschäftigen.

Der für die EU maßgebliche Vertrag von Maastricht sieht die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion vor. Dazu ist die Erfüllung der

festgelegten Konvergenzkriterien notwendig, wie Preisstabilität, Wechselkurse, Zinsen, öffentliche Verschuldung, öffentliches Defizit. Die gesamten Kriterien wurden in Summe von Österreich formell erfüllt. Obwohl die Verantwortung gegenüber der EU für die Einhaltung dieser Kriterien allein der Bundesregierung zukommt, erfordert dies nach Ansicht des Rechnungshofes eine wirksame innerstaatliche Koordinierung der Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden.

Dieser Wahrnehmungsbericht ist ja bereits in den Printmedien Gegenstand von Presseartikeln, gefärbt durch Meinungsäußerungen politischer Gruppierungen gewesen. Kontrollen der Budgets sowohl des Bundes wie auch der Länder und Gemeinden durch den Rechnungshof ergeben immer verschiedenartige Betrachtungsweisen und Darstellungen durchgeführter finanztechnischer Maßnahmen sowohl durch überprüfte Stellen als auch durch den Prüfer. Im Zusammenhang mit den Konvergenzkriterien wurden im Bereich des Bundeslandes Niederösterreich Teilgebiete der Gebarung überprüft. Teilgebiet Konvergenzkriterium, öffentliche Verschuldung: Die Abgänge im Landeshaushalt stiegen seit 1992 kontinuierlich an. Nach einigen Jahren des mäßigen Schuldenwachstums entwickelte sich ab 1994 die Neuverschuldung wesentlich höher. Wir wissen natürlich, daß es gewisse Zwänge in der Erstellung von Budgets ergibt, daß gewisse Ausgaben fixiert sind, und der Spielraum in den Budgets natürlich äußerst gering ist. Darum eben die verschiedenartige Auffassung zwischen Rechnungshof und, auf Grund der Gegenäußerungen, der Landesregierung.

Es wurden zwar Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung getroffen, allerdings sieht der Rechnungshof diese Maßnahmen als nicht ausreichend an. Auch beim Defizit kann man sagen, daß im Zuge von Verhandlungen zwischen den Finanzausgleichspartnern Ländern und Gemeinden zur Einhaltung der Maastricht-Konvergenzkriterien ein Defizithöchstwert von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zugestanden wurde. Für das Haushaltsjahr 1997 ergab eine Berechnung des Rechnungshofes an Hand der Bevölkerungszahl ein überhöhtes anteiliges Maastricht-Defizit beim Landeshaushalt. Darum ist es äußerst wichtig, daß eine entsprechende Haushaltskonsolidierung in Form einer Haushaltskonsolidierungsdisziplin hier eingehalten wird.

Die Ermittlung der laufenden Einnahmen und Ausgaben auf der Grundlage modifizierter Rechnungsquerschnitte zeigte, daß sich die Haushaltsstruktur von 1991 bis 1996 wesentlich verschlech-

tert hat. Die Fortführung der Rechnungsquerschnitte bis in das Jahr 1999 ließ ebenfalls einen Handlungsbedarf zur Haushaltskonsolidierung erkennen, die aber auch in den Budgets zu erkennen ist. Faktoren, die die oben genannten Kriterien maßgeblich beeinflussen, sind die Personalausgaben, die Ausgaben für Soziales und natürlich das Agrarfördersystem. Wenn man beim Haushaltsvollzug in den Jahren 1992 bis 1996 genauer hinsieht, so sieht man, daß die Rechnungsabschlüsse sowohl durchwegs günstigere Ergebnisse als die Voranschläge einschließlich der Nachtragsvoranschläge aufweisen. Die Abgänge stiegen allerdings, sieht man von dem außergewöhnlichen Jahr 1995 ab, sehr kontinuierlich an. Wenn man das Jahr 1992 hernimmt mit einem Abgang von 2,5 Milliarden, so stieg dieser bis ins Jahr 1996 auf 5,1 Milliarden. Nur das Jahr 1995 war ein außergewöhnliches Jahr, das muß aber auch fairerweise begründet werden. Denn in diesem Jahr hatten gesamt gesehen die Mehrausgaben aus dem Europaabkommen, insbesondere für die Landwirtschaft, ferner die Mindereinnahmen auf Grund der Steuerreform und des von den Ertragsanteilen abgesetzten EU-Beitrages sowie der Wegfall der Landesumlage zu dem im Jahre 1995 gegenüber 1993 um rund vier Milliarden Schilling höheren Defizit beigetragen. Diese Belastungen sind nach Angaben der Landesregierung schlagartig und kumulativ eingetreten. Wenn man die Ausgaben und Einnahmen betrachtet, so sieht man sehr wohl in diesem Zeitraum, daß die Einnahmen zwar nur um 30,1 Prozent gestiegen sind, die Ausgaben jedoch um 47,6 Prozent. Man sieht, daß hier Einnahmenssteigerungen mit Ausgabensteigerungen nicht Schritt gehalten haben.

Nichts desto weniger muß man aber sagen, daß ab 1996 eine Trendumkehr in Richtung Konsolidierung auf Grund der vom Land fortgesetzten Steuerungsmaßnahmen zu verzeichnen ist. Es hat sich eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Voranschlag 1996 ergeben, wobei der Nettoabgang auf weniger als die Hälfte verringert wurde. Der Budgetvollzug 1997 würde ein um mindestens eine Milliarde Schilling verbessertes Ergebnis bringen. Auch hier gab sich der Rechnungshof nicht ganz mit dieser Argumentation zufrieden. Er war der Auffassung, daß er der Argumentation nach einer deutlichen Trendumkehr in Richtung Konsolidierung ab 1996, ungeachtet der günstigeren Ergebnisse dieses Haushaltsjahres, nicht folgen könne. Die relative Verbesserung des Ergebnisses des Jahres 1996 gegenüber dem Voranschlag und dem Jahre 1995 war weitgehend einnahmenseitig durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 sowie Einmaleffekte bedingt. Ausgabenseitig waren die Einsparungen, abgesehen

von den wegfallenden Einmalzahlungen auf Grund des EU-Beitrittes eher geringfügig. So war bei der bedeutendsten Ausgabenposition „Personal“ keine Trendänderung erkennbar. Das geringere Ausgabenwachstum im Jahr 1996 war im wesentlichen auf Einmaleffekte, ich habe das schon klar dargelegt, zurückzuführen.

Die Verschuldung im Landeshaushalt, die ebenfalls von 1992 bis 1996 konstant gestiegen ist, ist ebenfalls ein Kriterium dieser Maastricht-Konvergenzkriterien. Man sieht sehr wohl, daß hier Anstrengungen seitens des Landes unternommen wurden, diesem Steigen der Verschuldung entgegenzuwirken. Aber wie gesagt, ich habe das schon einmal dargelegt, durch gewisse Zwänge in den Budgets war es hier sehr schwierig, diesem Trend zu entkommen. Natürlich meint der Rechnungshof, daß man hier ausgabenseitig mehr eingreifen müßte, da ja, wie man gesehen hat, die Schere zwischen Einnahmensteigerung und Ausgabensteigerung eine ziemlich große ist.

Der Rechnungshof meint, daß nach einigen Jahren des mäßigen Schuldenwachstums, so betragen die Finanzschulden am Jahresende 1985 11,4 Milliarden Schilling und 1993 15,6 Milliarden, seit 1994 die Nettoverschuldung wesentlich stärker anstieg. Bei Verwirklichung des Vorschlages 1998 würden die Finanzschulden innerhalb eines Zeitraumes von sieben Jahren auf das zweieinhalbfache steigen. Unter Einrechnung der Verwaltungsschulden, bei denen in den letzten Jahren immer häufiger Leasing als Finanzierungsform auftrat, war die Vermehrung des Schuldenwachstums noch größer.

Natürlich hat der Beitritt Österreichs zur EU unter anderem zur Folge, daß alle Bundesländer im Jahr 1995 für Zahlungen an den EU-Haushalt etwa 5,25 Millionen Schilling aufbringen mußten. Für den NÖ Landeshaushalt ergaben sich daraus ebenfalls Belastungen, nicht unwesentliche Belastungen, die es ebenfalls im Budget zu verkraften galt.

Neben den Auswirkungen des EU-Beitrittes hatte ja der Landeshaushalt auch auf die Novelle 1995 des NÖ Landesumlagegesetzes Bedacht zu nehmen, wonach die bis dato eingehobene Landesumlage schrittweise abgeschafft wurde. Den Mindereinnahmen der Jahre 1995 bis 1997 von insgesamt 1,8 Milliarden stand jedoch kein entsprechender Ausgabenrückgang gegenüber. Auch das muß fairerweise hier zu diesem Bericht gesagt werden. Insgesamt bewirkten diese Umstände im Haushaltsjahr 1995 - und daher eben diese eklatante Steigerung - eine außergewöhnli-

che Ausweitung des Abganges des Bruttodefizits auf 7,4 Milliarden Schilling.

Die Einhaltung der fiskalischen Maastricht-Konvergenzkriterien erfordern eine konsequente Einhaltung der Haushaltsdisziplin um übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden. Das Verhältnis zwischen dem geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizit zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen darf drei Prozent nicht übersteigen, wie auch das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstandes vom Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen mit 60 Prozent begrenzt wird. Dies gerechnet auf den Bund. Die Rechnungsabschlüsse und Vorschläge des Landes Niederösterreich bilden nach Vornahme bestimmter Korrekturen auch die Grundlage für die Beurteilung der Einhaltung der fiskalischen Maastricht-Konvergenzkriterien. Aus der Gegenüberstellung der auf diese Weise ermittelten Salden der Vermögens- und der laufenden Gebarung ohne Finanztransaktionen ergibt sich ein Maastricht-Defizit bzw. ein Maastricht-Überschuß. Und wenn man die Tabelle, die der Rechnungshof entwickelt hat, sieht, so geht das von 1993 von einem Maastricht-Plus-Defizit aus bis 1997 zu einem Maastricht-Defizit, und 1998 ist wieder ein Plusdefizit eingeplant.

Im Zuge von Verhandlungen zwischen den Finanzausgleichspartnern wurde im Februar 1996 festgelegt, daß Länder und Gemeinden für 1997 ein Defizit von höchstens 0,3 Prozentpunkte des Bruttoinlandsproduktes veranschlagen werden. Dementsprechend betrug der im Bundesvoranschlag für 1997 vorgesehene Abgang 2,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Eine Aufteilung der 0,3 Prozent auf die Länder- und Gemeindehaushalte war zur Zeit der Gebarungsüberprüfung nicht festgelegt. Der Rechnungshof ging in der folgenden Berechnung von einem Aufteilungsverhältnis von 1:1 aus, zumal die Budgetvolumina der Länder und Gemeinden annähernd gleich groß sind.

Nimmt man die Aufteilung innerhalb der Länder danach vor, ergibt sich für den NÖ Landeshaushalt ein zusätzliches Maastricht-Defizit im Jahre 1997 in der Höhe von 696 Millionen Schilling, dem jedoch das vorhin angeführte auf Grund des Vorschlages ermittelte Maastricht-Defizit von 1,8 Milliarden gegenüber steht. Demnach war dieses fiskalische Konvergenzkriterium bei dem Budgetdefizit in Niederösterreich als nicht erfüllt anzusehen. Zur Einhaltung des gesamten Maastricht-Defizites von höchstens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes wäre es daher erforderlich, daß in anderen Haushalten defizitausgleichende Überschüsse entstehen. Dies ist bekannt-

lich bei verschiedenen Bundesländern ohnehin der Fall. Ich darf hier sagen, daß im Budget 1998 diesem Umstand sehr wohl Rechnung getragen wurde und versucht wurde, auch im Landeshaushalt diesen Kriterien zu entsprechen.

Die Landesregierung hat sich auch gegen den vom Rechnungshof bei der Ermittlung des zulässigen Maastricht-Defizits folgenden Aufteilungen auf Länder und Gemeinden Verhältnis 1:1 gewandt und gemeint, daß diese Aufteilung, diese horizontale Verteilung nicht ganz den Tatsachen entsprechen könne, sondern daß hier eine andere Aufteilung zu bewerkstelligen wäre.

Abschließend darf ich noch dazu sagen, daß hier der Landtag im Juni 1995 Konsolidierungsmaßnahmen im Sinne der Budgetkonsolidierung und entsprechend des Vertrages von Maastricht im Budgetprogramm bei der Erstellung der Voranschläge 1996 bis 1998 vorgesehen hat und diese auch umgesetzt werden. Für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien im Jahr 1997 betrug das Nettodefizit laut Voranschlag 5,1 Milliarden. Das vom Landtag gesetzte Ziel sollte durch eine Begrenzung des Sachaufwandes, eine Verringerung von Dienstposten sowie durch eine Einmalzahlung anstelle einer Allgemeinbezugserhöhung erreicht werden. Trotzdem erachtete der Rechnungshof die im Zuge der Erstellung des Voranschlages 1997 getroffenen Maßnahmen für die nach dem Vertrag von Maastricht erforderliche Haushaltskonsolidierung als nicht ausreichend. Aber es muß hier sehr wohl angemerkt werden, daß die Bemühungen des Landes gegeben sind, diese Kriterien zu erfüllen. Der Rechnungshof verwies auf seine vorhergehenden Ausführungen, wonach von keiner Durchbrechung des Trends gesprochen werden kann, und daß die Haushaltsentwicklung ungeachtet des Rechnungsabschlusses weiterhin genauestens zu beachten wäre.

Der Entwicklung der Personalausgaben kommt ein besonderer Stellenwert für die erforderliche Haushaltskonsolidierung zu. Vorgeschlagene Maßnahmen zur Verringerung des Ausgabenwachstums durch den Rechnungshof ist das Land Niederösterreich zum Teil bereits nachgekommen bzw. ist den Empfehlungen des Rechnungshofes gefolgt. Bei der Gebärungsentwicklung wurde auch ein überdurchschnittlicher Anstieg der Ausgaben für die Wohlfahrt festgestellt. Das sind ebenfalls Bereiche, wo eben das Budget gewissen Zwängen unterliegt und nur schwer gegensteuernde Maßnahmen zu setzen sind. Weiters ist zu sagen, daß natürlich für das überdurchschnittliche Wachstum der Ausgaben die da-

durch hervorgerufene Gemeindebelastung ebenfalls hier in Betracht zu ziehen ist. Die Ausgabensteigerungen wurden vor allem mit der demographischen Entwicklung und dem damit notwendigen Ausbau ambulanter und vor allem im Bereich des Sozialen teilstationärer und stationärer Einrichtungen begründet.

Zur Erfüllung der Maastricht-Konvergenzkriterien wären seitens des Rechnungshofes folgende Leitlinien zu beachten. In Hinkunft wäre auf die Einhaltung eines im Vergleich mit anderen Bundesländern ausgewogenen Maastricht-Defizites zu achten. Zweitens: Da auf der Einnahmenseite die autonomen Steuerungsmöglichkeiten beschränkt sind, wären vorwiegend auf der Ausgabenseite Maßnahmen zu ergreifen. Wobei diese Leitlinie etwas schwierig zu erfüllen ist, da ja ein Großteil des Budgets aus Zwängen besteht. Eine auch über die Funktionsperiode des Landtages hinausgehende, detaillierte Finanzplanung wäre als Grundlage für die Haushaltssteuerung zu erstellen und fortzuführen. Die künftige Personalbewirtschaftung wäre nicht nur an der Anzahl der Planstellen, sondern auch an deren Wertigkeit zu orientieren. Die Entscheidungsgrundlagen für die Veranschlagung der Sozialausgaben wären zu verbessern.

Die prüfende Stelle hat den Vorteil, keine Budgets, wie zum Beispiel ein Landesbudget, erstellen zu müssen und daher auch nicht den unzähligen finanztechnischen Zwängen ausgesetzt zu sein. Doch trotz dieser Zwänge sollten die Anregungen des Rechnungshofes bei der Erstellung zukünftiger Budgets beachtet werden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf ebenfalls zu einigen Punkten des Rechnungshofberichtes kurz Stellung nehmen. Zunächst einmal zu dem Bericht 683, jetzt unter der neuen Zahl 34. Hier wurden die Leistungen der Wirtschaft, vor allem der ECO-PLUS Betriebsansiedelungs- und Regionalisierungsgesellschaft, glaube ich, sehr positiv hervorgehoben. Wir wissen sehr genau, daß es wesentliche Impulse durch dieses Unternehmen gibt und daß wir einen Gutteil der Wirtschaftskraft in unserem Lande diesen Maßnahmen zu verdanken haben.

Ich möchte hier aber auch anmerken, daß es sicherlich so ist, daß Gunstlagen auch Regionen sind. Daß aber hier dem Vorschlag des Rechnungshofes Rechnung getragen werden soll, daß die Förderung und Entwicklung strukturschwacher Gebiete zukünftig noch stärker berücksichtigt werden soll. Wiewohl auch hier im Bereich der Grenzlandförderung die Punkte im wesentlichen sehr positiv für die Entwicklung des Grenzlandes und die Entwicklung Niederösterreichs sowohl in der Frage der Grundstücke als auch im Förderungsbereich gesehen werden dürfen. Aber den intensiven Bemühungen nachzukommen, im Grenzland der Struktur stärker behilflich zu sein und die Wirtschaft zu stärken, wird, glaube ich, alle Verantwortlichen veranlassen, noch stärker in Richtung strukturschwacher Gebiete tätig zu sein.

Zum zweiten Bereich darf ich anführen, daß uns hier unter Geschäftszahl 13 der Bericht des Rechnungshofes vorliegt, die Gebarungsprüfung der Jahre 1993 bis 1995, insbesondere auch die Gegenäußerung des Rechnungshofes zur Stellungnahme der NÖ Landesregierung. Ich bin eigentlich etwas verwundert, daß der Obmann des Finanzkontrollausschusses Dkfm. Rambossek in einer heutigen Aussendung hier kritisiert. Und er meint, daß das Land in einem finanziellen Scherbenhaufen sich befindet im Hinblick auf das Budget. Ich glaube, man darf das hier klarstellen. Vielleicht sollten gerade jene, na, ich möchte nicht sagen, die im Glashaus sitzen, oder die selbst auch Scherben verursacht haben bzw. auf Scherbenhaufen sitzen, sich nicht derartiger Vokabel bedienen. Sondern zuerst versuchen, selbst Maßnahmen in ihrem Bereich in bezug auf ein Sanierungskonzept vorzuschlagen.

Zum allgemeinen Teil ist, glaube ich, auch noch anzuführen, daß von seiten des Rechnungshofes der Schwerpunkt des Berichtes natürlich im Bereich Konvergenzkriterien und Budget gelegen hat. Wobei mittlerweile hier der Kritik bzw. den Aussagen des Rechnungshofes die Basis entzogen wurde, weil seitens des Landes Niederösterreich ja mittlerweile sehr viele Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung eingeleitet wurden und die erforderlichen Aussagen auch entsprechend im Rechnungshofbericht erwähnt wurden. Wenn den Aussagen durch die Entwicklung unseres Landes bzw. auch die Budgetentwicklung der Boden entzogen wurde, dann darf ich doch hier erwähnen, daß es möglich war, die Entwicklung des Landes Niederösterreich, vor allem die gute Entwicklung, dadurch zu ermöglichen, daß das Land zeitgerecht auch finanziell hier Vorsorge getroffen hat. Daß man durch geeignete Maßnahmen vor allem auch im Bereich der Budgetentwicklung einen

Konsolidierungskurs gefahren hat, sodaß ein geordneter Weg in der Budgetpolitik in Niederösterreich möglich war.

Natürlich steht das Land Niederösterreich immer wieder vor sehr großen Herausforderungen, um auch wirtschaftliche Impulse entsprechend zu setzen. Es geht auf der einen Seite um Herausforderungen zum Beitrag zur Budgetkonsolidierung, vor allem aber auch um die Absicherung des Wirtschaftsstandortes in Niederösterreich. Und es geht uns vor allem darum, daß es möglich war, Impulse zu setzen, die quer durch das Land wirkungsvoll eben vieles in der Wirtschaftsentwicklung bewirken konnten, vor allem im Bereich des Gesundheitswesens, der Wohnbauförderung, der Infrastrukturmaßnahmen und vieles mehr. Wo hier in den Regionen sehr viel investiert werden konnte. Wobei schon dazu zu sagen ist, daß im Zusammenhang mit der Gesamtfinanzierung des Beitrittes zur Europäischen Union das Land Niederösterreich 40 Prozent jener Mittel aufbringt, die im Zusammenhang mit dem Europaabkommen - 60 Prozent Bundesanteil, 40 Prozent Landesanteil - gemeinsam finanziert werden müssen. Und das sich natürlich entsprechend budgetmäßig auswirkt. Aber andererseits, wenn von meinem Vorredner davon gesprochen wurde, daß auch für den Landwirtschaftsbereich eine entsprechende Absicherung erforderlich war, dann geht es auch darum, daß mit der Mitfinanzierung des Ausrichtung- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, aber auch mit der Mitfinanzierung der Strukturfonds und der Zielgebietsprogramme es möglich war, sehr viele Impulse in den ländlichen Gebieten und vor allem im Zusammenhang mit Projekten zu erreichen, sodaß es möglich ist, daß Niederösterreich auch künftig das Agrarland Nummer 1 und natürlich auch der Wirtschaftsstandort Nummer 1 in Österreich bleibt.

Es ist von den Konvergenzkriterien gesprochen worden. Und da geht es natürlich darum, daß diese Neuverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes eingegrenzt werden muß und daß die Gesamtverschuldung 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes langfristig nicht übersteigen soll. Es ist hier anzumerken, daß Bund, Länder und Gemeinden ein Übereinkommen geschlossen haben, wodurch der Bund von diesen drei Prozent Neuverschuldung 2,7 Prozent für sich beanspruchen darf und lediglich 0,3 Prozent sozusagen für Länder und Gemeinden zur Aufteilung verbleiben. Vielleicht wäre es auch hier angebracht, daß der Rechnungshof einmal die Frage stellt, ob es nicht doch sinnvoller und vielleicht auch effizienter wäre, wenn für diese neuen Inve-

stitionsmaßnahmen, gerade auf Grund von regionalen Überlegungen Länder und natürlich auch Gemeinden stärker eine Möglichkeit bekommen könnten.

In Summe darf man jedoch sagen, daß sich die Budgetentwicklung des Landes Niederösterreich insgesamt sehr positiv entwickelt hat. Wobei hier festzustellen ist, daß die sogenannten Maastricht-Kriterien, von denen ich gesprochen habe, in Niederösterreich bereits erfüllt sind. Wir werden das in Kürze endgültig auch in festgelegten Zahlen in Form des Rechnungsabschlusses hören. Wir haben im Budgetjahr 1997 bereits diese Kriterien voll erfüllt, das heißt, daß wir sogar darüber hinaus laut Maastricht-Kriterien kein Defizit aufweisen und das wird sich auch im Jahre 1998 und in den Folgejahren fortsetzen. All das ist ein Zeugnis einer kontinuierlichen, zukunftsorientierten Budgetpolitik unseres Landesrates Mag. Freibauer und des jetzigen Landesrates Mag. Sobotka, die für diese Finanzen zuständig sind.

Ich darf aber auch sagen, daß die negativen Auswirkungen des Bundes sich natürlich auch auf die Budgetgestaltung des Landes Niederösterreich auswirken und ihren Niederschlag gefunden haben. Ich darf einige Punkte erwähnen: Die Steuerreform 1993 hatte natürlich für das Land Niederösterreich einen nachhaltigen Einnahmenschwund zur Folge. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums im Kontrollzeitraum des Rechnungshofes hat natürlich zu einer Abschwächung der Konjunktur geführt, vor allem in den Jahren 1993, 1994. Und der EU-Beitritt 1995 mußte ebenfalls auch mit einem Landesanteil finanziert werden, wobei gerade, um es nochmals zu betonen, die Aufstockung der Förderung im Agrar- und Wirtschaftsbereich und der Entfall der Einnahmen durch die Landesumlage, glaube ich, durch Impulse in den ländlichen Gebieten für die Wirtschaft, aber auch durch Investitionsmaßnahmen in den Gemeinden hier sehr sehr viel Positives beigetragen hat.

Ich darf auch positiv hervorheben, daß es doch möglich war, durch den Konsultationsmechanismus, der offensichtlich noch nicht in allen Bereichen vollzogen ist, hier den Konsolidierungskurs des Landes Niederösterreich, aber auch natürlich die zukünftige Budgetentwicklung des Landes und der Gemeinden zu ermöglichen. Nur müssen wir sehr genau darauf schauen, daß dieser Konsultationsmechanismus angewendet wird, nämlich daß keine zusätzlichen Belastungen vom Bund an die Länder und Gemeinden kom-

men, daß dies auch seitens des Bundes tatsächlich eingehalten wird.

Im Zusammenhang mit dem Budgetvollauf des Voranschlags im Berichtszeitraum, insbesondere im Jahre 1996 haben bereits diese eingeleiteten Maßnahmen sich zu Buche geschlagen. So konnte der Nettoabgang von der Budgetsumme 6,2 auf tatsächlich 2,9 Milliarden Schilling bereits im Jahr 1996 reduziert werden. Ich glaube, daß die Wirtschaftsentwicklung Niederösterreichs die positive Beeinflussung ermöglicht hat, daß wir im Spitzenfeld aller Bundesländer Österreichs liegen. Und daß es möglich war, bei verschiedenen Bereichen dennoch innerhalb aller europäischen Regionen vor allem bei den Arbeitsmarktdaten an vorderster Stelle zu liegen. Ich glaube, daß die große Herausforderung auch für die Budgetgestaltung in Zukunft sicherlich vor allem jene sein wird, daß die Position des Landes Niederösterreich hier im internationalen Standortwettbewerb weiterhin verbessert werden kann, um hier eben die Wirtschaftskraft entsprechend zu stärken.

Wir wissen, daß die Haupteinnahmen des Landes Niederösterreich zu etwa 60 Prozent direkt von Bundesabgaben durch Ertragsanteile abhängig sind. Und wenn wir uns nur eine Zahl des Vergleichszeitraumes des Kontrollberichtes des Rechnungshofes hier vergegenwärtigen, dann waren in Niederösterreich die Ertragsanteile 1995 um etwa 6,5 Prozent niedriger als 1994 und kaum höher als 1992. Das heißt, Ziel wird in Zukunft sein, daß sowohl bei der Budgetpolitik die Ausrichtung auf eine positive Gestaltung des Arbeitsmarktes, als auch auf die Beschäftigtenzahl hier Niederschlag finden wird. Und wenn wir bedenken, daß in den letzten Jahren bereits 26 Milliarden Schilling hier für investive Maßnahmen, Belebung der Wirtschaft und ähnliches, am direkten und indirekten Weg im Zusammenhang mit der Budgetgestaltung des Landes Niederösterreich Verwendung gefunden haben, dann sind das doch deutliche Zeichen, die einiges auch dazu beigetragen haben. Und ich möchte insbesondere auch betonen, daß es möglich war, durch Deregulierung und entsprechende Maßnahmen auf Gesetzesebene, Abschaffung von Gesetzen, Reduzierung von Verordnungen, Vereinfachung von Verfahren der Privatwirtschaft sehr entgegenzukommen. Denn dies sind ja vor allem jene Träger, die unsere Arbeitsplätze draußen vorrangig absichern.

Es wird notwendig sein im Zusammenhang mit den Ausführungen des Rechnungshofes, im Zusammenhang mit dem Thema Personal, daß

wir auch betonen, daß vor allem im Konzept ‚Straße 2000‘ hier bereits wirkungsvolle Maßnahmen gesetzt wurden, um die Regelung des Straßendienstes effizienter zu gestalten. Wir müssen aber auch sehen, daß wir in den verschiedenen Bereichen beim Personalabbau an Grenzen stoßen. Ich darf insbesondere die Bedeutung betonen, daß gerade im Zusammenhang mit Sozialeinrichtungen hier eine entsprechende Versorgung gegeben sein muß. Und dazu benötigt man eben Personal.

Wobei gerade die Miteinbeziehung der Wertigkeit von Dienstposten bis hin zur Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung, glaube ich, neuen Anforderungen der Beschäftigungspolitik entspricht. In Zusammenhang mit der Gebärungsentwicklung darf bezüglich der Sozialhilfe- und der Pflegesicherung festgestellt werden, daß eigentlich diese Veränderung als logische Folge der demographischen Entwicklung entspricht und daß vor allem im Ausbauprogramm der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime hier einem zusätzlichen Bedarf der Pflegebetten bereits längerfristig bis zum Jahre 2011 entsprochen wurde.

Zur Kritik am Grünen Kreis, die sich ebenfalls im Rechnungshofbericht findet, darf ich sagen, daß es nicht Aufgabe eines gemeinnützigen Vereines ist, Eigenkapital zu bilden. Aber wenn dieses Eigenkapital ordnungsgemäß gebildet wurde, dann ist es wesentlich besser, hier ein finanzielles Fundament zu haben als möglicherweise Schulden zu machen. Eigenkapital zu verwirtschaften oder vielleicht Schulden zu machen und dieses Geld unwiederbringlich zu verlegen. Ich glaube, das ist eher beispielgebend hier, wenn Eigenkapital gebildet wurde. Aufgabenstellung dieser Organisation ist es vor allem, Süchtigen und Drogenabhängigen zu helfen und ist dies, glaube ich, auch gesellschaftspolitisch eine sehr, sehr wichtige Aufgabe.

Zwei Sätze noch zur psychiatrischen Versorgung im Land Niederösterreich. Es ist so, daß hier die Psychiatriepläne vorliegen, hier aber doch ein Manko der Versorgung zwischen weit abgelegenen Bezirken und zwischen jenen, die sich im Nahbereich von Krankenanstalten befinden, herrscht. Ich glaube, es ist dem auch Rechnung zu tragen. Wobei an sich bei diesen Richtlinien und bei der Kontrolle die maßgeblichen Bestimmungen der Weltgesundheitsorganisation vor allem Bestandteil dieser Gebärungsprüfung waren. Es geht vor allem darum, eine Gleichstellung oder ich würde sagen, eine gerechtere Stellung der körperlich und seelisch Kranken zu erreichen. Wobei das in rechtlicher, finanzieller

und in sozialer Hinsicht erfolgen soll. Es ist hier sicherlich auch die Frage der Integration der psychiatrischen Versorgung in das bestehende System zukünftig stärker zu überlegen. Und es geht vor allem um den Aufbau eines bedarfsgerechten Versorgungssystems, um die Frage der Regionalisierung und der Koordination und Kooperation bestehender Versorgungssysteme.

Vielen dieser Punkte ist eigentlich mittlerweile weitgehend Rechnung getragen worden. Ich darf vor allem erwähnen, daß im Zusammenhang mit der Krankenhausfinanzierung diese leistungsbezogene Abrechnung eine Verbesserung gebracht hat. Und daß vor allem im Vergleich - und das untermauert eigentlich die Tätigkeit des Landes - eine internationale Studie aussagt, daß außerstationäre Einrichtungen mit etwa 43 Prozent der stationären Kosten das Auslangen finden. Hier wird, glaube ich, dem bereits seitens des Landes Rechnung getragen, indem zu den Anstalten Gugging bei Klosterneuburg und Mauer bei Amstetten weitere Dezentralisierungen erfolgten. Für derartige Dinge wurden an sieben Standorten, nämlich Mistelbach, Zwettl, Mauer, St. Pölten, Gugging, Wr. Neustadt und Mödling Standorte geschaffen. Wobei zur Unterstützung dieses Zieles das Land ein abgestuftes koordiniertes Angebot von außerstationären Möglichkeiten hier anbietet. Es geht uns darum, daß die Versorgung in den Regionen entsprechende Berücksichtigung finden soll. Daß der psychosoziale Dienst entsprechend eingesetzt wird. Und daß vor allem in dem Bereich Arbeitsrehabilitationseinrichtungen, Tagesheimstätten bis hin zur Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen ein wesentlicher Schritt gesetzt wurde.

Ein Punkt, der hier auch angesprochen wurde und der sicherlich mittlerweile auch seitens des Landes Niederösterreich voll berücksichtigt wird, ist vor allem jener, daß eine gewisse Umschichtung von Pflegepersonal in Richtung therapeutische Mitarbeiter gehen soll. Weil es vor allem darum geht, daß man durch Therapie den Menschen ganz einfach wesentlich mehr helfen kann und dann sich in der Folge auch Pflegekosten ersparen kann. Das ist für die Entwicklung der jeweiligen Personen, glaube ich, sehr, sehr vorteilhaft.

Ein abschließendes Wort noch zur Frage der Krankenhausinformationstechnik, die auch hier angesprochen wurde. Auch hier gilt ähnliches wie ich vorher schon gesagt habe: Daß das Land Niederösterreich dem bereits nachgekommen ist. Ich glaube, wir haben gerade mit diesen hier angeführten Informationstechnologien im Zusammen-

hang mit einem EDV-Rahmenkonzept für Gemeinde- und Verbandskrankenanstalten, mit einem Gesamtkonzept für Informationssysteme der Landeskrankenanstalten und vor allem mit der Kombination der Medizintechnik und der Eingliederung in die bestehende EDV-Struktur, mit der Einrichtung des NÖGUS vor allem, eine Vergleichbarkeit geschaffen, die hier für die Krankenanstalten im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit, aber auch in Hinblick auf den Bedarf, auf den Finanzierungsbedarf und die Erforderlichkeit und auch die Effizienz, glaube ich, vorgelegt wurde. Ich darf das Kompliment vor allem dahingehend aussprechen, daß ich bei Kontakten auch von sehr vielen anderen Bundesländern gehört habe, daß gerade dieses NÖGUS-Modell österreichweit zukunftsweisend und beispielgebend ist. Ich glaube, wir sollten in diesem Zusammenhang erwähnen, daß Niederösterreich wieder einmal die Nase vorne hat und im Vergleich der Bundesländer an vorderster Stelle liegt.

Zum zweiten möchte ich bemerken, daß die diversen Vorschläge, die in diesem Rechnungshofbericht enthalten sind, längst seitens des Landes Niederösterreich hier von sich aus eingeleitet und vollzogen wurden durch Beschlüsse des Landtages und auch der Landesregierung. Vor allem sei nochmals darauf verwiesen, daß diese Maastricht-Kriterien erfüllt wurden und wir bereits 1997 ohne Maastricht-Defizit das Landesbudget abschließen konnten. Und daß vor allem, und das darf ich ebenfalls anführen, in Niederösterreich durch eine sorgsame Budgetpolitik unserer Finanzlandesräte, des jetzigen Präsidenten und vormaligen Landesrates Mag. Freibauer und von Finanzlandesrat Mag. Sobotka ein guter Weg für die Zukunft in Niederösterreich auf einer stabilen Budgetentwicklung möglich wird. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Es wird Sie jetzt wenig überraschen, wenn ich insbesondere die kritischen Punkte dieses Rechnungshofberichtes hervorhebe und nicht unbedingt zu den Schlußfolgerungen meiner Vorredner komme, die der Auffassung sind, daß bereits jetzt die Bemühungen aller gegeben sind oder die Vorschläge sich bereits in Umsetzung befinden. Da muß ich mir erlauben zu sagen, die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube in diesem Fall.

Beim Punkt Rechnungshofbericht, Geschäftsstück 13, denke ich, ist teilweise schon darauf hingewiesen worden - und ich möchte die für mich wesentlichen Punkte noch kurz zusammenfassen - daß wir offensichtlich hier mit einer Situation konfrontiert sind, daß über eine gesamte Legislaturperiode hinweg sich die Finanzsituation des Landes offenkundig unbemerkt oder aber offenkundig, ohne es bemerken zu wollen, deutlich verschlechtert hat. Daß ein Schuldenzuwachs gegeben ist, der als systemimmanent festzuhalten ist. Daß einerseits die Einnahmen zwar steigen, aber die Ausgaben noch wesentlich deutlicher steigen. Und hier vor allem der Bereich Personalkosten anzuführen ist. Es ist bereits ausgeführt worden und ich habe selbst auch schon darauf hingewiesen, daß mir ganz besonders im Bereich der Pflegeeinrichtungen auffällt, daß die Patientenzahlen zurückgehen, der Personalstand jedoch teilweise sogar wächst, wie in der überprüften Anstalt in Mauer. Und trotzdem ist die ausreichende Versorgung der Patienten mit Fachpersonal nicht gewährleistet. Ich denke, daß das Problem im Personalbereich sehr wohl bekannt ist. Daß es durchaus im übrigen auch unserem Finanzkontrollausschuß bekannt sein müßte. Daß aber bislang keinerlei Abhilfe in Sicht ist und ganz dringend eine Abhilfe erforderlich ist.

Was ich nicht unter Abhilfe verstehe für die Verschlechterung der Budgetzahlen, mit der wir hier befaßt sind, ist das Ausweichen in Leasingfinanzierungen, die sich dann über weite Strecken auch mit ihren Folgekosten nicht im ordentlichen Budget wiederfinden. Hier ist eine Art „Nebelwerfertaktik“ festzustellen, ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt möchte ich jetzt einmal dahingestellt lassen. In jedem Fall kritisiert aber auch der Rechnungshof, daß hier die ausreichende Transparenz nicht gewährleistet ist, ein Überblick nicht gegeben ist und man durchaus den Eindruck gewinnen könnte, daß die Landesregierung die Finanzen nicht wirklich ganz unter Kontrolle hat. Und daß sie selber manchmal den Eindruck vermittelt, nicht mehr den Überblick zu besitzen.

Ich fordere hier ein, daß in Hinkunft auch für das nächste Budget dieser Weg der Leasingfinanzierung, wenn er überhaupt begangen wird, sehr transparent mit entsprechend korrektem Vermerk im ordentlichen Budget festgehalten wird und man nicht auszuweichen versucht oder gar in die Versuchung gerät, mit Budgetkosmetik ein strukturelles Budgetproblem zu bewältigen.

Der Punkt Maastrichtziele ist bereits angesprochen worden. Ich denke, es geht nicht an, daß sich Niederösterreich auf Dauer de facto auf

Kosten der Einsparungserlöse der anderen Bundesländer durchschlägt. Wir haben bei den im Rechnungshofbericht kritisierten Punkten ganz klar die Tendenz, daß Niederösterreich das nach Bevölkerungsanteilen umgerechnete Ziel nicht erreicht und die Länder insgesamt nur deswegen das Plansoll einhalten können, weil andere Bundesländer eine Übererfüllung vorweisen können. Ich denke, wir sind hier in Niederösterreich deutlich gefordert, unseren Anteil einzulösen und hier nicht auf Kosten der anderen de facto ein bißchen zu schmarnetzen.

Ich möchte auch den zweiten zur Diskussion stehenden Rechnungshofbericht, der noch weniger diskutiert worden ist, in zwei Punkten kurz anreißen. Das eine ist der geprüfte Fall Ennschafens, der mir schon länger bekannt ist, wo ich sogar mit den Prüfern selbst Gespräche geführt habe. Und den ich für ein symptomatisches Beispiel an fehlgeschlagener Planung, um nicht zu sagen Mißmanagement halte. Der Ennschafen scheitert bis heute daran, daß sich zwei Bundesländer nicht ausreichend koordinieren und auf eine gemeinsame Zielsetzung festlegen können. Was sich bis in die Geschäftsführungsstruktur niederschlägt und eine Pattsituation heraufbeschworen hat, aus der man offensichtlich schwer rauskommt. Es fehlen die klaren Zielvorgaben wo man hin will. Es fehlt von Anfang an - ein klassischer Planungsfehler - die Verkehrsanbindung des Ennschafens. Und es ist daher nicht verwunderlich, daß die Attraktivität des Betriebsansiedlungsgeländes dort eine höchst eingeschränkte ist. Was nicht zuletzt abzulesen ist auch an der Zahl der Grundstücke, die inzwischen ...
(*Abg. Kautz: Frau Kollegin! Waren Sie schon dort? Kennen Sie das Gebiet?*) Natürlich! Sonst würde ich nicht darüber reden.

Es ist doch ablesbar, wenn von 259 Hektar bislang 204 Hektar noch nicht genutzt sind. Eine scharfe Kritik, die der Rechnungshof hier übt. Wenn Sie nicht bereit sind, diese Kritik überhaupt wahrzunehmen, kann ich Ihren Versicherungen, daß man an der Behebung der Fehler arbeitet, wirklich keinerlei Glauben schenken, Herr Kollege!

Der zweite Bereich, den ich nur streife in einer Anmerkung: Im Bereich ECO-PLUS-Vergaben wurde die nicht offene Vergabeweise kritisiert. Ein Gegenstand der Diskussion schon seit längerer Zeit. Ich denke, daß hier insbesondere vor dem jetzt aufgetauchten Hintergrund der Baukartellaffären in manchen Bundesländern, die in Ansätzen sich ja auch in Niederösterreich zeigen, wir gut beraten sein werden, jegliche Zweifel auszuräu-

men und sehr rasch sicherzustellen, daß die Vergabepolitik lupenrein ist und sämtlichen Standards und Überprüfungen standhalten kann. Allerdings zweifle ich ein wenig, wie ernsthaft denn die Vorschläge des Rechnungshofes genommen werden. Ich zweifle es an infolge der Reaktion von Ihnen, Herr Kollege. Ich bezweifle das vor allem auch deshalb, weil der Rechnungshof selber als einen Teil der Kritik ausführen muß ein Kapitel über nicht umgesetzte Empfehlungen. Es kann nicht die Rede sein davon, daß die Empfehlungen des Rechnungshofes in ihrer umfassenden Verfassung tatsächlich ernst genommen werden. Daß die Bemühungen zur Behebung schon im Gange sind, so lange der Rechnungshof selbst sogar noch als Kritikpunkt eine ganze Liste dessen anführen muß, was nicht umgesetzt wurde. Ich fordere hier ganz dringend ein, daß das umgehend behoben wird! Daß man den Rechnungshof sehr ernst nimmt. Und ich stelle fest, daß man vor allem jene Kritikpunkte, die an der Finanzgebarung angebracht wurden, bereits jetzt, in der Schlußphase der Budgeterstellung und in der Budgetdebatte sehr genau wird ablesen können. Wir werden jedenfalls von unserer Seite sehr genau vergleichen, wie sich im Budget für 1999 die Berichtigung der Fehlentwicklungen, die der Rechnungshof kritisiert hat, widerspiegelt oder ob sich die widerspiegeln wird. In diesem Sinn hoffe ich auf eine den heute getätigten Versicherungen entsprechende Budgetdebatte, wo man dann den Worten, die ich gehört habe, vielleicht mit etwas mehr Glauben folgen kann, weil Beweise vorliegen. Danke. (*Beifall bei den Grünen.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich sage einmal so: Bedauerlicherweise für unser Bundesland Niederösterreich bestätigt der Rechnungshofbericht zahlreiche Feststellungen von uns Freiheitlichen, die wir in der Vergangenheit zur Landesgebarung und zum Landeshaushalt getroffen haben. Sie werden als langjähriger Beobachter der Entwicklung der Finanzgebarung des Landes Niederösterreich wohl Verständnis haben, daß ich hier sicherlich nicht zu den gleichen Schlußfolgerungen komme wie der Herr Abgeordnete Moser. Und wenn ich sage, wir haben in der Vergangenheit zahlreiche Feststellungen zur Landesgebarung getroffen, die nun vom Rechnungshofbericht bestätigt werden, so halte ich einmal fest, der Rechnungshofbericht stellt unter anderem, was die Erfüllung der Maastricht-Konvergenzkriterien betrifft, fest: Ich zitiere: „Für

das Haushaltsjahr 1997 ergab eine Berechnung des Rechnungshofes an Hand der Bevölkerungszahl ein überhöhtes anteiliges Maastricht-Defizit beim Landeshaushalt.“ In Zahlen ausgedrückt gestand uns der Rechnungshof ein Maastricht-Defizit von 696 Millionen zu, dem jedoch auf Grund des Voranschlages ein ermitteltes Maastricht-Defizit von 1,8 Milliarden gegenüber stand. Ich glaube, ich brauche nicht näher darauf eingehen, was im Zusammenhang mit den Beratern, mit den Beratungen der Finanzausgleichspartner im Februar 1996 vereinbart wurde, nämlich daß das zulässige öffentliche Defizit der Länder und Gemeinden für 1997 mit maximal 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen ist. Auf Grund dieses Übereinkommens, und ich zitiere wieder den Rechnungshofbericht, stellte dieser fest, war demnach dieses fiskalische Konvergenzkriterium bei dem Budgetdefizit des Landes Niederösterreich als nicht erfüllt anzusehen. Ich erlaube mir dazu wirklich die Bemerkung, daß diese Feststellung des Rechnungshofes dem vehementen EU-Befürworter Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll sicherlich kein gutes Zeugnis ausstellt.

Jetzt komme ich zu Herrn Abgeordneten Moser. Herr Abgeordneter Moser! Sie haben heute einen Pressedienst herausgegeben und ich muß Ihnen sagen, Ihre Aussagen, die Sie hier getroffen haben, sind wirklich sehr wenig glaubhaft. Denn wenn Sie heute sagen, das Land Niederösterreich hat die im Rechnungshofbericht kritisierten Maastricht-Kriterien längst erfüllt, nachzulesen ist dies im Rechnungsabschluß von 1997, dann frage ich Sie hier und heute, in welchem Rechnungsabschluß haben Sie das nachgelesen? Dann muß ich mich wirklich fragen, woher haben Sie diese Aussage? Wie können Sie diese Aussage belegen? Denn nach meinem Wissensstand, bitte, hat der Rechnungsabschluß nicht einmal noch die Regierungssitzung passiert. Sollte aber die Landesregierung den Rechnungsabschluß schon beschlossen haben, dann muß ich dem sehr geehrten Herrn Präsidenten wirklich die Frage stellen, ob er den Herrn Abgeordneten Moser bevorzugt und ihm den Rechnungsabschluß schon ausgehändigt hat, während ihn der freiheitliche Klub bisher noch nicht erhalten hat. Das sind die Tatsachen. Und zu Ihrer weiteren Aussage bezüglich der Sanierungskonzepte usw. muß ich Ihnen schon sagen, Herr Abgeordneter Moser, wenn man im Glashauss sitzt, sollte man nicht mit Steinen werfen. Denken Sie an den Scherbenhaufen, den Sie bei der „Mirimi“ hinterlassen haben. (*Abg. Nowohradsky: Was habt Ihr für einen Scherbenhaufen?*)

Ich möchte aber auch über die explosionsartige Entwicklung des Finanzschuldenstandes des Landes sprechen. Die Zahlen wurden ja schon genannt. Der Finanzschuldenstand stieg von 1991 von 13,7 Milliarden Schilling bis 1996 auf 26,7 Milliarden Schilling und wird unter Zugrundelegung der Voranschläge für 1997 und 1998 auf 34,8 Milliarden weiter ansteigen. Diese Entwicklung des Schuldenstandes, das ist nachzulesen im Bericht des Bundesrechnungshofes, diese Entwicklung kritisierte der Rechnungshof mit der Feststellung, daß ein dringender Handlungsbedarf zur Haushaltskonsolidierung zu erkennen ist. Und bestätigt somit wieder eine Aussage von uns Freiheitlichen in der Vergangenheit. Der Rechnungshof aber, und das ist auch ein sehr interessantes Detail, stellte weiters fest, daß abweichend von den Vorjahren in den Jahren 1997 und 1998 lediglich ein Schuldendienst von 3,3 Milliarden vorgesehen ist, wobei keine Tilgungen der inneren Anleihen veranschlagt wurden. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß diese Tilgungen, die sicherlich notwendig werden, mit einem gewissen Zeitverzögerungseffekt schlagend werden und sich dann der Finanzschuldenstand des Landes weiters kräftig erhöhen wird. Nur um zu verdeutlichen, um welchen Betrag es hier geht, bitte: Die inneren Anleihen weisen per 31. Dezember 1996 einen Stand von fast 9,5 Milliarden Schilling aus.

Es wurde hier heute von diesem Rednerpult bereits auch gesprochen über die sogenannten Leasingfinanzierungen. Auch diese beschleunigen das Schuldenwachstum und auch das haben wir Freiheitlichen hier immer vom Rednerpult gesagt und davor gewarnt.

Man muß sich hier auch vor Augen halten, was bisher von diesem Rednerpult zum Bericht des Rechnungshofes noch nicht gesagt worden ist: Wegen dieser ungebremsten Schuldenentwicklung hat der Rechnungshof eine Untersuchung der Haushaltsstruktur für den Zeitraum 1990 bis 1998 durchgeführt. Und er hat mit dieser Untersuchung diese Schuldenentwicklung auch begründet. Der Rechnungshof stellte fest, ich zitiere wieder: „Hiebei zeigte sich, daß den über das Landesbudget direkt finanzierten Vermögenszugängen von insgesamt 5,9 Milliarden Schilling eine Nettoneuverschuldung von 24,9 Milliarden Schilling gegenüberstand und somit öffentlicher Konsum in Höhe von 19 Milliarden Schilling langfristig fremdfinanziert wurde“. Der Rechnungshof weiter: „Bis zum Jahre 1993 betrug der letztere Wert allerdings nur 0,5 Milliarden Schilling.“

Hohes Haus! Eine derartige Feststellung muß uns zu denken geben. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet diese Feststellung des Rechnungshofes, daß das Land Niederösterreich jährlich bereits rund 10 Prozent der laufenden Ausgaben, der laufenden Ausgaben, also Personal, Versicherungen, Mieten, Büromaterial und dergleichen über Schuld aufnehmen finanzieren muß. Ich möchte aber auch sagen, man wird sicherlich die Leasingfinanzierung im Auge behalten müssen. Hier auch zwei Zahlen: Die Leasingraten stiegen von sieben Millionen Schilling im Jahre 1984 auf 638 Millionen Schilling im Jahre 1998. Und dabei muß man berücksichtigen, daß die Leasingraten für die Errichtung des St. Pöltener Landhausviertels bisher nur einen sehr unbedeutenden Niederschlag gefunden haben. In diesem Zusammenhang stellte auch der Rechnungshof ganz klar und eindeutig fest, und ich zitiere wieder: „Letztlich bedeuten steigende Leasingraten eine erhebliche Vorbelastung auch nachfolgender Generationen und damit eine Einengung des Budgetspielraums.“ Mit dieser Feststellung hat der Rechnungshof aber eine weitere Feststellung von uns Freiheitlichen in diesem Hause bestätigt. Frau Mag. Weininger! Zur Transparenz der Leasingverbindlichkeiten darf ich Ihnen aber bekanntgeben, daß es jährlich - das war ein Antrag insbesondere von mir in diesem Hohen Haus - daß es jährlich einen Bericht über die Leasingverbindlichkeiten gibt. Dieser Bericht wird sicherlich ergänzungsbedürftig sein. Ergänzungsbefürftig nicht, weil nicht alle Leasingverbindlichkeiten erfaßt sind, sondern was den Zeitpunkt der Erfassung der Leasingverbindlichkeiten betrifft. Weil verschiedene Bauvorhaben eben erst nach längerer Zeit abgerechnet werden, der Abrechnungszeitraum sehr lange dauert und daher eine Aufnahme in den Bericht äußerst spät erfolgt.

Der Rechnungshof kritisierte aber letztendlich, daß Niederösterreich spätestens 1993 seine Ausgaben hätte zügeln müssen, da diese rascher gestiegen sind als die fortdauernden Einnahmen. Für diese ungünstige Entwicklung des Landeshaushaltes brauchen wir eigentlich gar nicht den Rechnungshofbericht, denn diese ungünstige Entwicklung des Landeshaushaltes läßt sich ganz einfach auch aus den Vermögensrechnungen der Rechnungsabschlüsse des Landes ableiten. Und hier wurden auf Grund dieser Vermögensrechnungen von 1992 bis 1996 fast 20 Milliarden Schilling des Eigenkapitals Niederösterreichs verwirtschaftet. Und ich meine, daß man für die Zukunft auf jeden Fall einen Sparkurs finden wird müssen, wo durch geeignete Maßnahmen sichergestellt wird, daß die Nettoneuverschuldung wesentlich reduziert wird und daß dadurch der Bud-

getspielraum auch für zukünftige Generationen ausgeweitet wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte in aller Kürze zu einem besonderen Punkt des Rechnungshofberichtes Stellung nehmen, zum Bericht über das Krankenhaus der Stadt Krems. Der Einstieg in meine Wortmeldung fällt mir insofern leicht, als ich feststellen kann, daß dieser Rechnungshofbericht ausgelöst bzw. veranlaßt wurde durch einen Antrag im Gemeinderat, über die zuständigen gesetzlichen Wege an den Rechnungshof heranzutreten, diese Einschaubkontrolle durchzuführen. Um der Stadt und den verantwortlichen Zuständigen die Möglichkeit zu geben, die eklatanten Mißstände, die damals geherrscht haben, aufzuzeigen. Und als zweites muß man deutlich hiezu sagen, es handelt sich um den Zeitraum von 1993 bis 1995. Seit 1996 ist das gesamte Führungsteam des Krankenhauses ausgewechselt. Und drittens ist vieles von dem, was der Rechnungshof anregt und was man sich ja erwartet hat durch diese Kontrolle, mittlerweile zum Positiven verändert und realisiert worden.

Die Ausgangslage war, daß bereits 1992 der Rechnungshof die Pathologie geprüft hat. Im Zuge dieser Prüfung kam es zu disziplinären Maßnahmen, ja sogar strafrechtlichen Maßnahmen. Und der damalige Leiter, der zugleich ärztlicher Leiter war, hat das Haus verlassen. Das war der Anlaß. Es entstand in gewissem Sinne eine Führungskrise. Der Verwaltungsdirektor war die zentrale, aber heillos überforderte zentrale Kompetenz, der Kompetenzmittelpunkt. Leider waren das Nachwehen des politischen Führungsstils des früheren Bürgermeisters, das kann man hier sehr deutlich sagen. Es war dieser Mann, es war dieser Verwaltungsdirektor sichtlich überfordert. Und es gab ein schweres Kommunikationsdefizit zwischen Verwaltungsdirektor und ärztlicher Leitung. Und aus diesem Vakuum heraus hat der zuständige Referent, der ausdrücklich von den Rechnungshofbeamten dafür auch Lob und Anerkennung erhalten hat, diese Reorganisationsmaßnahmen eingeleitet. Und ich möchte jetzt mit wenigen Sätzen darauf eingehen.

Mittlerweile wurden viele von den kritisierten Punkten zum Positiven verändert. Die gesamte Krankenhausführung ist erneuert worden. Es ist mittlerweile ein kollegiales Führungsteam im Amt, das sehr gut funktioniert, harmonisiert und zusammenarbeitet. Seit einem Monat ist auch eine neue

Pflegedirektorin im Amt. Konkrete Empfehlungen wurden umgesetzt. Es wurde die Führung erneuert, es wurde eine Anstaltsordnung wohl mehrfach angepeilt bzw. angezogen, angerissen. Allerdings fehlt immer noch eine Musterverordnung des Landes. Es gibt mittlerweile - nächster Punkt - ein gutes Einvernehmen zwischen dem Träger, nämlich der Stadt, und der Anstaltsleitung. Und es gibt Einvernehmen darüber, daß die operative Führung des Hauses durch die Anstaltsleitung zu erfolgen hat, was wirklich zum Wohle des Hauses auch der Fall ist. Die wirtschaftliche Lage kann als stabilisiert bezeichnet werden. Der Abgang wurde stabilisiert, die Zuwächse sind nahezu verschwunden. Es ist also hier eine höhere Wirtschaftlichkeit gegeben als jemals zuvor. In der Situation des LKF-Systems gibt es hier noch zusätzliche Positiva.

Kritisiert wird vom Rechnungshof, daß die Neurochirurgie in Krems unwirtschaftlich sei, das sieht die Stadt mittelfristig etwas anders. Denn die für St. Pölten vorgesehene Neurochirurgie wird vor dem Jahre 2003 nicht kommen. Hier sind eindeutig die Weichen noch nicht gestellt. Es gäbe also keine Abteilung. Und daher ist die in Krems aufgebaute Neurochirurgie die einzige im Zentralraum. Und nach dem LKF-System wirkt sich das auch sehr positiv aus. Die HNO wird auch als eine Abteilung bezeichnet, die geschlossen werden sollte. Der Rechnungshof schlägt die Standorte St. Pölten und Horn vor. Die Gemeinde Horn hat mittlerweile beschlossen, keine HNO zu errichten. Die HNO in Krems ist also die zentrale Anlaufstelle für die HNO-Patienten des gesamten Waldviertels. Sie wurde mittlerweile auch neu mit einer wirklichen Fachkapazität besetzt, was sich wiederum sehr positiv auf die Entwicklung auswirkt.

Kritisiert wird vom Rechnungshof, daß es am Krankenhaus Krems ein Institut für Präventiv- und Sportmedizin gibt, was an und für sich nicht den Aufgaben eines Schwerpunktkrankenhauses entsprechen soll. Wir sind hier deutlich anderer Meinung, und auch das Land. Denn wir haben heute über Sport diskutiert: Vorbeugemedizin, Betreuung der jungen Sportler hat auch Platz und muß Platz haben in unserem Gesundheitssystem. Und was die Wirtschaftlichkeit dieses Institutes betrifft, sind auch vom Gemeinderat und von der Anstaltsleitung Weichen gestellt worden, daß neue Personenkreise angesprochen werden, zusätzliche Einnahmen erzielt werden und die ärztlichen Honorarbeteiligungen abgeschafft worden sind, was die Wirtschaftlichkeit dieses Institutes für Präventiv- und Sportmedizin deutlich angehoben hat. *(Abg. Hrubesch: Auch der Herr Kollege Kautz*

hat das in seiner Wortmeldung erwähnt!)

Ich freue mich, daß das auch so gesehen wird. Danke schön.

Es wird auch über das Beschaffungswesen, über die Küche, über Geräteservice und so weiter gesprochen. Hier haben Reorganisationsmaßnahmen durch die neue Anstaltsleitung und den Referenten gegriffen. Doppelgeleisigkeit bei der Personalverwaltung zwischen Magistrat und Haus sind weitestgehend bereinigt. Und man ist mittlerweile so organisiert, daß es zum Wohle beider ist, des Hauses und des Trägers.

Ich möchte auch nicht verhehlen, daß die Besetzungsvorgänge mittlerweile wirklich objektiviert sind. Das ist nicht so eine Objektivierung, von der man nur redet, aber anders handelt. Im Krankenhaus Krems ist das tatsächlich der Fall - Musterbeispiel Pflegedirektorinbesetzung, Primärärztebesetzungen, Besetzung des Controllings mit Fachleuten. Hier sind alle Fraktionen in der Gemeinde stets eingebunden und das hat sich wirklich bewährt. Hier gibt es absolut keine, naja wieder politisch motivierten sondern nur mehr rein fachlich motivierte Besetzungen.

Die Pathologie wird angesprochen - ich komme schon zum Schluß, Hoher Landtag, um Sie nicht noch länger aufzuhalten mit diesem Spezialthema. Die Pathologie war 1992 ja dieser Krisenherd. Die Pathologie ist mittlerweile in das Controlling mit einbezogen. Es gibt laufende Wirtschaftlichkeitskontrollen und hier kann man wirklich von einer Realisierung der Empfehlungen sprechen. Das Controlling hat sich im übrigen im gesamten Haus bewährt. Ich habe heute schon vorhin dazu auch Stellung genommen. Das wäre auch in vielen anderen Krankenanstalten des Landes sehr, sehr wichtig, daß dieses Controlling konsequent durchgezogen wird. Es liegt auch an der dort tätigen Person, die das Haus leider verläßt, weil sie auf Grund ihrer Qualifikation anderweitig einen Aufstieg sieht. Aber mit der Auswahl dieser Person hat man einen guten Griff getan und hat dem Hause sehr genützt.

Qualitätssicherung, hier wurde eingeführt eine Problemfallkonferenz zwischen den medizinischen Abteilungen, und eine Pflegedokumentation sowie ein Projektteam sind allgemein im Aufbau. Das große Problem EDV wird vom Rechnungshof auch aufgezeigt. Es ist wirklich eine unendliche Geschichte, die EDV. Und sie war schlußendlich auch Anlaß, daß man den Rechnungshof gebeten hat, eine EDV-Konzeption sich hier auch anzuschauen und eine vorzuschlagen. Weder das Land, die zuständige Abteilung, damals noch die

Landesakademie, noch die Kepler-Universität in Linz konnten eine brauchbare EDV-Konzeption liefern. Hier ist viel Geld, wie man bei uns sagt, die Donau hinuntergeschwommen. Aber jetzt ist wirklich ein Projektteam an der Arbeit, das mittlerweile in einer konstruktiven Zusammenarbeit bereits ein Laborinfosystem entwickelt hat, das hier eine digitale Archivierung entwickelt hat, das die Anwenderbetreuung und Schulung organisiert und auch die Netzwerkausschreibung vorgenommen hat. All das ist eingeleitet.

Als Vizebürgermeister von Krems habe ich das am eigenen Leib viele Jahre miterlebt. Ich bin froh, daß uns der Rechnungshof mit seiner konstruktiven Kritik im Sinne einer positiven Führung des Hauses und im Sinne einer besseren Wirtschaftlichkeit hier auch gute, neue Wege aufgezeigt hat. Wir sind dankbar für diesen Bericht und haben ihn auch im Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Und wir werden ihn auch heute zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms.

Abg. Dipl. Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Angesichts der fortgeschrittenen Stunde versuche ich mich natürlich kurz zu halten. Ich möchte aber hier gleich am Anfang die Bemerkung des Kollegen Dkfm. Rambossek nicht unwidersprochen lassen. Lieber Herr Dkfm. Rambossek! Ich weiß, daß Du Schwierigkeiten hast in Deinem Klub. Ich weiß, daß Dein Klub Schwierigkeiten hat. Aber das gibt Dir nicht den Anlaß, hier einen Kollegen von hier aus, von diesem Rednerpult anzuschwärzen. Das muß ich Dir schon sagen. Wir wollen sachlich über diese Dinge diskutieren. Und ich glaube, es ist legitim, über Nichteinhaltung oder Einhaltung der Maastricht-Kriterien hier Stellung zu nehmen.

Ich darf auf diese berühmten Maastricht-Konvergenzkriterien einmal kurz eingehen. Wir wissen, in einem Jahr werden wir, wenn wir einkaufen gehen in die Geschäfte, bereits Euro-Preise bezahlen müssen. Allerdings nicht mit Euro, sondern noch mit unseren Schillingen. Und damit wir in diesem großen Klub dabei sind, müssen wir eben diese Maastricht-Kriterien einhalten. Wir haben sie geschafft, national ist es gelungen, Gottseidank, eine große gemeinsame Anstrengung. Und jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, entsteht ein kleinkarierter Streit, ob wir vielleicht in Niederösterreich Kriterien vielleicht nicht ganz eingehalten hätten oder schon. Wo

steht denn geschrieben, bitte, wo steht denn geschrieben, daß die von den Finanzausgleichspartnern Bund, Land und Gemeinden, diese ausgehandelte 0,3 Prozent-Grenze, daß die nach den Bevölkerungszahlen aufgeteilt werden muß? Wo steht denn das geschrieben bitte? Niederösterreich hat eine ganz besondere Situation. Wir sind ja nicht über die Bevölkerungszahl mit Vorarlberg zu vergleichen oder mit Tirol. Wir haben ganz besondere, andere Verhältnisse.

Nun, Kernpunkt der Kritik, das sieht ja jeder, und das ist ja heute schon oft genug gekommen, ist, daß eben unser niederösterreichischer Landeshaushalt, die Landeshaushalte besonders im Jahre 1993 bis 1996 natürlich, nicht diesen Kriterien entsprochen hätten. Die wesentliche Kennzahl ist eben dieses Budgetdefizit, das eben einen gewissen Prozentsatz zum Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten darf. Es ist ja auch interessant, daß dieses sogenannte Maastricht-Defizit ja gar nicht verbindlich anzuschreiben ist. Erst seit dem Jahr 1997 ist das durch eine Verordnung des Bundes verpflichtend. Und es ist eigentlich alles Theorie, wenn man das jetzt zurückschreibt.

Das Faktum, daß eben diese Jahre 1993 bis 1995 ganz besonders schwer waren, das ist unbestritten. Da gibt es kein Deuten, da gibt es kein Rücken, da sind wir alle miteinander hier gesessen, haben das beschlossen. Und wir haben gewußt, das waren ganz besondere Belastungen. In Niederösterreich zum Beispiel wurde eben durch den EU-Beitritt besonders die Landwirtschaft belastet. Und wenn man jetzt die drei großen Bundesländer hernimmt, Oberösterreich, Steiermark, Niederösterreich, die vergleichbar sind, haben die alle mit denselben Problemen irgendwie zu kämpfen gehabt. Es ist kein niederösterreichisches Spezifikum, daß wir so miserabel da gewirtschaftet hätten.

Vor allem im Jahr 1995 waren eben diese 2,5 Milliarden aufzubringen, das ist ja allgemein bekannt, gegenüber 1994, wo nur eine Milliarde infolge des EU-Beitrittes im Budget enthalten war. Und 1996 waren bereits die Ausgaben in allen Ländern geringer, weil ja da auch schon die Einmalzahlungen an die Landwirtschaft nicht mehr enthalten waren. Und 1995 war das Defizit auch deshalb besonders hoch, weil die Landesumlage abgeschafft wurde. Wir haben hier die Aufzählung, es waren zirka vier Milliarden - ich erspare mir das jetzt, im Detail das aufzuzählen. Vier Milliarden zirka, die an Belastungen zusätzlich im Jahr 1995 gekommen sind, die man nicht anders weggebracht hat. Es ist so, daß auf Grund dieses Budgets eben im Jahr 1995 bereits im Sommer

1995 ein Budgetprogramm 1996 bis 1998 bekanntlich vorgelegt wurde, das wir gemeinsam beschlossen haben. Das ganz exakt auf Konsolidierung und Sparen ausgerichtet war. Und wir sind da sehr, sehr erfolgreich unterwegs. Und wenn ich jetzt über Fakten und über Zahlen spreche, muß man dazu sagen, man kann ja schon ungefähr abschätzen, wie der Rechnungsabschluß 1997 ausschauen wird. Ich darf Ihnen ver raten, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, daß der Rechnungsabschluß nicht ungünstig sein wird. Wir werden also hier sehr gut unterwegs sein. Wir haben, wenn wir jetzt dieses sogenannte „EU-Kriterium“ hernehmen 1993, 1994 noch einen Überschuß geschrieben. Sage und schreibe einen Überschuß! 1995 und 1996 hatten wir ein Defizit infolge der Mehrbelastung. Und 1997 hatten wir zwar ein Defizit im Voranschlag, aber im Rechnungsabschluß kein Defizit. Und wir werden im Jahr 1998 und 1999, und so weit schreiben wir schon weiter, im Voranschlag kein Defizit schreiben.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Es ist für mich eines wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Rechnungshof betrachtet natürlich seine Sparte - es ist ja die Aufgabe des Rechnungshofes - wie ein Pferd mit Scheuklappen. Man muß beachten, was ein Budget bewirkt für ein Land, für die Entwicklung im Land. Und das ist sehr, sehr wichtig. Es ist im Land zu sehr positiven Entwicklungen gekommen gegenüber den anderen Bundesländern. Wir haben eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Und es war auch wichtig, unsere Chancen und die Wettbewerbschancen für den Standortwettbewerb zu stärken. Das konnte man nur, das kann man nur mit budgetären Maßnahmen erreichen.

Einen Vorwurf möchte ich hier noch entkräften. Und zwar, daß die Ausgaben zu gering gesunken sind und daß der Trend puncto Einsparung in den Personalkosten nicht genügend gegriffen hat. Auf der einen Seite, geschätzte Damen und Herren, werden von uns, die wir Abgeordnete sind, immer mehr und mehr Bestimmungen erlassen. Vor allem auch aus dem Umweltbereich. Und auf der anderen Seite gehen die Bezirkshauptmannschaften, die Beamten schon „neben den Schuhen“, wenn ich das so sagen darf, um diese Bestimmungen zu überwachen. Das ist ja absurd, zu verlangen einzusparen und auf der anderen Seite mehr und mehr Bestimmungen zu erlassen.

Wir haben weiters in den letzten fünf Jahren ein Sozialprogramm in Niederösterreich miterlebt,

das, wenn man das genau betrachtet, atemberaubend ist. Wir haben 1.000 Pflegebetten geschaffen, bitte, 1.000 Pflegebetten! Und wenn Sie wissen, was das für eine pflegeintensive Arbeit ist, das zu betreuen, dann, glaube ich, ist alles klar, was auf der Personalsituation passiert ist. Was passieren hat müssen! Und wir haben rechtzeitig Personalvorkehrungen treffen müssen, daß diese Betreuung möglich wird. Und wir sind sehr stolz darauf. Und diejenigen, die hier kritisieren, warum wir im Pflegebereich und im Personalbereich nicht eingespart haben, die muß ich fragen, wollen wir einen sozialen Abbau oder wollen wir, daß diese sozialen Errungenschaften, daß wir die wieder zusperren und das Pflegepersonal entlassen? Wir sind also sehr gut unterwegs. Und ich habe schon gesagt, ein Budget hat nicht nur die Aufgabe, hier den Landeshaushalt zu bestreiten. Ein Budget muß auch die Wirtschaftsentwicklung und die Strategien für die Zukunft mit beinhalten.

Wir haben eine Budgetkonsolidierung ins Auge gefaßt. Und da, glaube ich, da können wir sehr stolz sein auf eine Budgetkonsolidierung mit Augenmaß. Eine Budgetkonsolidierung mit Augenmaß! Daß wir die Aufgaben, die wir gegenüber unseren Gemeinden haben, erfüllen können. Daß wir die Aufgaben, die wir gegenüber unseren sozialen Errungenschaften haben, erfüllen können. Daß wir hier auch *highlights*, auch Punkte setzen können, damit wir unsere führende Position in Österreich behalten können. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei Abg. Dkfm. Rambossek.)* Schließlich sind gerade diese Budgetmaßnahmen, wenn ich das hier sagen darf, sehr beschäftigungswirksam. Wir haben jährlich zirka 25 bis 28 Milliarden Schilling an Investitionsvolumen, die wir damit umsetzen und die hier Arbeitsplätze schaffen.

Ich möchte auch auf diese goldene Finanzregel nicht genau eingehen. Der Rechnungshof hält die hoch wie einen Fetisch. Nur Schulden für Investitionen sind gute Schulden, Schulden für den Konsum sind schlechte Schulden. Das ist eine Theorie, die bereits überholt ist, die in anderen Ländern verworfen ist. Es geht um beschäftigungspolitische Maßnahmen, die hier auch durch Konsumankurbelung erfolgen können.

Ich darf mit diesem Bericht schön langsam zum Ende kommen. Ich darf sagen, wir sind zweifellos richtig und positiv unterwegs. Wir sind sehr erfolgreich unterwegs. Sicherlich müssen wir diesen konsequenten Spar- und Konsolidierungskurs eisern weiter gehen, damit wir die führende Position innerhalb Österreichs auch beibehalten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ebenfalls ganz kurz noch auf das Krankenhaus Krems eingehen, weil mein Kollege Ewald Sacher darauf eingegangen ist. Wir sind da eigentlich fast d'accord. Es ist meiner Meinung nach ein Wahnsinn, die HNO nicht in Krems zu belassen. Das ist ein Kritikpunkt des Rechnungshofes. Durch die Entscheidung der Stadt Horn, in Horn keine HNO zu errichten, ist praktisch die HNO in Krems unverzichtbar geworden. Die Menschen müßten vom tiefsten Waldviertel bis nach St. Pölten fahren. Ich glaube, das ist einsichtig. Das andere ist die neurochirurgische Abteilung. Hier, glaube ich, ist ein guter Kompromiß, bis zur Errichtung in St. Pölten diese Abteilung in Krems zu belassen. Und beim Institut für Präventivmedizin und angewandte Sportmedizin, dessen Schließung auch empfohlen wurde, möchte ich sagen, daß hier die große moderne Medizin eigentlich in sein müßte, nämlich Vorbeugen ist billiger als Heilen. Und unter diesem Aspekt müßte auch dieses Institut bewahrt und für das Krankenhaus Krems gerettet, wenn ich das so sagen darf, werden. In diesem Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen berichten, daß unsere Fraktion natürlich diesen Wahrnehmungsbericht zur Kenntnis nehmen wird. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zum Wort gelangt Herr Landesrat Dr. Bauer.

LR Dr. BAUER (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur zum Psychatriebereich Stellung nehmen. Hier wurde festgestellt, daß in Niederösterreich im Detail zwar Verbesserungswürdigkeit gegeben ist, aber die psychiatrische Versorgung im Land Niederösterreich wurde kaum kritisiert. Ich möchte auch weiter feststellen, daß bezüglich eines durchschnittlichen Bettenbelages im stationären psychiatrischen Bereich wir 1990 und 1994 die geringsten Kosten für durchschnittlich belegte Betten hatten. Ich möchte auch darauf verweisen, daß hier eine ähnliche Entwicklung im Personalbereich gegeben ist.

Was die Ausgliederung betrifft: Wir wollen hier natürlich eine massive Änderung in der Umsetzung des Psychatrieplanes. Ich möchte aber doch um Verständnis bitten, daß ich nicht in wenigen Wochen hier Pläne übernehmen möchte, die zwar im Rohentwurf vorliegen, die aber noch ausreichend diskutiert und neuerlich behandelt werden müssen. So habe ich auch im NÖGUS veranlaßt, daß zwar ein Referat über diese künftige Konzeption erfolgt, daß aber keine Entscheidung

darüber getroffen wird. Diese Vorgangsweise wurde auch im NÖGUS allgemein akzeptiert.

Wir wissen, daß natürlich die Personalkosten ein sensibler Bereich sind. Nun ist aber die Tatsache zu berücksichtigen, daß Dienstverhältnisse vorliegen, die nicht ohne weiteres veränderbar sind. Und ich sage dazu, in einem Staat, der sich zu Recht Sozialstaat nennt, ist es auch nicht anders denkbar und für uns auch gar nicht angestrebt. Das heißt, daß jeder Dienstnehmer in seinem Bereich natürlich Veränderungen unterworfen ist, aber daß das Dienstrecht an sich nicht in Frage zu stellen ist. Und wenn dann immer Empfehlungen kommen so quasi in Richtung Personal, so meine ich, wir haben sehr wohl konsequent Maßnahmen gesetzt, aber die Auswirkungen dieser strukturellen Veränderungen sind nicht 1:1 spürbar.

Ich möchte weiters ausführen, daß wir auch über die Regionalisierung nachgedacht haben. Daß wir zum Beispiel im Krankenhaus Hollabrunn bereits eine Abteilung für Psychiatrie mit 30 Betten betreiben. Daß Gespräche bereits mit den Krankenhäusern Neunkirchen und Waidhofen a.d. Thaya erfolgen. Und daß wir selbstverständlich nicht nur über Akutbetten zu sprechen haben, sondern natürlich über den Gesamtbereich. Auch der Bereich, der vor dem Krankenhaus stattfindet, ist in einem Angebot mit den Gemeinden abzuklären. Ich möchte des weiteren feststellen, daß wir zum Beispiel in der Landesnervenklinik Mauer auch Gespräche über die Einrichtung einer Kinder- und Jugendpsychiatrie führen und in einer Arbeitsgruppe die Unterlagen dafür erarbeiten möchten. Nämlich im Anstaltsgelände einen eigenen Bereich für Kinder- und Jugendpsychiatrie einzurichten.

Zum Krankenhaus Krems an der Donau, weil das konkret angesprochen wurde. Es ist so und ich möchte das nur bestätigen, daß wir schon davon ausgehen, daß eine Fachabteilung für HNO im Krankenhaus Krems zumindest mittelfristig sinnvoll ist. Eine längerfristige Planung kann hier zwar andere Ergebnisse bringen, allerdings sind entsprechende Verhandlungen zur zukünftigen Gestaltung des gesamten öffentlichen Krankenanstaltenplanes aufzunehmen. In diesem Sinne wollte ich diese Ergänzungen einbringen. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zum Wort gelangt Herr Präsident Mag. Freibauer.

Präs. Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu diesem Thema darf ich als früherer Landesrat für Finanzen nicht schweigen. Ich muß zuerst einmal sagen, wenn man sagt, „unbemerkt“ ist manches hier vor sich gegangen: Ja - unbemerkt dann, wenn man nicht dabei war. Das verstehe ich. Aber der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek, der war immer dabei. Und der müßte es eigentlich besser wissen, wie unser Budget sich in den letzten fünf Jahren entwickelt hat und was wir dazu hier im Landtag immer zu sagen hatten.

Ich möchte kurz daran erinnern, wie es ja auch der Rechnungshofbericht richtig macht, daß in den Jahren 1993, 1994, 1995 sowohl auf Grund der damaligen Steuerreform, wie auch auf Grund der Konjunkturprobleme, die es gegeben hat, wir von Jahr zu Jahr nicht steigende Einnahmen zu verbuchen hatten, sondern sinkende Einnahmen. Und es gibt keine anderen wesentlichen Einnahmen, die das Land hat, außer Ertragsanteile. Und alle normalen Aufgaben waren weiter zu führen. Trotz aller Sparsamkeit war es aber auch notwendig - und Sie erinnern sich an mein Motto für jedes Jahresbudget - ein Budget zu machen mit einer Konjunkturmilliarde, wo wir gesagt haben, „erster Schwerpunkt Arbeitsplätze“. Und daß das im Nachhinein betrachtet richtig war, das ist ja schon längst bestätigt.

Die Empfehlungen des Rechnungshofes, unser Budget sozusagen „unter Kontrolle zu bringen“ und unser Budget zu konsolidieren wären alle um Jahre zu spät gekommen. Denn ich erinnere an das Jahr 1995, in welchem es außerordentliche Belastungen gegeben hat für das Land. Nämlich mit dem EU-Beitritt einen Mitgliedsbeitrag des Landes Niederösterreich in der Größenordnung von einer Milliarde Schilling nach Brüssel und 1.121.000.000,- Schilling an zusätzlicher Landwirtschaftsförderung. Und das nicht nur im Jahr 1995, sondern jedes Jahr seither wieder. Und außerdem noch im Jahr 1995 einen Extrabeitrag für den Preisausgleich bei der Landwirtschaftsförderung. Und ab 1995 noch die etappenweise Reduzierung der Landesumlage, was für die Gemeinden eine ganz wichtige Hilfe, war gerade in dieser Zeit, da alle Probleme hatten mit den Budgets. Das mußte man doch im Landesbudget spüren!

Wir haben den Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek nicht gebraucht oder gute Ratschläge

anderer. Sondern wir haben aus eigener Initiative ein Budgetprogramm vorgelegt, noch im Juni 1995. Und ich bin heute noch dem Landtag dankbar dafür, daß er mir als Landesrat damals dieses Instrument gegeben hat. Ein Budgetprogramm für die Jahre 1996 bis 1998, mit dem Ziel der Budgetkonsolidierung im Interesse des Landes Niederösterreich. Und auch zur Erfüllung aller unserer Verpflichtungen im Rahmen des Finanzausgleiches und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit dem Ziel, im Jahre 1998 erstmals wieder kein Defizit nach Maastricht-Kriterien zu haben. Aber wir haben uns ja viel mehr angestrengt als wir uns vorgenommen haben. Denn jeder weiß jetzt, im Jahr 1996 haben wir so sehr Budgetdisziplin gehalten, die gesamte Landesregierung, daß es kein Nachtragsbudget gegeben hat. Das erste Mal seit 1945 kein Nachtragsbudget, das irgendwie den Abgang nur um einen Schilling erhöht hätte gegenüber dem Budget. Im Gegenteil - es waren 1,7 Milliarden, wenn ich mich recht erinnere, die dazu beigetragen haben, dieses Defizit abzusenken. Das war das Budget 1996. Und über dieses Budget 1996 sollte eigentlich der Rechnungshof befinden. Aber wenn er sich vornimmt, über die Erfüllung der Maastricht-Kriterien zu reden, hätte er diese Prüfung eigentlich erst im Jahr 1997 durchführen dürfen. Denn im Jahre 1997, und das weiß ganz Europa und das wissen hoffentlich auch die Freiheitlichen, die gegen Europa sind, daß also im Jahr 1997 dieses Ziel zu erreichen war. Und ich verrate jetzt kein Geheimnis, weil ich ja bis zum April Landesrat war. Wir mußten im Februar melden - ganz Österreich, die Bundesregierung, alle Länder, alle Gemeinden - wie steht es mit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien. Und was konnte Österreich vermelden? Daß wir nicht drei Prozent gebraucht haben, sondern wesentlich weniger als drei Prozent. Das ist doch allen noch bekannt. Und daß Niederösterreich davon keinen einzigen Schilling in Anspruch genommen hat! Also, wir schmarotzen nicht, Frau Abgeordnete, auf Kosten anderer Bundesländer. Sondern das Land Niederösterreich hat im Jahr 1997 kein Maastricht-Defizit! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Und das Budget für 1998 hat dieser Landtag beschlossen. Und bereits in diesem Budget ist verankert, daß wir sogar einen geringen Überschuß haben sollten. Und wenn die Budgetdisziplin so anhält, wie sie üblich ist in Niederösterreich, wird der Rechnungsabschluß des Jahres 1998 wieder ein gutes Ergebnis bringen, so wie im Jahr 1997. Immer wieder habe ich dem Herrn Abgeordneten Rambossek gesagt, er soll doch

warten auf den Tag der Wahrheit. Nämlich darauf, wenn der Rechnungsabschluß vorliegt. Dann kann man beurteilen, ob man etwas zusammengebracht hat oder nicht. Und diese ganzen Übungen immer, zusammenzuzählen, bei der Hauptstadtfinanzierung oder bei den Schulden des Landes Niederösterreich, daß man auf möglichst hohe Summen kommt, diese Übungen werden Sie jetzt gut brauchen können für Ihre eigenen Finanzen. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei Abg. Marchat.)*

Wo unterscheidet sich nun Niederösterreich von den anderen Bundesländern? Nicht nur bei den Freiheitlichen unterscheiden wir uns, sondern in positiven Dingen. Nämlich im Wirtschaftswachstum. In Niederösterreich haben wir all die Jahre hindurch immer wieder ein besseres Wirtschaftswachstum als der österreichische Schnitt und die meisten anderen Bundesländer. Wir finden in der Beschäftigungssituation in Niederösterreich in all diesen Jahren einen besseren Schnitt als ganz Österreich und die anderen Bundesländer. Wir haben die Mittel für die Wohnbauförderung in Niederösterreich nicht für das Stopfen von Budgetlöchern verwendet, sondern wirklich für die Wohnbauförderung, für die zusätzliche Förderung von Wohnungen im Land. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Koczur und Auer.)*

Und wir haben, wenn wir zusammenzählen, die Finanzschulden, die es gibt - da sind die inneren Anleihen auch dabei, die möchten Sie jetzt gern schon wieder extra dazuschwindeln - und die Verwaltungsschulden und alles, was es an Schulden gibt, wenn wir das addieren und gegenüberstellen unseren Forderungen und unseren Vermögenswerten im Land Niederösterreich, finden immer noch ein Plus. Und wenn ein Niederösterreicher auf die Welt kommt, dann kommt er nicht mit einem „Packel Schulden“ auf die Welt, sondern mit einem positiven Vermögensanteil. So schaut es in Niederösterreich aus! Ich glaube, das wird auch der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek nachrechnen können, wenn er guten Willens ist. So haben wir also, und ich habe einmal das Wort „Schwindelfreiheit“ geprägt, ohne zu schwindeln einen Grat hier gehen müssen, in dem wir einerseits immer Rücksicht nehmen mußten auf die Budgetkonsolidierung und auf gesundes Budget, damit auch in zukünftigen Jahren und Jahrzehnten in diesem Land noch Gestaltungsspielraum herrscht, und auf der anderen Seite müssen wir immer die aktuellen Dinge berücksichtigen. Die Situation am Arbeitsmarkt, das Wirtschaftswachstum, was für unser Land und für die Entwicklung, glaube ich, positiv ist. Und so soll der Weg fortgesetzt werden. Und daher glaube ich, man kann

den Rechnungshofbericht einmal ganz anders auch lesen. Nicht unbedingt so, wie dies heute hier von zwei Rednern getan wurde. *(Abg. Waldhäusl: Da kann man noch viel mehr lesen!)*

Ja, man kann alles lesen was man will. Positiv ist das Ergebnis! Wir haben das Ziel nicht erst 1998 erreicht, sondern bereits 1997. Und darauf können wir in Niederösterreich stolz sein! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abgeordnete Mag. Weinzingler gemeldet.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Es wird nicht lange dauern, es sind drei kurze Punkte. Der erste Punkt zu den Ausführungen von Herrn Landesrat Dr. Bauer betreffend Personalzuwachs. Meine Kritik bezog sich darauf, daß die Personalkosten auch dadurch steigen, daß Personal tatsächlich gestiegen ist, wie im Falle Mauer. Das hat nichts mit dienstrechtlichen Verpflichtungen zu tun, wenn aufgestockt wird.

Punkt Zwei war vor allem die Kritik, daß, wenn die Ausgaben hier steigen, das nicht mit einer Budgetkonsolidierung Hand in Hand gehen kann, wenn nicht anderswo eingespart wird.

Zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten Freibauer erlaube ich mir zur Darstellung des Konsolidierungsjahres 1996 aus dem Rechnungshofbericht zu zitieren. Der Rechnungshof entgegnet auf genau die auch hier seitens der Landesregierung vorgebrachten Ausführungen, daß er der Auffassung einer deutlichen Trendumkehr in Richtung Konsolidierung ab 1996 ungeachtet des günstigeren Ergebnisses dieses Haushaltsjahres nicht folgen könne. Die relative Verbesserung des Ergebnisses des Jahres 1996 gegenüber dem Voranschlag und gegenüber dem Jahre 1995 war weitgehend einnahmenseitig durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 (Sparpaket) so wie durch Einmaleffekte bedingt. Ausgabenseitig waren die Einsparungen, abgesehen von den weggefallenen Einmalzahlungen auf Grund des EU-Beitrittes eher geringfügig. *(Abg. Präs. Mag. Freibauer: Die Jahre 1997 und 1998 beweisen, daß dem eben nicht so war!)*

Und zum zweiten Punkt, Maastricht-Defizit und dem Jahr 1997, ebenfalls nur ein Satz aus dem Rechnungshofbericht, auf den ich mich bezogen habe: Für das Haushaltsjahr 1997 ergab eine Berechnung des Rechnungshofes an Hand der Bevölkerungszahlen ein überhöhtes anteiliges Maastricht-Defizit beim Landeshaushalt. *(Präs.*

Mag. Freibauer: Weil er das Budget betrachtet und nicht den Rechnungsabschluß, den Sie in drei Wochen dann haben!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Eine weitere Wortmeldung liegt durch Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek vor.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich berichtige, es tut mir leid, den Herrn Landtagspräsidenten. Ich habe nie gesagt, daß ich die inneren Anleihen zu den Finanzschulden hinzurechnen möchte. Ich habe wortwörtlich gesagt, diese inneren Anleihen mit Stand 31. Dezember 1996 von 9,5 Milliarden Schilling werden sich zeitverzögernd ja in Finanzschulden, verzinsliche Finanzschulden umwandeln. Das waren meine Worte. Und, Herr Präsident, wenn Sie als vormaliger Finanzlandesrat hier heute gesagt haben, ja, wegen der Addition, dann frage ich Sie wirklich, woher haben Sie die inneren Anleihen? Die haben Sie zu einem großen Teil auch aus den nicht zweckgebundenen Wohnbauförderungsmitteln. Das wissen Sie genauso gut wie ich. *(Präs. Mag. Freibauer: Die Hauptstadtrücklage haben Sie vergessen!)*

Ich weiß nicht, was heute Ihre Erregung hervorgerufen hat. Wieso Ihre Erregung, das weiß ich

nicht. Es sind das die Zahlen Ihres Rechnungsabschlusses. *(Abg. Mag. Schneeberger: Nur falsch gelesen!)*

Ich darf Sie erinnern, Seite 266, Rechnungsabschluß 1992, Seite 264 zum Beispiel, Rechnungsabschluß 1994, Seite 256 Rechnungsabschluß 1995, und so weiter. Und daraus geht klar und deutlich hervor, daß das Kapital des Landes anfangs 1992 27,5 Milliarden Schilling betrug, aber Ende 1996 nur mehr 7,6 Milliarden Schilling beträgt. Das ist eine Differenz von 20 Milliarden Schilling, um die von 1992 bis 1996 das Eigenkapital Niederösterreichs geringer geworden ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KURZREITER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Er verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen somit zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Mit Stimmenmehrheit beschlossen. Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben. Diese Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 20.52 Uhr.)*